

**WESTFÄLISCHE WILHELMS-UNIVERSITÄT MÜNSTER**

INSTITUT FÜR GEOGRAPHIE

**Sozialverträgliche Stadterneuerung durch  
kreatives Engagement am Beispiel  
des Gängeviertels in Hamburg**

Diplomarbeit

von

Charlotte Koch

**MÜNSTER 2011**

**WESTFÄLISCHE WILHELMS-UNIVERSITÄT MÜNSTER**  
INSTITUT FÜR GEOGRAPHIE

## **Sozialverträgliche Stadterneuerung durch kreatives Engagement am Beispiel des Gängeviertels in Hamburg**



Diplomarbeit von Charlotte Koch

**MÜNSTER 2011**

**WESTFÄLISCHE WILHELMS-UNIVERSITÄT MÜNSTER**

INSTITUT FÜR GEOGRAPHIE

**Sozialverträgliche Stadterneuerung durch  
kreatives Engagement am Beispiel  
des Gängeviertels in Hamburg**

Erstprüfer

Dr. Christian Krajewski

Zweitprüferin

Prof. Dr. Marion Klemme

Diplomarbeit von

Charlotte Koch

Parkstraße 16

32049 Herford

E-Mail: [carlotta.k@web.de](mailto:carlotta.k@web.de)

Tel.: 05221 840828

Matrikelnr.: 331937

Münster, den 11. Juli 2011

# Inhalt

<b>INHALTSVERZEICHNIS</b> .....	I
<b>ABBILDUNGSVERZEICHNIS</b> .....	V
<b>TABELLENVERZEICHNIS</b> .....	VII
<b>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS</b> .....	VIII
<b>1 EINLEITUNG</b> .....	1
<b>1.1 Problemstellung und Relevanz der Arbeit</b> .....	2
<b>1.2 Zielsetzung und Leitfragen der Arbeit</b> .....	4
<b>1.3 Einordnung der Arbeit in den aktuellen Forschungsstand</b> .....	5
<b>1.4 Aufbau der Arbeit</b> .....	7
<b>2 UNTERSUCHUNGSDESIGN UND EMPIRISCHE ARBEITSMETHODIK</b> .....	9
<b>2.1 Methodenwahl und Forschungsablauf</b> .....	9
<b>2.2 Qualitative Erhebungsmethode: Mündliche Experteninterviews</b> ....	11
<b>2.3 Ergänzende Erhebungsmethoden</b> .....	14
2.3.1 Quantitative Erhebungsmethode: Gebäude- und Nutzungskartierung .....	14
2.3.2 Weitere Erhebungsmethoden.....	16
<b>2.4 Methodenkritik</b> .....	17
<b>3 EINFLUSSFAKTOREN AUF DEN STADTERNEUERUNGSPROZESS</b> .....	19
<b>3.1 Stadterneuerung</b> .....	19
<b>3.2 Gentrification als Element der Stadterneuerung</b> .....	20
3.2.1 Definitionen und Verlauf .....	20
3.2.2 Voraussetzungen und Erklärungen für Gentrification .....	22
3.2.3 Auswirkungen von Gentrification auf Stadtentwicklungsprozesse und Bevölkerungszusammensetzungen .....	24
3.2.4 Bewertungen von Gentrification durch Experten.....	25
<b>3.3 Kultur und Kunst als Elemente urbaner Aufwertung</b> .....	27
3.3.1 Begriffsklärungen: Kreativität, kreative Milieus, Kultur- und Kreativwirtschaft .....	27
3.3.2 Die 'Kreative Stadt' .....	29
3.3.3 Bedeutung von Kultur und Kunst für Stadtentwicklung .....	31
3.3.3.1 <i>Kreative Räume</i> .....	32
3.3.3.2 <i>Förderung von Kultur und Kreativität in der Stadt</i> .....	32
3.3.4 Die Gefahr der Instrumentalisierung von Kultur, Kunst und Kreativität.....	33
3.3.5 Bedeutung von Kultur und Kunst für Stadtentwicklung und die Gefahr der Instrumentalisierung aus Sicht der Experten .....	34

<b>3.4 Urbane Aufwertung durch kreatives Engagement</b> .....	36
3.4.1 Bedeutung von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement....	36
3.4.2 Soziale (Protest-)Bewegungen .....	38
3.4.2.1 <i>Entwicklung von sozialen (Protest-)Bewegungen</i> .....	38
3.4.2.2 <i>Formen von sozialen (Protest-)Bewegungen</i> .....	40
3.4.3 Bedeutung von kreativem Engagement.....	41
3.4.4 Bedeutung und Bewertung von kreativem Engagement und Protestbewegungen für Stadterneuerung aus Sicht der Experten .....	42
<b>3.5 Möglichkeiten einer sozialverträglichen Stadterneuerung</b> .....	44
3.5.1 Verständnis von sozialverträglicher Stadterneuerung .....	45
3.5.2 Rechtliche Grundlagen und Programme.....	48
3.5.3 Formelle und informelle Verfahren.....	49
3.5.3.1 <i>Beteiligungs- und Kooperationsverfahren</i> .....	49
3.5.3.2 <i>Kreativität und kreative Räume sozialverträglich fördern</i> .....	51
3.5.4 Mögliche Akteure einer sozialverträglichen Stadterneuerung.....	53
3.5.5 Möglichkeiten einer sozialverträglichen Stadterneuerung aus Sicht der Experten .....	55
<b>4 STADTERNEUERUNG IN HAMBURG</b> .....	58
<b>4.1 Geschichtlicher Abriss der Entwicklung Hamburgs</b> .....	58
<b>4.2 Einflüsse auf Stadterneuerungsprozesse</b> .....	60
4.2.1 Stadtentwicklungspolitik.....	60
4.2.1.1 <i>Leitbildstrategie</i> .....	60
4.2.1.2 <i>Neoliberale Stadtpolitik</i> .....	62
4.2.1.3 <i>Politik der großen Ereignisse</i> .....	63
4.2.2 Wohnungsmarktpolitik .....	64
<b>4.3 Gentrificationprozesse in Hamburg</b> .....	66
<b>4.4 Kultur und Kunst zu Aufwertungszwecken in Hamburg</b> .....	66
4.4.1 Potenzial Hamburgs als 'Kreative Stadt'.....	67
4.4.2 Kreativwirtschaft in Hamburg .....	67
4.4.3 Die Kreativagentur .....	68
4.4.4 Zwischennutzungen in Hamburg .....	69
<b>4.5 Kreatives Engagement in Hamburg</b> .....	70
4.5.1 Protestbewegungen und ihre Motive .....	70
4.5.2 Kreatives Engagement und Protestbewegungen in Hamburg aus Sicht der Experten .....	73

<b>4.6 Beispiele - Entwicklung von Innenstadt-Quartieren und Protesten</b> .....	75
4.6.1 St. Pauli - Von der Hafenstraßenbesetzung bis 'NoBNQ' .....	75
4.6.2 Schanzenviertel – Konflikte um die 'Rote Flora' .....	77
4.6.3 Altona-Altstadt – Frappant oder Ikea? .....	78
4.6.4 Veddel und Wilhelmsburg – Aufwertung durch die IBA 2013? .....	79
4.6.5 HafenCity – Ein städtebauliches Großprojekt.....	80
<b>4.7 Möglichkeiten einer sozialverträglichen Stadterneuerung in Hamburg</b> .....	82
4.7.1 Leitsätze zur behutsamen Stadterneuerung.....	82
4.7.2 'Armutsbekämpfung' und 'Soziale Stadtentwicklung' .....	83
4.7.3 Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung.....	84
4.7.4 Soziale Erhaltungs- und Umwandlungsverordnung .....	84
<b>5 SOZIALVERTRÄGLICHE AUFWERTUNG DES GÄNGEVIERTELS DURCH KREATIVES ENGAGEMENT</b> .....	86
<b>5.1 Das Gängeviertel Hamburg</b> .....	86
5.1.1 Geschichtliche Bedeutung der Gängeviertel .....	86
5.1.2 Lage und Charakteristika des Untersuchungsraumes .....	90
5.1.3 Bestandsanalyse des Gängeviertels und des angrenzenden Gebietes....	93
5.1.4 Die Initiative 'Komm in die Gänge' .....	103
5.1.4.1 <i>Die Besetzung des Gängeviertels</i> .....	103
5.1.4.2 <i>Das Entwicklungskonzept</i> .....	105
5.1.4.3 <i>Die Genossenschaft</i> .....	109
5.1.4.4 <i>Der Leerstandsmelder</i> .....	110
<b>5.2 Bewertung der Initiative durch Experten</b> .....	110
5.2.1 Organisationsstruktur .....	110
5.2.1.1 <i>Sicht von Außen</i> .....	110
5.2.1.2 <i>Sicht von Innen</i> .....	111
5.2.2 Besonderheit der Initiative und des Gängeviertels.....	114
5.2.3.1 <i>Sicht von Außen</i> .....	114
5.2.3.2 <i>Sicht von Innen</i> .....	116
5.2.3 Zusammenarbeit zwischen Stadt und Initiative.....	118
5.2.3.1 <i>Aus Sicht der Stadt</i> .....	118
5.2.3.2 <i>Aus Sicht der Initiative</i> .....	118
5.2.4 Bewertung des Entwicklungskonzeptes.....	119
5.2.5 Beitrag für Stadtentwicklungszwecke und Einfluss auf Politik .....	120
5.2.6 Handlungsempfehlungen der Experten .....	121
<b>5.3 Die Medienberichterstattung</b> .....	122

5.4 Die Gefahr der Instrumentalisierung - Eine Sache der Perspektive .....	124
5.5 Zukunft des Viertels.....	126
5.6 Möglichkeiten das Vorgehen auf andere Viertel oder Städte zu übertragen .....	127
6 FAZIT.....	129
6.1 Möglichkeiten und Handlungsempfehlung für eine sozial-verträgliche Stadterneuerung durch kreatives Engagement.....	130
6.2 Ausblick.....	134
7 LITERATURVERZEICHNIS .....	136
ANHANG.....	153
Anlage 1: Fragenkatalog für den Interviewleitfaden.....	153
Anlage 2: Kartierungsschlüssel .....	156
Anlage 3: Orientierungskarte.....	158
Anlage 4: Impressionen aus dem Gängeviertel .....	160
Anlage 5: Pressemitteilung der Initiative 'Komm in die Gänge' .....	161

#### ANHANG 2 AUF CD-ROM

Anlage 6: Protokoll vom Interview mit Hans-Joachim Rösner	
Anlage 7: Transkript vom Interview mit Steffen Jörg	
Anlage 8: Transkript vom Interview mit Christoph Twickel	
Anlage 9: Protokoll vom Interview mit Willi Rickert	
Anlage 10: Protokoll vom Interview mit Dr. Dirk Petrat	
Anlage 11: Transkript vom Interview mit Constanze Klotz	
Anlage 12: Transkript vom Interview mit Michael Ziehl	
Anlage 13: Transkript vom Interview mit Juliane Kruppke	
Anlage 14: Transkript vom Interview mit Ulrike Sitte und René Gabriel	
Anlage 15: Transkript vom Interview mit Jeanette Kratzert	
Anlage 16: Transkript vom Interview mit Till Haupt	
Anlage 17: Teiltranskript der Diskussion 'Die Stadt gehört ja eigentlich allen'	
Anlage 18: Teiltranskript der Diskussion 'Räume für die Kultur'	
Anlage 19: Teiltranskript der Diskussion 'Kreative Freiräume ohne Gentrifizierung – Ist das in Hamburg möglich?'	
Anlage 20: Teiltranskript der Diskussion 'Die Autonomie und ihre Grenzen. Soziale Zentren in Kopenhagen und Hamburg'	

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Gängeviertel – eigenes Foto auf dem Deckblatt	
Abb. 2: Generelle Einflussfaktoren auf Stadterneuerungsprozesse .....	2
Abb. 3: Forschungsablauf, -inhalt und Methoden .....	10
Abb. 4: Park Fiction in St. Pauli .....	76
Abb. 5: Die 'Rote Flora' .....	78
Abb. 6: Neue Brandstores (MAC, Görtz17, Levi's) am Schulterblatt/Sternschanze .....	78
Abb. 7: Das ehemalige Frappant-Gebäude .....	79
Abb. 8: Elbinsel südlich der Innenstadt.....	80
Abb. 9: IBA Dock auf der Veddel .....	80
Abb. 10: Teil der HafenCity mit Elbphilharmonie am Ende des Dalmannkais; im Hintergrund Innenstadt und Alster .....	81
Abb. 11: Leitsätze zur behutsamen Stadterneuerung.....	83
Abb. 12: Typische Sahlhäuser der Gängeviertel 1901 .....	87
Abb. 13: Links: Buden; rechts: typisches Sahlhaus.....	87
Abb. 14: Gebäudeplan Gängeviertel.....	90
Abb. 15: Bäckerbreitergang .....	91
Abb. 16: Finanzbehörde aus Richtung Gänsemarkt .....	91
Abb. 17: Gängeviertel mit Unilever-Hochhaus im Hintergrund .....	92
Abb. 18: Brahms-Quartier und Gängeviertel.....	93
Abb. 19: Brahms-Quartier aus dem Gängeviertel.....	93
Abb. 20: Modernes Bürogebäude im direkten Anschluss an das Gängeviertel...	93
Abb. 21: Geschossanzahl der Gebäude im Untersuchungsraum.....	94
Abb. 22: Alter der Gebäude im Untersuchungsraum .....	95
Abb. 23: Zustand der Gebäude im Untersuchungsraum .....	96
Abb. 24: Karte mit Gebäudenutzungen im Untersuchungsraum .....	97
Abb. 25: Nutzungen der Gebäude im Untersuchungsraum.....	98
Abb. 26: Dienstleistungseinrichtungen nach Gruppen.....	100
Abb. 27: ursprünglicher, unsanierter Teil des Axel-Springer-Verlagshauses ....	102
Abb. 28: Hamburger Abendblatt vom Gängeviertel aus, neuer Teil des Axel- Springer-Verlagshauses .....	102

Abb. 29: Laeiszhalle mit Unilever-Hochhaus im Hintergrund.....	102
Abb. 30: Logo der Initiative 'Komm in die Gänge' .....	104
Abb. 31: Flächenanteil der jeweiligen Nutzungen.....	107
Abb. 32: Beispiel für Nutzungsplan im Gängeviertel.....	107
Abb. 33: Überblick der Organisationsstruktur .....	113
Abb. 34: Besonderheiten der Initiative 'Komm in die Gänge' .....	117
Abb. 35: Zeitstrahl - Entwicklung .....	126
Abb. 36: Modell zur erfolgreichen Zusammenarbeit für eine sozialverträgliche Stadterneuerung .....	133

## Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Namen und Funktion der befragten Experten.....	12
Tab. 2: Einzelhandels- und Dienstleistungsbedarfsgruppen.....	15
Tab. 3: Ausgewählte Expertenaussagen zur Bewertung von Gentrification .....	26
Tab. 4: Expertenaussagen zur Bedeutung von Kunst und Kultur für die Stadtentwicklung und die Gefahr der Instrumentalisierung.....	34
Tab. 5: Bedeutung von kreativem Engagement und Bewertung von Protest- bewegungen aus Sicht der Experten .....	43
Tab. 6: Verständnis von sozialverträglicher Stadterneuerung durch Experten....	46
Tab. 7: Möglichkeiten einer sozialverträglichen Stadterneuerung aus Sicht der Experten .....	56
Tab. 8: Bewertung von kreativem Engagement und Protestbewegungen in Hamburg aus Sicht der Experten .....	73
Tab. 9: Einzelhandels-Bedarfsgruppen im Untersuchungsraum .....	97
Tab. 10: Verfügbare Nutzfläche und die potentiellen Mieteinnahmen im Gängeviertel .....	108

## Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
Ausg.	Ausgabe
BKM	Behörde für Kultur und Medien
BSU	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
Def.	Definition
ebd.	Ebenda
eG	eingetragene Genossenschaft
et al.	Et alii
e.V.	eingetragener Verein
€	Euro
etc.	et cetera
evtl.	eventuell
f.	folgende Seite
ff.	folgende Seiten
FHH	Freie und Hansestadt Hamburg
FSK	Freies Sender Kombinat
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GWA	Gemeinwesensarbeit
H.	Heft
HH	Hansestadt Hamburg
Hrsg.	Herausgeber
i.A.	im Auftrag
IBA	Internationale Bauausstellung
IEK	Integriertes Entwicklungskonzept
Jg.	Jahrgang
Jh.	Jahrhundert
Kap.	Kapitel
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
km	Kilometer
km <sup>2</sup>	Quadratkilometer
m <sup>2</sup>	Quadratmeter
mbH	mit beschränkter Haftung
N	Nord

NoBNQ	No Bernhard-Nocht-Quartier
Nr.	Nummer
o.J.	ohne Jahr
PPP	Public Private Partnership
RAS	Recht auf Stadt
RISE	Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung
S.	Seite
s.	siehe
s. a.	siehe auch
SAGA/GWG	Siedlungs-Aktiengesellschaft Altona/ Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft
Steg	Stadterneuerungsgesellschaft
STEP	Stadterneuerungsprogramm
Tab.	Tabelle
u.	und
u.a.	unter anderem
v.a.	vor allem
usw.	und so weiter
vgl.	vergleiche
Vokü	Volksküche
vs.	versus
WSB	Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil

## 1 Einleitung

*„Neues schaffen heißt Widerstand leisten. Widerstand leisten heißt Neues schaffen.“*

*Stéphane Hessel 2011*

Mit diesen Worten appelliert Stéphane Hessel, ehemaliger Résistance-Kämpfer, Diplomat und Mitunterzeichner der Charta der Menschenrechte 1948, für einen friedlichen Widerstand gegen die Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft. Diese Ungerechtigkeiten finden sich heutzutage besonders auch in Städten wieder. Auf Grund ungerechter Verteilung von Stadtraum und zunehmender Segregation formiert sich ein vielfältiger und zunehmend kreativer städtischer Protest. Aber wie kann, durch kreatives und bürgerschaftliches Engagement gegen städtische Institutionen, Stadtplanungen und immobilienwirtschaftliche Interessen 'Neues' geschaffen werden und wie sollten die verschiedenen Akteure zusammenwirken, damit sich im Interesse aller etwas entwickelt? Je mehr Menschen in der Stadt leben, desto vielseitiger sind auch die Interessen. Welcher Widerstand ist gerechtfertigt und welches Engagement ist gut für eine Stadt? Wie zeichnet sich dabei gutes Engagement aus? Sind es nicht zumeist Partikularinteressen statt gesamtgesellschaftlicher Interessen, die verfolgt werden? Gegen welche Ungerechtigkeit wird Widerstand geleistet? Fragen, die sich stellen, wenn man sich mit Engagement, im Speziellen mit kreativem Engagement beschäftigt. Das kreative Engagement im Gängeviertel wird von verschiedenster Seite als bedeutend bezeichnet aber ob und inwieweit es etwas 'Neues' für die Stadt schaffen wird, wird sich zeigen. Zumindest kann der Prozess im Gängeviertel beispielhaft für friedlichen und kreativen Widerstand gesehen werden und dient in dieser Arbeit als Grundlage für die Entwicklung einer möglichen sozialverträglichen Stadterneuerung durch kreatives Engagement. Kreatives Engagement ist einer der zentralen Begriffe dieser Arbeit. Die Bedeutung wird im Verlauf der Arbeit deutlich.

## 1.1 Problemstellung und Relevanz der Arbeit

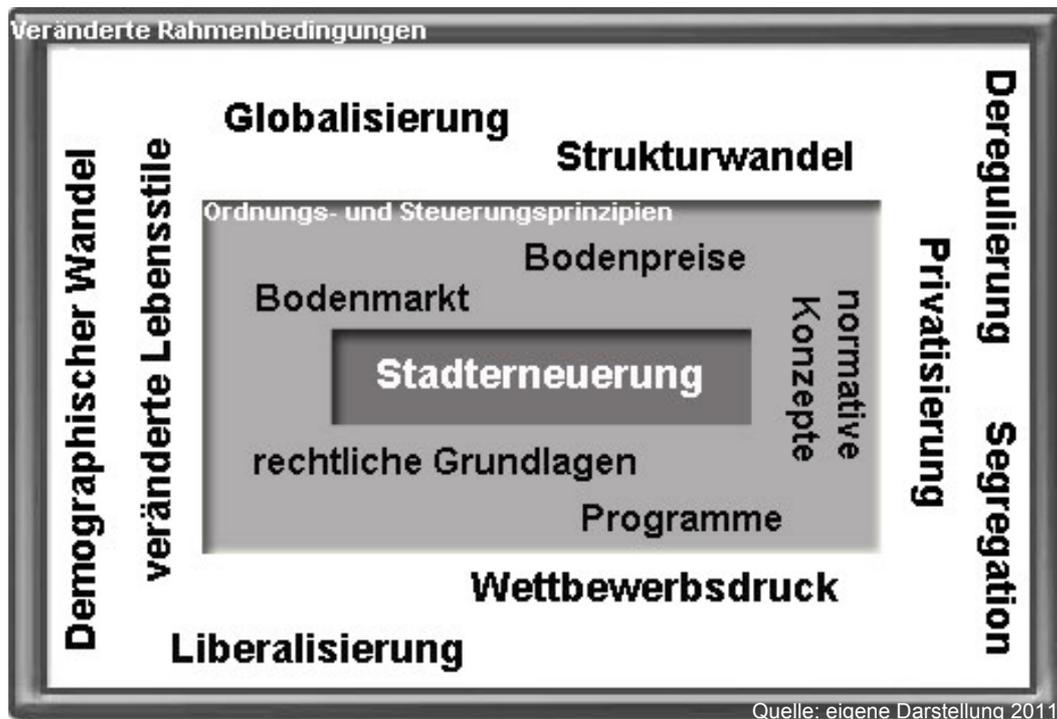


Abb. 2: Generelle Einflussfaktoren auf Stadterneuerungsprozesse

Veränderte Rahmenbedingungen stellen die Planung in allen Bereichen vor Herausforderungen, denen es zu begegnen gilt. Neben den vorhandenen Ordnungs- und Steuerungsprinzipien nehmen allgemeine veränderte Rahmenbedingungen Einfluss auf heutige Stadterneuerungsprozesse (vgl. Abb. 2). Diese Einflussfaktoren und die damit verbundenen Bedürfnisänderungen der Akteure haben zudem zu einer Verschiebung der Machtkonstellation geführt. Gemäß 'Urban Governance' hat der Einfluss des Staates abgenommen und es hat sich ein System aus öffentlichen und privaten Akteuren, die stärker kooperativ bzw. partnerschaftlich zusammenarbeiten, gebildet. Insbesondere der Einfluss der Zivilgesellschaft ist größer geworden. Dadurch ergibt sich die Möglichkeit, Engagement stärker, unabhängiger und vielfältiger zum Ausdruck zu bringen (vgl. HÄUBERMANN 2008:578f.; FREY 2009:49). Ebenso hat auch der Markt mit seinen öffentlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren an Macht gewonnen, was sich beispielsweise in einer zunehmenden Privatisierung durch Deregulierung des Staates zeigt. Die veränderten Akteurskonstellationen führen einerseits zu neuen Möglichkeiten für Stadterneuerungsprozesse, andererseits aber auch zunehmend zu Interessenkonflikten. In dieser Forschungsarbeit wird vorrangig auf die Interessen der Ge-

sellschaft und des Staates eingegangen. Der Markt, der auch keinen unerheblichen Einfluss auf Stadterneuerung nimmt, wird nur am Rande betrachtet. Der Fokus liegt auf dem Einfluss der Zivilgesellschaft bzw. einzelner Akteure der Bevölkerung, die kreatives Engagement zeigen.

Die Bedeutung von Zivilgesellschaft und vielseitigem Engagement zeigt sich insbesondere in Großstädten wie Hamburg. Hamburg ist nach Berlin die zweitgrößte Stadt Deutschlands. 2009 leben mehr als 1,77 Mio. Einwohner in dem Stadtstaat (vgl. STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER 2011). Trotz des demographischen Wandels und schrumpfender Bevölkerungszahlen wächst die Stadt und setzt auch weiterhin auf Wachstum.<sup>1</sup> An Leitbildern wie 'Metropole Hamburg – Wachsende Stadt' und 'Wachsen mit Weitsicht' wird die Wachstumsstrategie deutlich. In Zusammenhang mit der Leitbildstrategie stehen auch die Schwerpunktverlagerung zu Kultur und Kunst, die als Stadtentwicklungsimpulse gemäß der 'Kreativen Stadt' genutzt werden sowie eine Politik der großen Ereignisse. Durch diese Strategien und eine zunehmend neoliberale Stadtpolitik, versucht man in Hamburg, den neuen Herausforderungen und dem zunehmenden Konkurrenzdruck der Städte um Image, Bevölkerung und Unternehmen zu begegnen. In Hamburg stellt sich infolgedessen vermehrt die Frage, ob bei den verfolgten Strategien auch ein gesamtgesellschaftliches Ziel angestrebt wird oder insbesondere einkommensstarke Schichten und einflussreiche Unternehmen angesprochen werden sollen und infolgedessen für die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten kein Platz mehr in der Stadt bleibt. Verstärkt wird diese Annahme durch die zunehmenden Gentrification-Prozesse und einen zunehmenden Raummangel insbesondere von bezahlbaren Räumen zum Wohnen und Arbeiten. Dieser Konflikt äußert sich in einer zunehmenden Anzahl von Protesten der Bevölkerung. Immer häufiger gibt es Initiativen, Häuserbesetzungen und demonstrierende Künstlern, die für ein 'Recht auf Stadt' und eine Stadt für alle kämpfen. Insbesondere die Entwicklungen im Gängeviertel haben dazu beigetragen, dass das 'Recht auf Stadt' und eine höhere Sozialverträglichkeit zu gesamtgesellschaftlichen Themen geworden sind und über die Grenzen Hamburgs hinaus getragen werden. Nun gilt es, die verschiedenen Interessen der Bevölkerung und der Stadt zusammenzubringen und eine sozialverträgliche Stadterneuerung zu verfolgen.

---

<sup>1</sup> Von 2003 bis 2009 ist die Bevölkerung um 2,3% angewachsen (vgl. STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER 2011).

## 1.2 Zielsetzung und Leitfragen der Arbeit

Im Wesentlichen geht es darum, den Einfluss und das Potenzial von kreativem Engagement, welches zu der Besetzung im Gängeviertel geführt hat, für eine sozialverträgliche Stadterneuerung zu beleuchten. Dabei gilt es aufzuzeigen, wie Initiativen auftreten und vorgehen sollten, um einen aus gesamtgesellschaftlicher Sicht erfolgreichen Prozess anzustoßen. Auf Grund der großen Medienpräsenz, der Aktualität und dem bisher durchaus erfolgreichen Prozess, wird das Vorgehen exemplarisch an der Gängeviertel-Initiative 'Komm in die Gänge' in Hamburg dargestellt.

Um eine Grundlage zu schaffen, sollen folgende Leitfragen behandelt werden:

- \* Welche Faktoren nehmen Einfluss auf Stadterneuerungsprozesse?
- \* Welche Möglichkeiten einer sozialverträglichen Stadterneuerung bestehen bereits?
- \* Welche Entwicklungen haben in Hamburg zu der allgemeinen städtischen (Protest-)Bewegung geführt?
- \* Welchen Einfluss nehmen soziale (Protest-)Bewegungen und kreatives Engagement auf Stadterneuerungsprozesse?

In Bezug auf das Vorgehen der Initiative stellen sich darüber hinaus folgende Leitfragen:

- \* Welche Bedeutung hatte das Gängeviertel damals und welche hat es heute für die Stadt Hamburg und die Bevölkerung?
- \* Welche Entwicklungen haben dazu geführt, dass sich die Initiative gebildet hat?
- \* Welche Ziele verfolgt die Initiative und inwiefern sind diese sozialverträglich?
- \* Welche Besonderheiten werden in der Initiative und ihrem Vorgehen gesehen?

Und abschließend stellt sich die grundlegende Frage:

- \* Kann das Vorgehen der Initiative und der Stadt im Falle des Gängeviertels als vorbildlich angesehen werden und eine sozialverträgliche Stadterneuerung voran bringen?

### 1.3 Einordnung der Arbeit in den aktuellen Forschungsstand

In dieser Forschungsarbeit geht es darum, die unterschiedlichen Interessen von Akteuren im Stadtgefüge, insbesondere der Zivilgesellschaft und der Stadtplanung sowie der städtischen Behörden, zusammen zu bringen. Dabei spielt primär die Artikulation von Interessen der Bevölkerung und deren Einfluss auf Stadterneuerungsprozesse eine Rolle. Demnach ist diese Arbeit, der Stadtsoziologie und sozialgeographischen Stadtforschung im Bereich der Stadtgeographie zuzuordnen. Die Probleme in einer Stadt sind zumeist sozialer Art und erfordern demnach auch soziale Lösungen, wofür die klassischen, insbesondere städtebaulich orientierten Planungsansätze nicht mehr ausreichen (vgl. HARTH, SCHELLER 2010:25). In der Stadtsoziologie wird versucht, verschiedene Ansichten und Interessen der unterschiedlichen Nutzer<sup>2</sup> und Akteure zusammenzuführen und deren Potenziale zu nutzen (vgl. ECKHARDT 2004:7). Die Stadt gilt dabei „*als soziales System, als strukturiertes Geflecht von Beziehungen zwischen Menschen, Gruppen und Institutionen. [Sie ist demnach ein] komplexer Gegenstand an dem sich alle gesellschaftlichen Entwicklungen ablesen lassen*“ (HÄUßERMANN, SIEBEL 2004:21). Die Stadtsoziologie beschäftigt sich zudem mit der Frage nach Formen bürgerschaftlicher Mitbestimmung und Partizipation, die in dieser Arbeit von Relevanz sind (vgl. SCHÄFERS 2010:20). Während sich die Stadtsoziologie stärker auf die Interessen der Akteure bezieht, werden die Auswirkungen ihres Verhaltens auf den Raum stärker aus der sozialgeographischen Perspektive beleuchtet. Nachdem sich die sogenannte Münchener Schule der deutschen Sozialgeographie eingerichtet hatte, tauchen seit Ende der 1960er Jahre vermehrt stadtgeographische Arbeiten zu sozialen Themen wie 'Ungleichheit', 'Lebensqualität', 'Wahrnehmung des Stadtraumes' und auch 'Gentrification' auf. Dies deutet auf eine Verschiebung der Sichtweise vom Raum zur Gesellschaft hin. Es geht unter anderem um Fragen nach Wohnungswünschen und dem städtischen Immobilienmarkt sowie nach dem Verhältnis von privaten Investoren und kommunalen Interessen. Diese Fragen sind auch in Bezug auf das Gängeviertel bedeutsam. Eine besondere Gewichtung wird auch den differenzierten Planungsbezügen der sozialgeographischen Stadtforschung, die beispielsweise bei der Festlegung von Sanierungsgebieten eine Rolle spielen, gegeben (vgl. HEINEBERG 2006:19).

---

<sup>2</sup> Zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit der Arbeit wird auf geschlechterspezifische Bezeichnungen verzichtet. Sofern Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

Die Intention der Arbeit ist es, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie durch bürger-schaftliches und kreatives Engagement eine sozialverträgliche Stadterneuerung vorangebracht werden kann. Das Thema Stadterneuerung ist in der angewandten Stadtgeographie zu verorten. Diese ist stärker planungs- und praxisbezogen (vgl. SCHAFFER 1986:183).

Aktuelle Arbeiten zu den in dieser Arbeit behandelten Themen kommen insbesondere von dem Stadtsoziologen A. HOLM, der sich sowohl mit Stadterneuerung und den Auswirkungen von Gentrification als auch mit den Strategien von Initiativen und Protestmobilisierung für ein 'Recht auf Stadt' beschäftigt. Aktuelle Entwicklungen, Themen und Strategien zur Stadtteilmobilisierung sowie Mieterkämpfen veröffentlicht A. HOLM auf seinem Gentrification Blog (s. HOLM 2008-2011). In seinem kürzlich erschienen Buch 'Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung' werden Erfahrungen weltweiter städtischer Proteste diskutiert und Möglichkeiten aufgezeigt, einem 'Recht auf Stadt' für alle näher zu kommen (s. HOLM, GEBHARDT 2011). Das Thema 'Recht auf Stadt' wurde bereits in den 1970er Jahren maßgeblich von dem kritischen sozialgeographischen Stadtforscher HENRI LEFÈBVRE mit seinen Überlegungen zu einem Kampf um das 'Recht auf Stadt' geprägt (s. LEFÈBVRE 1972). Der deutsche Soziologe D. RUCHT gilt im Speziellen als Experte im Bereich der Bewegungsforschung, Zivilgesellschaft und Partizipation (s. RUCHT 2003; ROTH, RUCHT 2008).

Bei der kritischen Beleuchtung von Gentrification und Instrumentalisierung von Kultur und Kunst spielt der Stadtsoziologe J. S. DANGSCHAT eine wichtige Rolle (vgl. 1988, 1992). Zusammen mit M. ALISCH prägt er zudem das Thema soziale Stadtentwicklung in Deutschland. Sie geben Lösungsvorschläge für eine sozialverträglichere Stadterneuerung insbesondere in Bezug auf Armut und soziale Integration in der Stadt (s. ALISCH, DANGSCHAT 1998; ALISCH 2002).

## 1.4 Aufbau der Arbeit

Im Anschluss an die Einleitung wird in Kapitel 2 die empirische Arbeitsmethodik dargelegt. Dabei wird auf den genauen Forschungsablauf eingegangen und erläutert, welche und wie die quantitativen und qualitativen Methoden angewendet wurden. Additiv werden die Methoden kritisch beleuchtet, um mögliche Fehlerquellen und Schwierigkeiten beim Vorgehen aufzuzeigen.

Die theoretischen Grundlagen für den weiteren Verlauf der Arbeit werden in Kapitel 3 gelegt. Zunächst wird eine kurze Definition von Stadterneuerung gegeben und deren Grundprinzipien dargelegt. Darauf aufbauend wird die Rolle von Gentrification sowie Kultur und Kunst bei Stadterneuerungsprozessen beleuchtet. Der Bezug auf Gentrification und Kultur und Kunst ist unverzichtbar, da sich das kreative Engagement und die sozialen Protestbewegungen, die anschließend behandelt werden, zumeist gegen die stadtpolitischen Strategien und deren Auswirkungen richten. Zusätzlich wird in den jeweiligen Abschnitten auf die Bedeutung von Gentrification und Kultur und Kunst sowie kreativem Engagement und Protestbewegungen aus Sicht der Experten eingegangen. Abschließend werden bereits vorhandene und anwendbare Möglichkeiten für eine sozialverträgliche Stadterneuerung aufgezeigt und durch die Expertensicht ergänzt.

Eine ähnliche Vorgehensweise findet sich in Kapitel 4 wieder. Hier wird explizit auf Stadterneuerungsprozesse in Hamburg eingegangen. Oftmals wird von der 'Freien und Abrissstadt Hamburg' gesprochen. Welche Entwicklungen zu dieser Annahme geführt haben, warum diese heute noch häufig vertreten wird und auch in Bezug auf das Gängeviertel eine wichtige Rolle spielt, soll hier erläutert werden. Zunächst wird kurz auf die geschichtliche Entwicklung und die Besonderheiten der Stadt Hamburg eingegangen. Nachdem die politischen Einflüsse sowie die Einflüsse und Auswirkungen von Gentrification, Kultur und Kunst und kreativem Engagement in Hamburg erläutert wurden, werden diese anhand einzelner Hamburger Stadtquartiere beispielhaft dargestellt. Daran anschließend werden die in Hamburg verfolgten Maßnahmen und Möglichkeiten für eine sozialverträgliche Stadterneuerung vorgestellt. Dieses Vorgehen dient der Darstellung, wie es zu dem Unmut der Bevölkerung und der momentanen städtischen Protestbewegung gekommen ist und welche Maßnahmen die Stadt ergreift oder ergreifen sollte, um der Forderung nach einer wirklich sozialverträglichen Stadterneuerung nachzukommen und das Image der 'Freien und Abrissstadt Hamburg' abzulegen.

In Kapitel 5 erfolgt eine Beschreibung und Bewertung des Untersuchungsobjektes Gängeviertel und der Initiative 'Komm in die Gänge'. Zur Beschreibung des Viertels dient auch eine Gebäude- und Nutzungskartierung, um die Lage und seine Besonderheiten herauszustellen. Darüber hinaus wird das Vorgehen, die Organisationsstruktur und der Beitrag der Initiative für die Stadt Hamburg aus Sicht der Experten bewertet. Zusätzlich wird die Medienberichterstattung über die Initiative dargelegt. Die Bewertung erfolgt auch im Hinblick auf die Sozialverträglichkeit, wobei hinzukommend die mögliche Gefahr der Instrumentalisierung relevant ist. Abschließend erfolgt eine bewertende Betrachtung der Möglichkeiten, das Vorgehen der Initiative und der Stadt auf andere Städte, Quartiere oder Orte übertragen zu können.

Im Schlusskapitel 6 wird ein Gesamtfazit gezogen und Möglichkeiten sowie Handlungsempfehlungen für die Initiative als auch für allgemeine Entwicklungsmaßnahmen innerstädtischer Gebiete mit Beachtung der Sozialverträglichkeit aufgezeigt. Dabei wird sich zeigen, ob und in welchem Maße man von dem Prozess in Hamburg für eine sozialverträgliche Stadterneuerung lernen kann.

## 2 Untersuchungsdesign und empirische Arbeitsmethodik

### 2.1 Methodenwahl und Forschungsablauf

In der Geographie arbeitet man mit einer Vielzahl von Methoden. Bevor man bestimmte Methoden in der wissenschaftlichen Arbeit einsetzt, muss klar sein, welche Methode für die wissenschaftliche Untersuchung am sinnvollsten ist und welche Gütekriterien und Standards für diese gelten (vgl. ATTESLANDER 2008:48f.; GEBHARDT, REUBER 2007:84). *„Die Wahl einer der jeweiligen Fragestellung „angemessenen“ Methode [stellt] eine zentrale Weichenstellung der geographischen Forschungsarbeit [dar]“* (GEBHARDT, REUBER 2007:84). Man unterscheidet zwischen quantitativen und qualitativen Methoden.<sup>3</sup> In dieser Arbeit wurde eine Vielfalt von Methoden verwendet, wobei der qualitative Ansatz überwiegt.

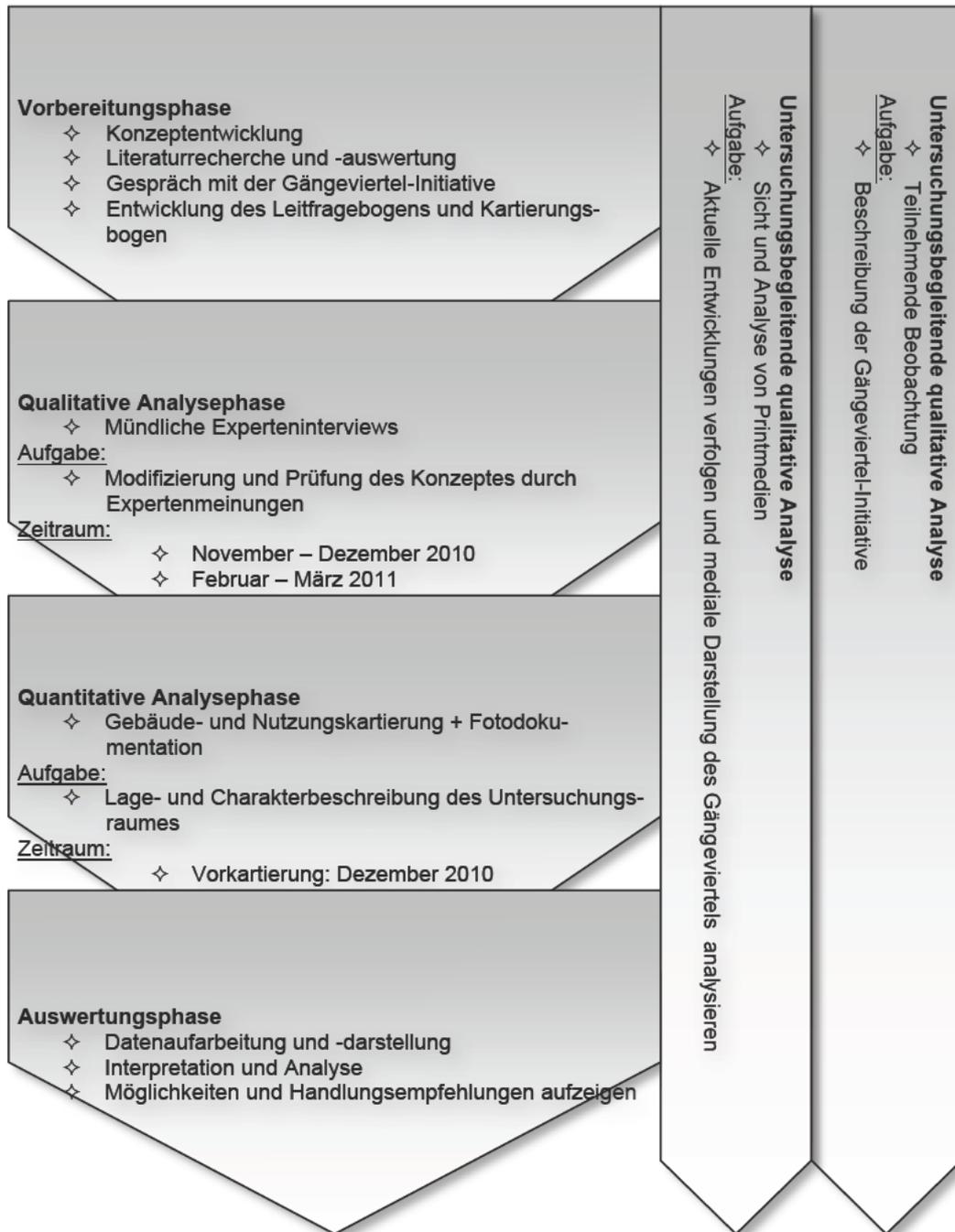
In dieser Arbeit soll dargestellt werden, welchen Einfluss Protestbewegungen, insbesondere durch kreatives Engagement, auf Stadtentwicklungsprozesse haben bzw. welchen Beitrag sie leisten und wie es möglich sein kann, eine sozialverträgliche Stadterneuerung durch diese Prozesse zu unterstützen oder einzuleiten. Dieses wird am Beispiel der Gängeviertel-Initiative in Hamburg untersucht. Es geht primär darum, Möglichkeiten einer sozialverträglichen Stadterneuerung aufzuzeigen und Handlungsempfehlungen aus den Erfahrungen im Gängeviertel zu geben. Um die Annahmen durch Meinungen von Experten modifizieren und prüfen zu können, bieten sich mündliche problemzentrierte Experteninterviews an (vgl. LAMNEK 2005:368; PFAFFENBACH, REUBER 2005:131).

Das Interview stellt die grundlegende Methode der Arbeit dar. Um einen Gesamteindruck über das Gängeviertel und die Initiative 'Komm in die Gänge' zu bekommen, wurde eine Kombination verschiedener Methoden benutzt. Die Lage und der Charakter des Gängeviertels und des angrenzenden Gebietes wurden durch eine Gebäude- und Nutzungskartierung mit begleitender Fotodokumentation dargestellt. Untersuchungsbegleitend wurden Printmedien analysiert, um die aktuellen Entwicklungen in Hamburg und im Gängeviertel zu verfolgen und um die mediale Darstellung der Gängeviertelproblematik und der Initiative zu untersuchen. Zudem wurde durch teilnehmende Beobachtungen bei Führungen durch das Viertel oder bei Diskussionsabenden im Viertel ein Eindruck über die Struktur, Organisation und Ziele der Gängeviertel-Initiative gewonnen.

---

<sup>3</sup> Siehe ergänzend dazu: GEBHARDT, REUBER 2007, S. 89 oder PFAFFENBACH, REUBER 2005, S. 35

Der genaue Forschungsablauf und die Inhalte der Methoden sind in Abb. 3 komprimiert dargestellt.



Quelle: eigene Darstellung 2011

Abb. 3: Forschungsablauf, -inhalt und Methoden

## 2.2 Qualitative Erhebungsmethode: Mündliche Experteninterviews

Mit Hilfe von qualitativen Interviews soll erworbenes Hintergrundwissen ergänzt und vertieft, sowie Möglichkeiten für zukünftige Entwicklungen und Handlungsempfehlungen aufgezeigt werden. Die Expertengespräche wurden als leitfadengestütztes, problemzentriertes Interview geführt. Dieses ist *„hervorragend geeignet für eine theoriegeleitete Forschung, da es keinen rein explorativen Charakter hat, sondern die Aspekte der vorrangigen Problemanalyse in das Interview Eingang finden. Überall dort also, wo schon einiges über den Gegenstand bekannt ist, überall dort, wo dezidierte, spezifischere Fragestellungen im Vordergrund stehen, bietet sich diese Methode an“* (MAYRING 2002:70).<sup>4</sup> Aus diesem Grund gibt es auch keine klare Trennung zwischen Theorie und Empirie in dieser Arbeit. Die Aussagen und Meinungen der Experten sollen bereits in die Grundlagen (Kapitel 3 bis 4) mit einbezogen werden.

Als Gedächtnisstütze und Orientierungsrahmen wurden in einem Leitfaden die Fragen und deren mögliche Reihenfolge festgehalten. Dieser strukturiert das Gespräch vor und enthält die Themen, die während des Gesprächs angesprochen werden sollen. Um auf die Bedürfnisse der Experten und unerwartete Informationen eingehen zu können, ist die Flexibilität des Interviewers und die Prozesshaftigkeit des Interviewverlaufs wichtig. Dies ist durch einen offenen, teilstrukturierten Leitfaden gegeben (vgl. LAMNEK 2005:351ff.; GEBHARDT, REUBER 2007:160; PFAFFENBACH, REUBER 2005:137). Die Leitfäden sowie die entsprechende Fragestellung wurden den jeweiligen Interviewpartnern angepasst und auf deren Expertenwissen beschränkt. Bereits bei der Anrede gab es Unterschiede, die persönlichen Ebenen waren verschieden. Trotz der teilweise persönlicheren Beziehung zu den Interviewpartnern wurde stets darauf geachtet, einen neutralen Standpunkt zu vertreten, welcher sich auch in den Fragen widerspiegelt. Die Regieanweisungen zur Interviewführung nach H. HERMANNNS (vgl. 2000:367) wurden befolgt. Im Anhang befindet sich der Fragenkatalog, aus dem sich die einzelnen Gesprächsleitfäden ergeben haben (s. Anlage 1). Für eine bessere Orientierung wurde der Leitfaden in Themenblöcke unterteilt. Die Eingangsfragen und die Frage nach dem Verständnis von sozialverträglicher Stadterneuerung wurden allen Gesprächspartnern zum Einstieg gestellt. Die weiteren Fragen beziehen sich auf Gentrification und sozialverträgliche Stadterneuerung, auf Kultur und Kunst zu Aufwertungszwecken und die Gefahr der Instrumentali-

---

<sup>4</sup> Siehe ergänzend zu 'problemorientiertes Interview': LAMNEK 2005, S.368; GEBHARDT, REUBER 2007, S. 159 oder PFAFFENBACH, REUBER 2005, S.131

sierung, auf Initiativen, Proteste und kreatives Engagement im Allgemeinen und abschließend auf das Gängeviertel im Speziellen.

Tab. 1: Namen und Funktion der befragten Experten

Name	Funktion	Datum des Interviews
<b>Hans Joachim Rösner</b>	Geschäftsführender Gesellschafter der Steg Hamburg	19.11.2010
<b>Steffen Jörg</b>	Mitarbeiter GWA St. Pauli und Produzent von Empire St. Pauli	25.11.2010
<b>Christoph Twickel</b>	Journalist, Autor und Mitinitiator von 'Not in our Name, Marke Hamburg'	25.11.2010
<b>Willi Rickert</b>	Amtsleitung Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung der BSU	26.11.2010
<b>Dr. Dirk Petrat</b>	Amtsleitung Denkmalschutz und Bodenmanagement der BKM	29.11.2010
<b>Constanze Klotz</b>	Projektkoordination im Bereich Kunst und Kultur der IBA Hamburg 2013	01.12.2010
<b>Michael Ziehl</b>	Architekt und Student der Stadtplanung, aktiv im Gängeviertel	22.02.2011
<b>Juliane Kruppke</b>	Ehemalige Werbetexterin, arbeitssuchend, aktiv im Gängeviertel	22.02.2011
<b>Ulrike Sitte und René Gabriel</b>	Stadtplanerin und Student der Stadtplanung; im Planungsgremium Gängeviertel	02.03.2011
<b>Jeanette Kratzert</b>	Graphik-Designerin, aktiv im Gängeviertel	04.03.2011
<b>Till Haupt</b>	Freier Künstler, Aufsichtsratsvorsitzender der Genossenschaft 'Gängeviertel eG'	07.03.2011

Quelle: eigene Darstellung 2011

Die Expertenauswahl erfolgte schrittweise theoretisch begründet während der Datenerhebung und durch das Schneeballprinzip<sup>5</sup> (vgl. PFAFFENBACH, REUBER 2005:152). Dabei war es wichtig, dass verschiedene Meinungen zusammen kommen, um eine einseitige Beleuchtung des Themas zu vermeiden und evtl. Kompromisse zwischen den unterschiedlichen Akteuren in der Stadt zu finden. Die Experteninterviews haben in zwei Blöcken stattgefunden. Im ersten Block von November bis Dezember 2010 wurden städtische Experten<sup>6</sup>, Experten für Zivilgesellschaft und Sozialverträglichkeit sowie für Kunst und Kultur in der Stadt befragt. Im zweiten Interviewblock, der von Februar bis März 2011 stattfand, wurden die Gespräche mit Engagierten der Gängeviertel-Initiative geführt (s. a. Tab. 1). Zu den städtischen Experten zählen der Amtsleiter für Wohnen, Stadter-

<sup>5</sup> Bei dem Schneeballverfahren lässt man sich durch Interviewte weitere Gesprächspartner empfehlen (vgl. GEBHARDT, REUBER 2007, S.163; PFAFFENBACH, REUBER 2005, S. 151).

<sup>6</sup> Der Expertenstatus wird vom jeweiligen Forscher, begrenzt auf die spezifische Fragestellung, verliehen (vgl. MEUSER 1991, S. 443).

neuerung und Bodenordnung (WSB) der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), der Amtsleiter für Denkmalschutz und Bodenmanagement der Behörde für Kultur und Medien (BKM) sowie der Geschäftsführer der Stadtentwicklungsgesellschaft (Steg). Als Experte für Zivilgesellschaft und Sozialverträglichkeit wird S. JÖRG, für Kultur und Kunst in der Stadt C. KLOTZ und für die Entwicklungen im Gängeviertel die Mitglieder der Initiative gesehen. CH. TWICKEL, Autor von 'Gentrifidingsbums oder eine Stadt für Alle' wird als Experte für Zivilgesellschaft, kreatives Engagement als auch für das Gängeviertel gesehen. Die Interviews fanden am jeweiligen Arbeitsplatz oder in Räumen des Gängeviertels statt. Ein Interview wurde als Doppelinterview geführt, da es sich aus zeitlichen und inhaltlichen Gründen angeboten hat. Je nach Anzahl der Fragen hatten die Interviews eine Länge von 15 bis 90 Minuten. Die Gespräche wurden, soweit zugelassen, mit einem Diktiergerät aufgezeichnet. Drei der elf Interviews wurden auf Wunsch der Interviewten in einem schriftlichen Protokoll festgehalten. Bei dem Personenkreis, der keine Aufzeichnung wünschte, handelt es sich um die städtischen Experten. Dies lässt eine politische Brisanz des Themas vermuten.

Die Aufzeichnungen der Gespräche wurden in normales Schriftdeutsch transkribiert (s. Anlagen 6 – 16). Dialekte und Satzbaufehler wurden bereinigt, da es auf das Thema und die Sachinhalte ankommt und nicht auf die Sprache und Ausdrucksweise (vgl. PFAFFENBACH, REUBER 2005:155). Die Materialauswertung erfolgte in Anlehnung an M. MEUSER und U. NAGEL (1991:151ff.). Nach der Transkription wurde paraphrasiert, um das Textmaterial zu verdichten. Danach wurden, um das Material zu ordnen, Überschriften zur Vereinfachung des darauf folgenden thematischen Vergleiches gebildet. Bei der soziologischen Konzeptualisierung wurden weitere Kategorien zur Systematisierung, Typisierung und Verallgemeinerung gebildet. Zum Schluss wurden aus dem gewonnenen Material in der Phase der theoretischen Generalisierung mögliche Theorien gebildet und Konzepte falsifiziert oder verifiziert.

Wie eingangs erwähnt, werden die Expertenaussagen an unterschiedlicher Stelle in die Arbeit integriert. Ihre Meinung ist auch zur sozialverträglichen Stadterneuerung und Stadterneuerung in Hamburg von Relevanz. In Kapitel 5 werden dann die gewonnenen Erkenntnisse zusammengefasst und auf das Gängeviertel bzw. Viertel mit ähnlichen Ausgangslagen angewandt.

## 2.3 Ergänzende Erhebungsmethoden

### 2.3.1 Quantitative Erhebungsmethode: Gebäude- und Nutzungskartierung

Um die Eindrücke über die Lage und den Charakter des Untersuchungsraumes wissenschaftlich zu untermauern, wurde eine Gebäude- und Nutzungskartierung durchgeführt. Die Eindrücke sollten nicht nur statistisch festgehalten werden, sondern auch mit Hilfe einer Fotodokumentation. Zu Beginn der Arbeit wurde eine Vorkartierung bzw. eine erste Begehung des Untersuchungsraumes durchgeführt, um erste Besonderheiten festzuhalten und daraufhin den Kartierungsschlüssel und -bogen zu entwerfen. Die Benennung des Untersuchungsgebietes orientiert sich nicht an amtlich-statistischen Bezeichnungen, sondern an der Entfernung zum Untersuchungsobjekt 'Gängeviertel'. Es wurde versucht, in einem gleichmäßigen Radius eine für den Forscher logische Abgrenzung zu ziehen. Im Februar 2011 wurde dann mit Hilfe von dem Kartierungsbogen und -schlüssel die Gebäude- und Nutzungskartierung durchgeführt (s. Anlage 2). Dabei wurde sich an den Hausnummern orientiert, welche mit den dazugehörigen Informationen in eine Tabelle, den Kartierungsbogen, eingetragen wurden. Es handelt sich um eine einfache Nutzungskartierung. Es sollen hauptsächlich Art und Intensität der Nutzungen festgehalten werden sowie die Art und das Alter der Bebauung (vgl. KROß 2003:210). Es wurde lediglich im Erdgeschoss nach Parzellen unterschieden, in den Obergeschossen wurden Wohnungen und Dienstleistungseinrichtungen weder etagenweise noch parzellenscharf, sondern nach ungefährender Anzahl in den Kartierungsbogen eingetragen.

Erhoben wurden das geschätzte Gebäudealter, der Gebäudezustand, die Geschosszahl und die Nutzungen, eingeteilt in Einzelhandel, Dienstleistungen, Wohnen, Leerstand, Freifläche und Parknutzungen. Bei der Bedarfsgruppengliederung von Einzelhandels- und Dienstleistungsgruppen wurden die Bedarfsgruppen von H. HEINEBERG (nach HEINEBERG, H 2006:179, TAPPE, U. 1994: Anhang I-II) und C. KRAJEWSKI (2006:69) an die Gegebenheiten im Untersuchungsraum angepasst. Von den elf Einzelhandelsgruppen von H. HEINEBERG finden sich sieben im Untersuchungsraum wieder. Die Dienstleistungsbedarfsgruppen wurden ebenfalls den Gegebenheiten angepasst und weiter differenziert. Die Gruppe

'weitere gehobene private Dienstleistungen', also der quartäre Sektor<sup>7</sup>, wurde weiter untergliedert in Rechts- und Wirtschaftswesen sowie Gesundheitswesen, da diese bei der Vorkartierung auffällig häufig vertreten waren und eine Untergliederung sinnvoll erschien. Zudem wurden die Bedarfsgruppen durch Medien /Kommunikation/Information und Verwaltungssitz internationaler Unternehmen ergänzt (s. Tab. 2).

Diese Erhebungsmethode gehört zu den ergänzenden Methoden und dient lediglich zur Beschreibung der Lage und des Charakters des Gängeviertels in Abschnitt 5.1.2.

**Tab. 2: Einzelhandels- und Dienstleistungsbedarfsgruppen**

Einzelhandelsbedarfsgruppen	Dienstleistungsbedarfsgruppen
1. Lebens- und Genussmittel	1. Versicherungs-/Immobilien- und Bankenwesen
2. Bekleidung und Textilien	2. Beherbergungswesen
3. Körperpflege- und Heilbedarf	3. Gaststätten- und Unterhaltungs-gewerbe
4. Arbeits- und Betriebsmittelbedarf	4. öffentliche und private Kultureinrichtungen
5. Wohneinrichtungsbedarf	5. öffentliche und private Ausbildungseinrichtungen
6. Schmuck- und Zierbedarf	6. Rechts- und Wirtschaftswesen
7. Unterhaltungsbedarf	7. Verwaltung anderer öffentlicher Einrichtungen
	8. Gesundheitswesen
	9. Medien-/Kommunikations-/Informationsbereich
	10. weitere gehobene private Dienstleistungen
	11. Verwaltungssitz internationaler Unternehmen
	12. einfache Serviceleistungen und Dienstleistungen des Handwerks
	13. Sonstige Dienstleistungen

*Quelle: eigene Darstellung nach HEINEBERG, H 2006:179, TAPPE, U. 1994: Anhang I-II*

<sup>7</sup> Quartärer Sektor nach H. HEINEBERG 2006, S.175: „Als sogenannten Quartären Sektor lassen sich Dienstleistungen ausgrenzen bzw. zusammenfassen, für deren Ausübung höhere Ausbildung und Schulung erforderlich sind und die z.T. einen großen Beitrag zu Entscheidungsprozessen leisten. [Dazu] zählen insbesondere Einrichtungen der Regierung und öffentlichen Verwaltung, der Verbände und Industrieverwaltung sowie gehobene personenbezogene private Dienstleistungen (z.B. Ärzte, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer) oder auch Dienstleistungen, die bei Transaktionen genutzt werden (wie Banken, Börsen, Versicherungen).“

### 2.3.2 Weitere Erhebungsmethoden

Die teilnehmende Beobachtung, die Fotodokumentation und die Analyse von Printmedien sind weitere sozialwissenschaftliche Erhebungsmethoden, die untersuchungsbegleitend zum Einsatz gekommen sind.

Durch die passive Teilnahme an von der Gängeviertel-Initiative organisierten Diskussionsabenden unter dem Titel 'Wir gestalten die Stadt, in der wir leben wollen – aber wie?' konnten Eindrücke über die Kommunikations- und Organisationsstruktur der Initiative, die Beziehung untereinander sowie über deren Ziele gewonnen werden. *„Das Ziel teilnehmender Beobachtung ist, den Standpunkt des Anderen oder des Fremden sowie den Sinn seines Handelns zu verstehen“* (PFAFFENBACH 2007:157). Nicht alle Diskussionen konnten live miterlebt werden, dennoch gab es die Möglichkeit mit Hilfe des Mitschnitts des Freien Sender Kombinars (FSK) die für die Forschung relevanten Aspekte der Diskussionen zu transkribieren und auszuwerten (s. Anlagen 16-19). Die Eindrücke der Beobachtung und die Auswertung der Diskussionen werden vor allem in Kapitel 5 einbezogen. Zum Teil werden Meinungen und Äußerungen der Diskussionsteilnehmer ähnlich wie die Meinungen der Experten behandelt und können mit in den Grundlagenteil aufgenommen werden. Zusätzlich wurde auch an Führungen durch das Gängeviertel teilgenommen, um mehr über den Ort und die Initiative bzw. die Besetzung zu erfahren.

Die Analyse der Printmedien ist wichtig, um die Entwicklungen in Hamburg und im Gängeviertel verfolgen zu können. Dabei geht es nicht nur um die aktuellen Entwicklungen, sondern auch um die Entwicklungen, die zur Besetzung des Gängeviertels geführt haben. Zudem wird die mediale Darstellung der Initiative 'Komm in die Gänge' häufig als eines der Elemente genannt, die zu deren Erfolg geführt hat. Um dies belegen zu können, werden unter anderem Artikel aus dem 'Hamburger Abendblatt', der 'Welt', der 'Süddeutschen Zeitung', der 'TAZ' und von 'Spiegel Online', sofern diese kostenlos im Internet aufrufbar waren, analysiert und bewertet. Ergebnisse werden in Kapitel 5 mit einfließen.

## 2.4 Methodenkritik

Zum Ende der Erläuterung zum methodischen Vorgehen in dieser wissenschaftlichen Arbeit sollen die angewandten Methoden kritisch hinterfragt und mögliche Fehlerquellen aufgezeigt werden.

Auch wenn die Anweisungen zur Interviewvorbereitung und -führung befolgt wurden, gibt es eine Vielzahl an möglichen Fehlerquellen. *„Keine Befragung wird je ohne Beeinflussung sein, keine Antwort ohne Verzerrung gegeben werden können“* (ATTESLANDER 2008:161). Schon die Kleidung und Sprache oder auch die Betonung der Frage können den Befragten beeinflussen (vgl. PFAFFENBACH, REUBER 2005:88). Hinzu kommt, dass der Befragte nach sozialer Erwünschtheit antworten könnte oder aus Angst, es könnte etwas falsch ausgelegt werden (vgl. DIEKMANN 2007:44ff.). Dies könnte auch die Aufnahmeverweigerung der Befragten aus den städtischen Behörden erklären. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich bei der Auswertung der Interviews. Bereits bei der Transkription und der Übertragung in normales Schriftdeutsch finden erste Interpretationen statt und sind somit selektive Konstruktionen des Forschers (vgl. PFAFFENBACH, REUBER 2005:153). Dies ist insbesondere bei schriftlichen Protokollen der Interviews der Fall, da zwangsläufig erste Interpretationen durch die Auswahl des Niedergeschriebenen stattfinden. Außerdem kann nie gewährleistet werden, dass die Experten die Wahrheit sagen (vgl. PFAFFENBACH, REUBER 2005:158; MEUSER, NAGEL 1991:466).

Bei der Gebäude- und Nutzungskartierung könnte es während der Aufnahme der Informationen zu einzelnen Gebäuden zu Ungenauigkeiten gekommen sein, da es teilweise sehr schwierig war, die genauen Nutzungen von den Klingelschildern abzulesen, teilweise waren diese auch nicht vorhanden. Die erhobenen Zahlen können lediglich einen Überblick der Nutzungsverteilung im Untersuchungsgebiet geben.

Auch die weiteren ergänzenden Methoden können kritisiert werden bzw. es können Fehler aufgetreten sein. Die teilnehmende Beobachtung ist rein subjektiv, sollte aber auch nur einen Eindruck von der Initiative sowie dem Viertel vermitteln und ist für die Auswertung nicht relevant. Auch bei der Analyse der Printmedien kommt es vor allem auf den Inhalt an und soll nicht den Ansprüchen einer qualitativen Inhaltsanalyse entsprechen (s. PFAFFENBACH, REUBER 2005:173).

Die Kriterien der einzelnen Methoden wurden zwar befolgt, trotzdem gibt es noch genügend mögliche Fehlerquellen. Diese Arbeit kann sich dem auch nicht entziehen und erhebt auch nicht den Anspruch ohne Fehler oder Verzerrungen zu sein. Um das Ziel 'Möglichkeiten und Handlungsempfehlungen' aufzuzeigen, scheint dies auch nicht notwendig zu sein.

### 3 Einflussfaktoren auf den Stadterneuerungsprozess

#### 3.1 Stadterneuerung

Aufgabe der Stadterneuerung ist es, erhaltende und gestaltende Maßnahmen zur Beseitigung städtebaulicher Missstände zu ergreifen, um Stadtteile aufzuwerten. Dazu zählen Maßnahmen zur Erhaltung, Sanierung, Umgestaltung und Modernisierung bereits vorhandener Teile oder Gebäude einer Stadt, und demzufolge auch Maßnahmen zur Erhaltung historischer, denkmalgeschützter Teile einer Stadt (vgl. FASSMANN 2009:144,174; HEINEBERG 2006:240; KLEIBER 2010:78; NAGEL 1995:12). Wurden vor den 1970er Jahren noch bevorzugt Kahlschlagsanierung sowie Abriss und Neubau angestrebt, kam es danach immer mehr durch eine veränderte Wertschätzung des kulturellen und historischen Erbes zu einer erhaltenden, behutsamen Stadterneuerung (vgl. FASSMANN 2009:144f.). Stadterneuerung versucht dem Stadtverfall entgegenzuwirken und kann erforderliche Flächen im Bestand, z.B. durch Aktivierung von Industriebrachen, Konversion von Militär- oder Verkehrsflächen sowie Überplanung nicht mehr nachgefragter Wohnungsbestände für Stadtumbau verfügbar machen. Der Stadtumbau geht anders als die Stadterneuerung mit Nutzungsänderungen qualitativer und quantitativer Art einher, um die Funktionsfähigkeit der Städte im Bestand zu stärken (vgl. HEINEBERG 2006:240). Stadterneuerung und Stadtbau stellen Teilprozesse der Stadtentwicklung dar. Grundsätzlich stellt die Stadtentwicklung die Genese einer Stadt dar und wird als Aufgabe der Stadtplanung zur zukunftsorientierten Entwicklung einer Stadt gesehen (vgl. FASSMANN 2009:174; LESER 2006:876).

Stadterneuerung kann entweder gemäß des rechtlich festgeschriebenen 'Besonderen Städtebaurechts' §§136 BauGB zur Behebung städtebaulicher Missstände oder auch als privat initiierte Modernisierung stattfinden (vgl. KLEIBER 2010:78). Das Städtebauförderungsgesetz von 1971 stellt eine wesentliche rechtliche und finanzielle Grundlage für städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Deutschland dar (s. § 164 BauGB). Zur Förderung der Stadterneuerung gehören somit auch Programme der Städtebauförderung, wie das Bund-Länder-Programm 'Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt' von 1999 und die Programme 'Stadtumbau Ost', sowie 'Stadtumbau West'. Erneuerungsmaßnahmen führen häufig zur Verdrängung von angestammter, ökonomisch schwacher Bevölkerung. Durch die Hinwendung von der Stadterneuerung als rein bauliche Aufgabe zu einem integrierten Handlungsansatz durch begleitende Maßnahmen, Programme oder entsprechende Gesetzgebungen,

wird zunehmend eine erhaltende und gleichzeitig sozialverträgliche Stadterneuerung angestrebt. Auf Grund des demographischen Wandels, der zunehmenden ökologischen Probleme und der wachsenden Wertschätzung des kulturellen Erbes stellt die Stadterneuerung eine immer wichtiger werdende Planungsaufgabe der Zukunft dar (vgl. FASSMANN 2009:144f.; STREICH 2005:411). Welche Möglichkeiten und Maßnahmen für eine sozialverträglichen Stadterneuerung bestehen soll in Kap. 3.5 besprochen werden.

## **3.2 Gentrification als Element der Stadterneuerung**

Bei der Debatte um sozialverträgliche Stadterneuerung und den Einfluss von Protestbewegungen auf Stadtentwicklungsprozesse begegnet man zwangsläufig dem Begriff der Gentrification. Ein Wort, das in den letzten Jahren zu einem Modewort avanciert ist, mit dem man scheinbar alle städtischen Probleme anzusprechen vermag. Schon aus diesem Grund sollte vorab eine genaue Definition von Gentrification gegeben werden. Dabei soll auch auf den Verlauf, die Voraussetzungen und Erklärungsansätze für den Prozess und die positiven wie negativen Auswirkungen auf Stadtentwicklung und die Bevölkerung eingegangen werden. Abschließend soll Gentrification aus verschiedenen Perspektiven durch die Brille der Experten beleuchtet werden.

### **3.2.1 Definitionen und Verlauf**

Seit den 1970ern sah man immer mehr von Flächensanierung, Abriss und Neubau ab und besann sich zunehmend auf das historische und kulturelle Erbe der Städte. Durch den Wandel zu einer erhaltenden Stadterneuerung wurde Gentrification zu einem Teil und Ausdruck der heutigen Stadtentwicklung. Die Aktualität und das Streben von Teilen der Bevölkerung nach Sozialverträglichkeit und die dadurch zunehmenden Anti-Gentrification-Proteste führten in den letzten Jahren zu einem inflationären Gebrauch des Begriffes Gentrification.

Erstmals wurde der Begriff 1964 von der britischen Soziologin RUTH GLASS in einem Text über den urbanen Wandel in London benutzt.

*"One by one, many of the working class quarters of London have been invaded by the middle-classes - upper and lower. Shabby, modest mews and cottages - two rooms up and two down - have been taken over, when their leases have expired, and have become elegant, expensive residences. [...]"*

*Once this process of 'gentrification' starts in a district it goes on rapidly until all or most of the original working-class occupiers are displaced and the whole social character of the district is changed."* (GLASS 1964:XViii).

Das Wort 'Gentrification' an sich kommt von 'Gentry', eine Bezeichnung für den niederen Adel Englands. Diese Definition von RUTH GLASS gilt bis heute, wurde jedoch in zahlreichen weiteren Definitionsversuchen modifiziert und ergänzt. Zusammengefasst aus verschiedenen Definitionen bedeutet Gentrification: Es kommt zu einer baulichen, funktionalen und symbolischen Aufwertung meist vorher heruntergewirtschafteter innerstädtischer Stadtviertel. Diese Veränderungen führen zu einer Mietpreissteigerung und zum Zuzug einer statushöherer Bevölkerung, was zur Verdrängung der angestammten Bewohner und somit zu einem Austausch der Bevölkerung führen kann (vgl. BLASIUŠ 1994:408; DANGSCHAT 1992:142; FREY 2009:145; FRIEDRICHŠ 1996:14; HAMNETT 1991:32; KECSKES 1997:23; KRAJEWSKI 2006:61f.; LESER 2005:273; LEES, SLATE, WYLY 2008:XV).

Gentrification verläuft in mehreren Phasen und durch Einflussnahme unterschiedlicher Akteure. Mit Hilfe von Stadien- bzw. Prozessmodellen wurde vielfach versucht den Prozess darzustellen. So wird z.B. mit dem Phasenmodell von FRIEDRICHŠ (1998:59ff.) in Anlehnung an CLAY (1979:57ff.) der Gentrification-Prozess wie folgt dargestellt: In der ersten Phase ziehen die sogenannten Pioniere<sup>8</sup> (Studenten, Künstler etc.) in günstige freie bzw. freiwerdende Wohnungen und werten diese durch ihr Handeln baulich sowie durch ihre Anwesenheit sozial auf. Es werden nur vereinzelt Modernisierungsmaßnahmen vorgenommen, die aber noch nicht zu enormen Mietsteigerungen führen, sodass es noch zu keiner Verdrängung der einkommensschwachen angestammten Bevölkerung kommt. Die Gebietsveränderungen sind demnach noch gering. In der zweiten Phase ziehen weitere Pioniere und zusätzlich die sogenannten Gentrifier<sup>9</sup> ein. Diese sind risikoscheuer und ziehen erst in ein Wohngebiet, wenn absehbar ist, dass sich das Gebiet zu einem 'guten' Wohngebiet entwickelt. Die Modernisierungsmaßnahmen nehmen zu und die Mieten sowie Bodenpreise steigen, insbesondere durch steigende Spekulationstätigkeiten. Des Weiteren entstehen neue Geschäfte, Dienstleistungs- und Gastronomiebetriebe, die zusätzlich zu einer funktionalen sowie symbolischen Aufwertung führen. Durch die steigenden Mieten wird es für

<sup>8</sup> Pioniere „[...] Haben eine hohe Schulbildung, aber in der Regel noch keine gute, bzw. gesicherte berufliche Position und daher ein niedriges, oftmals unsicheres, häufig aus mehreren Quellen zusammengesetztes Einkommen. Sie sind selten verheiratet, in der Regel kinderlos und leben in allen Haushaltsformen“ (BLASIUŠ/DANGSCHAT 1990:23).

<sup>9</sup> Gentrifier sind in der Regel auch kinderlos, etwas älter als die Pioniere und mit einem höheren festen Einkommen ausgestattet (vgl. KECSKES 1997:30).

die alteingesessenen einkommensschwachen Haushalte immer schwieriger in ihrem Viertel bleiben zu können. Die dritte Phase ist nach FRIEDRICHS die eigentliche Phase der Gentrification. Es ziehen immer mehr Gentrifier in das Gebiet und es kommt zu einer allmählichen Homogenisierung der Bevölkerungszusammensetzung bei weiterhin steigenden Mietpreisen. Dadurch kommt es immer mehr zur Verdrängung von Alteingesessenen und auch der Pioniere, entweder weil sie es sich nicht mehr leisten können oder weil ihnen der soziale Wandel missfällt. In dieser Phase kommt es auch vermehrt zu Konflikten und teilweise auch zu Protesten gegen eine weitere Aufwertung des Viertels. In der vierten Phase ziehen fast ausschließlich Gentrifier mit einem noch höheren Einkommen in das Viertel. Die Mieten steigen weiter und immer mehr Wohnungen werden von Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt. Das Image des Viertels hat sich von einem eher heruntergewirtschafteten Viertel zu einem 'guten' und bekannten Wohngebiet entwickelt. Alteingesessene, Pioniere und auch die Gentrifier der 1. Generation sind dadurch immer stärker davon bedroht, verdrängt zu werden.

DANGSCHAT 1988 stellt die verschiedenen Phasen von Gentrification und Einflüsse der Akteure (Pioniere und Gentrifier) sowie den Austausch der Bevölkerung in einem doppelten Invasions-Sukzessions-Zyklus als Verlauf dar. Dieser veranschaulicht wie die ersten Invasoren, die Pioniere, andere soziale Gruppen verdrängen und durch die Schaffung eines neuen Umfelds eine zweite Invasions-Phase hervorrufen, bei der sie selber durch den Zuzug von Gentrifiern verdrängt werden (vgl. DANGSCHAT 1988:278ff.). Beide Modelle sind idealtypisch und nicht auf jedes Gentrification-Beispiel anzuwenden, so können Phasen z.B. parallel oder versetzt zueinander verlaufen (vgl. HENKEL 2000:28). Sie dienen lediglich der Beschreibung von Gentrification.

### 3.2.2 Voraussetzungen und Erklärungen für Gentrification

Es gibt verschiedene Einflüsse, die Gentrification in einer Stadt bedingen. Der gesellschaftliche Wandel, der Strukturwandel, demographische Veränderungen sowie staatliche Interventionen bzw. gesetzliche Rahmenbedingungen und Eingriffe in den Wohnungsmarkt nehmen Einfluss auf Gentrification. Erklärungsansätze aus Angebots- und Nachfrageperspektive dienen zur Beschreibung der Voraussetzungen für Gentrification. Ursprünglich kommen der Erklärungsansatz einer veränderten Nachfrage von DAVID LEY 1980 und der Erklärungsansatz ei-

nes veränderten Angebotes von NEIL SMITH 1979 (vgl. KECSKES 1997:42). Hier sollen beide Ansätze aufgegriffen, durch andere ergänzt und verbunden werden.

Bei der veränderten Nachfrageseite handelt es sich um die Veränderungen der Lebensstile durch den gesellschaftlichen Wandel, bedingt durch wirtschaftliche und demographische Veränderungen. Die Veränderung der Lebensstile wird häufig als entscheidender Grund für eine veränderte Nachfrage genannt (vgl. DANGSCHAT 1988:284, KECSKES 1997:45, FRIEDRICHS 1998:64). Diese äußert sich durch die Abkehr vom traditionellen Kleinfamilienmodell hin zu neuen Haushaltstypen mit veränderten Standortpräferenzen. Demnach verändert sich die Nachfrage nach innerstädtischem Wohnraum durch die Zunahme von Haushaltstypen, die entweder Singles, unverheiratete Paare oder kleine Familien mit einem überdurchschnittlichen Einkommen, einem Arbeitsplatz in der Innenstadt und großstädtischen Bedürfnissen (nach Kultur-, Unterhaltungs-, Gastronomiebetrieben), sind (vgl. FRIEDRICHS 1998:64). Für diese Zielgruppe steigt die Attraktivität der Innenstädte und bedingt so die 'Urban Renaissance'<sup>10</sup>. Bei diesen Veränderungen spielt die Veränderung der Berufswege und besonders die Zunahme von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor in den Innenstädten eine wichtige Rolle. Veränderte Arbeitsbeziehungen, der Trend zur Wissensökonomie und der Kreativwirtschaft<sup>11</sup> führen zur funktionalen Neuordnung der Städte, da für diese Unternehmen und ihre Angestellten speziell die Stadtzentren interessant sind (HOLM 2011a:49).

Zu der Veränderung der Nachfrage kommen Veränderungen der Angebotsseite, die als Voraussetzung für Gentrification gelten. Um diese Veränderungen zu beschreiben, dienen bevorzugt zwei ökonomische Erklärungsansätze: Die „rent-Gap“- (SMITH 1979) und die „value-Gap“-Theorie (HAMNETT 1991). Die „rent-Gap“-Theorie beschreibt die Differenz zwischen aktuell erzielter Grundrente und erwarteter Ertragslage. Je schlechter die Ausgangsposition ist, umso größer ist die Ertragslücke. Wenn die Ertragslücke groß genug ist, rechnet sich eine Investition (vgl. BLASIUS 1993:23; FRIEDRICHS 1998:64f.; HOLM 2010a:24f.). Die „value-Gap“-Theorie basiert auf dem Wertunterschied zwischen dem Verkaufswert von

---

<sup>10</sup> Urban Renaissance nach ALLIN et al 2004, S. 257: „In England wird unter der Überschrift „Urban Renaissance“ eine Politik der Revitalisierung der Städte mit dem Ziel betrieben, die urbane Lebensqualität – insbesondere als Wohn-, Arbeits- und Freizeitstandort – zu verbessern. Dabei steht die Wiedernutzung von leerstehenden Gebäuden und Brachflächen im innerstädtischen Bereich im Mittelpunkt des Interesses – auch mit dem Ziel eines sinkenden Freiflächen- und Landschaftsverbrauchs.“

<sup>11</sup> Nähere Erläuterung zur Kreativwirtschaft folgen in Kapitel 3.3.1.

in Eigentumswohnungen umgewandelten Mietwohnungen gegenüber den jährlichen Mieteinnahmen (vgl. BLASIUS 1993:23; HELBRECHT 1996:6).

Ob und in welchem Maße Gentrification stattfindet, hängt von vielen Faktoren ab, die sich gegenseitig bedingen. Neben der Nachfrage- und Angebotsseite sind auch die Rolle des Staates und die des Immobilienmarktes von großer Bedeutung. Der staatliche Einfluss auf Gentrification wird häufig unterschätzt. So hatte z.B. das städtebauliche Leitbild 'Erhaltende Stadterneuerung' seit den 1970er Jahren Einfluss auf die Erhaltung historisch wertvoller Gebäude. Zudem wurden Modernisierungsmaßnahmen von Altbauten durch die Einführung des Städtebauförderungsgesetzes 1971, die Einführung steuerlicher Abschreibungsmöglichkeiten für Altbauten 1977 und den Erlass des Wohnungsmodernisierungs- und Energieeinsparungsgesetzes 1978 gefördert und erleichtert (vgl. HEINEBERG 2006:134). So haben z.B. *„Sanierungsmaßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz wesentlich zur Preissteigerung in gentrifizierten Gebieten (und damit zur Verdrängung der ansässigen Bevölkerung) beigetragen [...]“* (HELBRECHT 1996:7).

### 3.2.3 Auswirkungen von Gentrification auf Stadtentwicklungsprozesse und Bevölkerungszusammensetzungen

Gentrification hat unterschiedlich zu gewichtende, positive sowie negative Auswirkungen auf Stadtentwicklungsprozesse und Bevölkerungszusammensetzungen. Ob die Auswirkungen jeweils positiv oder negativ zu bewerten sind, hängt von der jeweiligen Perspektive, der Klassenlage und der Milieuzugehörigkeit ab.

Positive Aspekte der Aufwertung für die Stadtentwicklung sind sicherlich die Wiederherstellung der historischen Bausubstanz, die Beseitigung städtebaulicher Defizite, weniger Leerstand, geringere Zersiedlung und ein vermindertes Verkehrsaufkommen durch Reurbanisierungstendenzen (vgl. HOLM 2011a:46). Weitere positive Aspekte sind höhere Eigentumswerte, höhere Steuereinnahmen, Belebung und eine höhere Funktionsfähigkeit des Viertels. Für alle, die es sich leisten können, für die Eigentümer und insbesondere für die Akteure der Immobilienwirtschaft, ist die Gentrification ein lohnender Prozess. Sie sind die Gewinner der Gentrification (vgl. HOLM 2008b; LEES ET AL. 2008:196).

Negative Auswirkungen von Gentrifizierung beziehen sich besonders auf die herkömmliche Wohnbevölkerung. Es kann zur Verdrängung der angestammten Bevölkerung und von Geschäften durch steigende Mieten kommen. Überdies kön-

nen Verdrängte mit möglichen psychologischen Auswirkungen zu kämpfen haben. Durch knapp werdenden günstigen Wohnraum kann zudem Obdachlosigkeit bedingt werden. Unhaltbare Spekulationen und Lobbyismus können zu weiteren Kostensteigerungen führen. Darüberhinaus kann der Nachfragedruck auf umliegende günstigere Gebiete erhöht werden. Und es kann zum Verlust der Diversität und Einzigartigkeit und/oder Verstärkung von Segregationstendenzen führen (vgl. LEES ET AL. 2008:196). Der Austausch einer statusniedrigeren durch eine statushöhere Bevölkerung und somit die Verdrängung gehört zur Definition von Gentrification und kann im Phasenmodell von FRIEDRICHS 1998 abgelesen werden (s. Kapitel 3.2.1). Es gibt verschiedene Formen von Verdrängung. Eine physische Verdrängung durch Abriss oder Umbau, eine ökonomische Verdrängung durch Mietpreissteigerungen, eine kulturelle Verdrängung durch Nachbarschaftsveränderungen und eine ausschließende Verdrängung durch Luxusmodernisierung, wonach eine vergleichbare Sozialstruktur nicht wieder einziehen kann (vgl. HOLM 2010a:61). Bevor Maßnahmen zur Steuerung bzw. Vermeidung von Gentrification ergriffen werden, muss geklärt werden, in welche Richtung sich das Viertel entwickeln soll. Einerseits sollen Aufwertungsprozesse gefördert werden, andererseits müssen auch die Interessen der bereits vorhandenen Wohnbevölkerung berücksichtigt und wenn möglich mit städtebaulichen Interessen verbunden werden (vgl. FREY 2009:128).

#### **3.2.4 Bewertungen von Gentrification durch Experten**

Die unterschiedliche Interessenlage bei Gentrification wurde auch bei der Bewertung von Gentrification durch Experten deutlich. Das Thema Gentrification ist oftmals Ausgangspunkt für Protestbewegungen und daher relevant für die Ergebnisse dieser Forschungsarbeit. Auf das Thema wurde durch die Fragen nach sozialverträglicher Stadterneuerung, nach positiven wie negativen Auswirkungen von Gentrification während des Gesprächs hingelenkt (vgl. Anlage 1, Fragen 3, 5 u. 8). In diesem Teil der Arbeit soll nur auf Gentrification allgemein eingegangen werden. Welche Steuermöglichkeiten und Lösungsvorschläge es für die Auswirkungen gibt, wird in Kapitel 3.5. näher beleuchtet. Die relevanten Passagen zu Gentrification wurden in Tab. 3 für eine bessere Übersicht zusammengefasst.

Tab. 3: Ausgewählte Expertenaussagen zur Bewertung von Gentrification

Experten	Bewertung von Gentrification
<b>Hans-Joachim Rösner 2010</b> , Geschäftsführer der Steg Hamburg	Es gibt keine aktive Verdrängung. Verdrängung ist nicht gewollt. [...] Innenstadtquartiere sind sehr beliebt und es gibt zu wenig Wohnraum. Das führt zu teuren Mieten, die für viele nicht bezahlbar sind und so kommt es zu einer natürlichen Verdrängung in die Außenbezirke (Anlage 6:2f.).
<b>Willi Rickert 2010</b> , Amtsleiter WSB Hamburg	Es gibt nur wenig Belege dafür, dass die Bevölkerung verdrängt wird. Das ist nur wenig empirisch erforscht. [...] Alle wollen eine Aufwertung und keine heruntergekommenen Viertel. Man muss versuchen Balance zu finden (Anlage 9:2).
<b>Steffen Jörg 2010</b> , GWA St. Pauli	Für mich ist das zentrale Charakteristikum oder der Wesensinhalt von Gentrification die soziale Entmischung oder soziale Umwälzung eines Stadtteils, also die Veränderung der sozialen Zusammensetzung eines Stadtteils und das bedeutet immer die Verdrängung von einkommensschwachen Bevölkerungsgruppierungen durch einkommensstärkere Gruppen. [...] Wenn ich unter dem Punkt Aufwerten den neutralen Prozess betrachte, dass man an dem Stadtteil was tut und dass ein Stadtteil verändert werden soll, dass er lebenswerter gemacht werden soll, dass das Wohnumfeld besser gestaltet werden soll, dann gibt es da bestimmt positive Elemente. (Anlage 7:2).
<b>Christoph Twickel 2010</b> , Journalist und Autor	Gentrifizierung hat natürlich ganz viele Gesichter und in den verschiedenen historischen Phasen ganz viele Ausprägungen. [...] Also ich habe es in meinem Buch so ausgedrückt, dass Gentrifizierung eine Maschine ist, die die Teilhabe an Stadt über Herkunft und ökonomische Mittel regelt, das heißt je mehr du bist, je mehr du hast, desto mehr kommst du mit Gentrifizierung klar und desto mehr profitierst du von ihr. [...] Also das ist eine sehr heterogene Gemengelage aus der so ein Gentrifizierungsprozess wächst und die erste Phase der Gentrifizierung ist natürlich erst mal eine, die man als sehr positiv sehen kann. Es gibt weniger Leerstand, die Leute fangen an etwas zu machen, statt leerer Ladenzeilen oder noch mehr Spielhöllen in Neukölln oder in der Rosenbergstr., zieht dann vielleicht mal ein Stoffladen ein oder eine Galerie oder Leute machen eine Bar auf. Es etabliert sich ein Milieu, das konkret auch den Stadtteil oder den Block positiv verändert, indem sie sich auch Strukturen schafft, die als Plattform genutzt werden. Das ist die Phase von Gentrifizierung, wo man noch ganz angetan ist und sich freut, dass so ein Stadtteil belebt wird, wie es ja immer so schön heißt. Und gleichzeitig ist es der Humus auf dem dann irgendwann eine Immobilienmarktentwicklung beginnt. Es werden zunehmend Häuser für eine kaufkräftiger Bewohnerschicht luxussaniert. Es gibt zunehmend Häuser oder Immobilien die vielleicht Erbgemeinschaften erben und dann an Immobilienkapital, Banken, Investoren verkaufen, die eine ganz andere Renditeerwartung haben. Dann beginnt die 2. Phase der Gentrifizierung von der aber auch die Gentrifizierer, die Pioniere, die in den Stadtteil gekommen sind, betroffen sind, denn sie merken plötzlich: „okay, die Mieten steigen, die Gewerbemieten steigen, die Wohnungsmieten steigen, es gibt Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen und wir sind vielfach eigentlich auch nicht mehr ökonomisch in der Lage im Stadtteil weiter wohnen zu können.“ Das ist dann einfach die klassische Form der Gentrifizierung (Anlage 8:4f.).

Quelle: eigene Erhebungen 2010

Die ausgewählten Expertenaussagen gehen sowohl auf die positiven als auch auf die negativen Auswirkungen von Gentrification ein. Von den städtischen Experten für Stadtentwicklung, dem Geschäftsführer der Steg und dem Amtsleiter der WSB wird die Verdrängung der Bevölkerung durch einen Aufwertungsprozess als nicht gewollt und auch empirisch nicht belegt gesehen. Die Mietpreissteigerungen in den Innenstadtquartieren werden zwar erkannt, jedoch als natür-

licher Verdrängungsaspekt durch eine hohe Nachfrage gesehen (vgl. RÖSNER U. RICKERT 2010; Tab. 3). Die beiden ausgewählten Experten für Zivilgesellschaft, Sozialverträglichkeit und Kreativität in der Stadt, S. JÖRG und CH. TWICKEL (2010; Tab. 3), sehen Verdrängung als Wesensinhalt von Gentrification. Sie gehen aber auch auf die positiven Aspekte von Gentrification ein. Da sie indirekt und auch direkt durch ihre Arbeit und ihre Wohnlage (St. Pauli Nord; Altona) von Gentrification betroffen sind, sind sie ausführlicher auf das Thema eingegangen. Bei der Aussage von S. JÖRG wird deutlich, dass die Aufwertung an sich nicht schlecht für ein Stadtviertel ist, da es lebenswerter gemacht wird, jedoch die umgelegten Mietkosten zu einer „Verdrängung von einkommensschwachen Bevölkerungsgruppierungen durch einkommensstärkere Gruppen“ (JÖRG 2010, Tab. 3) führen. Dass die Auswirkungen von Gentrification von der jeweiligen Perspektive, Klassenlage und Milieuzugehörigkeit abhängen macht CH. TWICKEL (2010; Tab. 3) mit der Aussage: „Gentrifizierung [ist] eine Maschine [...], die die Teilhabe an Stadt über Herkunft und ökonomische Mittel regelt, das heißt je mehr du bist, je mehr du hast, desto mehr kommst du mit Gentrifizierung klar und desto mehr profitierst du von ihr“, deutlich (s. a. TWICKEL 2010a:5). Die erste Phase der Gentrification sieht er noch als positive Veränderung des Stadtviertels. Sobald jedoch die Immobilienmarktentwicklung beginnt und Wohnungen luxussaniert oder in Eigentumswohnungen umgewandelt werden, beginnt die Verdrängung, sowohl der Alteingesessenen, als auch der Pioniere und die einkommensstarke Bevölkerungsschicht wird zum Gewinner der Gentrification.

### **3.3 Kultur und Kunst als Elemente urbaner Aufwertung**

#### **3.3.1 Begriffsklärungen: Kreativität, kreative Milieus, Kultur- und Kreativwirtschaft**

Um einen inflationären Gebrauch der Begriffe Kreativität, kreative Milieus und Kreativwirtschaft in dieser Arbeit zu vermeiden, soll im Folgenden versucht werden, die Begrifflichkeiten zu definieren oder zumindest deren Verständnis zu erläutern. Ähnlich wie der Begriff Gentrification sind diese Begriffe speziell in den letzten Jahren für Stadtplanung, Politik und Wirtschaft interessant geworden, insbesondere um sich im Städtewettbewerb zu profilieren.

Kreativität spielt in der städtischen Wirtschaft und Stadtgesellschaft eine immer wichtiger werdende Rolle. Aber wer definiert, wer oder was kreativ ist? Übersetzt

beschreibt Kreativität die Fähigkeit, in phantasievoller und gestaltender Weise zu denken und zu handeln und dadurch neue originelle Problemlösungen zu finden (vgl. FREY 2009:37; MAIER et al. o.J.; OTTER 2009:75). Ursprünglich kommt der Begriff aus dem lateinischen von *creare* – „*etwas neu schöpfen, etwas erfinden, etwas erzeugen, herstellen*“ (FREY 2009:38). Kreativität ist demnach eine höchst subjektive Zuschreibung, die von jedem anders interpretiert werden kann. Diese Arbeit beschäftigt sich mit kreativem Engagement, ausgeführt von kreativen Personen, die, wie FREY 2009 passend beschreibt, eine offene Haltung der Umwelt gegenüber haben, kritikfähig, flexibel, begeisterungsfähig sind und viel Initiative und Originalität aufbringen. Mit 'Kreativen' sind in dieser Arbeit demnach nicht nur Künstler gemeint, sondern alle die sich erfinderisch zeigen und nach Problemlösungen, auch städtischen Problemlösungen, suchen.

Kreativität wird insbesondere bestimmten sozialen Gruppen zugeschrieben, wie z.B. dem kreativen Milieu. Milieus sind „*sozial und kulturell weitgehend homogene soziale Gruppen mit ähnlichen Werthaltungen und Lebensstilen, die an bestimmten Räumen und Stadtquartieren mit ihren speziellen physisch-materiellen Gegebenheiten und Strukturen gebunden [sind]*“ (FREY 2009:317). Sie zeichnen sich durch eine höhere Binnenkommunikation, eine gemeinsame Kultur der Kooperation und gegenseitiges Vertrauen aus, um kreative Ideen durch Synergien zu entwickeln. Für diese Arbeit sind kreative Milieus relevant, weil sie Stadträume als Pioniere entdecken, Transformationsprozesse in Gang setzen und damit zur Lebendigkeit, Vielfältigkeit und Entwicklung in einer Stadt beitragen. „*Sie schaffen neue Angebote (Kultur, Gastronomie und Einzelhandel), neue Aufmerksamkeiten und verändern die öffentliche Wahrnehmung des Stadtraums*“ (OVERMEYER 2010:25). Sie sind Impulsgeber für Stadterneuerungsprozesse, da sie urbane Räume nachfragen, öffnen und sich ggf. aneignen (vgl. OVERMEYER 2010:25f.).

Kreative Milieus können zum Teil auch der Kultur- und Kreativwirtschaft zugeschrieben werden. Zur Kultur- und Kreativwirtschaft gehören Unternehmen, die erwerbswirtschaftlich orientiert arbeiten und kulturelle sowie kreativwirtschaftliche Produkte und Dienstleistungen entwickeln und verbreiten (vgl. FREY 2009:49; OVERMEYER 2010:24; THIERSTEN et al. 2009:63). Auch diese Definition lässt eine große Offenheit und Interpretationsspielraum, insbesondere in der Abgrenzung der zur Kreativwirtschaft gehörenden Unternehmen. Nach der europäischen Definition umfasst die Kultur- und Kreativwirtschaft die Teilbranchen: Musikwirtschaft, Literatur-, Buch- und Pressemarkt, Kunstmarkt, Film-/Video-/Rundfunkwirtschaft, Design- und Architekturbranche, Markt für kulturelles Erbe

sowie Werbung und Software/Games-Industries (vgl. HEBBORN 2008:197). Der US-amerikanische Regionalökonom RICHARD FLORIDA zählt zudem Ärzte, Wirtschaftsprüfer und Unternehmer dazu (vgl. FLORIDA 2002) (s. a. Kapitel 3.3.2). Viele Städte, inklusive Hamburg setzten auf die Kultur- und Kreativwirtschaft für ihre Zukunftsfähigkeit bzw. Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Städten. *„Keine Stadt, die weltweit Aufmerksamkeit sucht, kann es sich heute leisten, die Kreativwirtschaft zu vernachlässigen“* (KUNZMANN 2009:35).

### 3.3.2 Die 'Kreative Stadt'

Kreativität, kreative Milieus und die Kreativwirtschaft finden sich verstärkt in einer 'Kreativen Stadt'. Wie und warum Städte zu einer 'Kreativen Stadt' werden sollten, ist speziell durch R. FLORIDA (2002) und CH. LANDRY (2000) bekannt und zu einem wichtigen Thema für Städte geworden. So ist es auch Thema und vor allem Konfliktpotenzial für die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) geworden. Für das Grundlagenwissen der Forschungsarbeit also unumgänglich.

R. FLORIDA und CH. LANDRY verbinden mit einer 'Kreativen Stadt' verschiedene Aspekte, die im Folgenden zusammengefasst dargestellt werden. Für R. FLORIDA werden die Kreativität und deren Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt von den drei 'T's', Talent, Toleranz und Technologie, beeinflusst (vgl. FLORIDA 2000:249). Er betont dabei allen voran die tolerante Atmosphäre in der Stadt, die durch einen Bevölkerungsmix aus Immigranten, künstlerischen und intellektuellen Bohémiens, Homosexuellen und jungen unverheirateten Menschen, der sogenannten 'Kreativen Klasse' erreicht wird (vgl. KIRCHBERG 2010:27). Um die Toleranz einer Stadt zu messen hat er den 'Tolerance Index' entwickelt, basierend auf vier Maßen, dem 'Gay Index', 'Bohemian Index', dem 'Melting Pot Index' und einem Index für Integration, die die Dichte von Menschen mit künstlerischen Berufen aufzeigen sollen. Diesen Index hat er auf ausgewählte amerikanische Großstadtreionen angewendet und festgestellt, dass Regionen wirtschaftlich die größten Erfolge hatten, die der neuen kreativen Subjektivität günstige Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten bestehend aus den drei T's eingeräumt haben (vgl. FLORIDA 2002:252). Er ist der Meinung, dass jeder Mensch kreativ sein kann, wenn nur die entsprechenden Ressourcen geweckt werden und die Stadtplanung Räume bereitstellt, die kreativfördernd wirken (vgl. FLORIDA 2002:37ff.). Um den wirtschaftlichen Erfolg einer Stadt zu gewährleisten, muss nach R. FLORIDA dafür gesorgt werden, die 'Kreative Klasse' anzusiedeln und zu halten.

CH. LANDRY warnt davor, dass Stadtentwicklung keiner Formel folgt. Jede Stadt muss ihre eigenen Besonderheiten entwickeln, um kreativ zu sein. Es geht nicht darum, die anderen im Wettbewerb um die 'Kreative Klasse' zu schlagen, sondern darum eigene Besonderheiten herauszuarbeiten (vgl. MAIER 2008a:26). Nach CH. LANDRY geht es vielmehr um die Vielfältigkeit von Vierteln.

*„Es braucht Viertel, in denen es vor Energie vibriert, genauso wie gemütliche Ecken und Parks, besonders gepflegte bürgerliche Teile, ebenso eine alternative Szene, Technologiezentren für die innovative Jugend wie soziale Einrichtungen für die Älteren. Kurzum: Sie benötigt Kreativität, um ihre Leistungsträger zu halten und neue, interessante Bewohner dazuzugewinnen“ (LANDRY in FOLLATH 2007:102).*

In der 'Urban Innovation Matrix' stellt CH. LANDRY fünf verschiedene Grade und Schritte zur Schaffung einer 'Kreativen Stadt' vor. 'Good Practice' beschreibt die Übernahme von 'Best Practice' -Beispielen, die von anderen Städten realisierten kreativen Ideen. Der Innovative Wandel beschreibt die Nutzung alter Fabrikgebäude als Lofts und Kulturzentren. Im paradigmatischen Wandel erkennt man Probleme als Gelegenheit, kreative Ideen zu entwickeln. Die letzte Stufe, der Meta-paradigmatische Wandel, ist demnach der höchste Grad, also die kreativste Stadt (vgl. LANDRY 2000:198f.). Die Transformation von kreativen Ideen in ökonomische Kriterien beschreibt er als 'Cycle of Urban Creativity'. Aus individuellen Ideen werden Innovationen, gefolgt von der öffentlichen Kommunikation und der Bereitstellung von Räumen für Kreative sowie der Einspeisung in die Kapitalgenerierung, um letztlich die ursprünglichen kreativen Ideen zu revidieren (vgl. LANDRY 2000:240ff.).

Insbesondere an dem Ansatz von R. FLORIDA wurde vielfach Kritik geübt (s. PECK 2005, SIEBEL 2008, GÖSCHEL 2008, KIRCHBERG 2010). Das Konzept der 'Kreativen Klasse' ist ein Wirtschaftskonzept und schenkt den Bedürfnissen der nicht wirtschaftlich agierenden Künstler, Musiker etc. sowie den öffentlichen Kultureinrichtungen kaum Beachtung (vgl. GÖSCHEL 2008:285). Zudem werden die negativen Seiten der Entwicklung wie etwa die Zunahme der schlecht bezahlten Jobs, die Polarisierung der Stadt oder die Folgen von Gentrification vernachlässigt (vgl. SIEBEL 2008:274). Er widmet sich laut V. KIRCHBERG mehr den Ursachen und Bedingungen von Kreativität als der inhaltlichen Klärung des Begriffes (vgl. 2010:25). Und seine These, dass die Kultur- und Kreativszene die wirtschaftliche Entwicklung fördert, könnte auch umgedreht werden und ist dann nach J. PECK

womöglich überzeugender (vgl. 2005:755). Trotz der Kritik ist vor allem R. FLORIDAS Entwicklungsmodell Antrieb für wirtschaftlich heruntergekommene Städte und aufstrebende Metropolen und die 'Kreative Stadt' ist in aller Munde.

### 3.3.3 Bedeutung von Kultur und Kunst für Stadtentwicklung

Kreativität, Kunst und Kultur sind wichtige Faktoren für die heutige Stadtentwicklung. Sie sind *„Lebens- und Wirtschaftsfaktor, schaffen Wohlstand und Stabilität, stiften Gemeinschaften und Identität, fördern Kommunikation und ein friedliches Zusammenleben der Menschen“* (OTTO 2008:228) und sie fördern Urbanität, werben Stadtteile auf und verbessern das Image einer Stadt (vgl. EBERT et al. 1992:13). Kreativität ist bereits seit der Bildung von Städten an ihrer Entwicklung beteiligt, sie galt schon immer als Inspirationsquelle für Philosophen, Maler, Schriftsteller etc. (vgl. FREY 2009:121). Bis Ende der 1960er wurde speziell Hochkultur finanziell unterstützt und betrieben. Seitdem wird auch immer mehr auf partizipatorische Stadtteilkultur gesetzt, die die Teilnahme aller ermöglicht und zur sozialverträglichen Aufwertung von sozialen Brennpunkten beitragen kann. Seit Ende der 1970er Jahre wird der Bedeutung von Kultur und Kunst als Standortfaktor ein höheres Gewicht beigemessen und es kommt zu einer zunehmenden Ökonomisierung. Es werden spektakuläre Museen gebaut, um das Image einer Stadt aufzupolieren und Touristen anzulocken, während die Ausgaben für 'Alternativ-Kultur' immer geringer werden (vgl. DANGSCHAT 1992:128ff.).

Kultur und Kunst helfen Städten sich zu entwickeln. Im Gentrification-Prozess spielt die Kultur- und Kunstszene eine entscheidende Rolle, vor allem in der Pionierphase. *„Kultur wirkt als Motor der symbolischen Aufwertung, als Medium der ökonomischen Inwertsetzung und als Instrument der sozialen Exklusion in aufgewerteten Wohnvierteln“* (HOLM 2010b:64). Die kulturelle Einflussnahme lässt sich in allen Phasen der Gentrification erkennen, insbesondere allerdings in der Pionierphase, in der sie durch künstlerische und kulturelle Aktivitäten zur Attraktivitätssteigerung und zu einem Imagewandel des Viertels beiträgt (vgl. HOLM 2010b:74f.). Es ist primär die 'Alternativ-Kultur', die sich günstige, interessante Räume sucht und diese belebt und aufwertet. Selbst die illegale Nutzungen leerstehender Gebäude durch kreative Hausbesetzungen gibt Anknüpfungspunkte für Gentrification und kann zur Entwicklung vernachlässigter Stadtquartiere durch Kunst und Kultur beitragen (vgl. KUNZMANN 2010:203; TWICKEL 2010a:52f.). Seit den 1970er Jahren wurde immer häufiger versucht, das kulturelle und kreative Potenzial als Aufwertungsfaktor in Viertel zu implementieren und heute gehört es

zu den Aufwertungsstrategien der Städte (vgl. ZUKIN 2010:46). Im Umkehrschluss bedeutet das, dass die kreativen Akteure zur Aufwertung von ganzen Stadtteilen beitragen und sich dadurch eventuell selbst verdrängen, wie es der idealtypische Verlauf von Gentrification darlegt (vgl. Kapitel. 3.2.1).

### **3.3.3.1 Kreative Räume**

Es gibt verschiedene Standorte in der Stadt für Kreative, Talente, Selbstständige und Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft. Die Räume, derer sich die sogenannten 'Kreativen', die auf mietgünstige Objekte angewiesen sind, bedienen und damit eventuell ganze Stadtviertel durch ihre Anwesenheit aufwerten, sind meist nicht oder nur unzureichend verwertete Räume, die günstig oder gar umsonst genutzt werden können. Dazu gehören z.B. leerstehende Fabriken, Lagerhallen, ehemalige Schlachthöfe, Bahngelände oder einfache heruntergewirtschaftete alte Gebäude (vgl. OTTO 2008:227f.; FREY 2009:26). Diese befinden sich überwiegend in City-Randgebieten oder in gewachsenen Stadtvierteln mit Revitalisierungsbedarf. Etablierte Unternehmen der Kreativwirtschaft hingegen fragen Kreativräume auf gehobenem Niveau in besonders attraktiver Lage nach. Dies sind Standorte mit 'guter Adresse' und Erreichbarkeit, wie z.B. an der Waterfront<sup>12</sup> oder in bereits aufgewerteten Szenevierteln der Stadt (vgl. DEUTSCHER STÄDTETAG 2010:17ff; EBERT 2008:294). R. EBERT unterscheidet fünf verschiedene Raumtypen der Kultur- und Kreativwirtschaft: touristische Flanier- bzw. Entertainmentgebiete der wettbewerbsfähigen Unternehmen, touristische oder multiethnisch geprägte Szenequartiere mit kleinteiligen Produktions- und Dienstleistungsunternehmen, gewachsene bzw. ausgewiesene Gewerbegebiete und Eroberungs- und Erprobungsquartiere der Kultur- und Kreativwirtschaft (vgl. EBERT 2008:296).

### **3.3.3.2 Förderung von Kultur und Kreativität in der Stadt**

Besondere Räume fördern die Kreativität der Individuen. Demnach ist es wichtig, auch solche Räume bereitzustellen. Kultur gilt als Garant für Urbanität und Lebensqualität, ihre Förderung ist zu einem zentralen Leitbild der Stadterneuerung und Stadtentwicklung geworden und findet sich in Stadtentwicklungsplänen oder Rahmenplänen wieder (vgl. FREY 2009:139; KIRCHBERG 2010:27). Als Top-Down-Prozess wird bevorzugt in Leuchtturmprojekte investiert, die zugleich Entwicklungsimpulse für angrenzende Quartiere geben. In Bottom-up-Ansätzen werden

---

<sup>12</sup> Aus stadtplanerischer Sicht beschreibt der Prozess der Waterfront-Entwicklung eine Nutzungsänderung von ehemals hafenwirtschaftlichen Nutzungen hin zu Dienstleistungs-, Tourismus-, Freizeit- und Wohnnutzungen (vgl. SCHUBERT 2002, S.49).

das vorhandene kulturelle Kapital und die örtlichen Ressourcen angeregt und gefördert (vgl. FREY 2009:142). Die Aufgabe der Kulturpolitik ist es, möglichst vielen Menschen die Teilhabe an Kultur- und Kunstangeboten zu ermöglichen sowie die Kultur- und Kunstschaaffenden zu fördern. Sie steht in der Verantwortung, die Rahmenbedingungen für die kreative Szene zu schaffen (WAGNER 2008:22; OTTO 2008:228). Durch langfristige Strategien, die durch Kommunen entwickelt werden sollen, soll Kreativität zugelassen und gefördert werden. Dazu gehören Strategien zur Wirtschaftsförderung, zur Imageverbesserung, zur Aktivierung und Förderung von Wissen und Qualifikation, zur Förderung von Migranten und zur Förderung von urbanen und kreativen Milieus (vgl. DEUTSCHER STÄDTETAG 2009:5f.).

#### **3.3.4 Die Gefahr der Instrumentalisierung von Kultur, Kunst und Kreativität**

Die Akteure der Kreativszene sind entscheidende Impulsgeber für Gentrification. Kunst und Kultur werden zunehmend als Instrumente zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft und zu Stadtentwicklungszwecken genutzt. Durch kulturelle Projekte, neue kreative Räume oder Kultureinrichtungen werden Aufwertungsprozesse angeregt. In diesem Zusammenhang wird auch die Gefahr der Verdrängung der Bevölkerung verschärft. Problematisch und konfliktreich wird es, wenn kulturelle Einrichtungen oder kreative Räume ohne das Interesse der kreativen Akteure und der ansässigen Bevölkerung implementiert werden und deren Teilnahme womöglich ökonomisch ausgeschlossen wird. Die 'Kreativen' stehen vor dem Dilemma, günstige Freiräume vom Staat zu fordern, sich dadurch jedoch nicht vereinnahmen zu lassen (vgl. DANGSCHAT 1992:129, 145). Ein Künstlermilieu allein löst auch nicht umgehend einen Gentrifizierungsprozess aus. Zusätzlich spielen Faktoren, wie der lokale Bodenmarkt, Bebauungs- und Nutzungsvorschriften oder wohnungsmarktpolitische Strategien der Stadt eine Rolle (vgl. RONNEBERGER in JURT 2010:11).

Ferner besteht die Gefahr, dass hauptsächlich kommerzielle Interessen und Vermarktungsstrategien verfolgt werden und es somit zu einem Spannungsfeld zwischen freier Kunst- und Kulturszene und ökonomischer Instrumentalisierung kommt (vgl. HANNEMANN et al. 2010:10). *„Nicht selten werden aus Begeisterung für die neu entdeckte Zielgruppe Bauten für Kreativwirtschaft erstellt, die diese dann gar nicht nutzen kann, weil sie die hohen Kosten für Erwerb und Miete nicht*

aufbringen kann, denn es wird auch oft vergessen, dass Kreativität und Prekariat sehr oft zusammenhängen“ (KUNZMANN 2009:35).

### 3.3.5 Bedeutung von Kultur und Kunst für Stadtentwicklung und die Gefahr der Instrumentalisierung aus Sicht der Experten

In den Expertengesprächen wurde auf Grund des momentan in Hamburg hohen Konfliktpotenzials zwischen Kultur- und Kunstschaaffenden und der Stadtentwicklung auf das Thema Kultur und Kunst zu Stadtentwicklungszwecken und die Gefahr der Instrumentalisierung eingegangen (s. Anlage 1, Fragen 12 u. 13). In diesem Teil sollen die verschiedenen Meinungen dargelegt werden und in Kapitel 3.5 wird später näher auf die einzelnen Lösungsvorschläge eingegangen. In Tab. 4 sind die relevanten Expertenaussagen zusammengestellt dargestellt.

**Tab. 4: Expertenaussagen zur Bedeutung von Kunst und Kultur für die Stadtentwicklung und die Gefahr der Instrumentalisierung**

Experten	Bedeutung von Kunst und Kultur und die Gefahr der Instrumentalisierung
<i>Hans-Joachim Rösner 2010</i> , Geschäftsführer der Steg HH	Kunst und Kultur nimmt einen immer größer werdenden Stellenwert in der Stadtentwicklung ein. Durch Kunst/Kultur werden Stadtteile aufgewertet. Künstler suchen sich Nischen, wo sie sich entfalten können. Künstler sind die Keimzelle der Veränderungen. Sie sind meist vor der Aufwertung da und machen durch ihre Anwesenheit das Viertel bunter und interessanter. Künstler werten Viertel auf und fallen dann oft den Veränderungen selbst zum Opfer. [Aber:] Kunst allein reicht nicht aus. Die allgemeinen Entwicklungen im Viertel müssen vorangetrieben werden und dafür müssen die Voraussetzungen im Viertel gegeben sein (Anlage 6:3f.).
	Es gibt auch andere Auslöser für diese Konflikte. Normalerweise sind Künstler immer weiter gezogen, von einer Nische zur nächsten und haben sich nicht sesshaft gemacht. Das war normal. Die Freiräume und Ausweichmöglichkeiten werden aber immer weniger, weil alle in die Innenstadt wollen (Anlage 6:4).
<i>Willi Rickert 2010</i> , Amtsleiter WSB HH	Kultur/Kunst kann einen großen Beitrag leisten; insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Integration. [...] Stadtteilkultur wird immer wichtiger (Anlage 9:2).
	Dass sich Kreative und Künstler z.T. instrumentalisiert fühlen, ist für ihn nicht nachvollziehbar (Anlage 9:3).
<i>Dr. Dirk Petrat 2010</i> , Amtsleiter Behördenmanagement und Denkmalschutz HH	Eine Metropole oder auch Stadt kann ohne Kunst/Kultur nicht leben. Sie unterscheidet Städte voneinander. Sie stellt einen Wirtschaftsfaktor dar. Sie zieht hochwertige Arbeitskräfte an. Sie dient als Tourismus- und Imagefaktor (Anlage 10:1).
	„Wie man's macht, macht man's falsch.“ Wenn man sich um Kultur kümmert, fühlen sich Künstler instrumentalisiert. Es ist nun mal ein Instrument der Stadtentwicklung. Es wird ja auch öffentlich Geld investiert, daher darf die Stadt auch gewisse Erwartungen haben. Auf der anderen Seite steht die Freiheit der Kunst, die keine Staatskunst sein will. Die Ambivalenzen sind ihm bewusst (Anlage 10:2).

<p><b>Steffen Jörg 2010,</b> GWA St. Pauli</p>	<p>[...] Gentrifizierung und die Rolle z.B. von Kunst und Kultur in diesen Prozessen, zeigen sehr deutlich, dass man das nicht über einen Kamm scheren kann. Es gibt eine Kunst- und Kultur- Szene die genau so funktioniert wie sich die Stadt das wünscht. [...] Die großen Städte sind sich dessen bewusst, dass so was wie die Creative Class [seit Florida] notwendig ist, um heutzutage erfolgreiches Stadtmarketing zu betreiben und die Stadt im Konkurrenzkampf mit anderen Metropolen zu setzen (Anlage 7:4ff.).</p>
	<p>[...] Meine Wahrnehmung ist so ein bisschen, dass die Stadt und die Politik jetzt auch gelernt haben wie Gentrification geht (Anlage 6:5). [...] Also wenn ich jetzt das momentane Leitbild oder die Ideologie der Politik sehe, 'Stadt als Marke', 'Stadt als Unternehmen' am Markt positionieren in Konkurrenz zu anderen, dann bedeutet das immer, die Kunst und Kultur zu funktionalisieren als in Wert zusetzende Ware [...] (Anlage 7:7).</p>
<p><b>Christoph Twickel 2010,</b> Journalist und Autor</p>	<p>Also ich würde sagen seit etwa Anfang der 2000er Jahre hat man auf politischer Seite die Rolle der Gentrifizierer und darin dann besonders die Rolle der Kreativen mehr und mehr entdeckt und festgestellt: "Okay dieser Prozess, den wir bisher nur soziologisch beobachtet haben, ist einer, den wir uns jetzt ganz gezielt zu Nutzen machen" (Anlage 8:7)</p>
<p><b>Constanze Klotz 2010,</b> Projektassistent Kunst- u. Kultur IBA HH</p>	<p>[...] sie leistet ganz viel. Ich finde es immer etwas schwierig zu diskutieren, was Kunst und Kultur für Stadtentwicklung leistet, dann ist man immer gleich bei der Debatte einer Instrumentalisierung (Anlage 11:2).</p>
<p><b>Michael Ziehl 2011,</b> Architekt, Stadtplanungsstudent, Gängeviertel-Initiative</p>	<p>[...] Also wenn ich jetzt kulturelle Angebote schaffe oder durch Street Art den Stadtraum präge, dadurch Intensität schaffe oder Identifikationspunkte, dann ist das ja eigentlich ein riesengroßer Wert, der ja unsere Städte attraktiv macht. Das Ärgerliche dabei ist eigentlich, dass dann die finanzielle Inwertsetzung die dadurch resultiert, nicht von den Menschen abgegriffen werden kann [...] bzw. dass dann auch noch die verdrängt werden, die das produzieren (Anlage 12:3f.). Ich sehe mit dieser Hinwendung zum Leitbild der "kreativen Stadt" die große Gefahr, dass man das Leitbild der "sozialen Stadt" aus den Augen verliert (Anlage 12:4).</p>
<p><b>Ulrike Sitte 2011,</b> Stadtplanerin, Planungsgremium Gängeviertel-Initiative</p>	<p>[...] Was heißt denn instrumentalisieren? Das ist ja auch eine gewisse Einschätzung. Also das kann ja auch bedeuten, man hilft sich gegenseitig. Also je nachdem wie man es betrachtet. Also gerade wenn es so um Aushandeln geht, wird der eine etwas geben, was dem anderen einen Vorteil bringt und dafür kriege ich was, z.B. günstige Mieten und er hat eine Belebung im Viertel [...]. Ich denke instrumentalisiert ist es dann, wenn einfach die Balance nicht mehr stimmt, also wenn der Künstler das Gefühl hat, er gibt immer und kriegt aber nichts als Gegenleistung oder er hat das Gefühl mehr Zugeständnisse zu machen. Also, dann kippt die Balance zwischen Aushandeln und der Instrumentalisierung (Anlage 14:3).</p>
<p><b>Jeanette Kratzert 2011,</b> Graphik-Designerin, mit Atelier im Gängeviertel</p>	<p>Also ich finde es an sich überhaupt nicht schlimm benutzt zu werden, wenn es darum geht eine Stadt lebendiger werden zu lassen. Wenn es der Stadt darum geht, dadurch Touristen anzulocken, was auch zu deren Aufgabe gehört, dann finde ich das nicht schlimm. Also, wenn uns die Möglichkeit gegeben wird Freiräume zu gestalten, dann ist es mir eigentlich ziemlich egal wie das nachher von anderen genutzt wird, solange ich den Freiraum habe und mein Räumchen frei gestalten kann (Anlage 15:2).</p>

Quelle: eigene Erhebungen 2010/2011

Die Bedeutung von Kultur und Kunst zu Stadtentwicklungszwecken und die Rolle der kreativen Akteure für Aufwertungsprozesse wurden von allen Befragten als wichtig bzw. groß empfunden. Als problematisch gesehen werden die Auswirkungen der Aufwertungsprozesse, die durch Kultur und Kunst angestoßen werden und die gezielten Versuche Gentrification anzuregen. Wobei der Aspekt der Verdrängung zum Teil als natürlicher Prozess angesehen wird, der jedoch durch einen Raummangel verschärft wird (vgl. RÖSNER 2010, Tab. 4). Wie bei Gentrification wird auch die Gefahr der Instrumentalisierung je nach Perspektive anders

gesehen. Die städtische Seite (vgl. RÖSNER 2010; RICKERT 2010; PETRAT 2010, Tab. 4) sieht Kultur und Kunst als Instrument der Stadtentwicklung und als wechselseitiges Geben und Nehmen. Der Konflikt um eine Instrumentalisierung der Kultur und Kunstszene kann nicht nachvollzogen werden (vgl. RICKERT 2010, Tab. 4), wobei die Freiheit der Kunst als eingeschränkt wahrgenommen wird (vgl. PETRAT 2010, Tab. 4). Solange wirklich eine Balance zwischen Geben und Nehmen besteht, sehen auch die 'Kreativen' bzw. Gängeviertel-Akteure kein Problem, wenn Kultur und Kunst zu Stadtentwicklungszwecken genutzt wird (vgl. SITTE 2011; KRATZERT 2011, Tab. 4). Das Problem der Instrumentalisierung besteht dann, wenn diejenigen, die einen Mehrwert in einem Stadtviertel schaffen, diesen nicht nutzen können und verdrängt werden oder wenn nicht genügend bezahlbarer Raum für die kreativen Akteure zur Verfügung gestellt wird (vgl. ZIEHL 2011; SITTE 2011; KRATZERT 2011, Tab. 4). Zudem wird mit der „*Hinwendung zum Leitbild der 'Kreativen Stadt', die große Gefahr [gesehen], dass man das Leitbild der 'Sozialen Stadt' aus den Augen verliert*“ (ZIEHL 2011, Tab. 4).

### **3.4 Urbane Aufwertung durch kreatives Engagement**

#### **3.4.1 Bedeutung von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement**

Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement sind unabdingbare Einflussgrößen für die Entwicklung von Städten und Gesellschaften. Bürgerschaftliches Engagement stellt die Basis zur Entwicklung von sozialen (Protest-)Bewegungen dar und soziale (Protest-)Bewegungen haben Einfluss auf die Zivilgesellschaft. Um begriffliche Unklarheiten zu bereinigen und die Entwicklung von Protestbewegungen aufzuzeigen, ist es wichtig die verschiedenen Bedeutungen darzulegen. Für beide Begrifflichkeiten gibt es keine einheitliche Definition, sie sollen lediglich zum Verständnis von kreativem Engagement beitragen.

Zivilgesellschaft versteht sich „[...] als Raum zwischen Markt, Staat und Familie, in dem sich freiwillige Zusammenschlüsse bilden, wo Teilhabe- und Mitgestaltungsmöglichkeiten genutzt werden und Bürger Gemeinwohlverantwortung übernehmen“ (KLEIN 2007:212). Sie leistet einen besonderen Beitrag zur Identifikation, Integration und Partizipation mit gesellschaftlichen Zielen und Lebensweisen (vgl. GUALINI 2010:4). Zivilgesellschaft lebt von bürgerschaftlichem Engagement,

welches unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. Bürger schaffen mit ihrem freiwilligen Engagement einen Mehrwert des sozialen Kapitals aus Solidarität, Zugehörigkeit, Respekt, Vertrauen, Assoziationsfähigkeit und Zusammenhalt (vgl. BÜRSCH 2002:2; EVERS 2004:14). Das Engagement wird dabei als freiwillige Tätigkeit, Zivilcourage, gelegentliche Mitarbeit, Spenden, Beteiligung an Bürgerstiftungen, Initiativen oder auch Protestaktionen einer Person verstanden.<sup>13</sup> Die Menschen agieren dabei nicht nur für eigene Zwecke, sondern für das Allgemeinwohl (vgl. DEUTSCHER BUNDESTAG 2002:6; HEINZE 2004:19). Demnach umreißt die Zivilgesellschaft die gesellschaftliche Dimension auf Makroebene und das bürgerschaftliche Engagement die individuellen Aktivitäten auf Mikroebene.

Seit Mitte der 1980er Jahre ist ein wachsendes Engagement in Deutschland zu verzeichnen. Das Engagement in karitativen Einrichtungen ist zwar rückläufig, dafür nimmt das Engagement in Initiativen, Netzwerken und Selbsthilfegruppen zu (vgl. HEINZE 2004:20). Die Zunahme kann durch einen Strukturwandel der Motive erklärt werden. Zudem banden sich die Menschen früher eher langfristig an eine bestimmte Organisation, wobei sie sich heute lieber spontan und projektbezogen mit dem steigenden Bedürfnis nach Freiheit und Selbstorganisation engagieren (vgl. BÜRSCH 2001:2). Die Einforderung von Freiheit hat historisch betrachtet auch erst zur Entwicklung einer Zivilgesellschaft geführt. *„Es waren Revolutionen und lange Auseinandersetzungen nötig, bis die bürgerliche Gesellschaft die staatliche Willkür zum Verfassungs- und Rechtsstaat zivilisiert hatte. [...] Erst mit der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols und mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch ist die Gesellschaft zivil geworden“* (SIEBEL 2010:25). Heute sind zivilgesellschaftliche Akteure mit hohem Engagement zu wichtigen Ko-Produzenten staatlicher Maßnahmen geworden. Insbesondere das bürgerschaftliche Engagement in sogenannten Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf hat durch das Programm 'Soziale Stadt' an Relevanz gewonnen (vgl. GUALINI 2010:3). Und auch die Zunahme des ehrenamtlichen Engagements im öffentlichen und staatlich-kommunalen Kulturbereich ist zu einem unverzichtbaren Faktor geworden. Oft wurde bzw. wird die Weiterführung von Kultureinrichtungen auf Grund von knappen Haushaltskassen nur durch bürgerschaftliches Engagement ermöglicht (vgl. WAGNER 2010:211, 216).

---

<sup>13</sup> Mögliche Tätigkeitsfelder: ehrenamtliche Tätigkeiten, freiwillige Aktivitäten in Sportvereinen, Kirchengemeinden, Selbsthilfegruppen oder Wohngenossenschaften, in Politik und Umweltschutz, Nachbarschaftsinitiativen und Initiativen zur Stadterneuerung oder im Kultursektor (vgl. HEINZE 2004:20)

Nicht nur das bürgerschaftliche Engagement an sich hat zugenommen, auch dessen Bedeutung als wichtige Ressource für Planungsprozesse. Die Qualität und Dynamik von Stadtentwicklungsprozessen wird durch das Wissen der Bürger über konkrete Problemlagen ihrer Lebenswelt erhöht (vgl. VESPER 2004:9; REICHWEIN et al. 2010:257). Um das Potenzial sozialer Dynamik und Kreativität zu fördern müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, in denen sich bürgerschaftliches Engagement entwickeln und wirksam werden kann (vgl. GUALINI 2010:4). Dabei ist es wichtig, darauf zu achten, dass bürgerschaftliches Engagement nicht als kostensenkender Faktor für Sparmaßnahmen benutzt wird. Durch eine zunehmende Neoliberalisierung der Stadtentwicklung besteht die Gefahr, dass bürgerschaftliches Engagement für Zwecke des 'Unternehmens Stadt' instrumentalisiert wird (vgl. HEINZE 2004:22; GUALINI 2010:9). Zudem muss darauf geachtet werden, dass auch das Engagement und die Interessen der meist artikulationsschwachen sozial Benachteiligten gefördert werden (vgl. SIEBEL 2010:26). Möglichkeiten zur Umsetzung solch integrativer und sozialverträglicher Stadterneuerungsmaßnahmen sollen in Kapitel 3.5 aufgezeigt werden.

### 3.4.2 Soziale (Protest-)Bewegungen

Bürgerschaftliches Engagement äußert sich heute immer häufiger in sozialen (Protest-)Bewegungen, die auf Probleme oder Missstände aufmerksam machen und etwas an Zuständen oder Entwicklungen ändern wollen. D. RUCHT definiert eine soziale Bewegung als *„ein auf gewisser Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests – notfalls bis hin zur Gewaltanwendung – herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen“* (RUCHT 1994:76f.). Proteste müssen nicht immer von sozialen Bewegungen ausgehen. Eine Protestbewegung ist es erst, wenn ein Netzwerk von Gruppen mit ähnlichem Anspruch auf Gestaltungsmöglichkeiten in der Gesellschaft und der Stadt Proteste auf längere Dauer nutzt, um etwas zu ändern oder zumindest etwas zu verändern versucht (vgl. ROTH; RUCHT 2008:13).

#### 3.4.2.1 Entwicklung von sozialen (Protest-)Bewegungen

Städtische Protestbewegungen bestehen bereits seit den Urbanisierungsprozessen des 18./19. Jh.. Durch die Entstehung von Manufakturen und Industrien wurde ein zunehmender Anteil an Landarbeiter in die Stadt geholt, sodass mit der Stadt auch ein neuer Ort als Gegenstand von sozialen Protesten entstand. Damals wurde insbesondere auf die schlechten Versorgungslagen und Lebensbe-

dingungen aufmerksam gemacht (vgl. HOLM 2009:27). In der Phase der kapitalistischen Urbanisierung wollte man sich vorrangig gegen Mietwucher, Wohnräume und die allgemeinen ungesicherten rechtlichen Verhältnisse von Mietern wehren. Durch ein hohes Solidarisierungsgefühl von Betroffenen, Freunden und Nachbarn kam es nicht selten zu gewalttätigen Protesten (vgl. RADA 1991:12). Die Einführung von öffentlichen Regulationen des Wohnungsmarktes, wie Mietpreisbindungen und Erhöhung öffentlichen Wohnungsbaus, zeigen die Einflüsse der Proteste (vgl. RUCK 1988:157). In Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Aufbrüchen der 68er Bewegungen, der Studenten- und Bürgerrechtsbewegungen, die auf politische und soziale Missstände aufmerksam gemacht haben, entstanden neue städtische Bewegungen, 'urban social movements', die vermehrt auf Gerechtigkeit und mangelnde Partizipationsmöglichkeiten aufmerksam machen. Nicht mehr die schlechten Lebens- und Wohnverhältnisse stehen im Zentrum des Interesses, sondern die Kritik an den radikalen Formen der Stadtplanung und der zunehmenden Zerstörung von historischem Erbe und gewachsenen Nachbarschaften (vgl. HOLM 2009:29). So kommt es zunehmend zu einer Mischung von gesellschaftlichen und stadtpolitischen Themen, sowie einer zunehmenden Mittelklassedominanz. In dieser Zeit, besonders seit den 1980er Jahren, kommt es auch zu Radikalisierungen, wie z.B. militant geführten Hausbesetzungen. Seit den Protestbewegungen der 1960er Jahre spricht man gewöhnlich auch von 'Neuen Sozialen Bewegungen'. Wobei das Adjektiv 'neu' eine Abgrenzung zu traditionellen Arbeiterbewegungen implizieren soll, die vor allem durch Antikapitalismus-Thesen geprägt waren (vgl. HOLM 2009:29). Seit den 1990er Jahren richten sich die Proteste zunehmend gegen kommunale Institutionen. Es wird mehr Mitspracherecht durch mehr Partizipationsmöglichkeiten gefordert, dabei wird sich auch verstärkt für benachteiligte Bevölkerungsgruppen eingesetzt. Außerdem richten sich die Proteste vermehrt gegen Gentrification und die zunehmende Privatisierung öffentlicher Räume. Durch bessere Vernetzungsmöglichkeiten finden die Proteste im globalen Kontext statt (vgl. ebd.). *„Mit zunehmender gesellschaftlicher Differenzierung wird auch das Erscheinungsbild sozialer Bewegungen heterogener, vielfältiger und widersprüchlicher“* (AHLEMEYER 1989:175).

### 3.4.2.2 Formen von sozialen (Protest-)Bewegungen

Es hat sich eine Vielzahl an Formen und thematischen Schwerpunkten von sozialen (Protest-)Bewegungen entwickelt.<sup>14</sup> Für diese Arbeit von Relevanz sind insbesondere die Hausbesetzungs- und 'Recht auf Stadt'- Bewegungen.

Eine Hausbesetzung ist die unbefugte Inbesitznahme von meist leer stehenden Häusern oder Räumen, vorwiegend als Mittel des politischen Protestes. Diese Kämpfe wurden überwiegend seit den 1970er/ 80er Jahren durch Jugendkulturen angeregt, um für eigene Räume und gegen Bauspekulation, Enteignung und Unterdrückung zu protestieren. Insbesondere zwischen 1971 und 1974 kam es vermehrt zu Hausbesetzungen in verschiedenen deutschen Großstädten, speziell angesichts der steigenden Wohnprobleme durch die zunehmende Anzahl an Studenten. Es handelte sich dabei meist nicht nur um eine reine Besetzung, sondern es wurden auch öffentlichkeitswirksame Begleit- und Anschlussaktivitäten organisiert, um eine möglichst breite Bevölkerungsanzahl hinter sich zu stellen, die im Falle einer Räumung mitdemonstriert (vgl. LINDNER 2008:564). Speziell die größere Besetzungsbewegung wie im Westend (Frankfurt/Main) in den 1970er Jahren oder in Westberlin Anfang der 1980er Jahre waren öffentlichkeitserregend und Quasi-Auslöser für einen stadtpolitischen Wandel hin zu einer behutsameren Stadterneuerung (vgl. HOLM 2011b). „Hausbesetzungen und die damit verbundenen Manifestationen und Demonstrationen bestimmen in Deutschland stark die Wohnungspolitik und auch die Wohnungspraktik“ (HAYDN, TEMEL 2006:247).

Die Forderung nach dem 'Recht auf Stadt' geht zurück auf den französischen Urbanisten und Soziologen HENRI LEFÈVRE, der bereits in den 1960er Jahren für den Nichtausschluss von Menschen in der Stadt appellierte (vgl. LEFÈVRE 1990:160). Als eine Art Renaissance des Stichwortes 'Recht auf Stadt' formieren sich heute weltweit neue städtische soziale Protestbewegungen. Mit einem 'Recht auf Stadt' werden Ansprüche an städtische Leistungen, Räumen und Ressourcen sowie ein Mitspracherecht bei politischen und strategischen Entscheidungen und der Stadtentwicklung eingefordert (vgl. HOLM 2009:27ff.; HOLM, GEBHARDT 2011:15). Die weltweit agierenden 'Recht auf Stadt'-Netzwerke setzen sich mit den städtischen Problemen auseinander und versuchen Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Seit Januar 2007 gibt es in den USA die 'Right to the

---

<sup>14</sup> „Thematische Brennpunkte wichtiger Einzelbewegungen sind die Emanzipation von Frauen, Ökologie, Frieden und Abrüstung, selbstverwaltete Lebens- und Arbeitsformen, Hunger und Elend in der Dritten Welt sowie Bürger- und Menschenrechte. Zum Umfeld der Neuen Sozialen Bewegungen zählen aber auch Selbsthilfegruppen im Gesundheits- und Sozialbereich, Schwulen- und Lesbengruppen, Hausbesetzer und militante "autonome" Gruppen“ (RUCHT 2003, S. 433).

City Alliance' zur Koordination städtischer Proteste und Forderungen. Es wurden gemeinsame Prinzipien aufgestellt, um die verschiedenen Gruppen mit ihren unterschiedlichen Interessen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen (s. RIGHT TO THE CITY o.J.). In Deutschland finden Kongresse zum Thema 'Recht auf Stadt' statt, auf denen versucht wird, Antworten zu finden und gezielt Lösungsansätze für eine andere Stadtentwicklung zu entwickeln. Auch auf dem 51. Geographen-tag in Wien 2009 wurde das 'Recht auf Stadt' zum Thema gemacht. In Hamburg hat wohl die größte Mobilisierung unter dem Schlagwort 'Recht auf Stadt' stattgefunden. In dem 'Recht auf Stadt'-Netzwerk tragen zahlreiche Initiativen ihre unterschiedlichen Forderungen zusammen und organisieren gemeinsame Aktionen (s. a. RECHT AUF STADT NETZWERK 2009-2011). Die Proteste bieten eine hohe Anschlussfähigkeit für unterschiedlichste Bevölkerungsschichten, die sich sowohl für Grünflächen einsetzen als auch für soziale oder kulturelle Zentren kämpfen. Ihr gemeinsames Anliegen ist es, neue städtische Orte herzustellen, die der neo-liberalen Verwertungslogik entzogen werden können. Heute werden jegliche Aufwertungsprozesse bereits als Bedrohung der Alltagswelt wahrgenommen, erzeugen Verunsicherung in der Bevölkerung und führen zu Protestformierungen, zunehmend auch als Anti-Gentrification-Proteste (vgl. DANGSCHAT 1992:144). Kaum eine städtische Initiative findet nicht unter dem Deckmantel 'Recht auf Stadt' Platz (vgl. GEBHARDT, HOLM 2011).

### 3.4.3 Bedeutung von kreativem Engagement

Bisher gibt es noch keine Definition für den in dieser Arbeit verwendeten Begriff 'kreatives Engagement'. Durch die Beschreibung von bürgerschaftlichem Engagement, Zivilgesellschaft und sozialen (Protest-)Bewegungen sollte ein Grundlagenverständnis geschaffen werden. Nach der Definition ist Engagement an sich schon dadurch kreativ, da die Akteure die Stadt oder die Gesellschaft mitgestalten und versuchen für Probleme Lösungen zu finden. In dieser Arbeit wird jedoch im Speziellen auf Engagement aus dem kulturellen bzw. künstlerischen Bereich und kreative Protestformen eingegangen. Dies soll durch den Zusatz 'kreativ' akzentuiert werden. Mit Hilfe von Kultur- und Kunstaktivitäten wird heute vermehrt auf städtische Missstände hingewiesen. Der Protest dient dabei nicht nur zur Artikulation von gefühlten Missständen in der Stadt, sondern auch als Mittel zur Verbreitung von kulturellen und künstlerischen Werten, von alternativen Lebensweisen und veränderten Lebensbedingungen sowie der Artikulation der Instrumentalisierungsgefahr von Kultur und Kunst zu Aufwertungszwecken. Dabei sei darauf hingewiesen, dass mit 'Kreativen' nicht nur Künstler gemeint sind,

sondern alle, die sich erfinderisch zeigen und nach Lösungen für städtische Problemlagen suchen, sowohl um die Lebensbedingungen einzelner Bevölkerungsgruppen zu verbessern als auch um das kulturelle und künstlerische Kapital, dazu zählt auch das historische Erbe, zu schützen und somit Einfluss auf Stadterneuerungsprozesse zu nehmen. Das kreative Engagement dient dabei als Anstoß von Protestbewegungen.

#### 3.4.4 Bedeutung und Bewertung von kreativem Engagement und Protestbewegungen für Stadterneuerung aus Sicht der Experten

Mit der Frage nach dem Einfluss von Protestbewegungen auf Stadtentwicklungsprozesse (vgl. Anlage 1, Frage 18), sollte herausgefunden werden, wie und ob die Experten einen Einfluss sehen und wie sie diesen aus ihren unterschiedlichen Perspektiven heraus bewerten (s. a. Tab. 5).

Die städtischen Experten sehen einen Einfluss von Protestbewegungen, sie schärfen das Bewusstsein und führten zu einem Umdenken in der Stadtplanung und sogar zu Meinungsänderungen des Senates. Außerdem seien Protestbewegungen Teil unserer Demokratie und es wird als positiv bewertet, wenn sich Bewohner für ihren Stadtteil einsetzen (vgl. RÖSNER 2010; RICKERT 2010; PETRAT 2010; Tab. 5). Kritisiert wird, dass Proteste teilweise nur durch Worte und nicht durch Handlungen nach außen getragen und die Probleme nicht differenziert genug bewertet würden (vgl. RÖSNER 2010, Tab. 5). Auch die Experten für Zivilgesellschaft, Kultur und Kunst in der Stadt sehen einen bedeutenden Einfluss von Protestbewegungen durch kreatives Engagement. Die Einflussnahme auf politische Entscheidungen und städtische Entwicklungen wurde erkannt und ihr ein Symbolgehalt zugesprochen, der zeigt, was alles möglich ist, wenn man sich engagiert (vgl. JÖRG 2010; TWICKEL 2010; Tab. 5). *„Es gäbe heute große Teile des Altbaubestandes in Berlin, Frankfurt oder Hamburg nicht mehr, wenn nicht die Hausbesetzer oder Bürgerinitiativen gegen die Flächensanierung und Großprojekte der 70er und 80er Jahre gekämpft hätten. [...] auch wenn viele der so geretteten Viertel heute Musterbeispiele für Gentrifizierung sind“* (TWICKEL 2011 in JELLEN 2011). TILL HAUPT ist auch der Meinung, dass gerade die Experimentierräume, die durch Protestbewegungen und Engagement entstehen, nötig sind, um Lösungen für Problemlagen zu finden (vgl. HAUPT 2011, Tab. 5). Und diese Räume entstehen nach ZIEHL 2011 nicht nur durch 'Kreative', sondern z.B. auch durch *„soziale Initiativen und Eltern mit behinderten Kindern“*. Kreativität und kreatives Engagement bedeutet demnach auch, wie die Gesellschaft und ihre Le-

bensbedingungen gestaltet werden (vgl. ZIEHL 2011, Tab. 5). Bemängelt wird die noch recht geringe Beteiligung, obwohl die Zahl der von städtischen Missständen Betroffenen sehr hoch ist. Zudem sei es vorrangig die Mittelschicht, die sich engagiere, die wirklich Benachteiligten blieben auf der Strecke (vgl. GABRIEL 2011; Tab. 5).

**Tab. 5: Bedeutung von kreativem Engagement und Bewertung von Protestbewegungen aus Sicht der Experten**

Experten	Bedeutung und Bewertung von kreativem Engagement und Protestbewegungen für Stadterneuerung
<i>Hans-Joachim Rösner 2010</i> , Geschäftsführer der STEG HH	Protestbewegungen schärfen das Bewusstsein für Probleme. Sie sind wichtig, damit Stadtplanung auf Probleme reagieren kann. Teilweise sind sie aber zu plakativ, nur Worte und keine Handlungen. Die Entwicklungen in der Stadt sollten von Protestbewegungen differenzierter betrachtet werden und nicht schlichtweg als schlecht und purer 'Kapitalismus' bezeichnet werden. Veränderungen sind auch sinnvoll und müssen sein. Man kann Quartiere ja nicht einfach verfallen lassen, um Mieten niedrig halten zu können (Anlage 6:4f.).
<i>Willi Rickert 2010</i> , Amtsleiter WSB HH	Im Fall des Gängeviertels hat es zu einem Umdenken geführt. [...] Wenn sich Bewohner für ihren Stadtteil einsetzen, dann ist das positiv zu bewerten (Anlage 9:3).
<i>Dr. Dirk Petrat 2010</i> , Amtsleiter Behördenmanagement und Denkmalschutz HH	Die Protestbewegung hat zur Veränderung von der Senatsmeinung geführt. Er würde jedoch keinesfalls dazu auffordern. Die Verwaltung wird sich nicht davon beeinflussen lassen, es sind ja nun mal keine rechtsfreien Räume. Die Politik vergibt den Auftrag das zu regeln. [...] Protestbewegungen sind Teil unserer Demokratie. Man muss sie nicht verhindern, da sie eine Ausdrucksform darstellen (Anlage 10:2f.).
<i>Steffen Jörg 2010</i> , GWA St. Pauli	In Wien, Österreich der 20er, da gab's auch massive soziale Kämpfe und Auseinandersetzungen, was dazu geführt hat, dass die Stadt Wien damals riesige Summen im kommunalen öffentlichen Wohnungsbau investiert hat, so dass wir heute das Resultat haben, dass in Wien 60 - 70 % des Wohnungsbestandes in öffentlicher Hand sind. [...] Man hat natürlich als Gesellschaft noch mal andere Druckmechanismen auf einen Staat oder eine Stadt als auf ein privates Unternehmen. Insofern würde ich sagen, dass das was die Politik macht in gewissen Grenzen immer auch Ergebnis von so gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und Diskursen ist und wenn die gerade wie jetzt eine starke 'Recht auf Stadt'-Bewegung hat, dann wird das auch in gewissen Grenzen Auswirkungen auf politische Entscheidungen haben (Anlage 7:7). Und natürlich kreative Aktionen zu formen, sowohl jetzt nette kreative künstlerische Aktionsformen, als auch radikalere Aktionsformen, die eine Stimmung in Stadtteilen schaffen, wo Investoren vielleicht sagen: "uhm. es ist vielleicht doch nicht der richtige Stadtteil, zu investieren" (Anlage 7:9).
<i>Christoph Twickel 2010</i> , Journalist und Autor	[...] Politischen Druck zu erzeugen, dreht jetzt nicht die Richtung der Stadtentwicklung um, [...] aber es hat einen hohen Symbolgehalt, der natürlich auch mobilisierende und ermutigende Wirkung auf ähnliche Ideen und Projekte hat. Das heißt, es ist ein Raum, der dafür steht, dass es eben auch möglich ist, so etwas gegen eine sehr starke Immobilienlobby und gegen die entsprechenden politischen Interessen durchzusetzen. [...] Man muss sich jetzt bei jeder Protestbewegung genau angucken: Was ist denn der Fokus? Worum geht's denn da? Ich würde jetzt auch nicht sagen, dass alles was Bürgerprotest ist, gut ist (Anlage 8:12).

<b>Michael Ziehl 2011</b> , Architekt, Stadtplanungsstudent, Gängeviertel-Initiative	[...] Man muss auch unter Kreativität einfach einen kreativen Umgang mit unserer Umwelt in jedem Bereich verstehen. Das schließt jetzt auch keine Menschen aus, also das gilt dann genauso für soziale Initiativen oder Eltern mit behinderten Kindern. Da gab es ja auch den Besetzungsversuch, die haben ja keinen Ort, wo sie mit ihren behinderten Kindern hinkönnen, hier in HH. Oder wenn sich Menschen selbst von einer Kita organisieren usw. Also das verstehe ich eigentlich viel eher unter Kreativität, also unsere Gesellschaft zu gestalten und unsere Lebensbedingungen zu gestalten. Nicht ob ich jetzt Architekt bin und ich gehöre dazu oder ich Goldschmied bin und ich gehöre nicht dazu (Anlage 12:15).
<b>René Gabriel 2011</b> , Stadtplanungsstudent, Planungsgremium Gängeviertel-Initiative	[...] Also ich finde das toll, dass gerade seit 2 Jahren in dem Bereich mehr stattfindet, gerade aus dem 'Recht auf Stadt'-Umfeld. Gleichzeitig ist die Beteiligung noch relativ gering. [...] Angesichts der Thematik und auch der Menge der Betroffenen in diesem Spektrum, finde ich die geringe Beteiligung doch recht erstaunlich bei den Demos. [...] Die Mittelständigen sagen eher: „Ne das will ich nicht, ich will hier bleiben“ und nutzen ihre Ausdruckskraft und Kreativität und auch sprachliche Fähigkeit dann eben auch aus und bringen sie zur Geltung (Anlage 14:7f.).
<b>Jeanette Kratzert 2011</b> , Graphik-Designerin, mit Atelier im Gängeviertel	Das kann ich überhaupt nicht abschätzen, wie sich das langfristig entwickelt. Ob man da überhaupt von Erfolgen sprechen kann. Aber ich bin einfach ganz angetan von dem, was in den letzten 2 Jahren hier passiert ist und da hat das Gängeviertel sicherlich einen großen Antrieb gegeben oder war groß mit dran beteiligt, dass das 'Recht auf Stadt'-Netzwerk so entstanden ist und auch recht erfolgreich agiert. Ich weiß nicht genau, ob man wirklich sagen kann, dass die Leute politischer werden oder ob einfach die Möglichkeiten besser genutzt werden, dadurch dass es so etwas wie Facebook oder allgemein einfachere Netzwerkmöglichkeiten gibt (Anlage 15:3).
<b>Till Haupt 2011</b> , freier Künstler, Genossenschaftsvorstand Gängeviertel-Initiative	[...] Ich glaube, dass Empören schon wichtig ist. Das wäre diese Protest- und Engagiernummer. Ich glaube es braucht ganz viele, um diese ganzen Probleme, die der Kapitalismus mit sich gebracht hat, zu illustrieren und weiterzuentwickeln. Dafür braucht es einfach so Laborsituationen. Wo man Sachen ausprobiert, die darüber hinaus gehen. Natürlich ist die BRD eigentlich ein ganz guter Rechtsstaat, so im Vergleich, aber es geht noch besser. Und damit man rauskriegt was besser ist, muss man es halt ausprobieren und dafür muss es solche Experimente geben, wie Hafestraße, Flora oder Gängeviertel. (Anlage 16:7f.).

Quelle: eigene Erhebungen 2010/2011

### 3.5 Möglichkeiten einer sozialverträglichen Stadterneuerung

Alternative Planungsmethoden sind insbesondere durch die wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung immer beliebter geworden. Es findet ein zunehmender Wandel von rein baulichen Stadterneuerungsmaßnahmen hin zu integrierten, ganzheitlichen Handlungsansätzen statt. Dabei beachtet man heute in zunehmendem Maße die Nachhaltigkeit und die sozialen Folgen bereits im Planungsstadium. Durch die Darlegung der vorhandenen Möglichkeiten einer sozialverträglichen Stadterneuerung soll eine Grundlage für den weiteren Verlauf der Arbeit geschaffen werden, damit die Möglichkeiten zur sozialverträglichen Stadterneuerungen mittels neuer Erkenntnisse durch den Beitrag von kreativem Engagement erweitert werden.

### 3.5.1 Verständnis von sozialverträglicher Stadterneuerung

Eine genaue Definition von sozialverträglicher Stadterneuerung gibt es nicht. In der Literatur werden unterschiedliche Begrifflichkeiten wie behutsame, sanfte und sozialverträgliche Stadterneuerung sowie soziale Stadtentwicklung mehr oder weniger synonym genutzt.

*„Sozialverträglichkeit ist ein Prozess, an dem alle Beteiligten und Betroffenen möglichst gleichberechtigt mitwirken, in dem sie sich auch in der Auseinandersetzung mit Entscheidungsalternativen über ihre Interessen klar werden und die jeweils bestmögliche Entscheidung aushandeln können. Partizipation wird hier verstanden als offener Lernprozess, in dem sich durch fördernde Rahmenbedingungen die qualifizierte Mitsprache der Betroffenen entwickeln kann“ (HATER 1993:92).*

Um eine Sozialverträglichkeit zu gewährleisten, ist es demnach wichtig, neben bestehenden Maßnahmen und rechtlichen Regelungen, Beteiligungs-, Kooperations- und Integrationsmöglichkeiten zu schaffen, um möglichst sozial ausgewogen, gerecht sowie bedürfnis- und beteiligungsorientiert aufzutreten (vgl. ALISCH 2002:221).

Die Erklärung zur Sozialverträglichkeit in der Lokalen Agenda 21<sup>15</sup> führt zur Beschreibung von sozialverträglicher Stadterneuerung. Darin geht es um den Abbau ungleicher Lebens- und Partizipationschancen statusniedrigerer und statushöherer Bevölkerungsgruppen. Eine Orientierung an den Interessen der artikulationsschwachen Bevölkerungsgruppen und die Verhinderung von Verdrängung jener, die sich mögliche zusätzliche Kosten durch Erneuerungsmaßnahmen nicht mehr leisten können, sollte angestrebt werden (vgl. ALISCH/DANGSCHAT 1998:168f.). Ein sozialverträglicher Umgang mit der Bevölkerung und deren Einbeziehung ist auch im BauGB festgeschrieben. Etwa bei der Aufstellung von Bauleitplänen: *„Bei der Aufstellung von Bauleitplanungen sind insbesondere zu berücksichtigen: [...] die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung, [...] die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere der Familien, der jungen und alten Menschen und der Behinderten [...]“* (§1 Abs.6 BauGB). Im § 180 BauGB sind zudem Möglichkeiten zur Einbeziehung von Bewohnerinteressen in den Sanierungsprozess geregelt.

---

<sup>15</sup> Lokale Agenda 21 nach LESER 2005, S.520: „Initiativen auf kommunaler Ebene mit dem Ziel einer nachhaltigen (Stadt-/Gemeinde-)Entwicklung. Grundlage hierfür ist Kapitel 28 der Agenda 21. Betont werden das Prinzip der Partizipation und Bürgerbeteiligung.“

Das Ausgangsverständnis von sozialverträglicher Stadterneuerung in dieser Forschungsarbeit bedeutet demnach, Maßnahmen zur Erhaltung, Sanierung, Umgestaltung und Modernisierung unter Einbeziehung der Beteiligten und Betroffenen zu ergreifen, um sozial ausgewogen und bedürfnisorientiert aufzutreten. Dieses Verständnis soll im Zuge der Arbeit und durch Expertenmeinungen ergänzt werden.

Durch die Fragen an die Experten nach der Bedeutung von sozialverträglicher Stadterneuerung, sollte in Erfahrung gebracht werden, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede es im Verständnis gibt (s. Anlage 1 , Frage 1). Die Experten verstehen unter sozialverträglicher Stadterneuerung grundsätzlich eine Aufwertung bzw. Zustandsverbesserung in benachteiligten Stadtquartieren mit geringem oder nicht existentem Verdrängungsrisiko (vgl. Tab. 6). Wichtig sei es dabei, die Interessen der Bevölkerung nicht aus den Augen zu verlieren und gemeinwohlorientiert zu handeln (vgl. RÖSNER 2010, JÖRG 2010, GABRIEL 2011, SITTE 2011; Tab. 6 ). Es sollte insbesondere darauf geachtet werden, dass auch die artikulationsschwachen Bevölkerungsgruppen an Entwicklungsprozessen beteiligt werden (JÖRG 2010; Tab. 6). Für TWICKEL 2010 unterstellt der Begriff 'sozialverträglich' bereits eine feindliche Absicht gegenüber sozial schwachen Bevölkerungsgruppen und KRATZERT 2011 sieht darin die Förderung unterschiedlicher Lebensformen anstatt ökonomischer Ziele (vgl. TWICKEL 2010, KRATZERT 2011; Tab. 6).

**Tab. 6: Verständnis von sozialverträglicher Stadterneuerung durch Experten**

Experten	Verständnis von sozialverträglicher Stadterneuerung
<b>Hans-Joachim Rösner 2010</b> , Geschäftsführer der Steg HH	Das ist ein wichtiges Instrument der Stadtentwicklung. Die Interessen der Bevölkerung müssen beachtet werden. Sie müssen bei der Planung mitgenommen werden. Das ist eine der Aufgaben der Steg. Nicht immer einfach, da Veränderungen nun einmal vorhanden sind und auch schon immer bestanden haben. Einige Viertel sind teilweise seit Jahrzehnten von einem Niedergang betroffen. Diesen anzuhalten und die Zustände zu verbessern, sollte das Ziel sein. Dabei ist es wichtig, dass die Verdrängung der Bevölkerung so gering wie möglich ist (Anlage 6:1f.).
<b>Willi Rickert 2010</b> , Amtsleiter WSB HH <b>Steffen Jörg 2010</b> , GWA St. Pauli	Das ist eine Stadterneuerung ohne Vertreibung der Bevölkerung (Anlage 9:1). (Es) sollte eine Stadtentwicklungspolitik geben, die die Belange aller im Blick hat und versucht Konflikte, die zwangsläufig auftreten, in einem Verhandlungsprozess und unter Beteiligung der Leute, die es betrifft, zu organisieren. [...] gerade artikulationsschwache Gruppierungen verstärkt im Blick zu haben [...]. Die sind in der Regel in Stadterneuerungsprozessen die Ersten, die von negativen Effekten betroffen sind, sprich von Verdrängung, Benachteiligung und von Ausgrenzung. Wie schaffe ich es, diesen Leuten Gehör zu verschaffen und auch ihre Belange und Bedürfnisse in den Blick zu kriegen? (Anlage 7:1f.)

<p><b>Christoph Twickel</b> 2010, Journalist und Autor</p>	<p>Ich finde das ist ein schwieriges Wort, weil 'sozialverträglich' unterstellt ja schon, dass es, wenn es um Stadtentwicklung geht, eine feindliche Absicht gegenüber sozial schwachen Gruppen gibt. Sozialverträgliche Stadtentwicklung ist ja nicht, wenn im Reichenstadtteil Blankenese eine neue S-Bahn gebaut wird, da redet niemand über Sozialverträglichkeit, weil klar ist: was immer auch passiert an Stadterneuerung, das führt nicht zur Verdrängung der Bewohner dort, denn die haben das ökonomische, kulturelle und soziale Kapital damit umzugehen, sich unter Umständen auch dagegen zu wehren, wenn es ihnen nicht passt. Von daher ist sozialverträgliche Stadtentwicklung ja vielleicht so ein Euphemismus für eine Entwicklung seit den späten 80er Jahren [...]. Man hat gemerkt es gibt zunehmend Widerstand dagegen, es etabliert sich auch eine Hausbesetzerbewegung und es hat ja auch temporäre Zusammenschlüsse gegeben, auch von linken Milieus und Anwohnern. Für HH habe ich es mal in meinem Buch versucht zusammenzufassen (Anlage 8:3).</p>
<p><b>Constanze Klotz</b> 2010, Projektassistent Kunst- u. Kultur IBA HH</p>	<p>[Ich] würde [...] dann wahrscheinlich unter sozialverträglicher Stadterneuerung durch Kunst und Kultur einen Umgang mit Kunst und Kultur [...], der nachhaltig ist, der v.a. die lokalen Besonderheiten, sozialen Problemstellungen, ökonomischen Problemstellungen, kulturelle Problemlagen vielleicht in Betracht zieht und versucht mit den Strategien im Programm, die wir hier entwickeln darauf einzugehen, aber trotzdem ergebnisoffen aufgestellt zu sein, [verstehen] (Anlage 11:2).</p>
<p><b>Michael Ziehl</b> 2011, Architekt, Stadtplanungsstudent, Gängeviertel-Initiative</p>	<p>Dann würde ich mir vorstellen, dass es dabei um eine Umverteilung geht, die mehr finanzielle und soziale Gerechtigkeit herstellt. Also keine Umverteilung, die immer nur in die eine Richtung geht, von unten nach oben, sondern eher von oben nach unten oder eben quer. Also das ist eigentlich auch meiner Meinung nach die Aufgabe von Stadtplanung, dadurch ist sie entstanden, um solche Missverhältnisse auszugleichen. [...] Und bei so Erneuerungsprozessen, die dann administrativ angestoßen werden, da geht es dann darum darauf zu achten, dass da keiner hinten rüber fällt, also spricht niemand verdrängt wird (Anlage 12:3).</p>
<p><b>René Gabriel</b> 2011, Stadtplanungsstudent, Planungsgremium Gängeviertel-Initiative</p>	<p>Ich lös das jetzt ein bisschen so, dass ich davon ausgehe, dass Stadtentwicklung sozialverträglich geschehen muss. Im Sinne von gemeinwohlorientiert. In dem Sinne, dass eine Fortentwicklung einer Stadt dahingehend Raum für alle Menschen und alle Gruppierungen grundsätzlich erst mal möglich machen sollte. Also dass Stadtentwicklung dagegen an arbeitet, dass Gruppierungen ausgeschlossen werden. Dass es eben keine Ausgrenzung gibt durch ein gewisses Einkommen, durch die ethnische Herkunft, durch bestimmte Potenzen usw. Dass das eben ausgeklammert wird und dass grundlegend erst mal alle gleich sind und gleiches Recht haben den Raum in der Stadt für sich zu nutzen und anzueignen (Anlage 14:1f.).</p>
<p><b>Ulrike Sitte</b> 2011, Stadtplanerin, Planungs- gremium Gängeviertel-Initiative</p>	<p>Das ist ja auch die Aufgabe der Stadt, diese Einzelinteressen mit dem Gemeinwohl zusammenzubringen. Also so ein Investor hat ja z.B. eher seine eigenen Ziele im Sinn und die Aufgabe der Stadtplanung ist es, eben genau aber die Gemeinwohlinteresse zu vertreten und das in Einklang zu bringen. Das ist ja die Kunst und Aufgabe, egal ob Stadterneuerung oder Stadtentwicklung. [...] Also, dass die Stadt die Interessen des Gemeinwohls gegenüber denen des Investors vertritt. Das macht sie ja einerseits durch die formalisierten Sachen, wie Bauleitplanungen, aber viel stärker geht es ja darum, dass Interessen- und Zielangleichungen passieren müssen. Rendite steht ja nicht entgegen, dass du trotzdem eine gemeinsam gestaltete Grünanlage hast. Das sind ja oft keine Sachen, die sich gegenüber stehen (Anlage 14:2).</p>
<p><b>Jeanette Kratzert</b> 2011, Graphik- Designerin, Atelier im Gängeviertel</p>	<p>Ich habe einfach nur den Anspruch an die Stadt, in der ich lebe, in der ein gewisser Wohlstand herrscht, was ja hier der Fall ist, dass nicht nur nach Kapitalismus gestrebt wird und dass unterschiedliche Lebensformen eher gefördert werden, als dass sie unterbunden werden. Für mich ist es wichtig, dass es lebendig ist. Wenn Lebendigkeit nicht möglich ist, weil die Stadt sich nur um Prestige-Objekte bemüht und da die Unterstützung reinsteckt, ist das schade. Jetzt mal unabhängig vom Bildungssystem [...] geht es mir v.a. darum, dass das Leben lebendig bleiben muss. Ich gehe da gar nicht so politisch vor, sondern eher persönlich, lebensfreundlich. [...] Die Stadt muss lebenswert bleiben und das tut sie nicht, wenn nur noch auf Kohle geachtet wird. [...] Es müssen einfach Freiräume langfristig gestattet werden (Anlage 15:1f.).</p>

Quelle: eigene Erhebungen 2010/2011

### 3.5.2 Rechtliche Grundlagen und Programme

Anfang der 1970er Jahre wurde erkannt, dass die Beseitigung städtebaulicher Missstände auf Grund ihrer finanziellen Ausmaße eine gesamtstaatliche Angelegenheit darstellt und daraufhin im Städtebauförderungsgesetz 1971 festgeschrieben. Seit 1998 sind die finanzierungs- und förderungsrechtlichen Maßnahmen in § 164a zusammengefasst. Unter anderem dienen sie der Förderung der Verwirklichung des Sozialplans nach §180 BauGB und der Gewährung eines Härteausgleichs nach § 181. Der Sozialplan wird zur Vorbereitung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen aufgestellt, damit nachteilige Auswirkungen für die von der Sanierung Betroffenen vermieden oder gemildert werden. Ein Härteausgleich in Form von Geld kann beantragt werden, wenn nachgewiesene wirtschaftliche Nachteile für den Mieter oder Pächter entstehen und dies im Sozialplan vorgesehen ist. Neben Programmen wie 'Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen', 'Städtebaulicher Denkmalschutz', 'Stadtumbau Ost und West' wurde mit besonderem Bezug auf Sozialverträglichkeit und um die Städtebauförderung zu ergänzen, das Bund-Länder-Programm 'Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt', eingeführt. „*Städtebauliche Maßnahmen der Sozialen Stadt sind Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung von durch Missstände benachteiligten Ortsteilen oder anderen Teilen des Gemeindegebiets, in denen ein besonderer Entwicklungsbedarf besteht*“ (§171e BauGB). Das investive Programm soll durch integrierte Ansätze unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen Stadtteile stabilisieren und die Lebensqualität verbessern. 1999 wurden 161 Stadtteile in 124 Gemeinden gefördert; 2009 sind es bereits 571 Gebiete in 355 Gemeinden. Auf Grund des Beschlusses des Bundestages zum Bundeshaushalt 2011 wurden die Mittel für die 'Soziale Stadt' jedoch um 70% gekürzt, was zu erheblichen Veränderungen der Rahmenbedingungen für das Programm führt (vgl. BMVBS 2000-2011).

Für den Schutz der Bevölkerung vor Verdrängung durch Mietpreissteigerungen durch Sanierungsmaßnahmen oder Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen wurde die Erhaltungssatzung, auch soziale Erhaltungsverordnung genannt, in § 172 BauGB erlassen. Eine soziale Erhaltungsverordnung ist ein rechtliches Instrument zur „*Erhaltung baulicher Anlagen und der Eigenart von Gebieten*“ (§ 172 BauGB) und dient dem Schutz der Wohnbevölkerung bzw. der vorhandenen Sozialstruktur in einem Stadtteil, wenn diese von Verdrängung bedroht scheint. Grundlegend geregelt ist die soziale Erhaltungsverordnung in § 172 ff. BauGB. Wenn sich in einem Stadtteil die Mietstrukturen und Mietpreise sehr

stark verändern, immer mehr Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt werden, Luxussanierungen zunehmen und dadurch eine Verdrängung angestammter Wohnbevölkerung zu erwarten ist, dann sollte das Verfahren zur Prüfung für eine soziale Erhaltungsverordnung in Gang gesetzt werden. Die Verordnung nimmt den Entwicklungen die Dynamik und das Tempo und kann somit Teile der Bevölkerung vor Verdrängung schützen. Meist wird durch Zusammenschlüsse der Anwohner und durch ihre Proteste auf Entwicklungen aufmerksam gemacht und das Verfahren angestoßen. Nach der Forderung der Bevölkerung wird eine Voruntersuchung eingeleitet, die Empfehlungen für eine zweite, meist wissenschaftliche Untersuchung ausspricht. Diese dient als Grundlage für eine Veränderungssperre, die letztendlich vom Senat beschlossen werden muss. Nach Beschluss ist die Verordnung fünf Jahre gültig und kann nach erneuter Prüfung verlängert werden. In dieser Zeit können für jegliche Veränderungen im Bestand Baugenehmigungen nur in Einklang mit der Verordnung vergeben werden (FRITZSCHE 2010:80). Die Durchführung und etwaige Besonderheiten sind bundeslandabhängig. In Abschnitt 4.7.4 soll genauer auf die Besonderheiten und eventuellen Probleme der sozialen Erhaltungsverordnung in Hamburg eingegangen werden.

Die Städtebauförderung und ihre Programme sind Instrumente zur Stabilisierung von durch Missstände betroffenen Stadtquartieren. Sie haben jedoch keinen regulierenden Einfluss auf den Wohnungsmarkt. Nach Sanierungsmaßnahmen und der damit verbundenen Aufwertung von Quartieren, kommt es durch Mietpreiserhöhungen zur Verdrängung, noch bevor die rechtlichen Rahmen wie die Erhaltungssatzung greifen kann (vgl. EICHSTÄDT-BOHLING 2010). Rechtliche Grundlagen allein reichen nicht aus, sie müssen mit formellen, sowie informellen Verfahren verknüpft und von verschiedenen Akteuren, wie Sanierungsträgern, Wohnungsunternehmen, aber auch der Immobilienwirtschaft, beachtet werden.

### **3.5.3 Formelle und informelle Verfahren**

#### ***3.5.3.1 Beteiligungs- und Kooperationsverfahren***

Im Zuge der Bürgerproteste, insbesondere seit der 68er-Bewegung und dem Wunsch nach mehr Selbstbestimmung, wurde auch die Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung lauter. Neue Strategien im Rahmen behutsamer bzw. sanfter Stadterneuerung mit zunehmender Rücksichtnahme auf soziale Kontexte und Situationen sollten die Lage entspannen (vgl. FREY 2009:76). Es werden grundsätzlich zwei Arten von Beteiligungsverfahren unterschieden: formelle und infor-

melle Beteiligungsverfahren. Auf Bundesebene wird die Bürgerbeteiligung an der Bauleitplanung in § 3 BauGB geregelt. *„Die Öffentlichkeit ist möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebietes in Betracht kommen, und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten; ihr ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben“* (BauGB §3).

Neben formellen, gibt es auch immer mehr informelle Beteiligungsverfahren. Wichtig ist es, diese zu initiieren und zu koordinieren, um im besten Fall die baulichen Strukturen sowie die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Methoden zur Beteiligung sind z.B. Planungszellen, aktivierende Befragung, Anwaltsplanung, Strategieworkshops, Perspektivwerkstatt, Zukunftswerkstatt, Zukunftskonferenzen, Stadtteilkonferenzen, runde Tische, Stadtteilforen, Selbsthilfeorganisationen etc. (vgl. REICHWEIN et al. 2010:258; ALISCH 2002:111). Zur Initiierung und Koordination dienen Formen wie das Quartiersmanagement bzw. Stadtteilmanagement, das aus dem Städtebauförderungsprogramm 'Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt' hervorgegangen ist. Das Quartiersmanagement bezieht alle notwendigen Handlungs- und Steuerungsebenen sowie relevanten Akteure mit ein und stellt im besten Fall eine Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik, Markt, Trägern und Zivilgesellschaft her. Es soll dabei helfen, selbsttragende und nachhaltig wirksame personelle wie materielle Strukturen aufzubauen, um die Entwicklung in benachteiligten Stadtquartieren anzuregen. Dazu werden Bewohner aktiviert und befähigt (Empowerment), sich an Entwicklung zu beteiligen und mit Wirtschaft, Staat und ortsansässigen Institutionen, sowie Vereinen, Initiativen und Verbänden zusammen zu arbeiten (vgl. FRANKE, GRIMM 2006:307f.).

Als Kooperationsverfahren dient Public-Private-Partnership (PPP), das durch die Zusammenarbeit unterschiedlichster Akteure wie Unternehmen, lokale Initiativen, Bevölkerung bis hin zur öffentlichen Verwaltung gekennzeichnet ist. Zunächst dient es im Speziellen der Kooperation von Wirtschaft und Staat, wobei gemeinsame Finanzierungsmodelle für öffentliche Infrastruktureinrichtungen im Vordergrund stehen. Zunehmend wird PPP auch auf quartiersbezogene Projektentwicklung angewendet (vgl. LOBECK; WIEGANDT 2006:118f.)

Beteiligungsangebote zu offerieren reicht auch nicht aus. Bürger müssen aktiviert werden sich zu beteiligen, damit sie an Veränderungen teilhaben und sie nach

ihren Wünschen entwickeln können. Ihnen sollte die Möglichkeit gegeben werden, nicht nur als Nutzer teilzunehmen, sondern auch Verantwortung übertragen zu bekommen, um mitwirken und -reden zu können (vgl. REICHWEIN et al. 2010:257). Um effektiver und qualitativ besser planen zu können, ist es wichtig, die Bürger, Unternehmen sowie Verbände, Vereine, Kirchen, Kammern, Gewerkschaften, Parteien etc. mit staatlichen Aufgaben gemäß des Governance-Prinzips zu verknüpfen und aktiv in die Planungsprozesse einzubinden (vgl. HOLZINGER et al. 2006:272). Zudem sollte darauf geachtet werden, die soziale Selektivität bei Beteiligungsverfahren zu verringern, indem man versucht, auch die ökonomisch- sowie artikulationsschwächere Bevölkerung an Entwicklungsprozessen zu beteiligen, um Ausgrenzung und möglichen Verdrängungsprozessen entgegenzuwirken. Faire Beteiligungsverfahren sollten zudem deutlich machen, was möglich bzw. verhandelbar ist, welche Restriktionen, Eigentumsverhältnisse und finanzielle Möglichkeiten es gibt (vgl. SELLE 2006:62; ALISCH 2002:239). Die neuen Strategien müssen sich an den veränderten Bedürfnissen und Motiven der Bevölkerung orientieren, so sollte auch das Verständnis von Public-Private-Partnerships<sup>16</sup> angepasst werden, damit die (nicht-investierenden) Bürger noch stärker aktiv beteiligt werden (vgl. SELLE 2006:67). Durch Neuaufteilung der Verantwortlichkeiten zwischen Staat und Gesellschaft soll die Gerechtigkeit, Effizienz und gesellschaftliche Wohlfahrt gesteigert werden. Der Staat soll sich dafür nicht zurückziehen, sondern Rahmenbedingungen schaffen, die Engagement und Partizipation ermöglichen, fördern, stärken und diese als Ressource für Stadtentwicklungszwecke sehen (vgl. HEINZE 2004:23).

### 3.5.3.2 *Kreativität und kreative Räume sozialverträglich fördern*

Bei der Förderung von Kultur und Kunst geht es zumeist um die Bereitstellung von Räumen, die temporär oder dauerhaft genutzt werden können. Damit Kreativität in einer Stadt wachsen kann, müssen Experimentierräume bestehen bzw. Instrumente und Methoden zur Freihaltung von Räumen eingesetzt werden. „*Jede Stadt braucht Räume, deren Nutzung durch kreative Menschen neu definiert werden können*“ (KUNZMANN 2009:42). Räume und kulturelle Aktivitäten sollten dabei nicht nur aus wirtschaftlichen oder städtebaulichen Überlegungen heraus gefördert werden. Das Gleichgewicht zwischen kulturellen, städtebaulichen und

<sup>16</sup> Public-Private-Partnership nach LOBECK, WIEGANDT 2006, S.118: „umfasst zunächst eine engere, zumeist projektbezogene Kooperation von Staat und Wirtschaft und wird bisher überwiegend in kommunalen Zusammenhängen angewandt. Von einfachen Abstimmungen öffentlicher Akteure mit privaten Unternehmen über vertragliche Projektkoordination bis hin zu gemeinsamen Gesellschaften wird heute fast alles unter PPP verstanden. [...] Grundsätzlich werden als Sinn und Zweck von PPP eine bessere Koordination von privaten ökonomischen und öffentlichen Interessen sowie die Schaffung von win-win-Situationen für beide Bereiche genannt.“

wirtschaftlichen Überlegungen muss bestehen, um Konflikte vermeiden zu können (vgl. GRÜßEN et al. 1997:153). Das heißt, es benötigt kreative Steuerung der Stadt über Ressortgrenzen hinweg und die Einbindung der Bevölkerung in Planungsprozesse. Zudem sollte ein gewisses Maß an Eigenverantwortung an kreative Akteure übertragen werden, denn kulturelle bzw. kreative Nutzungen können nur von unten heraus entstehen. Dafür steht die Politik in der Verantwortung, die Rahmenbedingungen zu schaffen. Sobald jedoch die 'Kreativen' die Gefahr einer Instrumentalisierung sehen, kann es zu Konflikten kommen, die die weiteren Entwicklungen stören könnten. Um Aufwertungslogiken entgegenzuwirken schlägt HOLM 2010a vor, Strategien der Dislokation (sich außerhalb von sogenannten städtischen Hotspots anzusiedeln) bereits aufgewertete Viertel zu nutzen, oder eine Kultur des Widerstands zu etablieren (vgl. HOLM 2010a:37ff.). Um etwaige Maßnahmen zu verhindern müssen Beteiligungsverfahren schon frühzeitig eingesetzt werden, damit man sich über jeweilige Bedürfnisse im Klaren ist.

*„Wenn das Leitbild der kreativen Stadt politische Bündnispartner für seine Realisierung gewinnen möchte, so wird dies nur unter der milieu- u herkunftsübergreifenden Einbeziehung engagierter BürgerInnen gelingen. Teilhabe ist somit das vierte T, an dem uns an besonderer Weise gelegen sein sollte“* (DREWES, ENGELMANN 2008:13).

Die Gefahr der Instrumentalisierung von Kultur und Kunst besteht insbesondere bei Zwischennutzungen<sup>17</sup>. Zwischennutzungen entstehen in leerstehenden Gebäuden und auf Brachflächen. Sie setzen diese in Wert und dienen so einem ökologischen, ökonomischen, sozialen sowie kulturellen Gewinn für die Stadtgesellschaft und einer nachhaltigen Stadterneuerung. Da Zwischennutzungen auch als eine Art Bürgerbeteiligung gesehen werden können, da sie die Anliegen der lokalen Bevölkerung stärken und direktes Mitwirken von benachteiligten Bevölkerungsteilen ermöglichen sowie Raum für bürgerschaftliches Engagement bieten, können sie auch als sozialverträglich bezeichnet werden (vgl. ZWISCHENZEIT-ZENTRALE BREMEN 2010:13, 22). Es besteht jedoch die Gefahr, dass diese Nutzungen als Lückenbüßer für eine Aufwertung von Orten genutzt werden. Zwischennutzungen im Top-Down-Verfahren zu initiieren, um einen Aufwertungsprozess anzustoßen, funktioniert nicht. Sie müssen von selbst entstehen und sich entfalten können und nach dem Prinzip *„Günstiger Raum gegen befristete Nut-*

---

<sup>17</sup> Zwischennutzungen nach OVERMEYER 2007, S. 36: „Temporärer Gebrauch von Räumen und Flächen zu besonderen Konditionen in einem Übergangsstadium zwischen aufgegebener und zukünftiger Nutzung.“

zung“ bestehen (OVERMEYER 2007:37). Bei erfolgreicher Durchführung und einem überzeugenden Konzept besteht evtl. auch die Möglichkeit, den Investor oder die Stadt von einer dauerhaften Nutzung zu überzeugen. Die jeweiligen Bedürfnisse der Nutzer und der Eigentümer müssen für beide Seiten klar sein und eine gewisse Vertrauensbasis muss bestehen. Für die Nutzerseite ist es daher hilfreich, durch die Bildung von Vereinen oder Netzwerken von Zwischennutzern und verbindlicher Vereinbarungen z.B. mit städtebaulichen Verträgen eine gewisse Vertrauensbasis zu schaffen. Auf der anderen Seite könnte dafür gesorgt werden, dass das Eigentumsrecht reformiert und das Genehmigungsverfahren erleichtert wird, um längerfristig leerstehende Immobilien der Bevölkerung leichter zugänglich zu machen. Im günstigsten Fall werden formelle Planungsprozesse mit informellen Aktivierungen zusammengebracht und ein breites Spektrum von Akteuren ohne Ausschluss berücksichtigt (vgl. MISSELWITZ et al. 2007:108f.). Dafür sind eine zunehmende Kooperation, die Schaffung von Rahmenbedingungen und auch die Duldung von Zwischennutzungsprojekten nötig (vgl. OVERMEYER 2007:159).

#### **3.5.4 Mögliche Akteure einer sozialverträglichen Stadterneuerung**

Durch den Wandel vom Ordnungsstaat zum kooperativen Staat hat eine Vielzahl an Akteuren Einfluss auf Stadterneuerungsprozesse. Der Staat durch seine rechtlichen Grundlagen und Förderprogramme, der Markt, der einen immer größeren Einfluss auf den Wohnungsmarkt hat, und die Bevölkerung, die immer stärker ins Blickfeld der Planer gerät und Einfluss nimmt. Hier sollen die Akteure beschrieben werden, die eine sozialverträgliche Stadterneuerung möglich machen, regulierend auf Marktmechanismen wirken und Verdrängung vermeiden könnten.

Der Wohnungsmarkt in Deutschland hat sich stark verändert. Entscheidend dafür waren die Internationalisierung der Wohnungswirtschaft, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, der Strukturwandel und die regionalen Disparitäten sowie die demographische Entwicklung, einer wachsenden Dienstleistungsorientierung in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft und die veränderte Rolle der öffentlichen Hand in der Wohnungspolitik (vgl. SPARS 2008:23). Durch städtische Wohnungsunternehmen soll allen Einwohnern ein angemessenes Wohnen ermöglicht und preisgünstiger Wohnraum erhalten werden. Eine hohe Zahl an Sozialwohnungen bzw. günstigen städtischen Wohnungen können zudem Mietspiegel beeinflussen. Durch den Rückzug des Staates aus dem sozialen Wohnungsbau

und dem Auslauf von Sozialbindungen einiger Wohnungen wird das Volumen an Sozialwohnungen jedoch weiter zurückgehen (vgl. SPARS 2009:34f.).

Städtische und alternative Sanierungs- bzw. Entwicklungsträger können von der Gemeinde zur Durchführung von Sanierungsmaßnahmen nach § 157 ff. BauGB beauftragt werden. Zu den Aufgaben von städtischen Sanierungsträgern, wie der Stadterneuerungsgesellschaft Hamburgs (Steg), gehören neben der Entwicklung von Konzepten behutsamer Stadterneuerung, Betreuung von Sanierungsgebieten, Verbesserung der Infrastruktur auch soziale Aufgaben wie die Organisation von Beteiligungsverfahren, Beratung und Aktivierung von Mitarbeit und Engagement der Mieter (vgl. NAGEL 1995:34). Alternative Sanierungsträger, wie die Stattbau Hamburg GmbH, legen einen noch stärkeren Wert auf gemeinschaftliche, sozialverträgliche Lösungswege und verbinden sozialpolitische und städtebauliche Ziele. Zudem kooperieren sie mit gemeinschaftlichen Wohnprojekten, Baugemeinschaften und Genossenschaften für bezahlbaren Wohnraum, beraten sie und können damit regulierend auf den Wohnungsmarkt Einfluss nehmen (vgl. STATTAU HAMBURG GMBH 2011).

Des Weiteren kann durch die Bildung von Genossenschaften Einfluss auf den Wohnungsmarkt genommen werden. *„Das ursprüngliche Ziel einer Genossenschaft besteht darin, dass sich eine Summe von Individuen unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit gemeinsam einer Aufgabe widmet, für die ein Einzelner dieser Gruppe zu schwach ist und die allen Mitgliedern nutzen bringt“* (RINGLE 1999:4). Bereits im 19. Jh. schlossen sich Menschen in Wohnungsbaugenossenschaften zusammen, um der damals herrschenden Wohnungsnot in den Städten entgegenzuwirken. Grundlegende Motivation war die Versorgung der Bevölkerung mit günstigem Wohnraum und die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse und -versorgung. Die wirtschaftliche Förderung stellt das Hauptziel dar, daneben ist es ebenfalls wichtig, auf individuelle Bedürfnisse einzugehen, psychische sowie physische Sicherheit zu geben und die Lebensqualität zu verbessern. Grundvoraussetzung dafür ist die Unabhängigkeit der Genossenschaften, damit sie den Grundprinzipien der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung nachgehen können. Nur so kann langfristig günstiger und sicherer Wohnraum in intakten Nachbarschaften gewährleistet werden. Genossenschaftsmitglieder haben lebenslanges Wohnrecht, da eine Kündigung wegen Eigenbedarf ausgeschlossen ist. Hauptzielgruppe sind einkommensschwache Haushalte, junge Familien, Senioren, Alleinerziehende und Migrantenfamilien. Um eine Genossenschaft zu initiieren, bedarf es sogenannter Promotoren, Personen oder Institutio-

nen, die innovativ und aktiv den Prozess in Gang setzen, Wissen bereitstellen, beraten, moderieren, Kapital einbringen und unter Umständen für die Genossenschaft bürgen. Der Kapitalbedarf hängt von der jeweiligen Betriebsgröße, dem Baulandpreis, Materialpreis, Satzungen etc. ab. Oftmals wird die Finanzierung auch durch externe Geldgeber unterstützt (vgl. FRITZSCHE 2010:55ff.). Auch Wohnbaugenossenschaften geraten heutzutage zunehmend in Kritik: *„Ihr Sinn und Zweck besteht darin, vielen Menschen preisgünstigen Wohnraum zu bieten. Doch zunehmend geben sie sich wie freie Unternehmen“* (S. Chychla in WEGNER 2010:32).

### 3.5.5 Möglichkeiten einer sozialverträglichen Stadterneuerung aus Sicht der Experten

Die Vertreter der städtischen Seite, Herr RÖSNER und Herr RICKERT (2010, Tab. 7) sehen die Maßnahmen auf formeller Ebene, im Mietrecht, in städtischen Wohnungsunternehmen, wie der SAGA/GWG Hamburg, Stadtentwicklungsgesellschaften und Wohnbaugenossenschaften, sowie in rechtlichen Instrumenten, wie der sozialen Erhaltungsverordnung. Sie nehmen die steigenden Mieten im Innenstadtbereich wahr, sehen jedoch keine Möglichkeiten einzugreifen, da es keinen Einfluss auf Privateigentümer und deren Miethöhen gibt (vgl. RÖSNER 2010; Tab. 7). Zudem sei eine Modernisierung gewollt und notwendig und sollte nicht durch Reglementierungen gestoppt werden (vgl. RICKERT 2010; Tab. 7). Weitere Vorschläge für Maßnahmen zur sozialverträglichen Stadterneuerung sind neben Beteiligungsverfahren, Sanierungsgesellschaften oder Mietpreisbindungen bestimmte Formen von Zwischennutzungen, Aneignungen und lokale Organisationen, die die Stadt von unten sozialverträglich entwickeln könnten und auch die Interessen der sozial Schwachen vertreten würden (vgl. TWICKEL 2010; Tab. 7). So sieht JÖRG 2010 im Widerstand der Bevölkerung und einer Aktivierung von unten eine Chance die Entwicklungen sozialverträglicher zu gestalten (vgl. Tab. 7). Vielleicht können die Veränderungen nicht verhindert aber etwas entschleunigt und entdynamisiert werden (vgl. GABRIEL 2011; Tab. 7). SITTE 2011 sieht durch Interessen- und Zielangleichungen verschiedenster Akteure die Möglichkeit, ökonomisch produktiv zu sein, etwa durch gemeinsames Gestalten von Grünanlagen. Insgesamt sollten für eine Sozialverträglichkeit lokale Besonderheiten sowie soziale, ökonomische und kulturelle Problemstellungen beachtet und dafür zugeschnittene Strategien entwickelt werden. Nach KLOTZ 2010 ist die soziale Erhaltungsverordnung ein erster Schritt zur sozialverträglichen Stadterneuerung, ein Allheilmittel gegen Verdrängung gäbe es aber noch nicht (vgl. Tab. 7).

Um negative Entwicklungen wie Verdrängung und Segregation entgegenzusteuern, müsste laut SIEBEL 2010 grundsätzlich etwas an der Stadtpolitik verändert werden. Sie sollte direkt sozialpolitisch eingreifen und eine umfassendere Gemeinwesensarbeit betreiben und die klassische physisch-technische Planung hinter sich lassen. Einfach bauen und Transferzahlungen erbringen, reicht von staatlicher Seite nicht mehr aus. Entstehende Konflikte müssen zunehmend moderiert, soziale Netze aufgebaut und Menschen aktiviert werden. Das heißt, es muss auch mehr Finanzierung in soziale Maßnahmen fließen (vgl. 2010:32f.).

A. HOLM 2010a ist der Meinung, dass es politische Umwälzung, eine stärker gesamtstädtische Perspektive der Stadtpolitik und eine Sozialisierung der Wohnungsversorgung braucht, um sozial orientiert zu entwickeln und Verdrängung durch Gentrification zu vermeiden. Solange Stadtentwicklung Marktlogiken unterworfen ist, wird die Verdrängung von Bevölkerungsschichten unvermeidbar bleiben. Zudem sollten Strategien angewendet werden, die bewusst ökonomisch, sozial und politisch benachteiligte Gruppen bevorzugen.

**Tab. 7: Möglichkeiten einer sozialverträglichen Stadterneuerung aus Sicht der Experten**

Experten	Möglichkeiten einer sozialverträglichen Stadterneuerung
<b>Hans-Joachim Rösner 2010</b> , Geschäftsführer der Steg HH	Es besteht das Recht, nach der Modernisierung in die Wohnung zurückzukehren. Die Mieten richten sich nach dem Mietspiegel. Auf Privateigentümer besteht kein Einfluss, da man sie nicht zwingen kann ihre Mieten niedrig zu halten. Die Eigentümer können sich nach Zahlungsbereitschaft der Mieter richten. Eine Mieterhöhung ist nur nach Auszug und Neubezug möglich, ansonsten schützt der Mieterschutz. [...] Alle wollen in die Stadt, dadurch steigen auch die Preise. Die SAGA/GWG, die Steg und Genossenschaften können die Mieten niedrig halten solange die Baupreise und Bodenpreise nicht zu hoch sind. Je mehr Wohnungen auf dem freien Markt sind, desto schwieriger werden Regulierungen. Als rechtliches/städtebauliches Instrument gibt es noch die soziale Erhaltungsverordnung, die Verdrängungen der angestammten Bevölkerung entgegenwirken soll, um die sozialen Strukturen in betroffenen Gebieten zu bewahren (Anlage 6:2).
<b>Willi Rickert 2010</b> , Amtsleiter WSB HH	Es gibt Maßnahmen aller Art. WSB verfolgt einen integrierten, verwaltungsübergreifenden Ansatz. Bauliche Maßnahmen, Maßnahmen zur Arbeitsplatzbeschaffung und Bildungsförderungen, wie z.B. die Bildungsoffensive Elbinsel werden verknüpft. Die soziale Erhaltungsverordnung wird nach abgeschlossenen Sanierungsmaßnahmen eingeführt. Diese ist nicht gestaltend und es könnte dadurch zu einem Stopp von Modernisierungsmaßnahmen kommen. [...] Private vermieten für den Preis den sie bekommen können. Das ist nur mit einer eigenen kommunalen Wohnungsbaugesellschaft steuerbar, deren durchschnittlichen Mieten liegen unter ortsüblichen Grenzen (Anlage 9:1f.).

<p><b>Steffen Jörg 2010,</b> GWA St. Pauli</p>	<p>Gerade die jetzige Zeit [zeigt], dass es Möglichkeiten gäbe eine sozialverträgliche Stadtentwicklung zu betreiben. Die kann meiner Meinung nach immer nur durch einen Widerstand oder durch eine Aktivierung von unten passieren. Denn ich hab den Vorbehalt, dass Politik, Investoren, Verwaltung zumindest die letzten Jahrzehnte, nur eine Vermarktung des Stadtteils im Blick hatten und selten die Belange der Leute, die in dem Stadtteil wohnen zum Maßstab genommen haben. Aber wie gesagt das letzte Jahr stimmt mich sehr positiv, dass die Leute sich zunehmend organisieren, sich in Initiative zusammenschließen oder kollektiv als Hausgemeinschaft ihre Interessen und ihre Belange vertreten und das auch Auswirkungen hat (Anlage 7:2f.).</p>
<p><b>Christoph Twickel 2010,</b> Journalist und Autor</p>	<p>Es gibt eine Entwicklung, dass man gemerkt hat, man muss jetzt mit Beteiligungsverfahren über Sanierungsgesellschaften über Mietpreisbindungen etc. eine sanfte Stadterneuerung, eine sozialverträgliche Stadterneuerung hinkriegen. Das heißt man hat versucht die unmittelbaren Wirkungen von Vertreibung/Verdrängung in den zu sanierenden Stadtteilen ein Stückweit zu dämpfen, um sich auch nicht zu viel Protest aufzuhalten.[...] Für mich ist das ein Begriff, der Stadtentwicklung eher Top-down sieht, also als Maßnahmenkatalog von städtischen oder von Städten oder Kommunen beauftragten Sanierungsgesellschaften und Investoren etc. [...] Ich würde vielleicht sagen, dass eine bestimmte Form von Zwischennutzung, Aneignung und lokaler Organisation als Gegenkraft, eine Stadtentwicklung von unten formieren könnte, die sozusagen eine Stadtentwicklung im eigentlichen Sinne sozial machen würde, indem sie nämlich die Interessen derer, die in der Stadt leben aber nicht über das ökonomische, kulturelle und soziale Kapital verfügen, dem Immobilienmarkt entgegenstellen (Anlage 8:3f.).</p>
<p><b>Constanze Klotz 2010,</b> Projektassistent Kunst- u. Kultur IBA HH</p>	<p>Aber ich glaube auch, wenn es ein Allheilmittel gegen Aufwertung mit Verdrängung gäbe, dann würde man das schon diskutieren, man tut es ja ansatzweise z.B. mit der sozialen Erhaltungsordnung. Das ist ja für St. Georg diskutiert und für Bereiche in St. Pauli (Anlage 11:1).</p>
<p><b>René Gabriel 2011,</b> Stadtplanungsstudent, Planungsgremium Gäneviertel-Initiative</p>	<p>[...] Es gibt ja jetzt die Bemühungen in der Stadt, z.B. soziale Erhaltungsverordnungen zu erlassen. Im Moment ist das ja auch in Diskussion für St. Pauli. Das sind aber auch erst erste Schritte. Also das ist kein Instrument, wo ich sagen würde, dass ist total toll und sozialverträglich usw.[...] Es sind ja bis zum jetzigen Zeitpunkt schon so viele Sachen geschehen, die so viel verändert haben und das wird man nicht dadurch umkehren können. Es haben schon gewisse Verdrängungsprozesse stattgefunden. Man kann jetzt höchstens noch einen Stopp einsetzen, aber das wird auch kein totaler Stopp sein, da wird sich nicht viel verändern. Es wird aber Eigentümern schwerer gemacht zu sagen: „Ich baue jetzt Eigentümshäuser oder ich baue um in Eigentumswohnungen. Ich saniere auf einem hochwertigen Niveau, um ein anderes Klientel anzusprechen. In Nischen wird das wohl möglich sein, aber wird es zumindest etwas Entschleunigen, die Dynamiken ein bisschen rausnehmen (Anlage 14:2f.).</p>

Quelle: eigene Erhebungen 2010/2011

## 4 Stadterneuerung in Hamburg

### 4.1 Geschichtlicher Abriss der Entwicklung Hamburgs

Hamburg ist eine traditionelle Hafen- und Handelsstadt. Das Wirtschaftsleben war bis Anfang des 20. Jh. stets geprägt von der Entwicklung des Hafens. Und auch heute spielt trotz inzwischen dominierenden Dienstleistungssektor, vor allem des Mediensektors, der Hafen und der Handel eine wichtige Rolle für die Stadt (vgl. RAAFLAUB 2005:71). Weitere Besonderheiten, die Einfluss auf die Entwicklung der Stadt genommen haben, waren beispielsweise der große Brand von 1842, der Bau der Speicherstadt, die Cholera-Epidemie 1892, sowie die Wiederaufbaumaßnahmen nach dem Zweiten Weltkrieg.<sup>18</sup>

Der große Brand 1842 zerstörte große Teile des Innenstadtbereiches und stellte eine große Katastrophe und Zäsur für die Stadtentwicklung dar. Auf Grund des zu der Zeit herrschenden Bevölkerungsdrucks durch den einsetzenden industriellen Strukturwandel, wurde der Brand jedoch als eine einmalige Chance für eine grundsätzliche Neuordnung und Modernisierung gesehen. Ohne den Brand hätten sich die Sanierungsmaßnahmen sehr viel zeitaufwendiger und schwieriger gestaltet. So konnte innerhalb weniger Jahre ein Wiederaufbau stattfinden, der Hamburgs Innenstadt in kürzester Zeit zu einem der modernsten Stadtzentren der damaligen Welt machte. Straßenführungen wurden modernisiert und verbreitert und eine zentrale Wasserversorgung und -entsorgung wurde angelegt. Während der Brand für viele Leute Quelle des Wohlstands war, begann im Stadtzentrum ein Verdrängungsprozess, da zunächst nicht genügend neue kleine Wohnungen gebaut wurden und viele dazu gezwungen wurden, in Notwohnungen an den Stadtrand zu ziehen. Mit der Aufhebung der Hamburger Torsperre 1860/61 wurde zudem ein Flächenwachstum ausgelöst und die Vorstädte St. Georg und St. Pauli konnten sich entfalten (RAAFLAUB 2005:67f.; SCHUBERT 1997:69ff.).

Mit dem Zollanschlussvertrag und der Einrichtung eines Freihafenbezirks<sup>19</sup> entstand die heute unter Denkmalschutz stehende Speicherstadt, die einen wichtigen Wachstumsimpuls anregte. Die Speicherstadt wurde ab 1883 auf der Kehrwieder-Wandrahminsel errichtet, wo rund 16.000 Menschen in einem sogenannten Gängeviertel lebten (s. a. Kap. 5.1). Die Neuunterbringung der Bevölkerung,

---

<sup>18</sup> Eine ausführliche Darstellung der Hamburger Geschichte scheint für das Ergebnis der Arbeit nicht relevant, deshalb wird nur kurz auf die relevant erscheinenden Besonderheiten eingegangen, natürlich gab es weitere wichtige Entwicklungsperioden.

<sup>19</sup> In einem Freihafenbezirk können Importgüter zollfrei eingeführt, gelagert und veredelt werden (vgl. SCHUBERT 1997, S. 84).

insbesondere der Hafenarbeiter und Handwerker wurde damals nicht thematisiert. Sie wurde von der Regierung dem Markt überlassen. Das gesamte Quartier wurde abgerissen und neu aufgebaut. Durch diesen Prozess wurde der Ausdruck 'Freie und Abrissstadt Hamburg' durch Alfred Lichtwark 1897 geprägt (vgl. SCHUBERT 1997:83ff.).

Trotz der Verbesserungen der Wasserversorgung und -entsorgung nach dem großen Brand kam es 1892 zu einer der schwersten Cholera-Epidemien des 19. Jh.. Das Trinkwasser wurde zu der Zeit immer noch unfiltriert aus der Elbe entnommen und war der Grund für die Ausbreitung. Trotzdem wurde die Epidemie in Zusammenhang mit problematischen und unhygienischen Wohnverhältnissen gebracht, da vor allem Unterschichten aus den Gängevierteln betroffen waren. Der Cholera-Epidemie folgten wohnungspolitische Maßnahmen und auch eine Beschleunigung sozialer Reformen. Der große Hafenarbeiterstreik von 1896 heizte außerdem die Diskussion der Wohnungsfrage an. 1897 wurde durch den Senat die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse durch Abbruch und Neubebauung beschlossen. Davon betroffen waren vor allem die Gängeviertel der Alt- und Neustadt (s. Kap. 5.1) (vgl. SCHUBERT 1997:201ff.).

Im Zweiten Weltkrieg wurden große Teile der Innenstadt, insbesondere das wirtschaftlich genutzte Hafengebiet sowie Arbeiter- und Gewerbeviertel, zerstört. Der Wiederaufbau erfolgte wegen des dringenden Wohnraumbedarfs sehr schnell und dadurch auch ungeordnet. Dem baulichen und kulturellen Erbe schenkte man wenig Beachtung, stattdessen verfolgte man das Ziel einer streng funktional gegliederten Stadt in Bezug auf die Charta von Athen<sup>20</sup>. In den zerstörten Stadtgebieten entstanden überwiegend große Neubaugebiete. Die mittelalterliche und neuzeitliche Kleinkammerigkeit gingen der Stadt verloren. Im Zuge der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre und der wachsenden Kritik an der praktizierten Kahlschlagsanierung, kam es unter anderem durch Hausbesetzungen Anfang der 1970er Jahre zu einem Umdenken in der Stadtplanung (vgl. NAGEL 1995:26f.; RAAFLAUB 2005:69). Dennoch wurden teilweise weiterhin entgegen der bürgerschaftlichen Meinung und Proteste Abrisspläne durchgesetzt. Spekulationsbedingter Altbauleerstand, Hausbesetzungen und eine immer stärker werdende Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung bestimmten die 1980er Jahre. Den Erfolg der Proteste sieht man in der immer stärker werdenden Orientierung an einer behutsamen Stadterneuerung, der Gründung der Stadterneuerungs-

---

<sup>20</sup> Die Charta von Athen ist ein 1933 entworfenen Manifest von Architekten, das Grundsätze für die Gestaltung von modernen Städten beinhaltet, die insbesondere auf die Funktionstrennung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit hinweisen (vgl. HÄUßERMANN, SIEBEL 2004, S. 227).

und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg (Steg) und der in dem Zuge formulierten 'Leitsätze zur behutsamen Stadterneuerung in Hamburg 1989' (vgl. SCHENDEL 2001) (s. a. Kapitel 4.7).

## 4.2 Einflüsse auf Stadterneuerungsprozesse

Neben der bereits genannten Einflussfaktoren auf Stadterneuerung wie Gentrification, Kultur und Kunst sowie veränderte Akteurskonstellationen durch höheres Engagement der Zivilgesellschaft nehmen rechtliche sowie politische Rahmenbedingungen Einfluss auf innerstädtische Entwicklungsprozesse. Während durch Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungspolitik die Rahmenbedingungen geschaffen werden, prägt der Umgang mit dem Wohnungsmarkt und der Immobilienwirtschaft in erheblichem Maße die Entwicklungen und Erneuerungsprozesse einer Stadt. Im Folgenden soll insbesondere auf die für Hamburg sehr prägende Leitbildstrategie, die neoliberale Stadtpolitik sowie auf die Wohnungspolitik und deren Einfluss eingegangen werden. Die verfolgten Strategien und Politikansätze sind oftmals Grund für Kritik und Protest der Bevölkerung und widersprechen zu Teilen einer anzustrebenden sozialverträglichen Stadterneuerung. Welche Kritik an der Stadtpolitik, der Stadtentwicklungs-, Wirtschafts- und Wohnungspolitik geübt wird, soll in Kapitel 4.6 anhand der Beispiele der Stadtteilentwicklung in Hamburg dargestellt werden.

### 4.2.1 Stadtentwicklungspolitik

#### 4.2.1.1 Leitbildstrategie

Stadtpolitische Leitbilder<sup>21</sup> dienen der grundsätzlichen Orientierung, Koordinierung und Motivierung für zukünftige Entwicklungen. Während sie zunächst speziell auf städtebauliche Aspekte bezogen waren, orientieren sie sich heute auch immer stärker an wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Entwicklungen (vgl. KLAGGE 2006:123). Das gilt auch für das in Hamburg stark prägende Leitbild 'Metropole Hamburg – Wachsende Stadt'. Dieses soll seit 2002 als langfristige Wachstumsstrategie eine Entwicklung Hamburgs hin zu einer international attraktiven, lebenswerten, dynamischen und zukunftsfähigen Stadt bewirken. Um dies zu erreichen soll ein Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Bevölkerungswachstum

---

<sup>21</sup> Städtebauliche Leitbilder nach FASSMANN 2009, S.140: „Städtebauliche Leitbilder stellen dabei mehr oder minder konkrete, mittel- bis langfristig angelegte, normative Zielvorstellungen dar. Sie sind in Form von Plänen oder Regelungen explizit festgehalten und als Publikation veröffentlicht oder auch nur im kollektiven Bewusstsein verankert.“

angestrebt werden. Ferner soll die internationale Attraktivität sowie die Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit der Stadt gesteigert und die Metropolfunktion ausgebaut werden. Die Schwerpunkte liegen unter anderem bei der Bereitstellung von Flächen für Wohnen und Gewerbe, der Stärkung des Wissenschafts- und Bildungsstandorts, der Familienförderung und der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (vgl. FHH 2007a:14). Das Leitbild wurde entwickelt, um in Zeiten schrumpfender Städte im Standortwettbewerb der Städte um Unternehmen, Arbeitsplätze und Einwohner bestehen zu können und um sich zukunftstauglich zu entwickeln. Zudem ist es eine Reaktion auf eine zunehmende Suburbanisierung für neue Ansätze zur innerstädtischen Nachverdichtung und Nutzungsmischung. Dabei sollen wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele im Sinne der Nachhaltigkeit nicht voneinander getrennt betrachtet werden (vgl. KRAJEWSKI, LINDEMANN 2007:3; HEEG et al. 2007:13ff.) Zu den einzelnen Zielvorgaben wurden schon früh konkrete Projekte entwickelt. Die HafenCity<sup>22</sup>, das Projekt 'Sprung über die Elbe' sowie der Ausbau des Containerterminal Altenwerder spielen eine zentrale Rolle bei der Umsetzung des Leitbildes (vgl. BEUST 2007). Einen wesentlichen Handlungsschwerpunkt stellt das Projekt 'Sprung über die Elbe' dar. Mit dem 'Sprung über die Elbe' wird versucht, den meist aus den Augen verlorenen Raum südlich der Elbe wieder ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rücken und mit der Innenstadt zu verbinden. Auf der einen Seite werden durch die Entwicklung nördlich der Elbe mit der HafenCity sowie der 'Perlenkette'<sup>23</sup> wichtige Impulse für die Gesamtstadt erwartet; auf der anderen Seite werden die Entwicklungen südlich der Elbe, durch den Ausbau des Harburger Binnenhafens sowie der Neustrukturierung und Anbindung der dazwischen liegenden Elbinseln (Veddel, Wilhelmsburg) angeregt. Durch die Internationale Bauausstellung (IBA) 2013 und die gleichzeitig stattfindende Gartenschau 2013 sollen zusätzliche Impulse für eine zukunftsfähige Entwicklung der Elbinseln gegeben werden (vgl. FHH 2007a:57ff.) (s. dazu mehr Abschnitt 4.6.4).

2009 wurde das Leitbild durch neue Ziele ergänzt und angepasst. Es wurde ergänzend mit 'Wachsen mit Weitsicht' betitelt und soll sich insbesondere auf neue Entwicklungsbereiche wie der Kreativwirtschaft, den Bereich regenerativer Energien oder der Gesundheitswirtschaft konzentrieren. Die kulturelle Vielfalt und

---

<sup>22</sup> Die Planung für die HafenCity bestand bereits vor dem Beschluss des Leitbildes durch den Senat 2002, wird aber dennoch als zentrales Beispielprojekt für das Leitbild gesehen (s. a. Abschnitt 4.6.5).

<sup>23</sup> Zwischen Landungsbrücken und Övelgönne, direkt am Hafенrand, entstanden in den letzten Jahren neue architektonisch aufwendige Gebäude, die zusammenhängend als 'Perlenkette' bezeichnet werden (für nähere Informationen siehe FHH (2000): Perlenkette Hamburgs Hafенrand. Broschüre. Hamburg).

Talente sollen gefördert, zukunftssträchtige Wirtschaftsfelder erschlossen und Quartiere gestärkt werden. Ein starker Akzent wird dabei auf die Förderung von Kreativität in der Stadt gelegt (vgl. BÜRGERSCHAFT FHH 2010:1f.) (siehe Kap. 4.4).

Neben dem Leitbild 'Metropole Hamburg – Wachsende Stadt' und 'Wachsen mit Weitsicht' dient das Leitbild 'Unternehmen Hamburg' seit 1983 als Antrieb für die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen Stadt. Es zeigt einen Wendepunkt der Wirtschaftspolitik hin zu einer neoliberalen Stadtpolitik.

#### *4.2.1.2 Neoliberale Stadtpolitik*

Die neoliberale oder unternehmerische Stadtpolitik hat zum Ziel das Wirtschaftswachstum einer Stadt anzuregen, Arbeitsplätze zu erzeugen und Steuereinnahmen für eine wettbewerbsfähigere Stadt zu generieren. Dabei geht es vorrangig darum, Kapital, einkommensstarke Haushalte, Konsumenten und Touristen anzuziehen. Der Wandel zu einer unternehmerischen Stadtpolitik wurde durch die 'Unternehmen Hamburg'-Rede vom damaligen ersten Bürgermeister Klaus von Dohnanyi 1983 eingeleitet. Das Leitbild zielt speziell darauf ab, die Wirtschaftsstruktur Hamburgs auf neue Wachstumsmärkte auszurichten und ein ökonomisches Wachstum zu fördern. Die Stadt sollte nicht mehr nur mit der Hafengewirtschaft in Verbindung gebracht werden, sondern insbesondere auch als Medien-, Messe- und Kulturstandort internationale Bedeutung erlangen (vgl. BERGER, SCHMALFELD 1999:318). Dabei soll es nicht mehr nur um Ansiedlungspolitik gehen, sondern um die Schaffung von Rahmenbedingungen, die ein positives Geschäftsklima erzeugen. Es sind zunehmend weiche Standortfaktoren wie Kultur- und Freizeiteinrichtungen oder ein familienfreundliches Klima, die eine Rolle spielen. Dazu wurden beispielsweise Einkaufspassagen ausgebaut, Kulturforen wie Musicals oder Großkinos sowie eine Kunstmeile eingerichtet und Ausstellungen und Festivals gefördert. Zudem wurde, um die Ansiedlung von Unternehmen zu unterstützen, die 'Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH' als Public-Private-Partnership aus Politik und Wirtschaft gegründet und mit den Aufgaben beauftragt, in Hamburg ansässige Unternehmen zu halten und neue zukunftssträchtige Unternehmen anzuwerben. Zur Ansiedlungsstrategie gehört auch der Ausbau des nördlichen Hafenrandes, der 'Perlenkette', der insbesondere für neue Büro-, Kultur- und Gewerbeflächen genutzt wird (vgl. ebd.:320ff.). Die wirtschaftlichen Ziele stehen dabei im Vordergrund, mögliche negative Folgen ökonomischer Umstrukturierungen wie die Verstärkung von sozio-ökonomischer Polarisierung werden derzeit noch weitgehend ignoriert.

#### 4.2.1.3 Politik der großen Ereignisse

Festivalisierung, die Strategie über Großveranstaltungen und -projekte Stadtentwicklung zu betreiben, stellt eine neue Form von Stadtpolitik dar und ist ein wichtiger Faktor bei der Umsetzung des Leitbildes 'Wachsende Stadt'. Das Großereignis an sich hat nur eine geringe Lebensdauer, wird in erster Linie als Mittel betrachtet, die Stadt als Austragungsort möglichst international bekannt zu machen und einen Revitalisierungsprozess anzustoßen (vgl. HÄUßERMANN & SIEBEL 1993:8). Vorrangiges Ziel ist es dabei, die Attraktivität des Standortes zu erhöhen und dadurch ein höheres Tourismusaufkommen zu erzielen, Investoren anzulocken und der ortsansässigen Bevölkerung Möglichkeiten zur Identifikation mit der Stadt zu geben. Festivalisierung ist heutzutage ein wichtiger Teil moderner Stadtpolitik geworden (vgl. HÄUßERMANN & SIEBEL 1993:28). In Hamburg findet mittlerweile in den Sommermonaten jede Woche ein mehr oder weniger großes und bekanntes Ereignis statt.<sup>24</sup> Zu den bekanntesten gehören der Hafengeburtstag, die Harley Days, der Welt-Astra-Tag, das Alstervergnügen sowie das Elbjazz-, das Dockville- und das Reeperbahn-Festival. Dazu kommt die Ausrichtung bedeutender Veranstaltungen wie der internationalen Gartenbauausstellung 2013 und der internationalen Bauausstellung 2013. Mit derartigen Veranstaltungen und Großereignissen will Hamburg sich dem Städtewettbewerb stellen und sich neu profilieren.

Neben den Großereignissen, die einen erheblichen Einfluss auf die Revitalisierung der Stadt haben, sind Großprojekte, auch Flagship- oder Leuchtturm-Projekte<sup>25</sup> genannt, als Elemente der Festivalisierungsstrategie von großer Bedeutung. Für Hamburg sollen die HafenCity und die Elbphilharmonie als Alleinstellungsmerkmale die Attraktivität und den Bekanntheitsgrad der Stadt stärken und ein wachstumsorientiertes Image fördern. Die Konzentration auf Großereignisse und Leuchtturmprojekte wird problematisch, sobald dort Prioritäten bei der Finanzierung gesetzt und benachteiligte Bevölkerungsgruppen vernachlässigt werden bzw. alternative Kulturformen oder Bildungseinrichtungen geschlossen werden müssen, weil nicht mehr genügend Finanzierungsmöglichkeiten bestehen. (vgl. SCHUBERT 2006:240f.).

---

<sup>24</sup> Eine Terminübersicht der geplanten Großveranstaltungen 2011 findet man unter: [www.hamburg.de](http://www.hamburg.de).

<sup>25</sup> „Unter Flagship-, Flaggschiff-, Symbol- oder Leuchtturmprojekten werden Projekte verstanden, die „Flagge zeigen“, Projekte, die geeignet sind, eine Region zu kommunizieren. Ein Flagship-Projekt ist gleichsam das prachtvollste „Schiff“ einer Flotte; es zieht alle Augen auf sich, ist weithin sichtbar. Das Flagship gibt die Richtung vor für die weitere Entwicklung der Region“ (LENFERS, E., 1999, S.198).

#### 4.2.2 Wohnungsmarktpolitik

Das städtebauliche Leitbild 'Wachsende Stadt' bedeutet auch, dass für eine wachsende Bevölkerung zusätzliche Wohnungen bereitgestellt werden müssen, was eine Zusammenarbeit verschiedener Ressorts und der Immobilienwirtschaft notwendig macht. Die Politik kann nur die Rahmenbedingungen schaffen, die Umsetzung erfolgt durch Entwicklungsgesellschaften oder Investoren.

Die Lebensqualität und -chancen ergeben sich maßgeblich aus den vorhandenen Wohnverhältnissen. Wohnen zählt zu den Grundvoraussetzungen eines menschenwürdigen Lebens. Daneben stellt es jedoch auch ein Wirtschafts- und Investitionsgut dar, für das die Bedürfnisse der Menschen nicht so viel zählen wie Kapital, Bodenpreise und hohe Renditeerwartungen. Ein ausreichendes Wohnungsangebot, vor allem für die einkommensschwachen Bevölkerungsteile, kann aber nur durch staatliches Eingreifen in Form von sozialem Wohnungsbau und Wohngeld sowie indirekten Subventionen entstehen. Damit steht die Wohnungspolitik im Spannungsfeld von Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik. Einerseits muss für die Wohnungsversorgung gesorgt, andererseits müssen Mechanismen zur Regelung der freien Marktwirtschaft geschaffen werden. Um eine sozialräumliche Wohnungspolitik zu verfolgen, sind beide Seiten zu berücksichtigen und ggf. muss steuernd eingegriffen werden (vgl. REIS 1997:299). Durch die Internationalisierung der Wohnungswirtschaft, die gesamtwirtschaftlichen und konjunkturellen Entwicklungen, den Strukturwandel und die damit zunehmende Dienstleistungsorientierung, den anwachsenden regionalen Disparitäten sowie der demographischen Entwicklung, kommt es verstärkt zu einer veränderten Einflussnahme und zum Rückzug der öffentlichen Hand aus der Wohnungspolitik. Der soziale Wohnungsbau ist zurückgegangen, während das Interesse von Investoren und Immobilienunternehmen am Wohnungsbau in der Innenstadt gestiegen ist. Eine klassische Wohnungsversorgung der städtischen Wohnungspolitik scheint nicht mehr wirkungsvoll, vielmehr muss sich die Wohnungspolitik mit anderen Politikfeldern zusammenschließen und in die Stadtentwicklung integriert werden, damit eine Wohnstandortentwicklung aktiviert und der zunehmenden Verdrängung und Segregation entgegengewirkt wird (vgl. SPARS 2008:23ff.; BRÜHL 2008:68; SCHMITT 2008:244ff.).

Das Leitbild 'Wachsende Stadt' und die neoliberale Stadtpolitik in Hamburg sowie die damit verbundene Investorenfreundlichkeit stärken den Einfluss der Immobilienwirtschaft in der Stadt, welcher sich in einem schrumpfenden Angebot an preisgünstigem Wohnraum widerspiegelt. In Hamburg liegt die durchschnittliche

Nettokaltmiete für eine 'normale Wohngegend'<sup>26</sup> je nach Erbauungsjahr und Zustand des Gebäudes sowie der Wohngegend, der sanitären Einrichtung und Heizungsanlagen im Durchschnitt zwischen 4,42 € und 10,59 € pro m<sup>2</sup>. In 'guter Wohnlage'<sup>27</sup> kostet der Quadratmeter zwischen 6,00 € und 14,50 € (vgl. FHH 2009:12). Zwischen 2003 und 2009 ist die Bevölkerung um 2,3% gestiegen, was einen enormen Druck auf den Wohnungsmarkt ausgeübt und zu einem Engpass an Wohnungen geführt hat. „*Nirgendwo in Deutschland fehlen so viele Wohnungen wie an der Elbe*“ (STEINBRUCH 2011). Dennoch will laut dem ehemaligen Stadtentwicklungs- und Finanzsenator Dr. M. Freytag die Stadt durch eine aktive Wohnungspolitik der städtischen Wohnungsgesellschaften auch zukünftig, vor allem für Familien mit Kindern, durch Förderprogramme bezahlbare Mietwohnungen sichern (vgl. FREYTAG 2006). Demnach fehlen also Wohnungen, trotz des Bemühens neuen Wohnraum bereitzustellen. Dies könnte auch an dem bis vor kurzem noch praktizierten Verkauf von städtischen Grundstücken im Höchstgebotsverfahren liegen. Dabei ging es vor allem um den höchstmöglichen Profit. Zudem wurden durch das städtische Wohnungsunternehmen SAGA/GWG<sup>28</sup> 2010 keine neuen Wohnungen geschaffen (vgl. KNÖDLER 2011). Nach einem Marktbericht des Internetportals immowelt.de<sup>29</sup> liegen die Mieten Hamburgs sogar 61% über dem deutschen Gesamtdurchschnitt. Am höchsten sind laut immowelt.de die Mieten in den Stadtteilen Neustadt (13,70 m<sup>2</sup>), Othmarschen (13,70 m<sup>2</sup>) und St. Georg (13,50 m<sup>2</sup>) und auch in St. Pauli stiegen die Mieten auf durchschnittlich 11,80 m<sup>2</sup> (vgl. IMMOWELT 2011). Trotz Wohnungsengpässen, insbesondere im Niedrigpreissegment gibt es eine Vielzahl an Leerstandsimmobilien zu beklagen, etliche davon befinden sich auch im Besitz der Stadt. Es handelt sich vor allem um leerstehende Büroräume. Die Leerstandsquote liegt hier bei 9,6% im Jahr 2010. Anders als bei Büroraum ist es in Hamburg durch den Wohnraumschutz<sup>30</sup> strafbar, Wohnungen dauerhaft leer stehen zu lassen

<sup>26</sup> „Die meisten Hamburger Mietwohnungen liegen in Gebieten, in denen sich Vor- und Nachteile ausgleichen oder in solchen mit Lagenachteilen. Diese Wohnlage wird als "normal" bezeichnet“ (FHH 2007b).

<sup>27</sup> Als 'gute Wohnlage' „werden Wohnlagen bezeichnet, bei denen die Lagevorteile gegenüber der normalen Wohnlage überwiegen“ (FHH 2007b).

<sup>28</sup> Das städtische Wohnungsunternehmen SAGA/GWG (Siedlungsaktiengesellschaft) stellt mit 130.000 Wohnungen und 1.500 Gewerbeobjekten den größten Vermieter Hamburgs dar (vgl. SAGA GWG o.J.).

<sup>29</sup> Die Daten des Internetportals immowelt.de basieren nicht auf wissenschaftlichen Statistiken, sollen hier lediglich zur Veranschaulichung der Wohnungslage in Hamburg dienen.

<sup>30</sup> „Der Abschnitt für Wohnraumschutz ist zuständig für die ordnungsgemäße Nutzung von Wohnungen. Dies betrifft insbesondere zweckentfremdete, leer stehende oder verfallene Wohnungen sowie die Beseitigung von Mängeln in Wohnungen durch mangelnde Instandhaltung. Diese Aufgaben sind im Hamburgischen Wohnraumschutzgesetz festgeschrieben“ (HAMBURG.DE (o.J.): Wohnraumschutz. Online unter: <http://www.hamburg.de/wohnen-bauen-und-verkehr/wohnen/wohnrumschutz/2405104/wohnrumschutz.html>).

(vgl. KREUZER 2010). Insbesondere die hohe Leerstandsquote ruft Kritik und Protest gegen die hamburgische Wohnungspolitik hervor.

### **4.3 Gentrificationprozesse in Hamburg**

Die empirische Untersuchung von drei Wohnvierteln in Hamburg (St. Pauli, St. Georg und der Mühlenkamp in Harvestehude) ist die erste Gentrification-Studie in Westdeutschland. Sie wurde von J. S. DANGSCHAT und J. FRIEDRICHS 1988 durchgeführt und zeigt den Einfluss von Modernisierung, Miethöhe und Infrastruktur auf die Zusammensetzung der Stadtbevölkerung (vgl. DANGSCHAT, J. S.; FRIEDRICHS, J. 1988). Gentrification in Hamburg verläuft nicht viel anders als in anderen deutschen Großstädten. Verstärkt werden die Prozesse durch eine unternehmerische Stadtpolitik, die durch Aufwertung ganzer Stadtviertel zu Mietpreissteigerungen und möglicher Verdrängung führen. Das Schanzenviertel in Hamburg ist eines der aktuellen Beispiele für solche Aufwertungsprozesse. Dort finden die Wandlungsprozesse in rasantem Tempo statt und sind bereits weitestgehend abgeschlossen. Selbst die ehemaligen Pioniere und Gentrifier müssen nun ihre Verdrängung befürchten (vgl. FÜLLNER, TEMPLIN 2011:83). Daneben finden auch in anderen Stadtvierteln Aufwertungsprozesse statt. Immer wieder genannte Beispiele sind St. Pauli, St. Georg, Ottensen und Eimsbüttel. Und auch Wilhelmsburg und Veddel könnten durch Projekte wie 'Sprung über die Elbe' oder der IBA 2013 eine Aufwertung mit eventueller Verdrängung erfahren. In den Vierteln verlaufen die verschiedenen Stufen der Gentrification gleichzeitig ab, unter anderem weil Pioniere von einem Stadtteil in den nächsten ziehen, sobald sie sich die Mieten nicht mehr leisten können (vgl. HOLM 2008c) (s. dazu mehr in Kapitel 4.6).

### **4.4 Kultur und Kunst zu Aufwertungszwecken in Hamburg**

Mit der Ergänzung des Leitbildes 'Metropole Hamburg – wachsende Stadt' durch das Leitbild 'Wachsen mit Weitsicht' und dem Gutachten 'Kreative Milieus und kreative Quartiere in Hamburg' von K. OVERMEYER 2009 zeigt Hamburg eine klare Schwerpunktverlagerung hin zur Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft auf dem Weg zu einer 'Kreativen Stadt'.

#### 4.4.1 Potenzial Hamburgs als 'Kreative Stadt'

Geht man nach Floridas Charakteristika Talent, Technologie und Toleranz, kann Hamburg als 'Kreative Stadt' bezeichnet werden. Das Talent Hamburgs findet sich in dem sehr gut ausgebauten Schul- und Hochschulsystem. Es gibt 15 Hochschulen, die viele kreative und junge Menschen anziehen, insgesamt sind es ca. 68.000 Studenten. Die Zuwanderung ist insbesondere bei den 18-24-jährigen sehr hoch, was auf eine Bildungswanderung schließen lässt. Es existiert ein recht schmaler, aber hochmoderner industrieller Sektor, insbesondere die Luftfahrtindustrie, die IT- und Medienbranche, der Hafen- und Logistiksektor, sowie die Branche für regenerative Energien. Dies führt zu einem Wachstum der wissensbasierten Arbeitsplätze in Hamburg. Die Toleranz ergibt sich laut W. MAIER 2008 aus den Erfahrungen als alte Stadtrepublik, Offenheit zu zeigen und tolerant zu sein (vgl. MAIER 2008b:314). Überdies kommt ein gut ausgebauter Kultursektor mit etwa 40 Theatern, 60 Museen und über 100 Musikclubs von Hochkultur bis alternativer oder aktiver Stadtteilkultur hinzu (vgl. WELCK 2008:306f.). Schon lange genießt Hamburg dank einiger bedeutender Musicals, wie 'Cats', 'Phantom der Oper', 'König der Löwen', 'Tarzan' den Ruf einer Musicalstadt. Als wichtiges Alleinstellungsmerkmal gilt der Hamburger Hafen. Er hat die wirtschaftliche Entwicklung erheblich vorangetrieben und gilt als identitätsstiftend für die Bevölkerung Hamburgs. Es ist wichtig dieses Element herauszuarbeiten, um im Städtewettbewerb hervorzustechen (vgl. MAIER 2008a:26). In der Studie, 'Talentstadt-Initiative' wurde herausgestellt, dass Hamburg im Bereich Technologie, Talent und Toleranz nach Florida bereits als tolerant und kreativ wahrgenommen wird, aber für den internationalen Wettbewerb noch Ausbaubedarf besteht (vgl. WELCK 2008:307).

#### 4.4.2 Kreativwirtschaft in Hamburg

Die Kreativwirtschaft und kreative Milieus sind wichtige Komponenten einer 'kreativen Stadt' und besitzen in Hamburg ein starkes Wachstums- und Beschäftigungspotenzial. 2006 erbringt die Kreativwirtschaft in Hamburg bereits 4,6 % vom gesamtwirtschaftlichen Umsatz, beschäftigt 64.000 Menschen und stellt rund 16 % der Hamburger Unternehmen, wobei es sich hier größtenteils um kleine Unternehmen handelt. Nach der Anzahl der sozialversicherten Beschäftigten im Kreativsektor 2007, ist Hamburg sogar der zweitgrößte Standort für Kreativwirtschaft in Deutschland nach Berlin (vgl. BÜRGERSCHAFT FHH 2009b:2). Dabei spielt die Gruppe der Musiker, Schauspieler, Künstler einschließlich bildender Künstler laut Steuerstatistik 2006 eine wichtige Rolle. Die Musikwirtschaft ist im

deutschlandweiten Vergleich überproportional vertreten, insbesondere auch durch ein bestehendes Musikcluster und eine ausgeprägten Infrastruktur in Bezug auf Veranstaltungsorte und Ausbildungsmöglichkeiten, z.B. der Stage School Hamburg, eine der renommiertesten Ausbildungsinstitute für Tanz, Gesang und Schauspiel in Europa. Neben der Musikwirtschaft stellen die Werbe- sowie Software und IT-Branchen, trotz abnehmender Beschäftigungszahlen in der Werbebranche, einen wichtigen Beschäftigungsmarkt mit rund 23.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in der Kreativwirtschaft dar (vgl. OVERMEYER 2010:31f.).

Die Branchen der Kreativwirtschaft konzentrieren sich hauptsächlich auf die Innenstadt oder an attraktiven Standorten am Wasser mit einem guten ÖPNV-Anschluss. Nach Wilhelmsburg, Harburg oder in den Südosten der Stadt zieht es nur wenige 'Kreative', es sei denn, die Lage außerhalb der Innenstadt wird durch günstige Mieten oder einen guten ÖPNV-Anschluss aufgewogen. Seit den 1990er Jahren ist die Speicherstadt zu einem bedeutenden Standort für die Kreativwirtschaft geworden, insbesondere für die Medienbranche (vgl. OVERMEYER 2010:35). Bedeutende Unternehmen, wie das Druck- und Verlagshaus Gruner + Jahr und die Spiegel Gruppe glänzen mit spektakulärer Flagship-Architektur und orientieren sich entlang der Norderelbe, der 'Perlenkette', oder planen einen Umzug in die HafenCity, wie die Spiegel-Gruppe, die noch in diesem Jahr auf die Ericus-Spitze in der HafenCity ziehen soll (vgl. ebd.:61). Die Standorte der Kreativwirtschaft prägen das Hamburger Stadtbild und haben durch ihren architektonischen Glanz eine überregionale Ausstrahlung. Aber auch Orte, an denen sich Protestbewegungen im Umfeld kreativer Milieus bilden, wie es im Gängeviertel der Fall ist, sind überregional bekannt (vgl. ebd.:65).

Zur Förderpolitik der Kreativwirtschaft gehören Existenzgründerförderung, Unterstützung von Netzwerken und Netzwerkbildung für bestimmte Branchen, Themenimmobilienförderung und die Kreativagentur (vgl. OVERMEYER 2010:35).

#### 4.4.3 Die Kreativagentur

2009 wurde die Gründung einer Kreativagentur vom Senat beschlossen, um den Kreativstandort Hamburg zu stärken, die Kultur- und Kreativwirtschaft zu fördern und die Erwerbschancen ihrer Akteure zu verbessern. Die Agentur ist als GmbH mit der Stadt als alleinige Gesellschafterin organisiert. Die Aufgaben zielen insbesondere auf Beratungs-, Informations- und Serviceaktivitäten für Akteure der Kreativwirtschaft, die Unterstützung bei der Suche von freien Flächen und Räu-

men zur temporären oder dauerhaften Nutzung, die Entwicklung und Initiierung von Förderungsinstrumenten und den Aufbau eines Kreativwirtschaftsclusters, also die Verknüpfung verschiedener Branchen und die Vermarktung eines kreativen Wirtschaftsclusters. (vgl. BÜRGERSCHAFT FHH 2009b:5f.; OVERMEYER 2010:82f.). Um ein möglichst großes Angebot an Immobilien für Unternehmen aufweisen zu können, soll ein behördenübergreifendes Informationsnetzwerk über städtische Immobilien geschaffen werden, das zusätzlich ein Flächen- und Raumangebot für Zwischennutzungszwecke aufzeigen soll. Zusätzlich zur Kreativagentur wird der 'Verein Kreativwirtschaftscluster Hamburg', der die Kreativagentur durch die Organisation gemeinsamer Veranstaltungen, Projekte und Marketingstrategien unterstützen soll, gegründet (vgl. BÜRGERSCHAFT FHH 2009b:5f.). E. RÜHL, Leiter der Kreativagentur, sieht die Aufgabe der GmbH darin, Instrumente zu entwickeln, die die Situation der Akteure und Unternehmen der Kreativwirtschaft verbessern und ihnen begleitende Beratung bieten soll. Dabei soll es auch darum gehen, zu schauen: *„Wo wollen die Akteure sein, um dann zu ermöglichen, dass sie dort hinkommen und dort auch bleiben können“* (RÜHL 2010).

#### 4.4.4 Zwischennutzungen in Hamburg

Die Bereitstellung bzw. die Verfügbarkeit von Räumen ist bedeutend für die Entwicklung von kreativen Milieus. Daher ist es wichtig, ungenutzte Räume zugänglich zu machen und, wenn auch nur temporär, zur Nutzung bereitzustellen. Trotz einer recht hohen Leerstandsquote und ungenutzter Räume in Innenstadtnähe. In Hamburg stehen Hafenareale, Bahnflächen, Büro- und Gewerberäume und auch städtische Liegenschaften, wie ungenutzte Schulen und öffentliche Gebäude, leer und könnten zur temporären oder gar dauerhaften Nutzung geöffnet werden. Für eine 'Kreative Stadt' ist es unumgänglich Zwischennutzungen zu ermöglichen, da es meist kreative Nutzungen sind, die ohne großes finanzielles Risiko zur Aufwertung führen können. Oft hängen diese Nutzungen jedoch von politischen Entscheidungen über die Zukunft der Areale, der Skepsis der Eigentümer und bestimmten Renditeerwartungen ab (vgl. OVERMEYER 2010:94). Typische Beispiele für Zwischennutzungen in Hamburg sind das SKAM in St. Pauli und das Frappant in Altona. Beide Zwischennutzungsprojekte gibt es heute nicht mehr. Sie haben aber die Diskussion um Räume für die Kreativszene und die zunehmende Instrumentalisierung von Kultur und Kunst angeregt. Die Atelieregemeinschaft SKAM e.V. befand sich 17 Jahre in einem ehemaligen Bowlingcenter direkt an

der Reeperbahn. Für TILL HAUPT, der im SKAM sein Atelier hatte, war es „*die letzte Zwischennutzung, die noch okay war. [...] man ist immer fair mit den Leuten umgegangen*“ (HAUPT 2011:3 Anlage 16). Von vornherein wurde gesagt, dass es nicht länger als drei Monate laufen wird und dann ging es doch viel länger. Zudem war es nicht als Zwischennutzung gedacht, um den Stadtteil aufzuwerten, wie es in Hamburg zunehmend betrieben wird. „*Also geplant wird von Investorenseite mit dem Nutzen, den einem eine solche Zwischennutzungen bringt. [...] So eine wirtschaftliche Denke kann ruhig da drin sein, aber wenn man sie darüber hinaus noch benutzt, ist das eben so schmerzlich*“ (HAUPT 2011:4, Anlage 16). Die Künstlergemeinschaft SKAM e.V. ist nach der Schließung der Gebäude in das Frappant in Altona gezogen, bei dessen Schließung bereits ein größerer Widerstand zu spüren war (s. dazu Abschnitt 4.6.3). Heute sind einige der Künstler, unter anderem auch TILL HAUPT, im Gängeviertel aktiv.

## **4.5 Kreatives Engagement in Hamburg**

Hamburg gilt als 'kreativ' und daraus resultiert auch das vielseitige kreative Engagement, das in verschiedenen Initiativen und einer breiten städtischen Protestbewegung seinen Ausdruck findet. Diese äußern sich nicht mehr nur durch eine Antihaltung gegenüber planenden Instanzen und dem Senat, sondern zunehmend durch Kreativität. Mit kreativen Ideen wird Aufmerksamkeit erlangt und neue Konzepte und Entwicklungsalternativen bringen die Politik, Behörden und planenden Instanzen zum Nachdenken. Um sich Gehör zu verschaffen und zum Nachdenken anzuregen, ist der Protest ein bewährtes Mittel. Konflikte um stadtpolitische Entscheidungen in Hamburg haben bereits Tradition, beispielsweise seit den Auseinandersetzungen um die Hafensstraße oder die 'Rote Flora' in den 1980er Jahren.

### **4.5.1 Protestbewegungen und ihre Motive**

In Hamburg zeigt sich primär seit dem Sommer 2009 und der Besetzung des Gängeviertels immer stärker ein allgemeiner Unmut in der Bevölkerung, der sich in einer breiten städtischen Protestbewegung aus bürgerschaftlichem kreativem Engagement äußert. Eine zunehmende Zahl an Initiativen, immer wiederkehrende Hausbesetzungen, demonstrierende Künstler und zahllose Bürgerbegehren zeigen den Willen der Bevölkerung, ihre Interessen in der Stadt zu kommunizieren. Dabei stoßen verschiedene Interessengruppen aufeinander: Subkulturen,

Anwohner, Politiker und städtische sowie wirtschaftliche Interessengruppen. Die Protestbewegungen richten sich vor allem gegen die durch das Leitbild 'Unternehmen Hamburg' verfolgte neoliberale Stadtpolitik, zunehmende Gentrificationprozesse in der Stadt, den wachsenden Leerstand trotz Wohnungsnot und eine immer wirtschaftlicher ausgerichtete Kulturpolitik. Bei den Protesten geht es meist um eine Raumfrage, um abnehmenden bezahlbaren Wohnraum, öffentlichen Raum und Grünflächen sowie Raum für 'Kreative'. Da für die heutige Gesellschaft Individualisierungsprozesse immer bedeutsamer werden, werden auch die Motive für Protestbewegungen immer vielseitiger.

Eine als Unternehmen geführte Stadt steht im Gegensatz zu einer Stadt, die die unterschiedlichen Interessenlagen aus Bevölkerung, Politik und Wirtschaft verhandelt und stößt somit auf Kritik von bürgerschaftlicher Seite. Die zunehmenden Gentrificationprozesse in der Stadt werden ebenfalls der neoliberalen Stadtpolitik zugeschrieben. Gentrification wird nicht mehr als ein natürlicher Prozess gesehen, der über Angebot und Nachfrage gesteuert wird, sondern immer öfter von Politik und Wirtschaft gewollt und initiiert wird. Gentrification wird so zu einem Dauerthema sozialer und städtischer (Protest-)Bewegungen (vgl. HOLM, 2011c). Die Gentrificationkritik äußert sich in Hamburg durch Hausbesetzungen<sup>31</sup>, 'Fette-Mieten-Parties'<sup>32</sup>, eine Vielzahl an Initiativen, die für ihr Viertel oder ihre Wohnung kämpfen und auch durch die Musik, z.B. mit dem HipHop Song 'St. Pauli, Schanzenviertel: jetzt wird's schmutzig!' von Holger Burn. Verschiedene Interessengruppen mit dem Ziel, gegen Stadtteilveränderungen und Gentrification zu kämpfen, finden sich im 'Recht auf Stadt'-Netzwerk in Hamburg zusammen. Unter dem Deckmantel 'Recht auf Stadt' kämpfen sowohl die 'Schreiberspacken' für den Erhalt ihrer Schrebergärten, 'NoBNQ' für den Erhalt ihrer Wohnhäuser in der Bernhard-Nocht-Straße in St. Pauli als auch 'Kreative' für bezahlbare Arbeitsräume in der Innenstadt und gegen die Instrumentalisierung von Kultur und Kunst zu Stadtentwicklungszwecken. Mittlerweile sind es über 40 Initiativen, die sich in dem Netzwerk zusammenfinden. Im Juni 2011 hat das 'Recht auf Stadt'-Netzwerk zum großen bundesweiten 'Recht auf Stadt'-Kongress in Hamburg eingeladen, um kreative Formen des Bürgerprotestes zu erkunden. In einer Vielzahl von Workshops und Diskussionsrunden sollen Ideen, Konzepte und Werkzeuge für eine sozialverträglichere Stadt, eine 'Stadt für Alle', entwickelt werden. Auf der Agenda stehen Themen, wie die Krise der neoliberalen Stadt, Aneig-

---

<sup>31</sup> Im Februar 2011 wurden an mehreren Orten in der Stadt sieben Häuser symbolisch besetzt (vgl. COESFELD, F.; LINDNER, J.E. 2011).

<sup>32</sup> Wohnungsbesichtigungen werden in Partys verwandelt, um gegen Mietwucher zu protestieren. Diese Form von Protest stammt ursprünglich aus Frankreich (vgl. TWICKEL 2010c).

nung, Besetzung und Widerstand sowie Partizipation und Kultur in der Stadt (vgl. RECHT AUF STADT NETZWERK 2009-2011).<sup>33</sup>

Um auf Leerstand und gleichzeitig bestehenden Wohnungsraumangel aufmerksam zu machen, haben sich verschiedene 'Recht auf Stadt'-Initiativen zum Bündnis 'Leerstand zu Wohnraum' zusammen geschlossen und am 23. Oktober 2010 mit über 5000 Menschen demonstriert. Dabei stand die Forderung, die 1,2 Mio. leerstehenden Quadratmeter Bürofläche zumindest teilweise in Wohnraum umzuwandeln und notwendige und versprochene Wohnungen für eine wachsende Bevölkerung in der Stadt unabhängig von Alter, Nationalität, Geschlecht oder Einkommen bereitzustellen (vgl. RECHT AUF STADT NETZWERK 2009-2011).

In Zusammenhang mit der Ablehnung einer neoliberalen Stadtpolitik steht auch die Kritik an der Hamburger Kulturpolitik bzw. der Kritik der 'Kreativen' an der Stadtpolitik. Im Zuge der vom Senat 2010 angekündigten Kürzungen im kulturellen Bereich und der drohenden Schließung des Altonaer Museums wurden Proteste gegen die geführte Kulturpolitik laut. Die Sparpläne des temporären Kultursenators bis Februar 2011 R. Stuth sahen unter anderem Einsparungen beim renommierten Schauspielhaus um 1,2 Mio. €, den Bücherhallen um 1,5 Mio. € und durch die Schließung des Altonaer Museums vor. Die Proteste gegen die Sparmaßnahmen zogen sich von der Sub- bis Hochkultur, vom Gängeviertel über die Stadtteilbibliotheken bis zur Staatsoper. Mit Blick auf die Kosten für die Elbphilharmonie können die Einsparungen bei allen anderen Kultureinrichtungen nicht nachvollzogen werden. Zudem riskiert Hamburg seinen Ruf als Kulturstadt. Neben einer Solidaritätsinszenierung für das Altonaer Museum im Thalia-Theater im Oktober 2010 fand im Januar 2011 eine Solidaritätsveranstaltung für das Schauspielhaus, die Gala 'Kir Loyal', im Schauspielhaus statt. Diese Veranstaltungen wurden auch dazu genutzt, die Anliegen verschiedener Initiativen der 'Recht auf Stadt'-Bewegung zu kommunizieren. Zudem tagte im Januar 2011 der sogenannte wahre Kulturgipfel in der Fabrik in Altona, der Protestler und Politiker zusammen bringen sollte, um über Kürzungen, Sparmaßnahmen und Raumprobleme für 'Kreative' zu diskutieren (vgl. CORSTEN 2010; REUTHER 2010; MISCHKE 2010).

Die Kritik an der Kulturpolitik in Zusammenhang mit der Stadtentwicklungspolitik und der zunehmenden Instrumentalisierung von 'Kreativen' manifestiert sich in der 'Not in our Name. Marke Hamburg!'-Initiative. Eine Gruppe von bekannten

---

<sup>33</sup> Für mehr Informationen zu den Themen und dem Programm siehe RECHT AUF STADT NETZWERK (2011): Recht auf Stadt. Der Kongress. Online unter: <http://kongress.rechtaufstadt.net/>.

Hamburger 'Kreativen' (Musiker, Schauspieler, Veranstalter und Autoren) hat ein Manifest aufgesetzt, in dem sie mit einer Stadtentwicklungspolitik, die sich immer mehr an der Florida'schen Theorie der 'Kreativen Klasse' orientiert und einer Kulturpolitik, als Teil der neoliberalen Stadtpolitik, abrechnet. Die Gruppe fordert ein Umdenken in der Stadtpolitik. Die 'Kreativen' wollen nicht mehr nur als Aushängeschild der Stadt gesehen und für die Zwecke einer 'Image-City' genutzt werden. In dem Manifest werden nicht nur ihre persönlichen Probleme als 'Kreative' angesprochen, sondern sie machen sich auch für das Gemeinwohlinteresse, das wieder in den Vordergrund gerückt werden soll, stark (vgl. NOT IN OUR NAME, MARKE HAMBURG O.J.). Denn das Manifest „*ist ja auch ein Text, der sich nicht unbedingt mit konkreten Forderungen an irgendwelche politischen Instanzen wendet, sondern der eher zur Selbstbestimmung oder Mobilisierung dient.*“ (TWICKEL 2010:8, Anlage 8).

#### 4.5.2 Kreatives Engagement und Protestbewegungen in Hamburg aus Sicht der Experten

Nachdem in Kapitel 3.4.4 auf die Sicht der Experten auf kreatives Engagement und Protestbewegungen allgemein eingegangen wurde, sollen nun die Aussagen zu kreativem Engagement und Protestbewegungen in Hamburg und dessen Veränderung dargestellt werden. Diese Aussagen wurden mit den Fragen nach dem Einfluss von Protestbewegungen im Hinblick auf Beispiele wie 'Recht auf Stadt' und der Frage nach den Veränderungen der Protestbewegungen in Hamburg von der Hafenstraßenbesetzung bis heute gewonnen (vgl. Anlage 1, Frage 18 u. 21). Die Frage nach den Beispielen wurde speziell den Experten für Zivilgesellschaft, Kultur und Kunst in der Stadt und der Gängeviertel-Initiative gestellt.

**Tab. 8: Bewertung von kreativem Engagement und Protestbewegungen in Hamburg aus Sicht der Experten**

Experten	Bewertung von kreativem Engagement und Protestbewegungen
<b>Steffen Jörg 2010,</b> GWA St. Pauli	Ich glaube, es gibt auch ähnliche, natürlich auch unterschiedliche Auseinandersetzungen. [...] Aber ich glaube generell kann man schon sagen, dass es so eine Revitalisierung von Widerstand in allen innerstädtischen Quartieren gerade gibt. Und in der Innenstadt ist natürlich das bekannteste Beispiel das Gängeviertel und in der Schanze die Auseinandersetzungen um die Rote Flora, die jetzt gerade wieder ganz aktuell werden (vgl. Anlage 7:3f). ParkFiction, Hafenstraße, Rote Flora sind drei unterschiedliche Projekte, die auch eine unterschiedliche Radikalität aufweisen, aber z.B. drei Projekte, die zumindest zum Teil auch ohne weiteres vereinbar sind mit so einer Imagepolitik oder mit so einer neoliberalen Stadtentwicklungspolitik bis rein in die Handelskammer. Die sagt, dass es die Projekte gab, das ist ganz wichtig, wie z.B. die Hafenstraße für die Marke St. Pauli. Und ich glaub aus so einer Ambivalenz wird man auch nie rauskommen (vgl. Anlage 7:12).

<b>Christoph Twickel 2010</b> , Journalist und Autor	[...] In HH war die stärkste Protestbewegung der letzten Jahre eine Unterschriftensammlung gegen eine Schulreform in HH, die im wesentlichen von einer relativ gut situierten starken Lobby aus Rechtsanwälten, Akademikern, also im weitesten Sinne oberen Mittelschicht geführt und durchgezogen wurde und denen ist es gelungen in dieser Front die Schulreform zu verhindern. Es war quasi eine konservative Bürgerbewegung, also konservativ im Sinne von abgrenzend konservativ. Wenn du z.B. mit sozialen Trägern sprichst wie der Drogenhilfe oder Institutionen, die mit Migranten arbeiten, wenn du mit denen über Bürgerproteste und Mitbestimmung sprichst, wirst du sehr oft kritische Bemerkungen hören, weil die nämlich sagen: "Wenn wir irgendwo ne Drogenhilfeeinrichtung machen wollen, wenn wir irgendwo ein Heim für migrantische Leute oder für Aussiedler machen sollen, dann kann man sich sicher sein, dass die lokale Bourgeoisie sich organisiert und eine fette Lobbyarbeit dagegen macht." Also da bin ich sehr zwiegespalten. Ich finde, das was wir hier in HH mit dem Slogan 'Recht auf Stadt' geschaffen haben, ist ein Netzwerk von sehr heterogenen Initiativen, denen es zumindest gelungen ist, in diesem Zeitraum 2009/2010, den Diskurs über Stadtentwicklungspolitik ganz erheblich zu beeinflussen. Das heißt, es wird jetzt plötzlich seit Jahren wieder über günstigen Wohnungsbau gesprochen, es wird über Stadtkultur gesprochen, es wird über Freiräume gesprochen, es werden in der bürgerlichen Presse Besetzungen, Aktionen ganz anders begutachtet, als das vor ein paar Jahren noch der Fall war. Man hat quasi stückweit ein Klima geschaffen, wo klar ist, du kannst in der Stadt nicht mehr die Leute einfach wegschieben. Die Leute lehnen sich dagegen auf, dass sie sich diese Stadt in ein paar Jahren nicht mehr leisten können. Das ist der zentrale Punkt bei der Bewegung (vgl. Anlage 8:13).
<b>Michael Ziehl 2011</b> , Architekt, Stadtplanungsstudent, Gängeviertel-Initiative	Ich glaube, wo auf jeden Fall ein Einfluss stattgefunden hat, ist bei dem Thema bezahlbarer Wohnraum, also günstigen Wohnraum zu schaffen. Das geht bestimmt zum Teil auf die Aktionen vom RAS-Netzwerk zurück, also wir hatten ja die Demo 'Leerstand zu Wohnraum' mit 7000 Teilnehmern. Und auch das riesige Medienecho, was es ja auf den Leerstandsmelder gab, hat dazu beigetragen (Anlage 12:6).
<b>René Gabriel 2011</b> , Stadtplanungsstudent, Planungsgremium Gängeviertel-Initiative	Aber man spricht bei RAS ja gerade von Benachteiligten. Wenn aber nur immer die auf die Straße gehen, die bessere Bildungsabschlüsse haben, die letztendlich ein bisschen mehr Potenz haben, dann wird das irgendwann zu einer Selbstkarikatur und das ist das, was ich meine, wenn man es nicht schafft eben auch die Menschen aus Rothenburgsort oder aus Wilhelmsburg hinzuzuziehen (Anlage 14:7f.).

Quelle: eigene Erhebungen 2010/2011

Der Diskurs über die Hamburger Stadtentwicklungspolitik wurde durch die Initiativen, insbesondere durch die 'Recht auf Stadt'-Bewegung, angeregt und das Thema 'Bezahlbarer Wohnraum' wieder in das Blickfeld der Politik gerückt. Auch Themen wie Stadtkultur und Freiraum finden wieder mehr Beachtung (vgl. TWICKEL 2010; ZIEHL 2011; Tab. 8). S. JÖRG sieht eine Revitalisierung von Widerstand in der Stadt, welcher laut CH. TWICKEL heute auch von der bürgerlichen Presse ganz anders bewertet wird als zu Zeiten der Hafensstraßenbesetzung. Heute kann man die Leute nicht mehr einfach übersehen (vgl. JÖRG 2010; TWICKEL 2010, Tab. 8). S. JÖRG sieht jedoch auch die Ambivalenz von Protestbewegungen. Einerseits will man nicht Teil einer neoliberalen Stadtentwicklungspolitik sein und wehrt sich dagegen, andererseits ist man Teil einer solchen als 'Kreative Klasse'. So ist z.B. die Hafensstraße heute Teil der Marke St. Pauli (vgl. JÖRG 2010, Tab. 8). Kritisiert wird die soziale Selektivität der Protestbewegungen (vgl. GABRIEL 2011, Tab. 8) und die „*abgrenzend konservativen*“ Bürgerbegehren, die sich auch gegen soziale Einrichtungen wie die Drogenhilfe richten. Als Beispiel

nennt CH. TWICKEL das 2010 durchgesetzte Bürgerbegehren gegen die Schulreform in Hamburg, an dem hauptsächlich die obere Mittelschicht teilgenommen und einen Volksentscheid durchgesetzt hat, der letztendlich die geplante Schulreform<sup>34</sup> 'für ein längeres gemeinsames Lernen' scheitern lies (vgl. TWICKEL 2010, Tab. 8).

## 4.6 Beispiele - Entwicklung von Innenstadt-Quartieren und Protesten

### 4.6.1 St. Pauli - Von der Hafensstraßenbesetzung bis 'NoBNQ'

Einst Arbeiterviertel und ärmster Stadtteil Hamburgs wird St. Pauli zunehmend zum Luxusquartier oder auch zur sogenannten „*maritimen Event-Zone*“ (SCHÄFER, CH. 2009:3 in Anlage 17). Wie das Kultviertel zunehmend kommerzialisiert wird, welche Effekte dies auf die Bewohner hat und wie sich der Protest in dem Viertel regt, wird gleich in zwei Dokumentationen festgehalten: der NDR-Dokumentation 'Der Schmerz von St. Pauli. Ein Kiez wird schick'<sup>35</sup> und 'Empire St. Pauli – von Perlenketten und Platzverweisen'<sup>36</sup>. Die zweite Dokumentation stammt direkt aus dem Viertel, sie wurde von der GWA St. Pauli produziert und zeigt die Auswirkungen von Gentrification auf den Stadtteil. Durch viele Interviews wird den Bewohnern eine Stimme verliehen und die Probleme der derzeitigen Entwicklung auf den Punkt und in die Diskussion gebracht. Diese Ausdrucksform kann auch als kreativer Ausdruck des Protestes gesehen werden.

Bereits in den 1980er Jahren kommt es zu Auseinandersetzungen um Gebäude, die abgerissen werden sollten. Die Besetzung der Hafensstraße wird in unseren Tagen allgemein als Symbol des erfolgreichen Widerstandes der Bürger gegen die Stadt gesehen. Heute ist der Widerstand bzw. Protest nicht mehr so radikal und weitaus handlungsorientierter, so wie das Projekt Park Fiction, das als vorbildliches Beispiel für Bewohner-Aktivierung dient. Statt neuer Luxus-Apartmentblöcke wurde nach langen Auseinandersetzungen mit der Politik ein öffentlicher Park durch und für die Bevölkerung geschaffen und der Blick auf die Elbe für alle gewahrt (s. Abb. 4) (vgl. GWA ST.PAULI e.V.). „*Park Fiction ist Kunst im öffentlichen Raum aus einer BenutzerInnenperspektive heraus - als praktische Kritik an Stadtplanung als Ausdruck und Mittel staatlicher Macht und wirtschaftlicher Interessen.*“ (SCHÄFER, SKENE 2007).

<sup>34</sup>Im Wesentlichen sollte durch die Schulreform die Grundschulzeit von vier auf sechs Jahre verlängert werden.

<sup>35</sup>Online zu sehen unter: <http://www.ndr.de/flash/mediathek/mediathek.html?media=nordstory117>

<sup>36</sup>Online zu sehen unter: [http://kanalb.org/index.php?play\\_id=2533&modul=Clijp](http://kanalb.org/index.php?play_id=2533&modul=Clijp)



**Abb. 4: Park Fiction in St. Pauli (Quelle: eigenes Foto 2010)**

Immer mehr neue anspruchsvolle Immobilien prägen den Stadtteil: das Vier-Sterne Hotel Empire-Riverside, der neue Astratum, das Bavariaquartier und bald die 'Tanzenden Türme' auf der Reeperbahn. Nun sollen in der Bernhard-Nocht-Straße und Umgebung Flächen für neue Eigentums- und hochpreisige Mietwohnungen frei gemacht werden. Einige Gebäude wie das ehemalige Erotic-Art-Museum und die Washington Bar mussten schon weichen. Weitere Vorhaben zum Ausbau des Bernhard-Nocht-Quartiers werden seit Mai 2009 von einer Gruppe von Anwohnern als Initiative 'NoBNQ' verhindert bzw. verändert. Mit ihrem 'Konzept zur freundlichen Übernahme' soll der weitere Bau von Eigentumswohnungen gestoppt und das Quartier dauerhaft dem Immobilienspekulationsmarkt entzogen werden, damit bezahlbarer Wohnraum fortwährend gesichert wird. Das Konzept beinhaltet auch einen Finanzierungsplan. Öffentliche Fördergelder wurden durch die BSU bereits in Aussicht gestellt. Zudem passt es laut Initiative als Sondervorhaben in das städtische Rahmenprogramm 'Integrierte Stadtteilentwicklung' (vgl. INTERESSENGEMEINSCHAFT NOBNQ 2011:2f.). Die Gentrification-Kritik bezieht sich nicht nur auf das Viertel, sondern die Entwicklung der Stadt im Allgemeinen. So werden sie auch von intellektueller und kreativer Seite wie von dem Regisseur Schorsch Kamerun durch eine Plakataktion für ein alternatives und selbstgestaltetes Quartier unterstützt (vgl. ANDRE 2011). Neben 'NoBNQ' gibt es in St. Pauli noch weitere Initiativen wie die Initiative 'Eso-Häuser' oder 'Es regnet Kaviar'. Die Initiativen haben unter anderem dazu ge-

führt, dass eine bauliche Erhaltungsverordnung zur architektonischen Erhaltung eingeführt wurde und eine soziale Erhaltungsverordnung zum Schutz der Bevölkerung geplant ist.

#### 4.6.2 Schanzenviertel – Konflikte um die 'Rote Flora'

Das Schanzenviertel kann als Musterbeispiel für Gentrification gesehen werden. Das innenstadtnahe Altbauquartier, ein ehemaliges Arbeiterviertel, war bis in die 1990er Jahre von postindustriellen Strukturproblemen betroffen. Dadurch entstandene freie Gewerbeflächen und geringe Mietpreise zogen eine Vielzahl an 'Kreativen', Studenten, jungen Unternehmen, kreativen Ökonomien und die damit verbundene Infrastruktur an. Ein verbessertes Image, die Festlegung eines Sanierungsgebietes und zunehmende Investorentätigkeiten ließen die Mietpreise steigen und die ehemals vorhandene soziale Mischung ging durch die Verdrängung der ökonomisch schwachen Akteure sukzessiv verloren (vgl. OßENBRÜGGE, VOGELPOHL 2010:72f.).

Nicht zuletzt haben auch die Auseinandersetzungen um die Flora zur Attraktivitätssteigerung durch 'alternatives' Flair geführt (s. Abb. 5). Die Pläne für ein modernes Musicaltheater in den 1980er Jahren an Stelle des historischen Flo-ratheaters führten zu langwierigen Auseinandersetzungen zwischen Politik und linksautonomen Gruppen sowie der Stadtteilbevölkerung. Während anfangs nur Jugendliche der linken Szene protestierten, wurden durch Missmanagement der Stadt und der Investoren sowie dem Fall einer hundert Jahre alten Linde auch andere Stadtteilbewohner motiviert zu protestieren (vgl. SCHIMMECK 1988). Seit 1989 ist die 'Rote Flora' besetzt und als linksautonomes Kulturzentrum überregional bekannt. Immer wieder finden neben kulturellen Veranstaltungen auch Protestaktionen statt, die nicht immer gewaltfrei ablaufen. Die Widerstände zeigen sich in letzter Zeit wieder verstärkt. Nachdem die 'Rote Flora' 2001 von der Stadt an den Immobilieninvestor K. Kretschmar verkauft wurde, hat dieser 2011 nach 10-jähriger vertraglicher Bindung die Möglichkeit, das Gebäude wieder zu verkaufen. Bei Verkauf und drohender Räumung wird mit monatelangen Auseinandersetzungen der linksautonomen Szene aus ganz Europa gerechnet (vgl. REBASCHUS 2011a). Auch andere Hamburger Initiativen aus dem 'Recht auf Stadt'-Netzwerk und die Kulturszene solidarisieren sich mit der 'Roten Flora' z.B. mit der 'Rote Flora bleibt!'-Festspielwoche im Dezember 2010. Aufgrund der baulichen Beschränkungen und des gefährdeten Stadtfriedens scheint ein Verkauf und die Räumung der 'Roten Flora' zum jetzigen Zeitpunkt unwahrscheinlich (vgl. REBASCHUS, VOLKMANN-SCHLUCK 2011). Die Mischung aus linksalternativer Sze-

ne, kulturellen Veranstaltungen und ungewöhnlichem Einzelhandel und die damit verbundene Assoziation mit Toleranz, Kreativität und Multikulturalität machen das Schanzenviertel zu einem der beliebtesten Ausgeh- sowie Wohnviertel Hamburgs (vgl. VOGELPOHL 2009:352). Durch eine zunehmende Homogenisierung der Bevölkerung und des Einzelhandels (s. Abb. 6) könnte dieses Flair jedoch verloren gehen.



**Abb. 5:** Die 'Rote Flora' (Quelle: eigenes Foto 2011)



**Abb. 6:** Neue Brandstores (MAC, Görtz17, Levi's) am Schulterblatt/Sternschanze (Quelle: ebd.)

#### 4.6.3 Altona-Altstadt – Frappant oder Ikea?

Angrenzend an Altona-Ottensen, einen der beliebtesten Stadtteile, liegt die stadtplanerische Problemzone Altona-Altstadt. Der Niedergang der ehemals florierenden Einkaufsstraße 'Große Bergstraße' findet mit der Schließung der Karstadt-Filiale 2003 seinen Höhepunkt. 2005 wird Altona-Altstadt zum Sanierungsgebiet erklärt und durch die Bereitstellung von leerstehenden Räumen und Flächen des Forums Altona und des Frappant-Komplexes zur kulturellen Zwischennutzung soll ein Imagewandel des degradierten Stadtteils in Gang gesetzt werden. Um die verschiedenen Zwischennutzungseinheiten zu vertreten, wurde 2009 der Verein Frappant e.V. gegründet. Bereits Ende 2009 wird den Künstlern gekündigt und die Diskussion um den Einzug der ersten innerstädtischen Ikea-Filiale Deutschlands beginnt (s. Abb. 7). Einer Belebung des Viertels durch neue Einkaufsmöglichkeiten steht die Verdrängung der angesiedelten Kreativszene aus dem Frappant-Gebäude gegenüber. Ein Bürgerentscheid entscheidet mit 77% der Stimmen für die neue Ikea-Filiale und für die Künstler muss ein Ausweichquartier gesucht werden. Seit April 2010 sind die Künstler als Zwischennutzer nun in der Viktoria-Kaserne oder auch im Gängeviertel aktiv. Bürgerbegehren

können demnach nicht nur 'gegen', sondern auch 'für' etwas stattfinden (vgl. FRAPPANT e.V.; DITTMANN 2010b; OVERMEYER 2010:46). Zudem zeigt das Beispiel des ehemaligen Frappant-Komplexes, dass kreatives Engagement nicht immer erfolgreich sein kann.



Abb. 7: Das ehemalige Frappant-Gebäude (Quelle: Just 2009)

#### 4.6.4 Veddel und Wilhelmsburg – Aufwertung durch die IBA 2013?

Wie die Altona-Altstadt werden auch die Stadtteile Veddel und Wilhelmsburg als Problemquartiere mit einer hohen Arbeitslosenquote und einem hohen Migrantenanteil gesehen. Zusätzlich sind die südlich der Elbe gelegenen Stadtteile aus dem Bewusstsein der Bevölkerung gerückt (s. Abb. 8). Mit Hilfe der Internationalen Bauausstellung (IBA) 2006 bis 2013, soll das Leitbild 'Sprung über die Elbe' unterstützt und die Viertel mit der Innenstadt verbunden werden (s. Abb. 9) (IBA HAMBURG GMBH 2010:14ff.). Die IBA setzt dabei verstärkt auf die Aktivierung kreativen Potenzials, um die Entwicklung der Elbinselquartiere anzuregen. Die Veringhöfe Nord dienen dabei modelhaft als „Raum für die Kunst“, durch die sowohl Künstler als auch Start-Ups und etablierte Unternehmen aus dem kreativwirtschaftlichen Sektor angesiedelt werden sollen (ebd.:72). Zudem fördert die SAGA/GWG die Ansiedlung von Studenten und Künstlern durch subventionierten Wohnraum. Auch in diesen Stadtteilen werden von Teilen der Bevölkerung Gen-

trificationprozesse durch die gezielte Ansiedlung von Kunst, Kultur sowie Studenten befürchtet und sowohl die IBA wie auch das Leitbild 'Sprung über die Elbe' kritisiert. Ob die steigenden Mieten in Wilhelmsburg, um 25% zwischen 2005 und 2010, mit einer gezielten Aufwertung oder dem 'Sprung über die Elbe' zusammenhängen, ist unklar. Zumindest wurde ein Abwärtstrend der Viertel aufgehalten (vgl. KNÖDLER 2010a). Verschiedene kleinere Initiativen wie der Arbeitskreis Umstrukturierung (AKU) Wilhelmsburg oder 'ibaflüssig' kritisieren die Umstrukturierungswünsche durch den 'Sprung über die Elbe' und der IBA und versuchen, nun eigene Interessen, Forderungen und Strategien zu kommunizieren (vgl. HOLM 2008d). C. KLOTZ, zuständig für Kunst- und Kulturaktivitäten der IBA 2013, sieht es als „natürliche[n] Prozess, dass Kritik geübt wird, weil es ein großes Projekt, das viele Veränderungen mit sich bringt, ist“ (KLOTZ 2010:6). Die IBA ist ein Prozess, dabei ist es auch wichtig, die Kritik ernst zu nehmen und möglichst im vorhinein umfassend zu informieren und zu integrieren (vgl. ebd.).



Abb. 8: Elbinsel südlich der Innenstadt (Quelle: FRIEDEL 2006)



Abb. 9: IBA Dock auf der Veddel (Quelle: eigenes Foto 2011)

#### 4.6.5 Hafencity – Ein städtebauliches Großprojekt

Die Hafencity spielt für das Leitbild 'Metropole Hamburg – Wachsende Stadt' bzw. 'Wachsen mit Weitsicht' eine tragende Rolle. Sie ist das größte innerstädtische Stadtentwicklungsgebiet sowie eines der größten und bekanntesten 'Waterfront-Projekte' Europas. Das 155 ha große Gelände liegt im Süden der Stadt zwischen der Altstadt Hamburgs und der Norderelbe und vergrößert die Innenstadt um 40% (vgl. KRAJEWSKI, LINDEMANN 2007:7) (s. Abb. 10). Um den Bezug zum

Wasser wieder stärker in den Vordergrund zu rücken, hat sich die Revitalisierung des ehemaligen Hafensareals angeboten. Um den Stadtteil zu aktivieren und interessant zu machen, wird auch hier versucht, Unternehmen der Kreativwirtschaft zu fördern und Kunstfestivals wie das 'Subvision' zu integrieren (vgl. OVERMEYER 2010:11). Zudem entsteht das neue 'Flagship' für Hamburg, die Elbphilharmonie, die mit ihrer außergewöhnlichen und imposanten Architektur internationale Anziehungskraft ausstrahlen soll. Da es sich um einen neuen Stadtteil handelt, kann es zu keiner direkten Verdrängung kommen. Die Kritik bzw. der Protest vollzieht sich im Zuge der Proteste gegen die neoliberale Stadtpolitik und die Ausgrenzung von Bevölkerungsschichten. Für CH. TWICKEL ist die Botschaft der HafenCity klar: „*Man will wirtschaftlich potente Einwohner anlocken und ärmere Bevölkerungsgruppen fernhalten*“ (2010a:45). Eine Studie vom Zukunftsrat Hamburg 'Wie nachhaltig ist die HafenCity?' bestätigt die fehlende soziale Mischung für eine nachhaltige Stadtentwicklung (vgl. MENZEL 2010:36). Außerdem steht das Prestigeobjekt Elbphilharmonie unter Dauerkritik, da es im Laufe der Bauentwicklung bisher zu Zusatzkosten von 351 Mio. € für die Stadt gekommen ist (vgl. REHRMANN 2011). Diese Entwicklungen sind Zündstoff für die städtische Protestbewegung in Hamburg und werden zunehmend kritisch thematisiert.



**Abb. 10:** Teil der HafenCity mit Elbphilharmonie am Ende des Dalmannkais; im Hintergrund Innenstadt und Alster (Quelle: HAMPEL, T. in HAFENCITY GMBH 2011:11)

## **4.7 Möglichkeiten einer sozialverträglichen Stadterneuerung in Hamburg**

Bei wachsender Bevölkerungszahl wird der Wohnraum immer knapper und teurer. Verschärft wird der Zustand durch die Abnahme der Haushaltsgrößen und des Mietwohnungsbaus insbesondere des sozialen Wohnungsbaus. Dazu kommen die Entlassung von Mietwohnungen aus der Sozial- bzw. Mietpreisbindung und der steigende Bedarf an kostengünstigen Mietwohnungen durch die prognostizierte Armutssteigerung. Die Mietpreise steigen überproportional bei gleichzeitig sinkender Einkommenskurve (vgl. BISCHOFF et al. 2008:5; ALISCH, DANGSCHAT 1998:149). Zudem wurde erst spät erkannt, dass die betriebene Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik durch Stadterneuerung, Modernisierung, Wohnumfeldverbesserung und Aufwertung zu einem Imagewandel und zur Verdrängung der einkommensschwachen Bevölkerung aus dem Viertel führen kann. Einerseits soll die Struktur des Viertels und der Bevölkerung aufgewertet werden, andererseits soll durch Stadterneuerungs- und Sozialmaßnahmen niemand verdrängt werden. Dies führt zwangsläufig zum Zielkonflikt jeder Stadterneuerungsmaßnahme (vgl. ALISCH, DANGSCHAT 1998:122ff.). Instrumente wie Programme der sozialen Stadtentwicklung, rechtliche Grundlagen wie die soziale Erhaltungsverordnung und die Steuerung des Wohnungsmarktes über städtische Wohnungsbauunternehmen und Genossenschaften spielen auch in Hamburg eine wichtige Rolle.

### **4.7.1 Leitsätze zur behutsamen Stadterneuerung**

Die Leitsätze zur behutsamen Stadterneuerung wurden bereits 1989 durch die Baubehörde Hamburgs, der heutigen Stadtentwicklungsbehörde, formuliert und dienen als Orientierung für die Entwicklung einer sozialverträglichen Stadterneuerung. Vorrangiges Ziel der Stadterneuerung soll es sein, in Zusammenarbeit mit den Bürgern, Stadtquartiere vor Verfall und Niedergang zu bewahren. Wohnraum soll durch Erneuerungsmaßnahmen dauerhaft und für tragbare Mieten gesichert werden. Grundsätzlich steht der Erhalt vor dem Abriss. Zudem sollen Grün- und Erholungsflächen gesichert und kleine sowie mittlere Gewerbebetriebe geschützt und gefördert werden. Des Weiteren sind Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Grundsätzlich gilt es, die Bevölkerung vor Verdrängung und das städtebauliche Milieu insgesamt zu schützen (s. Abb. 11).

**Leitsätze zur behutsamen Stadterneuerung**

1. Stadterneuerung sichert behutsam und gleichrangig die gewachsenen Strukturen des Wohnens, Arbeitens und der Freizeit. Stadterneuerung fördert aber auch weitere Entwicklungen in Quartieren und schafft dafür neue Voraussetzungen.
2. Stadterneuerung dient damit insgesamt dem Ziel, Stadtquartiere vor Verfall und Niedergang zu bewahren.
3. Stadterneuerung hat das Gesamtinteresse aller Bürger zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang bezieht sie die speziellen Bedürfnisse der in den Erneuerungsgebieten wohnenden und arbeitenden Menschen ein. Sie werden durch geeignete Verfahren umfassend beteiligt.
4. Stadterneuerung bedeutet konkret:
  - Durch Modernisierung von Wohnungen wird vorhandener Wohnraum dauerhaft gesichert. Dabei sind für die Bevölkerungsgruppen tragbare Mieten zu sichern. Für besonders bedürftige Bevölkerungskreise müssen die Mieten deutlich unter der Anfangsmiete im sozialen Wohnungsbau liegen. Um dies zu erreichen, ist der Einsatz besonderer öffentlicher Mittel zwingend.
  - Die im Wohnungsbestand angelegten Möglichkeiten zu neuen Wohnformen und zur Sicherung preiswerten Wohnraums werden behutsam ausgeschöpft. Dabei gilt grundsätzlich unter Einbeziehung der Wirtschaftlichkeit: Instandsetzung geht vor Modernisierung. Erhalt geht vor Abriss.
  - Durch Neu- und Ersatzwohnungen wird für alle Bevölkerungsgruppen neuer Wohnraum bereitgestellt.
  - Entkernungen von Innenhöfen bleiben in Einzelfällen erforderlich zur Sicherung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse.
  - Die vorhandenen Grün- und Erholungsflächen sind grundsätzlich zu erhalten, neue öffentliche und private Freiflächen sind nach den Gegebenheiten des Gebiets zu schaffen. Die Chancen zu einer Verbesserung der Freiraumqualitäten nach ökologischen Gesichtspunkten sind wahrzunehmen.
  - Sebsthilfegruppen als kleinerer Teil der Bevölkerung werden unterstützt.
  - Kleine und mittlere Gewerbebetriebe sind unverzichtbarer Bestandteil lebendiger Stadtstrukturen. Es gilt, diese unter Berücksichtigung umweltpolitischer Belange grundsätzlich zu sichern und zu entwickeln.
5. Stadterneuerung räumt den vorhandenen Arbeitsplätzen sowie der Schaffung neuer Arbeitsplätze einen besonderen Vorrang ein, auch weil sie der Beschäftigung der in den Gebieten lebenden Bevölkerung dienen. Die Förderung insbesondere von gewerblichen Ausbildungsangeboten begleitet die Aufgabe der Stadterneuerung.
6. Stadterneuerung muss schrittweise und in sorgfältig aufeinander abgestimmten Einzelmaßnahmen erfolgen. Die Maßnahmen sind im Rahmen des Möglichen auf die vorhandene städtebauliche, soziale und gewerbliche Struktur auszurichten. Dem Schutz des städtebaulichen Milieus kommt besondere Bedeutung zu.

(Quelle: Baubehörde Hamburg 1988:1)

**Abb. 11: Leitsätze zur behutsamen Stadterneuerung****4.7.2 'Armutsbekämpfung' und 'Soziale Stadtentwicklung'**

Die Stadt Hamburg reagierte verhältnismäßig früh auf die aus sozialräumlicher Polarisierung und Segregation entstehenden Probleme. Mit dem 1994 eingeführten 'Armutsbekämpfungsprogramm', welches seit 1998 als Programm 'Soziale Stadtentwicklung' weitergeführt wird, baut Hamburg auf eine in die 1970er Jahre reichende Tradition von Stadterneuerungsprogrammen (STEP), die auf bauliche sowie soziale Missstände reagieren. Hamburg gilt somit als einer der Vorreiter des seit 1999 bestehenden Bund- und Länderprogramms 'Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt'. Mit der Einführung des Programms wurde die Bekämpfung von sozialen Brennpunkten zum sozialpolitischen Schwerpunkt gemacht und Formen der Zusammenarbeit in Quartieren, zwischen Fachressorts, Verwaltungsebenen sowie zwischen Verwaltung und privater Ebene, gefördert. Als Großstadtstrategie bietet das Konzept Orientie-

rungspunkte und Hilfestellung für die Verbesserung der Lebensbedingungen in sozialen Brennpunkten. Die Leitziele orientieren sich an den 1988 formulierten Leitsätzen zur behutsamen Stadterneuerung. Die Kooperation und Beteiligung soll gestärkt und ein besserer Zugang auf den Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Dafür sollen kleine Gewerbe gefördert, preiswerter Wohnraum gesichert und zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden (vgl. ALISCH 1997:348f.; BERGER 1999:329). Das Quartiersmanagement spielt bei der Umsetzung der Ziele eine zentrale Rolle (s. a. Abschnitt 3.5.4.).

#### 4.7.3 Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung

2009 wurde das 'Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung' (RISE) als eine weitere Grundlage für die Stabilisierung in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf geschaffen. Es spiegelt den dritten Schwerpunkt Verantwortungsbereitschaft, neben Kreativität und Nachhaltigkeit des Leitbildes 'Wachsen mit Weitsicht', wider. Durch das Programm sollen Vorgehensweisen von Fachbehörden und Bezirksämtern in zentralen Handlungsfeldern und die bisherigen Programme der Stadtteilentwicklung und Stadterneuerung gebündelt werden, damit die Mittel effektiver eingesetzt werden und die Kooperation aller Beteiligten gefördert wird. *„Sie zielt u.a. auf die Weiterentwicklung Hamburgs als gerechte und lebenswerte Stadt, auf die Unterstützung der Menschen in ihrem konkreten Wohn- und Lebensumfeld sowie auf die Stärkung der Quartiere“* (BÜRGERCHAFT FHH 2009a:2). Die Leitziele richten sich auf die Verbesserung der Lebensbedingungen durch soziale und materielle Stabilisierung des Gebietes, der Entwicklungsperspektiven für die Menschen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wirtschaft und Integration und die Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten und der Eigenaktivität der Bürgerinnen und Bürger. Diese Leitziele sollen in Handlungsfeldern wie Familienförderung, Wohnen, lokaler Wohnungsmarkt und Wohnungswirtschaft, Wohnumfeld und öffentlicher Raum, Kultur im Stadtteil etc. umgesetzt werden. Die Handlungsfelder variieren je nach Problemlagen, Potenzialen und Ressourcen des Quartiers (für mehr Informationen s. BÜRGERCHAFT FHH 2009a).

#### 4.7.4 Soziale Erhaltungs- und Umwandlungsverordnung

In Hamburg wird neben der sozialen Erhaltungsverordnung (s. Abschnitt 3.5.2 ) die Umwandlungsverordnung angewendet. Sie erhöht die Wirksamkeit der sozialen Erhaltungsverordnung durch die Beschränkung bzw. Genehmigungspflicht für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Auf Initiative Hamburgs ist

die Umwandlungsforderung seit 1998 auch im BauGB (§ 172 (1)) festgeschrieben. Danach sind Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen abzulehnen, wenn der Verdacht einer Spekulation besteht und die Veränderung der sozialen Bevölkerungsstruktur droht (BISCHOFF et al. 2009:13). Für St. Pauli und St. Georg besteht seit 2010 bereits eine bauliche Veränderungssperre. Für die soziale Erhaltungsverordnung und Umwandlungsverordnung wird zurzeit noch die wissenschaftliche Untersuchung durchgeführt. Voraussichtlich werden sie 2011 in Kraft treten. Speziell für Viertel, die ihren Status als 'Sanierungsgebiet' und somit Mietpreisbindungen verlieren, dient eine soziale Erhaltungsverordnung dazu, die Kräfte des Immobilienmarktes zu steuern (vgl. FRITZSCHE 2010:15). Auch der Senat in Hamburg hat erkannt, dass steuernd eingegriffen werden muss, damit kontinuierlich steigende Mieten und der damit verbundenen Aufwertungs- und Verdrängungsdruck vermindert werden. Bisher wird dabei nur auf die soziale Erhaltungsverordnung als steuerndes Instrument zurückgegriffen (vgl. BÜRGERSCHAFT FHH 2010:4). Wie in St. Pauli ist die Veränderung oft schon weit fortgeschritten, wenn eine soziale Erhaltungsordnung letztendlich beschlossen wird. Das Verfahren soll jedoch laut Stadtentwicklungssenatorin J. Blankau beschleunigt werden (vgl. FELDHAUS 2011).

## 5 Sozialverträgliche Aufwertung des Gängeviertels durch kreatives Engagement

### 5.1 Das Gängeviertel Hamburg

Die 12 Häuser in der Hamburger Neustadt wurden durch die Initiative 'Komm in die Gänge' wieder als 'Das Gängeviertel'<sup>37</sup> in das Bewusstsein der Menschen gerückt. Es hat Kriege, eine rücksichtslose Sanierungspolitik und die Vernachlässigungen der letzten Jahrzehnte überlebt.

#### 5.1.1 Geschichtliche Bedeutung der Gängeviertel

Die Gängeviertel der Alt- und Neustadt sind bedeutsam für die Hamburger Stadtgeschichte. Zum Teil gab es sie als Wohngebiete der überwiegend ärmlichen Bevölkerung bereits seit dem Mittelalter (vgl. GRÜTTNER 1983:359). Seither haben die Viertel wesentliche Veränderungen erfahren. Insbesondere die Industrialisierungs- und die daraus resultierenden Urbanisierungsprozesse durch den wirtschaftlichen Erfolg Hamburgs, der insbesondere von der Bedeutung des Hafens ausging, haben die Strukturen der Viertel verändert. Bis in das 19. Jh. hinein hat sich die Stadtentwicklung innerhalb der mittelalterlichen Festungsmauern vollziehen müssen. Dies und die stetig zunehmende Zuwanderung haben zu einer erheblichen Verdichtung der vorhandenen innerstädtischen Bebauung geführt (vgl. GRÜTTNER 1983:359; DAHMS 2010:30, 34f.). In Hinterhöfen, Gärten und jeglichen Freiflächen entstanden zuerst eingeschossige, als Buden bezeichnete Wohnungen für die ärmere Bevölkerung. Diese wurden später durch sogenannte Sähle aufgestockt, die über eine separate Treppe zu erreichen waren (vgl. DAHMS 2010:30, 34) (s. Abb. 12 u. Abb. 13). Durch diese enorme Verdichtung entstanden Gänge, labyrinthartige, enge Gassen, in denen Fahrverkehr nicht möglich war (vgl. HASPEL 1987:31). Es wurde immer enger in Hamburg und durch die starke Bebauung und Verdichtung immer dunkler und ungesünder in den Wohnungen der Gängeviertel. Anfang des 17. Jh. wurde zunehmend im Hamburger Süden gebaut und durch die Neubefestigung der Wallanlage wurde auch die Neustadt mit einbezogen. Seither wird zwischen Gängeviertel der Alt- und der Neustadt unterschieden (vgl. DAHMS 2010:34f.). Im 19. Jh. waren bereits alle verfügbaren Flächen bebaut, sodass innerhalb der Wohnungen immer nä-

---

<sup>37</sup>Als das Gängeviertel werden die Reste des ehemaligen Arbeiterviertels, das von der Initiative besetzt wurde, bezeichnet. Wenn von den Gängevierteln gesprochen wird, sind die ehemaligen Arbeiterviertel der Alt- und Neustadt gemeint, die heute nicht mehr bestehen.

herzusammengerückt werden musste und zudem Schlafgänger<sup>38</sup> und Untermieter aufgenommen wurden.<sup>39</sup> Es ist speziell die ärmere Bevölkerungsschicht, die in den Gängevierteln wohnt, überwiegend Hafen- und Gelegenheitsarbeiter mit unregelmäßiger Beschäftigung, die von der Nähe zum Hafen abhängig waren (vgl. DAHMS 2010:46; HERZIG et al. 1983: 20). Durch die enorme Verdichtung und Enge ergaben sich für die Bewohner der Gängeviertel die in der Literatur häufig beschriebenen unmenschlichen Lebensbedingungen.<sup>40</sup> „Die Wohnungen waren nass, feucht und voller Ungeziefer, v.a. Wanzen piesackten die Menschen“ (DAHMS 2010:35). Dazu kam ein beißender Gestank, da eine Kanalisation nur teilweise vorhanden war und der Unrat häufig in der Straßenrinne landete (vgl. GRÜTTNER 1983:359). Diese Bedingungen wurden auch als Grund für die rasche Verbreitung der Cholera-Epidemie 1892, die tausende Todesopfer forderte und den Handel und den Hafen monatelang stilllegte, gesehen. Wie es sich aber herausstellte, war das infizierte Elbwasser das unfiltriert durch die Leitungen floss, die Ursache für die Ausbreitung, weil es versäumt worden war, wie in Altona eine Filtrationsanlage einzurichten (vgl. GRÜTTNER 1983:362; HASPEL 1987:32).



Abb. 12: Typische Sahlhäuser der Gängeviertel 1901 (Quelle: FREIWALD 1901)



Abb. 13: Links: Buden; rechts: typisches Sahlhaus (Quelle: ebd. 1904)

<sup>38</sup> Schlafgänger waren meist Schichtarbeiter, die sich für ein kleines Entgelt in ein Bett einquartierten. Der Rest der Wohnung durfte nicht benutzt werden und es gab auch keine Verpflegung. Manchmal musste sich der Schlafgänger das Bett auch teilen (vgl. DAHMS 2010, S. 50; GRÜTTNER 1983, S. 359).

<sup>39</sup> Im Schnitt lebten ca. fünf Personen in einer 20 bis 25 m<sup>2</sup> großen Wohnung (vgl. DAHMS 2010:35).

<sup>40</sup> Siehe GERNET 1865:4; HACKENBARG 1892:960 HUEPPE 1892:35; WICHERN 1847:68ff. in: SCHUBERT 1997 auf S. 90, 205, 202, 77

Um die wohnungshygienischen Verhältnisse zu verbessern, begann die erste große Flächensanierung in Deutschland (vgl. HASPEL 1987:32). Das bekannteste und erste Beispiel für Wohnungsvernichtung und Umsiedlung ist 1883 der Abriss des Gängeviertels im Süden Hamburgs, auf der Kehrwieder-Wandrahm-Insel für den Bau der Speicherstadt. Der Verbleib der Bevölkerung interessierte damals nicht. Um in Hafennähe zu bleiben, zogen die Menschen überwiegend in das Gängeviertel der Neustadt. Auf Grund der hohen Nachfrage wurde es zunehmend enger und auch teurer (vgl. DAHMS 2010:73ff.). Bei den Sanierungsmaßnahmen im Gängeviertel Neustadt Süd ab 1901 wurde noch das Ziel verfolgt, die Wohnverhältnisse zu verbessern ohne die angestammte Bevölkerung zu vertreiben. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Es wurden zwar Kleinwohnungen als Ersatz gebaut, aber die Anzahl war viel zu gering und die Mieten stiegen stark an. Demzufolge wurden die sozialpolitischen Ziele nicht erreicht und bei den folgenden Sanierungsmaßnahmen in der Altstadt und der Neustadt Nord nicht mehr bedacht. Man überließ die Entwicklungen dem „normalen kapitalistischen Gang“ (GRÜTTNER 1983:366). Statt die Wohnverhältnisse für die Bevölkerung zu verbessern, fiel die angestammte Bevölkerung der Sanierung zum Opfer. Entweder musste sich die Bevölkerung Wohnungen weiter außerhalb suchen, teurere Wohnungen beziehen oder in noch engeren Wohnverhältnissen leben (vgl. GRÜTTNER 1983:363ff.). Außerdem wurden damit die engen nachbarschaftlichen Beziehungen zerschlagen (vgl. DAHMS 2010:179). Die Sanierungen in der Altstadt waren nun gänzlich nicht mehr sozialverträglich. Die Intention, die Wohnverhältnisse zu verbessern spielte keine Rolle mehr. Das Ziel war es, das neue Rathaus von 1897 durch eine breite Geschäftsstraße, die Mönckebergstraße, mit dem Hauptbahnhof zu verbinden. Dafür musste das gesamte Quartier dazwischen abgerissen werden (vgl. DAHMS 2010:161). Das hatte nicht nur Auswirkungen auf die Bevölkerung, sondern auch politische, da auf Grund Insiderwissens mit den Grundstücken spekuliert wurde (vgl. DAHMS 201ff.).

Das Gängeviertel der Neustadt Nord blieb lange Zeit verhältnismäßig gut erhalten. In Folge der Verdrängung der Bevölkerung aus den anderen Teilen des Gängeviertels hat auch dort ein Verslumungsprozess eingesetzt. Während des Nationalsozialismus wurden dort ab 1933 ebenfalls Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Diese gehören zu den wenigen Beispielen für nationalsozialistische Stadtsanierungsmaßnahmen. Antrieb waren primär politische Ziele. Die dort herrschenden Lebenszustände, die als politische Gefahrenquelle gesehen wurden, sollten beseitigt werden, (vgl. GRÜTTNER 1983:367f.; SCHUBERT 1997:382ff.).

Damit wurde ein letztes Stück Alt-Hamburg aus politischen Gründen einfach wegsaniert. Weitere Reste des Gängeviertels wurden für die Verkehrserschließung oder Cityerweiterungspläne wie den Bau des Unilever-Hochhauses abgerissen. Bis in die 1950er Jahre gab es dort noch intakte Teile des Gängeviertels (vgl. HASPEL 1987:32). Heute findet man nur noch vereinzelt Gebäude des Gängeviertels in der Neustadt, im Bäckerbreitergang und im heutigen Gängeviertel, am Valentinskamp bzw. Caffamacherreihe. Bei Stadtführungen werden diese Reste als das 'Alte Hamburg' angepriesen, obwohl sie sich in der Neustadt befinden. In der Altstadt wurde noch radikaler bei der Sanierung vorgegangen (vgl. DAHMS 2010:13).

*„Vom einst berühmt berüchtigten Gängeviertel der Hamburger Altstadt [und auch zum größten Teil der Neustadt] ist nichts mehr zu finden. Spott erntet jeder, der heute im Herzen der Hansestadt Armut und Krankheit, Verbrechen und Prostitution, Verfall und Elend wittert. All das aber hatte seine Heimat genau hier, wo inzwischen Handel und Wohlstand, Warenfülle und Wohlgerüche, Farben- und Lichterglanz zu Hause sind“ (DAHMS 2010:10).*

Der durch eine Besetzung gerettete Teil der alten Gängeviertel zeigt die letzten Reste des ehemaligen für die Menschen und die Wirtschaft so wichtigen Arbeiterquartiers in der Innenstadt, das eine rigorose Sanierungspolitik, Kriege und die Vernachlässigung der letzten Jahre überlebt hat. Es erzählt Geschichte. Dieses Bewusstsein wurde aber erst durch die Besetzung wieder in das Bewusstsein der Menschen gerufen. Die Denkmalschutzwürdigkeit wurde zudem durch Gutachten des Denkmalschutzamtes belegt. Die Struktur des Viertels Valentinskamp/Caffamacherreihe/Bäckerbreitergang/Speckstraße war durch seine Kleinteiligkeit und eine Mischung aus Wohnen und Handwerk geprägt. Die Gebäude am Valentinskamp (s. Abb. 14, Nr. 1/2/8, sowie 3/4) sind Belege für Wohn- und Gewerbebauten aus der 2. Hälfte des 19. Jh., das Gebäude Valentinskamp 34 stammt sogar zum Teil aus dem 17. Jh.<sup>41</sup> Das Gebäude-Ensemble zeigt alte typische Hamburger Parzellenstruktur. Im Hinterhof befindet sich ein altes Fabrikgebäude (s. Abb. 14, Nr.7), das einzige spätgründerzeitliche Gewerbehaus, das ein Bild der Entwicklung der Innenstadt am Ende des 19. Jh. zeigt. Die Gebäude in der Caffamacherreihe (s. Abb. 14, Nr. 11/12) stellen Zeugnisse spätgründerzeitli-

---

<sup>41</sup> Das Gebäude Valentinskamp 34 gehört nicht zu den von der Initiative belegten Gebäuden, es ist renoviert und wird von Einzelhandel und ärztlichen Praxen genutzt.

cher Wohnhäuser dar und repräsentieren die Straßenbebauung Ende des 19. Jh. (vgl. Wohlleben 1995; Krauß 2000 u. 2000a)<sup>42</sup>.

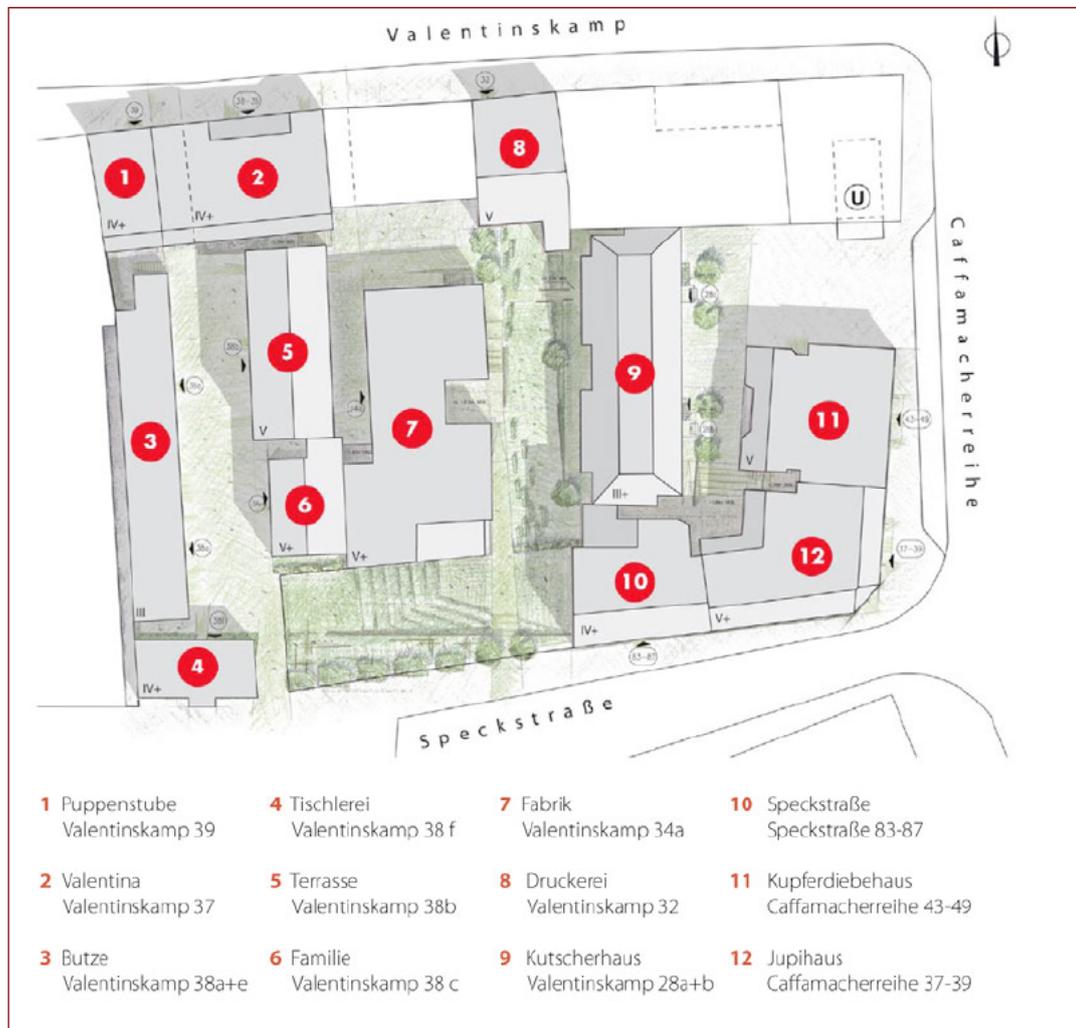


Abb. 14: Gebäudeplan Gängeviertel (Quelle: Gängeviertel e.V. 2010a:13)

### 5.1.2 Lage und Charakteristika des Untersuchungsraumes

Die Reste des Gängeviertels befinden sich im Stadtteil Neustadt mitten in der Hamburger Innenstadt in unmittelbarer Nähe zu den beliebten Shoppingmeilen wie dem Gänsemarkt, dem Jungfernstieg, der Europa-Passage und eine der exklusivsten Einkaufsstraßen Europas, dem Neuen Wall (vgl. HAMBURG.DE o.J.). Wenn man vom Gängeviertel aus in Richtung Westen bzw. Nordwesten geht, gelangt man auf kürzestem Weg in die Szeneviertel St. Pauli und Schanzenviertel (s. Karte in Anlage 4).

<sup>42</sup> Die Quellen finden sich in digitaler Form in Anhang 2.

Nicht nur die Lage des Gängeviertels inmitten der Hamburger Innenstadt stellt eine Besonderheit dar, sondern auch die rundum gelegenen historischen Zeugnisse aus unterschiedlichen Epochen der Hamburger Geschichte. Hamburger



**Abb. 15: Bäckerbreitengang (Quelle eigenes Foto 2011)**

vorindustrielle Fachwerkarchitektur findet man nur wenige Meter vom Gängeviertel entfernt im Bäckerbreitengang (s. Abb. 15). Diese aus dem 18./19. Jh. stammenden Häuser gehören ebenfalls zu den letzten Resten des historischen Gängeviertels und stehen unter Denkmalschutz (vgl.

STIFTUNG DENKMALPFLEGE HAMBURG O.J.; DITTMANN 2010a). Nördlich vom heutigen Gängeviertel befindet sich der berühmte Park Planten un Bloomen, in dem es unter anderem Reste der alten Wallanlage zu sehen gibt. Am östlichen Ende des Valentinskamps befindet sich eines der bedeutenden Hamburger Kontorhäuser aus den 1920er Jahren, in dem sich heute die Finanzbehörde befindet (s. Abb. 16) (vgl. STAHNKE 2005). Zu dieser bedeutenden Hamburger Kontorhausarchitektur gehört auch das Brahms-Kontor am Johannes-



**Abb. 16: Finanzbehörde aus Richtung Gänsemarkt (Quelle: eigenes Foto 2011)**

Brahms prägt diesen Teil der Stadt besonders, da in direkter Nachbarschaft zum Gängeviertel sein Geburtshaus stand.

Heute befindet sich dort zu seinen Ehren ein Denkmal. Zum Teil unter Denkmalschutz stehende gründerzeitliche Gebäude finden sich vor allem in der Kaiser-Wilhelm-Straße (s. Abb. 24). Aber auch architektonische Zeitzeugen der Nachkriegszeit sind in dieser Gegend zu finden. Das ehemalige Unilever-Hochhaus ist das erste Hochhaus Hamburgs und dokumentiert den Hochhausstil der 60er Jahre, weshalb es seit 2000 auch unter Denkmalschutz steht (vgl. STAHNKE 2005). Für den Bau des Unilever-Hochhauses wurde 1958 ein großer Komplex des Neustädter Gängeviertels abgerissen (vgl. FINK 2010).

Das Charakteristische an diesem Teil der Stadt und der Lage des Gängeviertels ist der Kontrast zwischen Alt und Neu. Es entsteht eine neue „Boomtown zwischen Johannes-Brahms-Platz, Gänsemarkt und Axel-Springer-Platz“ (REBASCHUS 2007).



**Abb. 17: Gängeviertel mit Unilever-Hochhaus im Hintergrund (Quelle: eigenes Foto 2011)**

Das Unilever-Hochhaus liegt direkt gegenüber dem historischen Gängeviertel und wird zurzeit saniert. Die 60er Jahre Optik bleibt erhalten, nur die Fassade wird energetisch optimiert. Wenn man sich im Gängeviertel befindet und Richtung Norden schaut, kann man den 21-stöckigen Glasbau sehen (s. Abb. 17). Daneben entsteht auf einer ehemaligen Grünfläche ein weiterer Neubau, in dem ein Hotel, Büros und Wohnungen Platz finden sollen. Zusammen werden die beiden Gebäude das neue Emporio-Quartier bilden (vgl. SCHÜTTE 2008). Schaut man in Richtung Süden sieht man das 2009 fertig gestellte 'Brahms-

Quartier', das direkt an das Gängeviertel angrenzt und dort errichtet wurde, wo früher das Geburtshaus von Johannes Brahms stand (s. Abb. 18 u. Abb. 19). Angrenzend an den neuen Komplex befindet sich das Gebäude-Ensemble des Axel-Springer-Verlags, teils 60er Jahre Stil, teils neu gebaut (s. Abb. 27 u. Abb. 28).

*„Büropaläste in Glas und Stahl säumen die Straße, dazwischen Verwaltungsgebäude im klassischen norddeutschen Klinker. Die Firmenschilder verzeichnen internationale Versicherungs- und Immobilienmakler, Coaching- und IT-Finanzdienstleister, Rechtsanwaltskanzleien, Zeitarbeitsfirmen und Marketingagenturen. In den Erdgeschossen verkaufen Coffee-Shops und Franchise-Gastronomie Bagels, Wraps, Caffé Latte und Sushi-to-go. [...] Vor dem Unilever-Hochhaus klafft eine riesige Baugrube. Der kleine Park, der das denkmalgeschützte Hochhaus von 1963 ganz im Sinne der Nachkriegsmoderne mit gefälligem Abstandsgrün gerahmt hat, muss einem neuen Gebäude weichen. Die Fondsgesellschaft Union Investment will aus dem Klassiker ein Landmark Building mit dem klangvollen Namen Emporio machen“ (TWICKEL 2010a:71).*



Abb. 18: Brahms-Quartier und Gängeviertel (Quelle: eigenes Foto 2011)

Abb. 19: Brahms-Quartier aus dem Gängeviertel (Quelle: eigenes Foto 2011)

Ecke Valentinskamp/Caffamacherreihe, im direkten Anschluss an die kleinen Fachwerk-, Klinker- und Putzbauten aus dem 19. Jh. steht ein weiterer moderner Bürobau mit Stahl- und Glasfassade (s. Abb. 20). Der Kontrast zwischen alt und neu wird auch hier deutlich.



Abb. 20: Modernes Bürogebäude im direkten Anschluss an das Gängeviertel (Quelle: eigenes Foto 2011)

### 5.1.3 Bestandsanalyse des Gängeviertels und des angrenzenden Gebietes

Um den in Punkt 5.2. gewonnenen Eindruck zu belegen und den Charakter des Viertels genauer zu beleuchten, wurde eine Bestandserhebung des Gängeviertels und des angrenzenden Gebietes durchgeführt (vgl. Anlage 3 u. Abb. 24).

Beim ersten Blick auf die erhobenen Statistiken, scheint die Höhe der Gebäude nicht so dominant. 45 Gebäude haben weniger als sechs Geschosse, 29 Gebäu-

de haben eine Anzahl von sechs bis sieben und 23 haben eine Geschossanzahl von acht und mehr Geschossen, davon drei über zehn (vgl. Abb. 21). Die Neubauten seit den 1960er Jahren nehmen jedoch auch wesentlich mehr Fläche in Anspruch als die aus den 19.Jh. stammenden Fachwerk-, Klinker- und Putzbauten oder die ebenfalls unter Denkmalschutz stehende Häuserzeile in der ABC-Straße. Die Flächeninanspruchnahme der Gebäude lässt sich gut auf der Karte mit den Gebäudenutzungen (s. Abb. 24) erkennen, dort wird deutlich, wo sich die kleinteilige oftmals denkmalgeschützte Bebauung befindet. Die großen Komplexe wie das Axel-Springer-Verlagshaus oder das ehemalige Unilever-Hochhaus haben mehr als acht Geschosse.

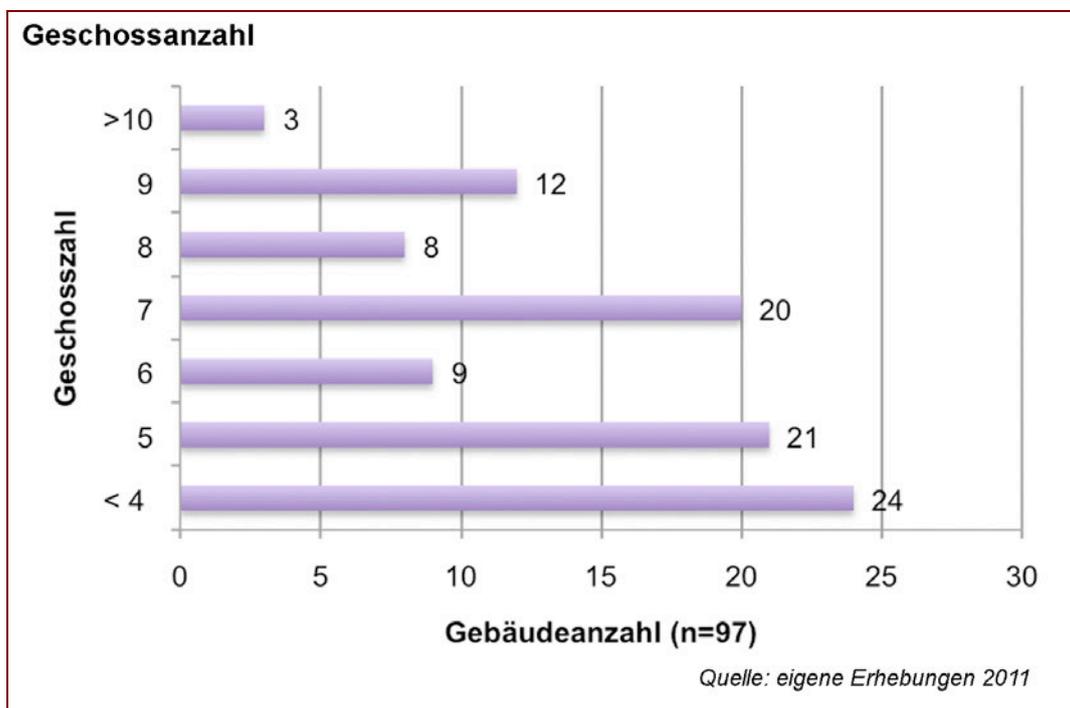
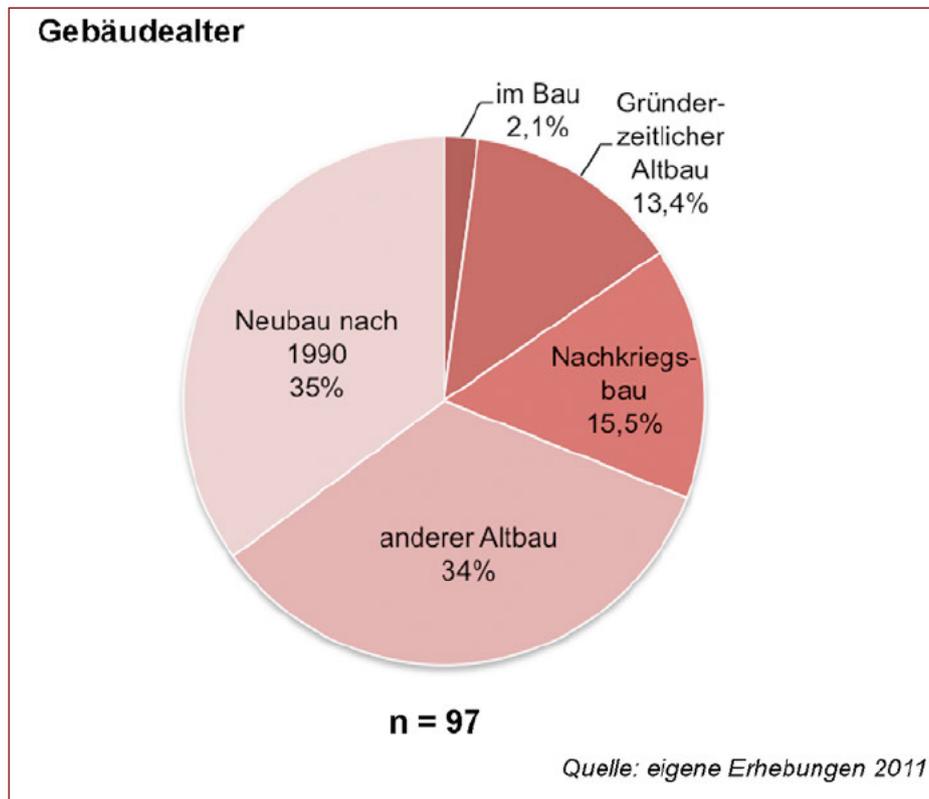


Abb. 21: Geschossanzahl der Gebäude im Untersuchungsraum

Nicht nur die Neubauten ab den 1960er Jahren haben eine höhere Geschossanzahl, sondern auch die aus den 1920er Jahren stammenden Kontorhäuser. Insgesamt sind 35% des Gebäudebestandes nicht älter als 20 Jahre. Hervorstechende Bauprojekte der letzten zehn Jahre sind das 2001 fertiggestellte Gebäude der DIFA (Deutsche Immobilien Funds AG) an der Ecke Valentinskamp/Caffamacherreihe, das 2009 eingeweihte Gebäude der AON Deutschlandzentrale des weltweit größten Versicherungsmaklers in der Caffamacherreihe 16 und das 2008 fertiggestellte neue Geschäfts- und Bürohaus in der ABC-Straße 21. Das wohl größte Projekt in der Gegend ist das Brahms-Quartier, welches erst

2009 fertiggestellt wurde. Das zukünftige Emporio-Quartier befindet sich im Bau. Durch diese hohe Bautätigkeit der letzten Jahre wird der Eindruck einer 'Boomtown' bestätigt. Demgegenüber steht ein auch nicht unerheblicher Anteil an gründerzeitlichen Gebäuden von 13% und anderen Altbauten von 34%, dabei gilt aber ähnlich wie bei der Geschosshöhe, dass dieser Anteil erheblich weniger Fläche in Anspruch nimmt (vgl. Abb. 22).



**Abb. 22: Alter der Gebäude im Untersuchungsraum**

Der Zustand der Gebäude kann zu 84,5% als saniert/renoviert oder neu gebaut bzw. als neutral bezeichnet werden (vgl. Abb.23). Diese hohe Sanierungsquote (ca. 36,1%) bestätigt ebenfalls den Eindruck eines Baubooms im nordwestlichen Teil der Neustadt. Ein relativ hoher Anteil der Gebäude wurde in die Kategorie 'neutral' eingestuft. Dies könnte daran liegen, dass die Entwicklung in der nordwestlichen Neustadt bereits sehr früh angefangen hat und sich der 'Bauboom' der letzten Jahre im Endstadium befindet. Heute sind nur noch über dem zukünftigen Emporio-Quartier sich drehende Kräne zu sehen (vgl. REBASCHUS 2007). Als sanierungsbedürftig (13,4%) werden vor allem die Gebäude im Gängeviertel angesehen, aber auch einzelne gründerzeitliche Altbauten in der Kaiser-Wilhelm-Straße, die zum Teil vollständig leer stehen (Kaiser-Wilhelm-Straße 81-87). Leerstände sind vereinzelt auch in Büroneubauten, z.B. in der ABC-Straße oder am

Johannes-Brahms-Platz zu finden (s. Abb. 24). Ob die Leerstände in den gründerzeitlichen Altbauten spekulationsbedingt sind, lässt sich schwer beurteilen, da in diesem Bereich die Entwicklung eigentlich bereits weit fortgeschritten und keine weitere Gentrification mehr zu erwarten ist. 2005 lagen die Mieten für Büroflächen nach Einschätzungen von Jones LaSalle im Valentinskamp zwischen 13 und 14 €/m<sup>2</sup> und damit im „mittleren Segment des Hamburger Büromarktes“ (STAHNCKE 2005). 2007 wurde bereits davon gesprochen, dass die Grundstückspreise in den letzten 2 Jahren um 30 bis 40% gestiegen sein sollen (vgl. REBASCHUS 2007). Wenn man sich den Mietenspiegel für Wohnraum anschaut, wird die Gegend als 'normal' bezeichnet, demnach müssten die Mieten für Wohnraum zwischen 4,42 € und 10,59 € je m<sup>2</sup> Wohnfläche liegen (vgl. FHH 2009).

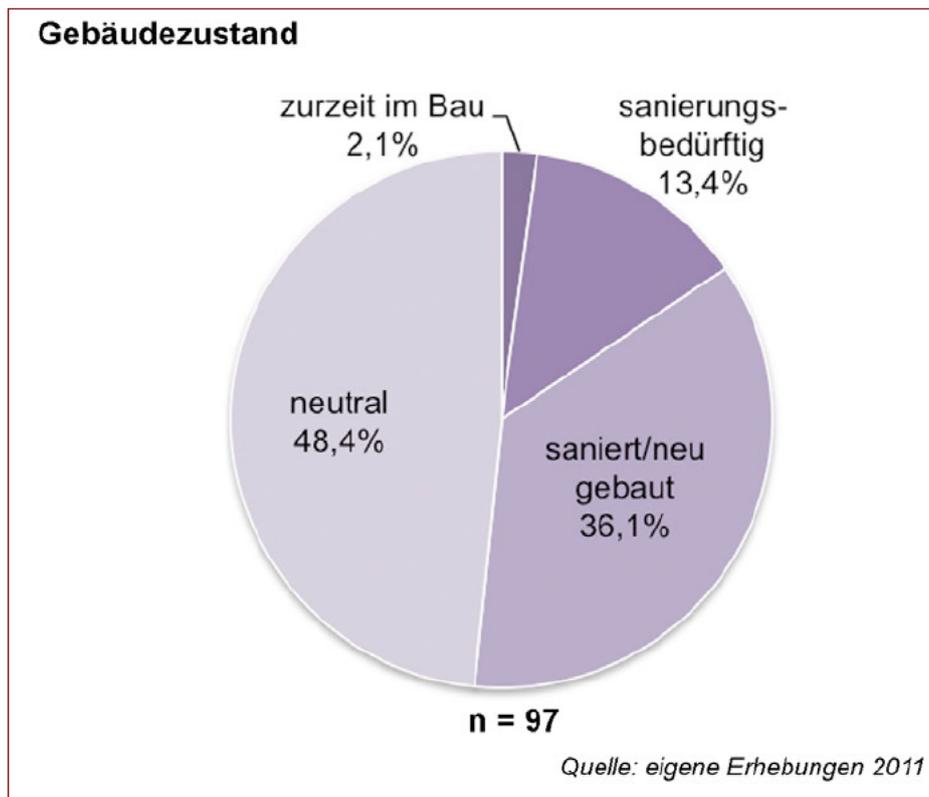


Abb. 23: Zustand der Gebäude im Untersuchungsraum

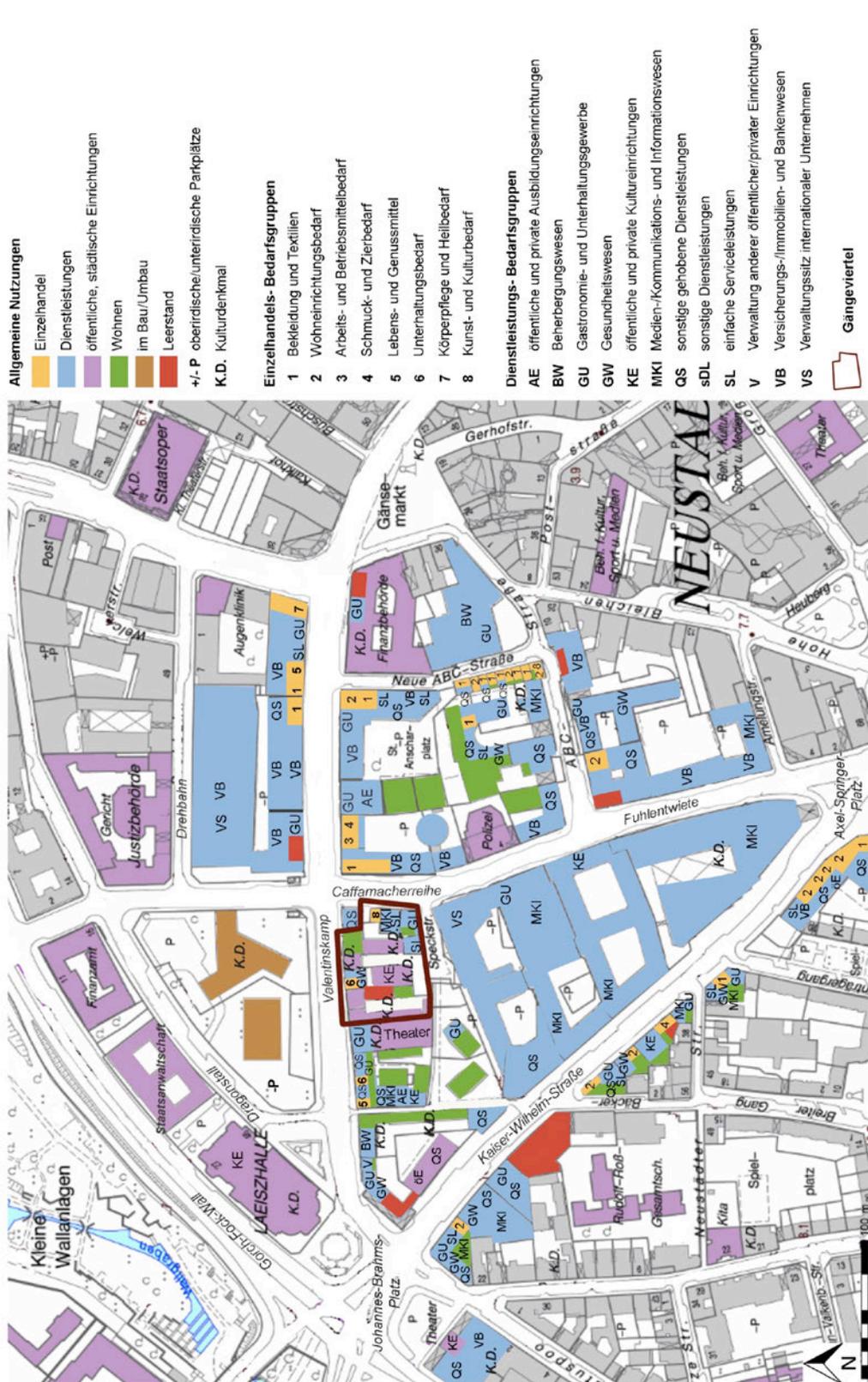
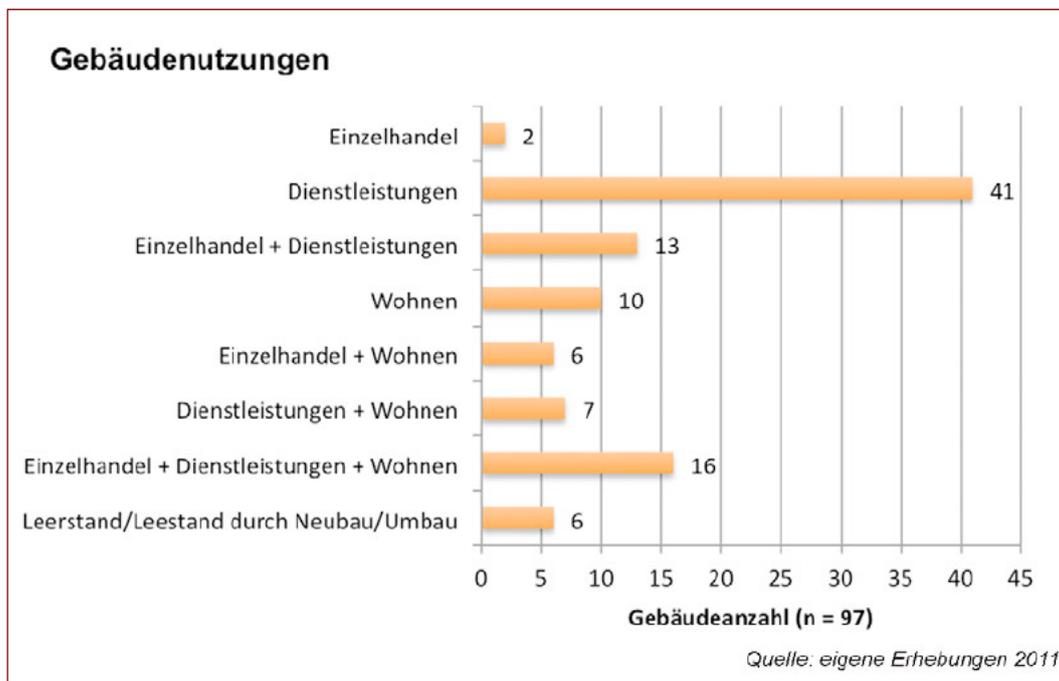


Abb. 24: Karte mit Gebäudenutzungen im Untersuchungsraum

Das Gängeviertel mit dem Wunsch seiner Bewohner nach mehr Geschichtsbewusstsein, enger Nachbarschaft, Lebendigkeit in der Stadt und Wohnen in der Stadt liegt inmitten einer der wichtigsten Einkaufs- und Geschäftsmeilen Hamburgs. Die Bestandsanalyse zeigt, dass vor allem die Dienstleistungsbranche einen sehr hohen Anteil im Untersuchungsraum ausmacht. Der Einzelhandel spielt nur eine nebensächliche Rolle. Es dominieren vor allem neue und große Bürokomplexe, in denen im Erdgeschoss vereinzelt Einzelhandel und Gastronomie zu finden sind. Insgesamt gibt es 41 Gebäude, die allein von Dienstleistungen genutzt werden, zusammen mit Einzelhandel und/oder Wohnen sind es sogar 74 von 97 Gebäuden in denen sich Dienstleistungseinrichtungen befinden (vgl. Abb. 24 u. Abb. 25).



**Abb. 25: Nutzungen der Gebäude im Untersuchungsraum**

Reine Wohnnutzungen sind in insgesamt 10 Gebäuden festzustellen (vgl. Abb. 25), wobei sich diese zumeist im Hinterhof befinden bzw. nicht an den Hauptverkehrsstraßen wie z.B. im Bäckerbreitengang oder im 'BrahmsQuartier' (vgl. Abb. 24). Des Weiteren befinden sich in 25 Gebäuden neben Einzelhandelseinrichtungen und/oder Dienstleistungseinrichtungen zumeist in den oberen Geschossen oder im Hinterhaus Wohnungen. Wie die Karte (Abb. 24) auch eindeutig zeigt, ist das Untersuchungsgebiet keine Wohngegend und von einer gleichwertigen

Durchmischung kann wegen der eindeutigen Dominanz des Dienstleistungssektors auch nicht gesprochen werden.

Das Untersuchungsgebiet liegt mitten in der Innenstadt in direkter Nachbarschaft zu einer großen Auswahl an Einkaufsmöglichkeiten, daher scheint im untersuchten Bereich der Bedarf an Einzelhandelseinrichtungen nicht besonders groß zu sein. Insgesamt befinden sich in diesem Bereich 38 Einzelhandelseinrichtungen, dabei handelt es sich zumeist um Spezialgeschäfte des mittelfristigen bzw. langfristigen Bedarfs der exklusiveren Kategorie. Wie Tab. 9 zeigt, sind die Einzelhandels-Bedarfsgruppen Bekleidung und Textilien mit 13 Einrichtungen und Wohneinrichtungsbedarf mit 12 Einrichtungen am häufigsten vertreten. Zur Bedarfsgruppe Bekleidung und Textilien zählen unter anderem ein Herrenbekleidungsgeschäft der hochwertigeren Kategorie wie auch ein Spezialgeschäft für Tanzmode. Bei den Geschäften für Wohneinrichtungen handelt es sich zumeist auch um Spezialgeschäfte der exklusiveren Kategorie wie ein Kamingeschäft oder ein Babyeinrichtungsfachgeschäft. Die Neustadt zählt zu einem der bevorzugten Galeriestand-

orte in Hamburg, so finden sich auch im Untersuchungsgebiet insgesamt fünf Galerien, darunter die weltweit vertretene Lumas-Galerie in der ABC-Straße. Die anderen Bedarfsgruppen sind nur vereinzelt zu finden. Eine räumliche Konzentration des Einzelhandels scheint

**Tab. 9: Einzelhandels-Bedarfsgruppen im Untersuchungsraum**

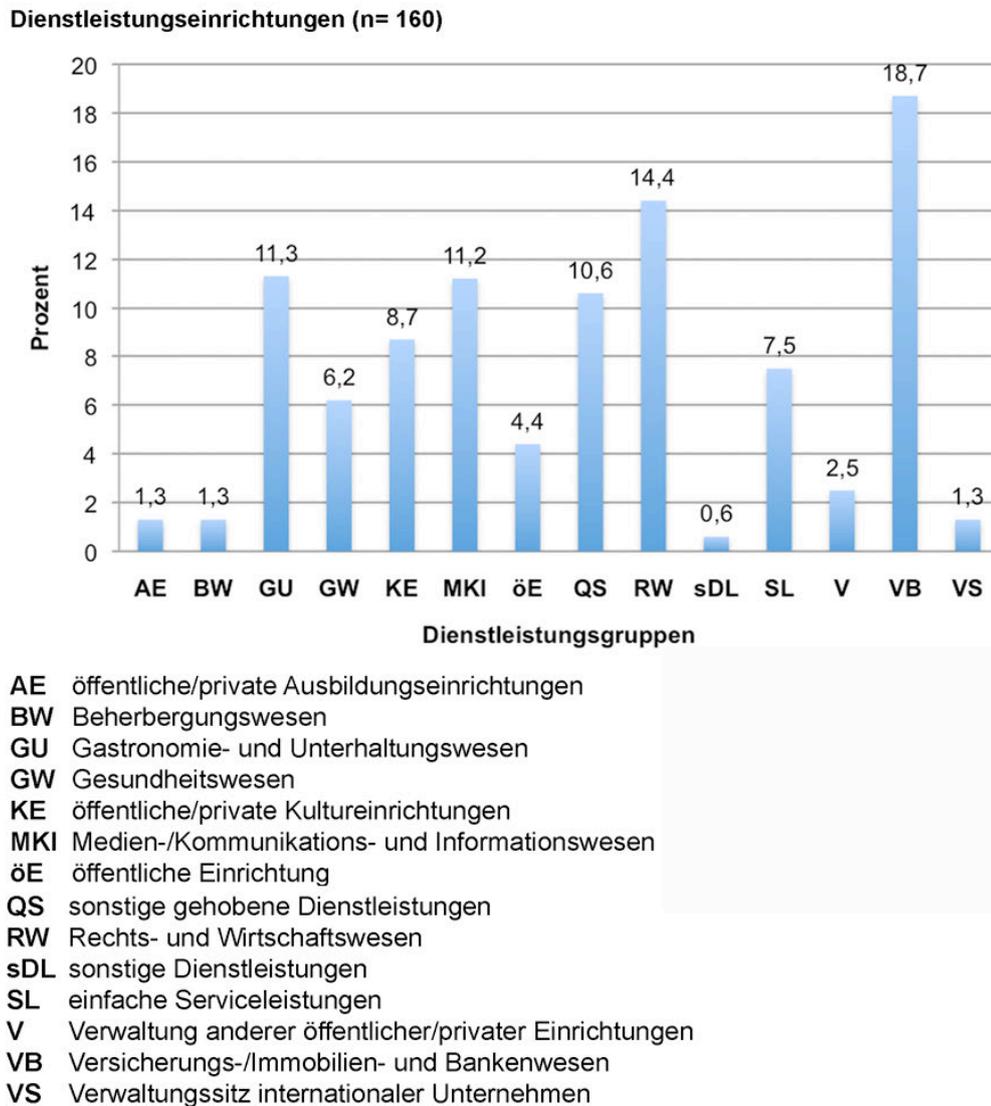
<b>Bedarfsgruppe</b>	
1. Bekleidung und Textilien	13
2. Wohneinrichtungsbedarf	12
3. Arbeits- und Betriebsmittelbedarf	1
4. Schmuck- und Zierbedarf	2
5. Lebens- und Genussmittel	1
6. Unterhaltungsbedarf	2
7. Körperpflege und Heilbedarf	1
8. Kunst- und Kulturbedarf	5
<b>Gesamt</b>	<b>38</b>

*Quelle: eigene Erhebungen 2011*

es nicht zu geben. Vermehrt sind die Geschäfte in den denkmalgeschützten Fachwerkhäusern der Neuen-ABC-Straße zu finden, im östlichen Teil des Valentinskamps und im südlichen Abschnitt der Kaiser-Wilhelm-Straße (vgl. Abb. 24).

Wie bereits festgestellt, dominiert der Dienstleistungssektor in diesem Teil der Stadt. Dieser befindet sich zumeist in den Neubauten, die einen größeren Flächenanteil einnehmen, aber auch in den gründerzeitlichen Altbauten am nördlichen Ende der Kaiser-Wilhelm-Straße konzentrieren sich Dienstleistungseinrich-

tungen, insbesondere des Quartären Sektors, des Rechts- und Wirtschaftswesens, des Gesundheitswesens und des Medien-/Kommunikations- und Informationswesens (vgl. Abb. 24). Insgesamt wurden ca. 160 Einrichtungen<sup>43</sup> gezählt.



Quelle: eigene Erhebungen 2011

**Abb. 26: Dienstleistungseinrichtungen nach Gruppen**

Wie Abb. 26 zeigt, nimmt das Versicherungs-/Immobilien- und Bankenwesen den größten Anteil mit 18,7% ein. Dazu gehören unter anderem Filialen sowie Verwaltungssitze der Commerz- und der SEB-Bank oder auch Immobilienberatungsbüros. Die ebenfalls zum Quartären Sektor gehörende Dienstleistungs-

<sup>43</sup> Die exakte Anzahl an Dienstleistungseinrichtungen konnte nicht erfasst werden, da die Angaben an den Eingängen oft irreführend und nicht detailliert genug waren.

gruppe des Rechts- und Wirtschaftswesens ist prozentual häufig vertreten (14,4%).<sup>44</sup> Die vielen Einrichtungen des Rechtswesens könnten auf die Nähe zur Staatsanwaltschaft sowie zur Justizbehörde zurückzuführen sein. Die Kreativwirtschaft spielt mit dem Medien-/Kommunikations- und Informationswesen (11,2%) ebenfalls eine wichtige Rolle. Im Großen und Ganzen handelt es sich vor allem um Dienstleistungen des gehobenen Segments, dem sogenannten quartären Sektor. Aber auch die sonstigen gehobenen Dienstleistungen nehmen einen Anteil von 10,6% ein.

Auch immer mehr internationale bzw. renommierte Unternehmen zieht es in die Innenstadt, so auch in den nordwestlichen Teil der Neustadt zwischen Einkaufsmeile und Szenevierteln. Dazu gehören unter anderem der Mineralölkonzern ConocoPhillips, der seine Deutschlandzentrale von der City-Nord in die Innenstadt verlagert hat sowie der Mineralölkonzern Exxon-Mobil, der nun seine Deutschlandzentrale im neuen 'BrahmsQuartier' eingerichtet hat (vgl. STÜRMLINGER 2009). Seit 2009 gibt es mit der AON Deutschlandzentrale in der Caffamacherreihe einen weiteren Verwaltungssitz eines internationalen Unternehmens im Untersuchungsraum. Seit nun über 60 Jahren befindet sich in unmittelbarer Nähe zum Gängeviertel das Axel-Springer-Verlagshaus, welches auch durch die Axel-Springer-Passage eine Vergrößerung erfahren hat (s. Abb. 27 u. Abb. 28). Das Gastronomie- und Unterhaltungswesen macht ebenfalls einen großen Anteil des Dienstleistungssektors aus (11,3%). Die vielen Bistros, Cafés und Restaurants sind besonders während der Mittagszeit sehr gut besucht, da sie wohl vor allem zur Verpflegung der in dieser Gegend arbeitenden Bevölkerung dienen.<sup>45</sup>

---

<sup>44</sup> Auf Grund des hohen Anteils an Einrichtungen des Rechts- und Wirtschaftswesens wurde diese Gruppe in Tab. 9 gesondert aufgelistet, in Abb. 24 wird diese Gruppe mit den sonstigen gehobenen Dienstleistungen, auf Grund besserer Lesbarkeit, zusammengefasst.

<sup>45</sup> Beobachtet während der Bestandsaufnahme zur Mittagszeit.



**Abb. 27: ursprünglicher, unsanierter Teil des Axel-Springer-Verlagshauses (Quelle: eigenes Foto 2011)**



**Abb. 28: Hamburger Abendblatt vom Gängeviertel aus, neuer Teil des Axel-Springer-Verlagshauses (Quelle: eigenes Foto 2011)**

Eine weitere Besonderheit in diesem Teil der Stadt ist die hohe Konzentration von öffentlichen Einrichtungen. Insbesondere die Anzahl an Behörden, die sich in fußläufiger Entfernung vom Gängeviertel befinden, wie die Justizbehörde, die Finanzbehörde und die Behörde für Kultur, Sport und Medien, ist auffallend (vgl. Abb. 24).



**Abb. 29: Laeiszhalle mit Unilever-Hochhaus im Hintergrund (Quelle: eigenes Foto 2011)**

Trotz einer hohen Dichte an gehobenen Dienstleistungen findet man auch viele öffentliche sowie private Kultureinrichtungen (8,7%), die sich nicht nur im Gängeviertel befinden (vgl. Abb. 26). Im näheren Umfeld befindet sich das Opernloft, der Hamburger Engelssaal, ein Operntheater direkt neben dem Gängeviertel und die Laeiszhalle. Die Laeiszhalle war

bei ihrer Einweihung 1908 das modernste Konzerthaus Deutschlands und hat Musikgeschichte geschrieben. Heute gehört sie zur Elbphilharmonie und hat im-

mer noch eine große Bedeutung für das Hamburger Musikleben (s. Abb. 29) (vgl. HAMBURGMUSIK GmbH o.J.). Die Laeiszhalle gehört ebenso wie die Häuser im Bäckerbreitergang, die Kontorhäuser, die Fachwerkhäuser in der neuen ABC-Straße und das Unilever-Hochhaus zu den Kulturdenkmälern in diesem Bereich der Stadt. Die Häuser im Gängeviertel sind aber wohl die bekanntesten.

#### 5.1.4 Die Initiative 'Komm in die Gänge'

##### 5.1.4.1 Die Besetzung des Gängeviertels

Wie die vorangegangenen Erläuterungen zeigen, unterliegt die Umgebung des Gängeviertels großem Entwicklungsdruck. Dabei besteht die Gefahr, dass die Kulturdenkmäler in diesem Bereich der Stadt von den zahlreichen neuen Bürokomplexen dominiert werden oder einfach verschwinden. Auch das zum größten Teil denkmalgeschützte Gängeviertel sollte den Entwicklungsdynamiken unterliegen. Das Häuser-Ensemble stand einige Jahre leer und wurde dem Verfall überlassen. Im Höchstgebotsverfahren wurde es 2002 von der Hamburger Finanzbehörde an einen Investor verkauft. Aufgrund von Zahlungsunfähigkeit verkaufte dieser 2006 an den holländischen Investor Hanzevast, der im Sommer 2009 mit den Sanierungs- bzw. Abrissarbeiten beginnen wollte. Durch die jahrelange Vernachlässigung der Gebäude sind diese in einem sehr schlechten Zustand, so dass ca. 80 Prozent der denkmalgeschützten Gebäude abgerissen werden sollten. Wahrscheinlich sollten nur die Fassaden erhalten bleiben (vgl. BRIEGLEB 2009:13; MÜLLER-LOBECK, CH. 2009). Dies wollte die Initiative 'Komm in die Gänge' (s. Abb. 30) verhindern und zog am 22. August 2009 ins Gängeviertel. An diesem Tag wurde ein Hoffest veranstaltet, welches ohne Ende konzipiert war. Seither finden im Gängeviertel Ausstellungen, Filmvorführungen, Lesungen, Konzerte, Diskussionen und ähnliches statt. Sie haben das Gängeviertel einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Anders als bei vielen anderen Hausbesetzungen wurde die Initiative nicht geräumt, sondern geduldet und man hat erste Gespräche und Verhandlungen mit städtischen Behörden geführt. Die Zahlungsunfähigkeit des Investors und der große Zuspruch aus verschiedensten bürgerlichen Schichten spielten der Initiative in die Karten. Mitte Dezember 2009 wurde das erste Ziel erreicht. Das Gängeviertel wurde von der Stadt für 2,8 Mio. € zurückgekauft (vgl. BSU 2009) (vgl. GÄNGEVIERTEL e.V. 2010a:4).



*"Mit der Besetzung des Gängeviertels entstand über Nacht eine selbstorganisierte „Traumstadt“ - mitten in Hamburg. Diese steht der Stadt des Ausschlusses und der Verdrängung, der Stadt des Höchstgebotsverfahrens und der Stadt der Tiefgaragen, der Stadt des Marketings und der Stadt der Eventkultur entgegen"* (GÄNGEVIERTEL E.V. 2009 in Anlage 17:1) .

**Abb. 30:** Logo der Initiative 'Komm in die Gänge' (Quelle: GÄNGEVIERTEL E.V. o.J.)

Neben dem Ziel die denkmalgeschützten Gebäude zu erhalten, wollte die Initiative auch mitten in der Innenstadt ein Zeichen setzen und auf die zunehmend profitorientierte Stadtentwicklungspolitik aufmerksam machen. Die Mitglieder kritisieren, dass immer mehr Raum vom Handel und von teuren Wohnungen in Anspruch genommen wird und dabei Nischen und Freiräume verschwinden. Durch diese Politik wird die Polarisierung von Arm und Reich gefördert, insbesondere durch die zunehmenden Gentrificationprozesse in Hamburg. Immer mehr preisgünstiger, bezahlbarer Raum verschwindet, obwohl es in der Stadt eine hohe Anzahl an leerstehenden Flächen, insbesondere Büroflächen, gibt. Zudem wird die Kritik gegen die Instrumentalisierung von Künstlern und Kreativen als Werkzeug für Gentrification immer lauter (vgl. GÄNGEVIERTEL e.V. 2010a:5f.). Sie fordern Freiflächen, bezahlbare Räume, mehr öffentliche Räume, ein Recht auf Stadt mit mehr Bürgerbeteiligung, einen bewussteren Umgang mit Denkmalschutz und Möglichkeiten für alternative Lebensformen in der Stadt. Diese Möglichkeiten soll das Gängeviertel eröffnen. *„[Es soll] ein offener, wirklich sozialer und kulturell vielfältiger Ort [werden]“* (GÄNGEVIERTEL e.V. 2010a:9). Ein Ort der Diskussion und Teilhabe, Beteiligung und Bewegung, der neue Stadt- und Lebenswirklichkeiten zulässt (vgl. ebd.: 6ff.). M. ZIEHL 2011 sieht im Gängeviertel einen alternativen Gesellschaftsentwurf (vgl. 2011:11, Anlage 12). T. HAUPT beschreibt es als einen Mikrokosmos *„in dem Leben, Arbeiten, Freundschaft und*

*Kollegen nicht so weit voneinander entfernt sind“* (2011:8, Anlage 16) (s. a. Anlage 4).

#### 5.1.4.2 Das Entwicklungskonzept

Die Initiative ist nicht aus Widerstand um des Widerstandswillen in die Gänge gekommen, sondern mit einem Plan, etwas in der Stadt und am städtischen Leben zu verändern. Um ihre Visionen, Ideen und Ziele zu veranschaulichen, haben sie der Stadt Hamburg und der Öffentlichkeit am sogenannten 'Zukunftswochenende' im April 2010 ihr Entwicklungskonzept vorgelegt (vgl. GÄNGEVIERTEL e.V. 2010a).<sup>46</sup> Neben einigen Grundsätzen, die das Leben und Arbeiten im Viertel prägen sollen, wird auch auf den Denkmalschutz, die Raumnutzung und –vergabe, die Organisationsstruktur, die baulichen Vorstellungen und die Finanzierung eingegangen.

Grundlegend für die weitere Entwicklung sind die Grundsätze:

1. Offenheit und breite Zugänglichkeit für alle
2. Selbstbestimmung und -gestaltung des eigenen Lebensumfelds
3. Lebhafter Diskursraum für künstlerische und gesellschaftliche Fragen
4. Vielfalt der Lebensentwürfe und der kulturellen Perspektive
5. Freiräume für künstlerische und kulturelle Entwicklung
6. Gemeinschaftliches Leben ohne Verwertungsdruck und gegenseitige Verdrängung
7. Wiederbelebung des Charakters des historischen Viertels.

*Quelle: GÄNGEVIERTEL e.V. 2010a:11*

Ein Nebeneinander von Wohnen, Arbeiten und Öffentlichkeit soll entstehen und die Räume sollen kulturell, sozial aber vor allem vielfältig genutzt werden. Das Gängeviertel soll ein Ort für alle werden, um das zu verwirklichen, wird es öffentliche Räume speziell im zentral gelegenen alten Fabrikgebäude geben. Dort sollen Veranstaltungsräume, offene Ateliers, Probe- und Seminarräume sowie Räume für Ausstellungen entstehen. Schon heute finden in diesem Teil des Viertels viele Veranstaltungen statt, die der breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. Die Förderung von Räumen für die kreative und künstlerische Entfaltung ist ein wichtiger Baustein im Konzept. Neben den bestehenden sollen weitere Ateliers,

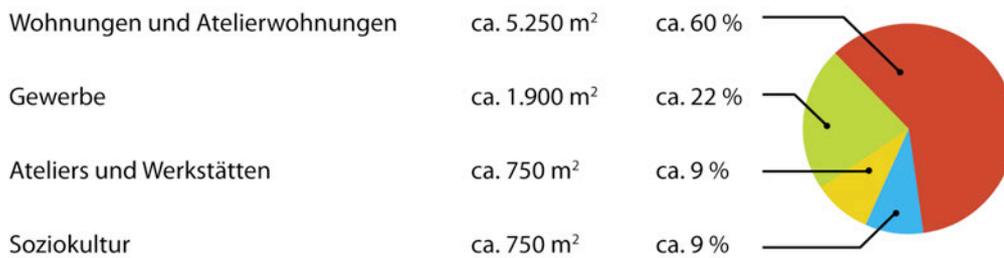
---

<sup>46</sup> Auf dem Konzept für das Gängeviertel der 'Komm in die Gänge'-Initiative basieren die folgenden Ausführungen (s. GÄNGEVIERTEL e.V. 2010a, auch als digitale Datei in Anhang 2).

Werkstätten sowie Atelierwohnungen entstehen. Für die künstlerische Entwicklung des Viertels ist es außerdem wichtig, mit den anderen Hamburger Kunstinstitutionen zusammen zu arbeiten, denn eine Durchmischung von Hoch-, Sub- und Populärkultur ist das Ziel. Vielseitigkeit spielt dabei wieder eine entscheidende Rolle. Dabei soll auch klar sein, dass keine Künstler-Enklave entstehen soll, was auch durch die Mischung von sozialen und künstlerischen Aspekten erreicht wird. Auch soziale Gruppen bzw. Veranstaltungen sollen in den Räumen des Gängeviertels und speziell in der Fabrik Platz finden. Zudem eignet sich die historische Bedeutung des Ortes dazu, sich mit der Stadtgeschichte und -entwicklung Hamburgs auseinanderzusetzen und diese an Interessierte weiter zu vermitteln. Dafür wurde bereits eine Geschichtswerkstatt eingerichtet. Gewerbliche Nutzungen sind ebenfalls vorgesehen. Sie sollen eine Abwechslung zu den Nutzungen in der restlichen Innenstadt bieten. Primär kleinen Unternehmen und Start-Ups soll die Möglichkeit gegeben werden, sich zu entfalten. In Planung sind z.B. eine Kindertagesstätte, ein Bio-Café oder Mode- und Musiklabels. Auch das Thema Wohnen spielt eine wichtige Rolle im Gängeviertel. Um die Heterogenität und Vielfältigkeit des Viertels aufrecht zu erhalten, ist es wichtig, Wohnen und Arbeiten zu verknüpfen, wie es auch schon in der Geschichte des Viertels der Fall war. Um die Verteilung der verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten darzustellen, wurde ein Raumnutzungsplan erstellt. Die Erdgeschossflächen sollen vor allem von Einrichtungen mit Publikumsverkehr genutzt werden. In den oberen Geschossen befinden sich in der Regel Ateliers, Atelierwohnungen und Wohnungen. Wie genau sich die Nutzungen verteilen werden, wird sich zeigen. Im Entwicklungskonzept wurde grob dargestellt, welche Flächenanteile für die jeweiligen Nutzungen zur Verfügung steht und in welchen Gebäuden und welchen Etagen sich welche Nutzung befindet (vgl. Abb. 31 u. Abb. 32).

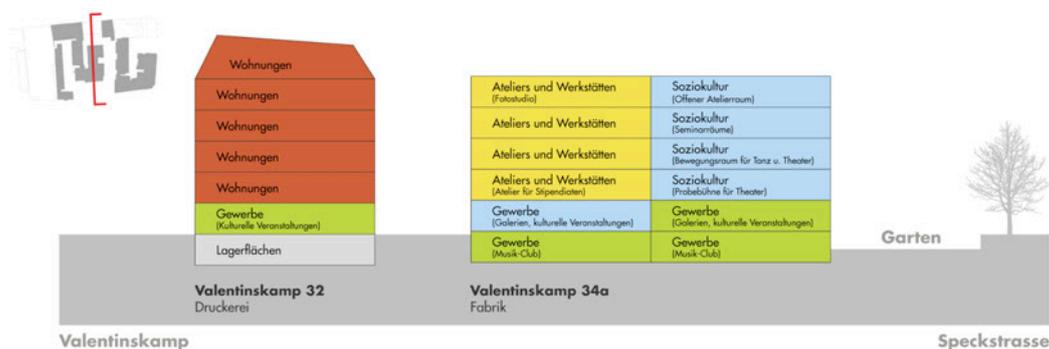
Die gesamte Nutzfläche aller Räume im Gängeviertel beträgt rund 8.700 Quadratmeter.  
Die einzelnen Nutzungstypen verteilen sich darauf wie folgt:

**Nutzungstyp Fläche Anteil an Gesamtfläche**



Das Gängeviertel bietet Raum für 125 Bewohner, daraus ergibt sich eine durchschnittliche Wohnfläche von 42 Quadratmeter pro Person.

**Abb. 31: Flächenanteil der jeweiligen Nutzungen (Quelle: Gängeviertel e.V. 2010a:27)**



**Abb. 32: Beispiel für Nutzungsplan im Gängeviertel (Quelle: GÄNGEVIERTEL e.V. 2010a:27)**

Auch wenn sich das Viertel grundsätzlich durch das Mitwirken der Bürger und an ihren Bedürfnissen orientierend entwickeln soll, gibt es im Entwicklungskonzept Vorstellungen zur Organisations- und Koordinationsstruktur im Gängeviertel. Für die Koordination der Aktivitäten und Veranstaltungen wird eine Koordinationsgruppe eingerichtet und eine Belegungskommission wird über die Raumnutzung und -vergabe entscheiden. Dafür wurde auch eine Liste mit Vergabekriterien erstellt. Entscheidend dabei ist Bereitschaft sich im Viertel zu engagieren. Besonders wichtig für die Gängeviertel-Initiative ist es, dass die Auswahl der Mieter und die Vergabe der Räume durch die Kommission innerhalb des Viertels vorgenommen wird, damit die Heterogenität und das soziale Gefüge gesichert wird.

Zudem gilt als grundlegendes Ziel, eine Selbstverwaltung der Gebäude durch die Mieter zu schaffen. Dafür ist das Genossenschaftsmodell vorgesehen. Vorerst gilt der Verein 'Gängeviertel e.V.' als rechtliche Grundlage bis ein neues Trägerchaftsmodell, wie eine Genossenschaft umgesetzt werden kann.

Die Umsetzung des baulichen Konzeptes hängt von den Finanzierungsmöglichkeiten ab und davon, wie viel Eigeninitiative und Eigenkapital investiert werden müssen. Das Konzept sieht vor, die historische Nutzung des Viertels fortzuführen und die Gebäude umfassend, behutsam und denkmalgerecht instand zu setzen. Dabei soll auch der energetische Zustand möglichst nachhaltig verbessert werden. Die Bauphasen sollen durch eine externe Planungsgesellschaft in Zusammenarbeit mit der Initiative betreut werden.

Um die aufwendigen baulichen Maßnahmen finanzieren zu können, werden mehrere Möglichkeiten im Konzept aufgezeigt. Die Kosten werden von der Initiative auf ca. 15 Mio. € geschätzt. Zum größten Teil sollen die Darlehen für die Sanierungskosten durch die Mieteinnahmen getilgt werden. Zusätzlich sollen Fördermittel der Wohnungsbaukreditanstalt genutzt werden. Dazu kommen Eigenkapital, Darlehen für ökologisches Bauen von der KfW-Förderbank<sup>47</sup> und evtl. Zuschüsse für 'Energiesparendes Bauen'. Die Sanierung soll dem Erhalt der historischen Gebäude und nicht zur Wertsteigerung der Gebäude bzw. Grundstücke dienen. Die Mieten werden demnach nach den Sanierungskosten bestimmt, sollen aber sehr niedrig gehalten werden, da die Bewohner auch Eigenleistungen in das Viertel mit einbringen sollen. Prinzipiell sollen sich die Mieten für Wohnungen und Atelierwohnungen nach den Richtlinien des sozialen Wohnungsbaus richten und die Mieten der gewerblichen Einrichtungen nach der jeweiligen finanziellen Leistungsfähigkeit gestaffelt werden (s. dazu Tab. 10).

**Tab. 10: Verfügbare Nutzfläche und die potentiellen Mieteinnahmen im Gängeviertel**

<b>Verfügbare Nutzfläche</b>	<b>Mietpreis/m<sup>2</sup></b>
Atelierwohnungen und Wohnungen 5.200 m <sup>2</sup>	5,60 - 7,50 €
Ateliers 750 m <sup>2</sup>	3,50 - 4,00 €
Gewerbeflächen 1.900 m <sup>2</sup>	8,00 - 12,00 €
Soziokulturelle Nutzungen 750 m <sup>2</sup>	2,00 - 3,00 €

*Quelle: eigene Erhebungen 2010/2011*

<sup>47</sup> Kreditanstalt für Wiederaufbau

Das Entwicklungskonzept umfasst bereits viele wichtige Bereiche für die umfassende Entwicklung und die Zukunft des Gängeviertels und dient als Grundlage für die Verhandlungen zwischen der Initiative und der Stadt Hamburg.

#### 5.1.4.3 Die Genossenschaft

Die Idee, eine Genossenschaft als Trägerschaft für das Gängeviertel zu gründen, wurde Ende 2010 umgesetzt. Lange vorher war schon klar, dass es derartiges geben muss. Die Umsetzung hat länger als ein Jahr gedauert, da sich die Beteiligten das Wissen über das Trägerschaftsmodell erst aneignen mussten (vgl. ZIEHL 2011:7, Anlage 12). Letztendlich wurde die Genossenschaft 'Gängeviertel eG' am 15.11.2010 gegründet. Wie im Entwicklungskonzept bereits beschrieben, war dies ein wichtiger Schritt in Richtung langfristiger Selbstverwaltung. Mit der Verwaltung des Viertels durch eine Genossenschaft kann sicher gestellt werden, dass sich das Gängeviertel nach den Vorstellungen der Initiative bzw. der Bürger entwickelt und so dauerhaft vor Immobilienspekulation geschützt wird (vgl. GÄNGEVIERTEL eG 2011). Das Genossenschaftsmodell scheint auch durch die Wertevermittlung von Demokratie und Solidarität das richtige Modell für das Gängeviertel zu sein. *„Du brauchst hier eine Gemeinschaft, die hier sein möchte und die sich auch versteht und die auch als Gemeinschaft organisiert ist. Du kannst hier nicht anonym neben dem anderen wohnen und man hat miteinander nichts zu tun. Das lässt schon die Struktur des Viertels nicht zu“* (ZIEHL 2011:10, Anlage 12). Jeder kann nun das Gängeviertel mit einem Genossenschaftsanteil von 500€ aktiv unterstützen und erhält damit Stimmberechtigung in der Genossenschaftsversammlung. Pro Quadratmeter Nutzfläche soll je ein Genossenschaftsanteil verkauft werden. Es müssten ca. 7.500 Genossenschaftsanteile gezeichnet werden, damit das Projekt nach Plan verwirklicht werden kann. Die Satzung, Beitrittserklärung und den Treuhandauftrag kann jeder auf der Homepage der Gängeviertel-Initiative herunterladen (s. GÄNGEVIERTEL eG 2011). Die Anteilszahlungen werden auf einem Treuhandkonto verwaltet. Sie bilden das Eigenkapital der Genossenschaft. Dieses Geld bleibt auf dem Konto bis die Selbstverwaltung des Viertels verhandelt wurde. Sollte der Fall eintreten, dass das Projekt 'Gängeviertel' scheitert bzw. nicht den Vorstellungen der Initiative und der Genossenschaft entsprechen, wird der bereitgestellte Betrag zurück gezahlt. Ziel ist es, nach der Sanierung die Grundstücke in Erbpacht von der Stadt zu übernehmen. Dafür ist es wichtig, Eigenkapital zu akkumulieren (vgl. ebd.).

#### **5.1.4.4 Der Leerstandsmelder**

Das große Engagement der Initiative 'Komm in die Gänge' zeigt sich zudem bei der Umsetzung von Ideen, mit deren Hilfe Stadtentwicklung sozialverträglicher zu gestalten ist. Eine dieser Ideen ist der Leerstandsmelder, der Anfang Dezember 2010 online gestellt wurde. Der Leerstandsmelder ist eine Plattform, auf der man sich über Leerstände austauschen und einen Überblick über die Leerstandssituation in Hamburg bekommen kann. Auf einer Karte können Leerstände durch Markierungen von jedem kenntlich gemacht werden. Zusätzlich kann man Informationen zu den Gebäuden eintragen und sich mit anderen über Ideen zum kreativen Umgang mit den Objekten austauschen. Angesichts des eklatanten Wohnungsmangels soll auf die hohe Anzahl an leerstehenden Flächen in Hamburg aufmerksam gemacht werden. Ob Wohn- und Gewerberäume, in alten oder neuen Gebäuden, außerhalb oder zentral, städtisches oder privates Eigentum, alles kann im Leerstandsmelder eingetragen werden (vgl. GÄNGEVIERTEL o.J.). Zunächst soll der Leerstandsmelder die Leerstandssituation darstellen, dabei kommt es nicht darauf an, ob die Gebäude im Sinne des Eigentümers nutzbar sind oder für Zwischennutzungen zu haben wären. Es geht um mehr Transparenz und Partizipation unabhängig von städtischen Informationsquellen. Die Notwendigkeit einer solchen Plattform zeigt sich darin, dass sowohl die Kreativagentur als auch die Stadt den Leerstandsmelder nutzen, um sich zu informieren oder Informationen zu den einzelnen Objekten hinzuzufügen (vgl. ZIEHL 2011:4f., Anlage 12). Auch bei diesem Projekt geht es um den kreativen Umgang mit Raum, wie es im Gängeviertel bereits beispielhaft gezeigt wurde. Das beweist auch der recht medienwirksame Auftakt des Leerstandsmelders als Adventskalender. Bereits in den ersten Tagen gab es Artikel über den Leerstandsmelder als Onlineversionen in überregionalen Zeitungen wie der TAZ, dem Hamburger Abendblatt und auf Spiegel Online (vgl. LASSAHN 2010; REBASCHUS 2010; TWICKEL 2010b).

## **5.2 Bewertung der Initiative durch Experten**

### **5.2.1 Organisationsstruktur**

#### **5.2.1.1 Sicht von Außen**

Die Initiative stellt sich insgesamt als sehr heterogen dar (vgl. RÖSNER 2010:5; RICKERT 2010:3; Anlagen 6 u. 8). S. JÖRG beschreibt zwei Positionen, die er in der Initiative sieht und zwischen denen sich die Mitglieder befinden. Da sind zum

einen die, denen es egal ist, ob sie das „*nette Besetzungsprojekt*“ sind und von der Stadt für ihre Zwecke genutzt werden, solange ihnen Räume bereitgestellt werden. Dann gibt es aber zum anderen diejenigen, für die die soziale Frage eine wichtige Rolle spielt, weshalb sie sich gegen die Einflussnahme der Stadt verwehren (vgl. 2010:13, Anlage 7). Aus dieser Heterogenität heraus ergibt sich für die städtische Seite eine mangelnde Organisationsstruktur und Störungen durch Konflikte innerhalb der Initiative. Vor allem der Entscheidungsfindungsprozess wird als schwierig wahrgenommen (vgl. RÖSNER 2010:5; RICKERT 2010:5; Anlagen 6 u. 8). Das Vorhandensein einer Verhandlungsgruppe wird allerdings als positiv bewertet. Die Mitglieder der Verhandlungsgruppe werden von H. J. RÖSNER als „*die Konstrukteure der Initiative*“ bezeichnet (2010:5, Anlage 6). Da Entscheidungen jedoch nur in der Vollversammlung getroffen werden und auch die Verhandlungsgruppe kein Entscheidungsmandat hat, ist es schwierig für die städtische Seite, sich auf Verhandlungsergebnisse oder Kompromisse zu verlassen (vgl. RÖSNER 2010:5; RICKERT 2010:3; Anlagen 6 u. 8). Auf der einen Seite ist man bereit, Kompromisse zu schließen, auf der anderen Seite werden diese häufig durch die Uneinigkeit in der Initiative zerschlagen (vgl. RÖSNER 2010:5, Anlage 6). Durch die Gründung der Genossenschaft 'Gängeviertel eG' erhofft man sich jedoch eine bessere Organisationsstruktur (vgl. RICKERT 2010:5, Anlage 9).

#### 5.2.1.2 *Sicht von Innen*

Der Eindruck einer überaus heterogenen Zusammensetzung wird auch von Seiten der Initiative bestätigt (vgl. KRUPPKE 2011:1; HAUPT 2011:2; Anlagen 12 u. 16). Diese lässt sich ebenfalls in der Aufzählung der verschiedenen Arbeitswelten im Nutzungskonzept erkennen. Vom Maler, Grafiker, Musiker über Sozialarbeiter, Koch, Lehrer bis hin zum Stadtplaner, Gärtner und Architekten ist vom 'Künstler' bis zum 'Nicht-Künstler' fast alles vertreten. Diese Vielfältigkeit ist trotz vorhandener Uneinigkeiten innerhalb der Initiative ein bestimmendes Element (vgl. GÄNGEVIERTEL e.V. 2010a:7). Viele alternative Meinungen sind möglich, regen die Diskussionen an und führen zu der gewünschten Vielseitigkeit. Wenn es um die Zukunft des Gängeviertels geht, dann verfolgen sie allerdings gemeinsam dasselbe Ziel. (vgl. KRUPPKE 2011:1f., Anlage 13).

Durch ständige Diskussionen innerhalb der Initiative, mit anderen Initiativen und durch organisierte öffentliche Podiumsdiskussionen mit Stadtplanungsexperten, Experten für Kreativwirtschaft und Kultur- und Kunst in der Stadt wie der Kultur-

wissenschaftler Volker Kirchberg, der Stadtsoziologe Jens S. Dangschat oder der Verfasser des Gutachtens 'Kreative Milieus und offene Räume in Hamburg' Klaus Overmeyer hat sich nach und nach eine Organisationsstruktur entwickelt. Dennoch ist es ganz viel „*Learning by doing jeden Tag*“ (ZIEHL 2011:13, Anlage 12) und die endgültige Organisationsstruktur steht noch nicht fest. Dafür entwickelt sich stetig eine gewisse Professionalität und Disziplin (vgl. GABRIEL 2011:13, Anlage 14). „*Der Strukturierungsprozess wird nie zu Ende sein, weil ja auch einige Leute gehen und neue kommen. Aber das muss so sein, das ist genau so wie es sein muss*“ (KRUPPKE 2011:2, Anlage 13).

Das Prinzip der Basisdemokratie ist die entscheidende Grundlage für die gesamte Initiative. Die von allen angestrebte Selbstbestimmung im eigenen Leben zwingt dazu, dass auch alle Mitglieder selbstbestimmt entscheiden können. Eine Basisdemokratie beschreibt Formen der politischen Beteiligung, die direkt vom Volk ausgeht. Diese direkte Beteiligung wird durch die Vollversammlung, in der alle anstehenden Entscheidungen getroffen werden, gesichert. Beinahe an jedem Mittwoch findet eine solche Vollversammlung statt, um Vorschläge, Konzepte oder ähnliches von den verschiedenen Arbeitsgruppen miteinander abzustimmen. Da wird diskutiert und alle bemühen sich darum, einen Konsens zu finden oder zumindest einen Mehrheitsbeschluss zu fassen. Die Vollversammlung dient außerdem dazu, alle Mitglieder auf demselben Informationsstand zu halten (vgl. ZIEHL 2011:12, KRUPPKE 2011:2; Anlagen 12 u. 13; KOWALSKY 2009:5f. in Anlage 17).

Der übersichtlichen Arbeitsteilung und insgesamt besseren Übersicht für alle dienen die übernommenen Hauspatenschaften und verschiedene Arbeitsgruppen. Die Paten kümmern sich jeweils zu zweit oder alleine um eines der 12 Häuser. Sie haben die Aufgabe, auf den Zustand der Gebäude zu achten und notwendige Verbesserungsmaßnahmen zum Schutz der Nutzer und Besucher zu entwickeln und umzusetzen. Sie erfüllen sozusagen die Aufgaben eines Hausmeisters (vgl. KRUPPKE 2011:1, Anlage 13). Daneben gibt es eine Vielzahl von Arbeitsgruppen, wie z.B. eine 'Baugruppe', eine 'Kommunikations- und Pressegruppe' mit einer Pressesprecherin als Ansprechpartner, eine 'Cafégruppe', eine 'Vokü-Gruppe' (Volksküche), eine 'Grundsatzgruppe' und für eine bessere Struktur sogar eine 'Strukturgruppe' (vgl. KRUPPKE 2011:2; HAUPT 2011:5; Anhang 13 u. 16; KOWALSKY 2009:5f., Anlage 17). Die Gruppen sind in ihrer Zusammensetzung variabel, bilden sich regelmäßig um oder neu, den jeweiligen Aufgaben entsprechend (vgl. HAUPT 2011:6, Anlage 16).

Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Verhandlungsgruppe zu. Diese setzt sich damit auseinander, wie man Behörden am besten gegenübertritt und führt die Verhandlungen mit der Stadt. Auf Grund eines hohen Arbeitspensums wurden Untergruppen, wie die 'Trägerschaftsgruppe' oder zeitweise die 'Strategiegruppe' formiert (vgl. KRUPPKE 2011:2; HAUPT 2011:6; Anlagen 13 u. 16). Die Verhandlungsgruppe hat allerdings ebenfalls keine alleinige Vollmacht. Die Abmachungen mit der Stadt müssen erst durch die Vollversammlung 'abgesegnet' werden, damit sie als verbindliche Beschlüsse gelten (vgl. ZIEHL 2011:13, Anlage 12). Die Arbeitsgruppen und die Paten arbeiten unter dem Dach der Initiative 'Gängeviertel e.V.' und seit neustem auch der Genossenschaft 'Gängeviertel eG', die als amtliche Strukturen gelten (s. Abb. 33). Deren Vorstände sind diejenigen, die zwar haftbar gemacht werden können, aber außerhalb der Vollversammlung auch keine Entscheidungen treffen dürfen (vgl. KRUPPKE 2011:2, Anlage 13).

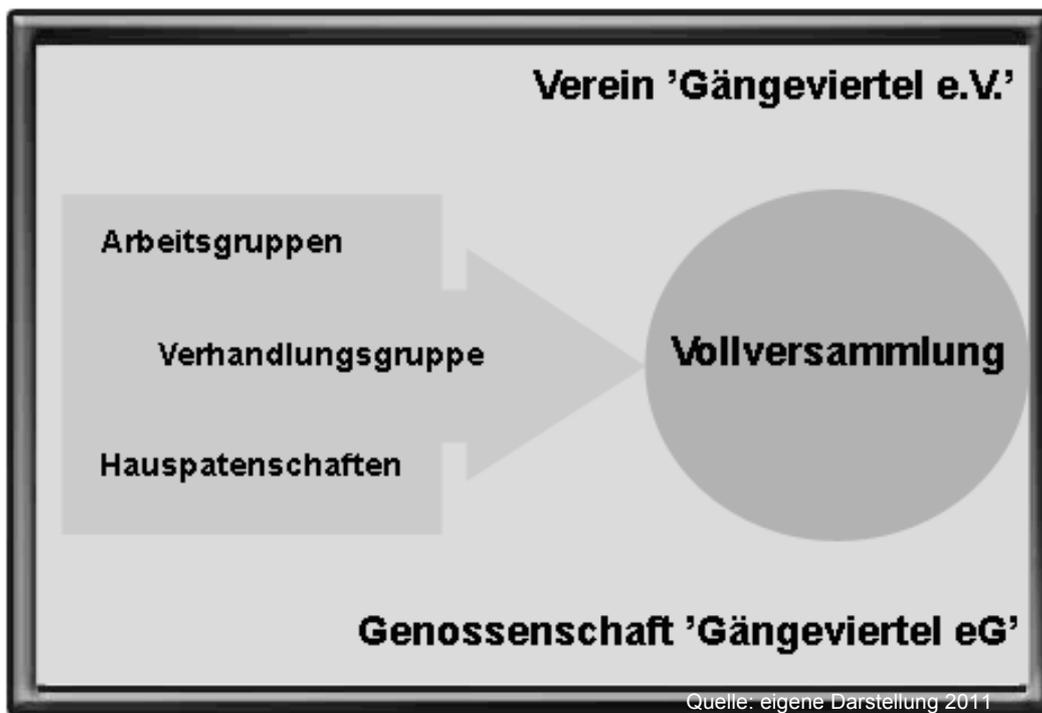


Abb. 33: Überblick der Organisationsstruktur

Da nur in der Vollversammlung Entscheidungen getroffen werden dürfen, ergeben sich nicht nur Schwierigkeiten für die Stadt, sondern auch innerhalb der Initiative. Da nicht immer die gleichen Personen an der Vollversammlung teilnehmen oder neue Personen dazukommen, drehen sich die Diskussionen oftmals argumentativ und thematisch im Kreis. Themen werden mehrfach diskutiert oder Entscheidungen in Frage gestellt. Um Zeit zu sparen, müssen Vorschläge und Kon-

zepte daher im Vorhinein gut ausgearbeitet und kommuniziert werden (vgl. ZIEHL 2011:13; HAUPT 2011:5; GABRIEL 2011:13; Anlagen 12, 16 u. 14). Da die anderen Mitglieder der Initiative bei den Verhandlungen mit der Stadt und der Steg nicht anwesend sind, kann Misstrauen entstehen. Dies erschwert speziell der Verhandlungsgruppe die Arbeit, da Entscheidungen oft lange diskutiert werden müssen (vgl. SITTE 2011:11, Anlage 14). Gemeinsame Anstrengungen erfordern auch die Kommunikation, vor allem bei komplexeren Themen wie dem 150-seitigen 'Integrierten Entwicklungskonzept' (vgl. ZIEHL 2011:13, Anlage 12). Mit der Zeit hat sich jedoch eine zunehmende Selbstkontrolle und mehr Disziplin entwickelt und die Probleme haben abgenommen (vgl. GABRIEL 2011:14, Anlage 14).

## 5.2.2 Besonderheit der Initiative und des Gängeviertels

### 5.2.3.1 Sicht von Außen

Der Standort mitten in der Innenstadt und der historische Wert des Viertels an sich sind schon Besonderheiten und demzufolge maßgeblich für den Erfolg der Initiative. Es ist ein „Standort mit einem ausgewiesenen hohen historischen Kapital“ und dieser hat laut C. KLOTZ ausschlaggebend dazu beigetragen, dass die Strategie der Initiative aufgegangen ist (2010:4, Anlage 11). Dieser Kulturwert „mitten in der Glasfassaden- und aufgewienerten Innenstadt“ (JÖRG 2010:12, Anlage 7) war und ist für eine breite Öffentlichkeit schützens- und unterstützenswert und wirkt als Gegenpol zu den „Glasbeton-Apartment-Büro-Komplexen“ (TWICKEL in LEMKE 2011). Einige der Unterstützer stehen möglicherweise nur hinter dem Kulturwert des Gängeviertels und nicht hinter der Initiative (vgl. RÖSNER 2010:5). Zudem ist diese Art von Stadtentwürfen kompliziert, deshalb aber auch interessant und beliebt bei der Bevölkerung. „Dass plötzlich wieder so ein Labyrinth, so etwas Unübersichtliches in der Stadt entsteht und begehbar wird“ (SCHÄFER 2009:2 in Anlage 17) macht eine Stadt interessant. Dazu kommt die Verbindung zwischen dem historischen Ort und der Kunst, die das Viertel als etwas Besonderes auszeichnet (vgl. DEUFLHARD 2009:5 in Anlage 18).

Laut S. JÖRG war es strategisch sehr klug, sich das erstrebenswerte Image der Stadt als 'Kreative Stadt' zu Nutze zu machen und keine autonome Besetzung durchzuführen, sondern eine der Kultur- und Kunstszene. So kann die Initiative die Öffentlichkeit leichter auf ihre Seite ziehen und von der Stadt nicht mehr so leicht beiseite geschoben werden (vgl. 2010:15, Anlage 7), was dazu führt, dass es nicht mehr nur um das Gängeviertel und die Besetzung geht, sondern auch

um das Image der Stadt. Zudem hat R. Florida quasi dazu aufgerufen, die Besetzung des Gängeviertels als globales Modell für den Umgang mit der 'kreativen Klasse' zu sehen. Folglich könnte die Rettung des Gängeviertels auch das Unternehmen Hamburgs vor einem Imageverlust bewahren (vgl. HOLM 2009 in Anlage 17). Herr H. J. RÖSNER sieht einen einzigartigen Umgang der Stadt Hamburg mit der Besetzung des Gängeviertels, bei der sie den Forderungen der Initiative weitestgehend nachgekommen ist (vgl. 2010:5, Anlage 6).

Die Angst der Stadt vor einem Imageverlust und der Erfolg der Besetzung hat auch sehr viel mit der Medienwirksamkeit zu tun. Medien produzieren Öffentlichkeit und Öffentlichkeit ist ausschlaggebend, wenn man Aufmerksamkeit für eigene und gesellschaftliche Ziele braucht. Das große mediale Echo und die große Anerkennung in der Öffentlichkeit werden als einzigartig bzw. besonders bezeichnet (vgl. KLOTZ 2010:4; RÖSNER 2010:5; Anlagen 11 u. 6). Es ist offensichtlich ein wichtiger Diskurs, der durch die Medien zu einem massenhaften, breit unterstützten Prozess geworden ist und zu einer weitreichenden Infragestellung der Politik in Hamburg geführt hat. Dass sich die Medien und sogar die eher konservativen Zeitungen wie das Hamburger Abendblatt so stark mit der Initiative solidarisiert haben, ist erstaunlich (vgl. DEUFLHARD 2009:2; BRECKNER 2009:4 in Anlagen 17 u. 18) (s. a. Kapitel 5.3). Nach S. JÖRG wurde aber auch sehr viel durch die Medien konstruiert und die „gesetzestreuesten Besetzer“ kreiert (vgl. 2010:13, Anlage 7). Zu der ohnehin medienwirksamen Darstellung der Initiative kommt eine wirksame P.R. und eine gute Vernetzungsarbeit, die die Initiative über die Grenzen Hamburgs hinaus bekannt gemacht hat (vgl. RICKERT 2010:3, Anlage 9; HOLM 2009:7 in Anlage 17).

Neben der Besonderheit des Ortes, der Kultur- und Kunstszene als Standortfaktor für die Stadt Hamburg und der großen Medienpräsenz spielt die Art des Auftretens der Initiative eine wichtige Rolle, was insgesamt dazu führt, dass sie als 'besonders' bezeichnet werden kann. Zum einen ist es die Heterogenität, die die Initiative als besonders erscheinen lässt (vgl. JÖRG 2010:13; RICKERT 2010:3; Anlagen 7 u. 9), zum anderen ist es die offene Haltung der Initiative und die Kommunikation gesamtgesellschaftlicher Interessen weit in bürgerliche Bereiche hinein. Die Mitglieder der Initiative vertreten keine bestimmte Interessengruppe, stattdessen gibt es eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten für die unterschiedlichsten Interessenlagen und Schichten, nicht nur für Kulturinteressierte, 'Kreative' und Hausbesetzer (vgl. JÖRG 2010:13; TWICKEL 2010:18; Petrat 2010:3; Anlagen 7, 8 u. 10; DEUFLHARD 2009:8 in Anlage 17).

### 5.2.3.2 Sicht von Innen

Die Initiative sieht ebenfalls in der Besonderheit des Ortes durch die Innenstadt-lage und den historischen Wert einen wesentlichen Grund für den Erfolg ihres Einsatzes. Viele aus der bürgerlichen Schicht sind wegen des Denkmalschutzgedankens und des historischen Wertes zu Unterstützern der Initiative geworden (vgl. GABRIEL 2011:7; KRATZERT 2011:4; Anlagen 14 u.15). Durch die klaren räumlichen Bezüge, die zwölf Häuser im Gängeviertel, wurde verstärkend eine Bindung erzeugt. Zudem reagieren Hamburger empfindlich, wenn es um alte Häuser geht, insbesondere weil das Bild der 'Freien und Abrissstadt Hamburg' noch sehr präsent scheint und häufig darauf verwiesen wird. Es wurde erkannt, dass sehr viele alte, erhaltenswerte Gebäude verloren gegangen sind. Wenn noch etwas 'Altes' vorhanden ist, möchten die Hamburger das gerne erhalten, was hier im Gängeviertel wiederum eine hohe emotionale Bindung und Identifikation erzeugt (vgl. GABRIEL 2011:9, Anlage 14). Da die Initiative die alten Gebäude erhalten will, sich jedes Mitglied persönlich engagiert, viel Zeit, Geld, Kraft und Energie für dieses gemeinsame Ziel aufbringt, gewinnt diese Initiative Sympathien von verschiedensten Seiten (vgl. KRUPPKE 2011:4, Anlage 13).

Den Mitgliedern der Initiative ist klar, dass sie den Standortfaktor Kultur und Kunst in der Stadt bedienen, was bewusst als Strategie gegen die Stadt angewendet wird. Wenn man sagt: „*Wir sind die 'Kreative Stadt' und wir wollen uns als solche etablieren*“, dann sollte man soziokulturelle Orte wie das Gängeviertel auch unterstützen (ZIEHL 2011:7, Anlage 12). Es werden verschiedenste kulturelle Veranstaltungen angeboten, Konzerte, Lesungen, Ausstellungen etc., die für viele Menschen Verbindungen zum Gängeviertel schaffen. Kunst und Kultur spielen zwar eine bedeutende Rolle, jedoch soll keine Künstlerenklave entstehen, stattdessen ein Ort für alle (vgl. KRUPPKE 2011:3; GABRIEL 2011:8; Anlagen 13 u. 14).

Dass solch eine breite Öffentlichkeit erreicht wurde, schreibt die Initiative unter anderem den Medien zu. Vor allem die breit angelegte Kampagne des Hamburger Abendblattes hat eine breite bürgerliche Schicht angesprochen (vgl. GABRIEL 2011:7; SITTE 2011:9, Anlage 14). Durch die recht positive Darstellung waren die Menschen gerührt von dem hohen Engagement und der Freundlichkeit der Hausbesetzer (vgl. GABRIEL 2011:9, Anlage 14). Große Öffentlichkeit wurde zudem durch ein bereits vorhandenes Netzwerk und gute Vernetzungsarbeit geschaffen. Dass dabei viel von den Medien konstruiert wurde, wie z.B. die Idee,

dass nur Künstler das Viertel besetzt hätten, ist der Initiative durchaus bewusst (vgl. KRATZERT 2011:4, Anlage 15).

Als besondere Merkmale der Initiative werden zudem ihr heterogenes Auftreten und das Vermeiden der typischen Besetzungsrhetorik gesehen. Die Häuser wurden nicht geschlossen, sondern geöffnet und mit Kultur und Kunst zum Leben erweckt. Dies hat die Anschlussfähigkeit für viele Menschen erhöht und Berührungängste abgebaut (vgl. ZIEHL 2011:6f., Anlage 12). Ihre Aufgeschlossenheit zeigt sich ebenfalls in der Bereitschaft der Initiative mit der Stadt oder auch mit Investoren Gespräche zu führen und zu verhandeln (vgl. HAUPT 2011:2, Anlage 16). Hinzu kommen ihre Besonderheiten in ihrer Konstruktivität und Kreativität. Sie selber haben Initiative ergriffen, sich engagiert und von staatlicher Seite keine Förderungen verlangt (vgl. SITTE 2011:9, Anlage 14). „Wir bieten an, der Stadt und den Menschen“ (GABRIEL 2011:10, Anlage 14), was insgesamt eine positive Stimmung erwirkt. Die Menschen wollen Lösungen sehen und nicht immer nur Klagen hören (vgl. GABRIEL 2011:12, Anlage 14). J. KRATZERT sieht zudem im allgemeinen Auftreten der Initiative und dem hohen kreativen Potenzial der Mitglieder wichtige Unterschiede gegenüber anderen Initiativen (vgl. 2011:4, Anlage 15). Der Charakter und die Elemente, die die Initiative als 'besonders' erscheinen lassen, sind in Abb. 34 zusammengefasst dargestellt.



Abb. 34: Besonderheiten der Initiative 'Komm in die Gänge' (Quelle: eigene Darstellung 2011)

### 5.2.3 Zusammenarbeit zwischen Stadt und Initiative

#### 5.2.3.1 Aus Sicht der Stadt

H. J. RÖSNER sieht eine gute Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Initiative. Von Beginn an wurden Gespräche geführt und die Stadt hat sich auf die Initiative eingelassen (vgl. 2010:5, Anlage 6). Herr D. PETRAT war zu Beginn der Besetzung einer der Ersten von städtischer Seite, der das Gespräch mit der Initiative gesucht und Verständnis gezeigt hat (vgl. 2010:1, Anlage 10). Die damalige Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt A. HAJDUK bekennt sich ebenfalls von Beginn an zum Gängeviertel und sieht in dem kleinen Quartier einen großen Gewinn für Hamburg, der nur durch eine gute Zusammenarbeit zwischen der Initiative und den Behörden möglich gemacht wird (RÖSNER 2010:5, Anlage 6; HAJDUK 2010). Die damalige Kultursenatorin K. VON WELCK ist den Künstlern überdies dankbar für so viel Engagement und die Anregung zu einer längst überfälligen Diskussion in der Stadt (vgl. WELCK 2009). Die Stadt habe einen großen Schritt gemacht und sich auf die Initiative eingelassen. Dabei habe sie bereits einiges an Geld und Zeit in die Entwicklung investiert. Die Planungsgremien der Behörden, der Steg und der Initiative tagen zum Zeitpunkt der 1. Interviewphase, laut W. RICKERT 2010, häufig, nahezu wöchentlich (vgl. 2010:1, Anlage 9). Die von städtischer Sicht wahrgenommenen Probleme in der Organisationsstruktur der Initiative, führen in der Zusammenarbeit zu Schwierigkeiten, da die Uneinigkeiten innerhalb der Initiative die Beziehung zwischen Stadt und Initiative laut H. J. RÖSNER auf die Probe stellt. Insbesondere die Pressemitteilung der Initiative vom 04.11.2010, in der sie veranschaulicht wer, „*das Ruder in der Hand hat*“ (GÄNGEVIERTEL E.V. 2010, Anlage 5) und welcher Weg gegangen werden muss, habe die Behörden und die Steg enttäuscht, woraufhin wohl einige der Behörden dem Projekt den Rücken kehren wollten (vgl. RÖSNER 2010:5f., Anlage 6). Wohingegen Herr D. PETRAT eine gewisse Vertrauensbasis von beiden Seiten aus sieht und man sich seiner Meinung nach auf Verabredungen verlassen kann (vgl. 2010:3, Anlage 10).

#### 5.2.3.2 Aus Sicht der Initiative

Zu Beginn der Verhandlungen zwischen der Initiative und der Stadt wurde von Seiten der Stadt darum gebeten, sich mit Vertretern der Öffentlichen Rechtsauskunft (ÖRA) zusammen zu setzen. Indem man sich gemeinsam mit einem neutralen Mediator an einen Tisch gesetzt und auf Augenhöhe kommuniziert hat, sei das Vertrauen laut R. GABRIEL gewachsen (vgl. 2010:11f., Anlage 14). Insgesamt

sehen die Mitglieder der Initiative einen Vertrauensvorschuss von Seiten der Stadt, da sie die Rückendeckung der Bürger genießen, sich meist sehr diplomatisch verhalten und in Bezug auf den Zustand der Häuser sehr pflichtbewusst handeln. (vgl. HAUPT 2011:1; Anlage 16). Die Stadt zeigt sich tolerant und lässt Dinge einfach mal gewähren, was ohne ein gewisses Maß an Vertrauen nicht möglich wäre (vgl. ZIEHL 2011:8, Anlage 12). Beiderseitiges Vertrauen bzw. eine positive Akzeptanz ist für einen guten Prozess unglaublich wichtig (vgl. GABRIEL 2011:11; SITTE 2010:10, Anlage 14) und hat sehr viel mit Kommunizieren zu tun. Beide Seiten müssen wissen, was die jeweilige Motivation ist. „*Wir haben der Stadt eigentlich ein halbes Jahr nur erklärt "Was ist ein Künstler? [...] und was unsere Motivation ist"*“ (vgl. HAUPT 2011:8, Anlage 16). Trotz eines gewissen Vertrauens besteht die Angst, in der Hierarchie wieder nur als Nutzer zu gelten und nicht mehr aktiv eingebunden zu sein. Um diese Ängste zu überwinden, gilt es Rahmenbedingungen auszuhandeln (vgl. SITTE 2011:10, Anlage 14). Zudem sieht man es als problematisch an, dass versucht wird, die herkömmlichen Verwaltungshandlungen auf das Gängeviertel zu übertragen, statt Entwicklungsformen in Zusammenarbeit mit der Initiative zu entwickeln (vgl. ZIEHL 2011:9, Anlage 12). Allgemein herrscht aber eher eine positive Grundstimmung, dass man die Probleme in den Griff bekommen und das Viertel gemeinsam entwickeln wird (vgl. SITTE 2011:11, Anlage 14).

#### 5.2.4 Bewertung des Entwicklungskonzeptes

Nachdem das Gängeviertel wieder im Besitz der Stadt war, wurde in Zusammenarbeit mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), der Steg und der Initiative begonnen, ein integriertes Entwicklungskonzept<sup>48</sup> (IEK) für das Viertel zu erarbeiten (vgl. RÖSNER 2010:6, Anlage 6). Dieses IEK basiert auf dem im Frühjahr 2010 präsentierten Nutzungskonzept der Initiative. Mit Hilfe des IEK wird genauer untersucht, was vom ursprünglichen Nutzungskonzept umsetzbar ist und welche Instanzen zur Durchführung und Kontrolle der Maßnahmen eingesetzt werden (vgl. ZIEHL 2011:9, Anlage 12). Laut H. J. RÖSNER hält sich das neue Konzept zu ca. 80% an das Ursprungskonzept der Initiative, welches bereits sehr gut ausgearbeitet war (vgl. 2010:7, Anlage 6). Inhaltlich weicht es laut W. RICKERT nur ein wenig ab, aber sachlich überhaupt nicht. Im neuen Konzept bestehen generell zwei Streitpunkte. Zum einen geht es um die Organisation der

---

<sup>48</sup> Ein Integriertes Entwicklungskonzept ist formell und umsetzungsorientiert. Es werden konkrete Leitbilder, Ziele und einzelne Projekte aufgestellt, die zukunftsweisend für die Stadt/den Stadtteil dienen sollen (vgl. SCHADER STIFTUNG 2006).

Verwaltung nach der Sanierung. Gewerbeeinrichtungen sollen von der Initiative verwaltet werden und um die Vergabe der Wohnungen soll sich die Steg kümmern, wobei die Initiative als Belegungsrat dienen soll. Laut W. RICKERT kann die Kontrolle nicht abgegeben werden, da von Seiten der Stadt auch viel Geld eine Rolle spielt und es um bauliche Herausforderungen durch die Denkmalbestimmungen geht (vgl. 2010:5, Anlage 9). Zum anderen wird kritisiert, dass die Initiative durch das IEK keine verbindlichen Zusagen bekommt, da das IEK nur vage Absichtserklärungen enthält. *„Viele fühlen sich unwohl damit, das IEK, so wie es ist, als einzige vertragliche Grundlage anzunehmen“* (HAUPT 2011:11, Anlage 16). Außerdem wird kritisiert, dass das IEK nach außen bereits feststehen würde, obwohl es *„als Endergebnis aber hier für den Platz gar nicht tragbar ist“* (ZIEHL 2011:13, Anlage 12). Bisher wurde das IEK nach dem 'PingPong-Prinzip' entwickelt, bei dem sich die Initiative, die Stadt und die Steg langsam angenähert haben. *„Im Moment kommt von der Stadt der Rückschlag einfach nicht“* und es wird auch keine Alternative aufgezeigt (GABRIEL 2011:14, Anlage 14).

#### 5.2.5 Beitrag für Stadtentwicklungszwecke und Einfluss auf Politik

Zum einen sind es klare Einflüsse, die der Prozess im Gängeviertel zur Folge hat. Andere Einflüsse sind perspektivenabhängig und Weitere sind noch nicht abzusehen. Einen konkreten Einfluss hat das Gängeviertel auf die Veränderung des Höchstgebotsverfahrens genommen. Es wurde eingestellt bzw. als 'Bestgebotsverfahren' eingeschränkt. Dadurch soll nicht mehr nur das ökonomische Kapital zählen, sondern das Gesamtkonzept, so dass z.B. auch Genossenschaften größere Chancen auf den Erwerb von städtischen Grundstücken und Gebäuden eingeräumt werden (vgl. KLOTZ 2010:7; RICKERT 2010:3; ZIEHL 2011:6; Anlagen 10, 8 u. 11). Des Weiteren hatte die Entwicklung im Gängeviertel Einfluss auf den Wahlkampf für die Neuwahlen im Februar 2011, in dem verschiedene Parteien Bezug auf die 'tolle' Entwicklung im Gängeviertel genommen haben (vgl. KRUPPKE 2011:1, Anlage 13).

Die Entwicklung im Gängeviertel hat zudem einen erheblichen Einfluss auf das Image der Stadt Hamburg. Aus diesem Grund wurde während des Wahlkampfes vielfach auf das Gängeviertel Bezug genommen. Herr D. PETRAT sieht durch das gemeinsame Vorgehen der Stadt und der Initiative einen eindeutigen Einfluss auf ein positiveres Image der Stadt (vgl. 2010:3 Anlage 10). S. JÖRG geht sogar soweit zu sagen, dass der Stadt nichts Besseres hätte passieren können (vgl. 2010:6, Anlage 7). Wenn es ein erfolgreicher Prozess für das Gängeviertel wird,

dann wäre das ein gutes Startsignal für die neue Stadtregierung und könnte laut R. GABRIEL sogar als Geschenk gesehen werden. Vor allem für das Image einer 'Kreativen Stadt' ist das genau das Richtige für Hamburg (vgl. 2011:16, Anlage 14). Laut M. ZIEHL hat das Gängeviertel wahrscheinlich mehr für das Thema 'Kreative Stadt' geleistet, als die Tourismusbehörde mit einer Menge Geld je geschafft hätte (vgl. 2011:8, Anlage 12). Selbst R. Florida sieht den Umgang mit dem Gängeviertel als beispielhaft für den Umgang mit der 'Kreativen Klasse' (vgl. HOLM 2009:8 in Anlage 17). Durch den Prozess im Gängeviertel wurde nicht nur die Kreativität in der Stadt gesteigert, sondern auch der Kreativitätsbegriff ein Stückweit verändert (vgl. ZIEHL 2010:11f. in Anlage 20).

Nach CH. TWICKEL ist das Gängeviertel im Grunde eine große Chance für Hamburg. Durch dieses Stadtentwicklungsexperiment könnten neue Finanzierungsmöglichkeiten, Entscheidungsmodelle und Kooperationsformen zwischen der Stadt und den Bürgerinitiativen entstehen. Außerdem sieht er in der Aneignung und Bespielung des Raumes bereits eine Investition. Durch den Einsatz von viel Zeit, Arbeit, Energie und Geld hat man quasi einen gewissen moralischen Rechtsanspruch, der nun noch von den Stadtentwicklungs- und Kulturpolitikern verstanden werden muss (vgl. 2010:17, Anlage 8). Das standardisierte Sanierungsverfahren könnte dadurch neu aufgemischt werden (vgl. SITTE 2010:15, Anlage 14). Zudem könnte die Entwicklung entgegen der wirtschaftlichen Dynamik einen Beitrag zur Stadtentwicklung in Hamburg und darüber hinaus leisten (vgl. ZIEHL 2010:13 in Anlage 19).

Kritisch betrachtet sieht M. ZIEHL kein Umdenken bei der Stadt in Bezug auf die Entwicklung der Hafencity oder die Elbphilharmonie und das Thema Partizipation sei noch nicht dort, wo es sein sollte. Um etwas zu verändern, müssten Prozesse wie im Gängeviertel auch an anderen Orten in der Stadt stattfinden (vgl. 2011:14, Anlage 12).

### 5.2.6 Handlungsempfehlungen der Experten

Von städtischer Seite wünscht man sich eine bessere Organisationsstruktur der Initiative, damit das gegenseitige Vertrauen gestärkt wird. Die Behörden sollten ernster genommen werden und um mehr Einfluss nehmen zu können, sollte Eigenkapital eingebracht werden. Eine Zusammenarbeit bzw. eine weitestgehende Mitwirkung der Initiative wird bei der Entwicklung als wichtig empfunden, wobei vermutet wird, dass die Vergabe der Wohnungen ohne äußere Steuerung im Chaos enden würde (vgl. RICKERT 2010:4f., Anlage 9). Nach C. KLOTZ müssen

auch andere Interessen der Gesellschaft beachtet werden. *„Es sind immer Partikularinteressen, die artikuliert werden“* (2010:8, Anlage 11), aber was möchte der Rest der Gesellschaft?

CH. TWICKEL sieht die Beziehung zwischen Stadt und Initiative stark geprägt von Seiten der Stadt und den Modellen, die zur Verfügung stehen. Z.B. gäbe es keine Alternative zu einer Privatisierung und der treuhänderischen Entwicklung durch die Steg. (vgl. 2010:17, Anlage 8). Dies könnte sich ändern, wenn noch mehr in Zusammenarbeit konstruktiv entwickelt werden würde (vgl. ZIEHL 2011:11, Anlage 12). Die Planung auf Augenhöhe, wie sie zu Beginn teilweise bestand, sollte weiter geführt werden. Von Seiten der Initiative besteht der Wunsch, sich mit verschiedenen Behörden der Stadt, der Immobilienwirtschaft und Vertretern des Bezirks zusammensetzen und im besten Fall das Sanierungsverfahren neu zu gestalten (vgl. GABRIEL 2011:12; SITTE 2011:10; TWICKEL 2010:16; Anlagen 14 u. 8). Zudem braucht es laut R. GABRIEL mehr Zeit, das heißt Entschleunigung und Entdynamisierung, um eine umfassende Beteiligung zu ermöglichen (vgl. 2011:12, Anlage 14).

### 5.3 Die Medienberichterstattung

Die Entwicklung im Gängeviertel wurde begleitet von einer Vielzahl von Artikeln in regionalen und überregionalen Tageszeitungen. Durch eine hohe Medienpräsenz wurde eine große Öffentlichkeit angesprochen und eine stadtpolitische Debatte in Gang gesetzt, die über die Forderungen der 'Kreativen' im Gängeviertel hinaus geht (vgl. HOLM 2010c). Seit der Besetzung am 22.08.2009 waren nahezu täglich Artikel über die Entwicklung und die Forderungen der Initiative in allen möglichen Zeitungen und Fernsehbeiträgen. Erst als das Gängeviertel im Dezember 2009 von der Stadt zurückgekauft wurde, ließ die Berichterstattung langsam nach.

Zur Besetzung im August 2009 heißt es in der Headline der Taz : *„Kreative besetzen leere Räume“*. Weiter heißt es: *„Im Gängeviertel feierten Künstler am Wochenende die Besetzung von leerstehenden Häusern. Von der Stadt fordern sie, den Verfall der Gegend zu verhindern“* (MUSHOLT 2009). Das Hamburger Abendblatt geht noch einen Schritt weiter und nennt die Besetzung: *„Ein Kampf um kulturelle Identität“*. Hier wird deutlich, dass sie die Besetzung befürworten, *„denn sie weist auf zwei eklatante Missstände hin: Zum einen werden Hamburgs Künst-*

*ler buchstäblich an den Rand gedrängt wenn sie ihre Ateliers verlieren und keine Chance erhalten, bezahlbaren Ersatz zu finden. Darüber hinaus richtet die Aktion ein Schlaglicht auf einen Denkmalpflegeskandal: Wenn nicht schnell etwas geschieht, geht der letzte Rest eines wertvollen Baudenkmals verloren. [...] Ob die Lösungsvorschläge der Künstler realisierbar sind, sei dahingestellt. Aber sie erinnern daran, dass Hamburg wieder einmal dabei ist, seinem Ruf als "Freie und Abriss-Stadt" gerecht zu werden" (GRETZSCHEL 2009a). Ein paar Tage später berichtet das Hamburger Abendblatt erneut: „Wie eine Stadt ihre Geschichte wegsaniert. [...] Im Gängeviertel kämpfen Künstler für den Erhalt historischer Bausubstanz. Was als Sanierung verkauft wird, wird oft zur seelenlosen Architektur. [...] Investoren wollen Geld verdienen. Bei der Jagd nach dem maximalen Profit spielt das Erbe der Geschichte keine Rolle. Gerade deshalb trägt die Stadt eine besondere Verantwortung, die wenigen historischen Gebäude zu erhalten, die die Widrigkeiten der Zeit überstanden haben - und seien es die Reste eines ehemaligen Elendsquartiers wie am Valentinskamp“ (GRETZSCHEL 2009b).*

Und in der Welt liest man: *„Fast 200 Künstler haben in Hamburg ein Dutzend leer stehende Häuser des sogenannten Gängeviertels in der Innenstadt besetzt. Unter der Leitung des Malers Daniel Richter drangen sie am Samstag in die seit Jahren verriegelten Gebäude ein und richteten Galerien, Ateliers und Kunsträume ein. Sie wollten damit "auf dringend benötigten Raum für Hunderte von Kreativen" aufmerksam machen“ (HASSE 2009).*

Das Kunstmagazin art ruft sogar direkt dazu auf das Gängeviertel zu retten (vgl. HEIN 2009).

Schnell gelten die 'Kreativen' als *„Höfliche Hausbesetzer“*. In der Taz heißt es: *„Hamburger Künstler okkupieren ein Gebäude im Gängeviertel - mit aller hanseatischer Zurückhaltung. Schirmherr ist Daniel Richter, die Stadt will dies "bis auf weiteres" tolerieren. [...] Es geht weniger ums unbedingte Dagegensein als ums Recht auf Teilhabe in einer wohlhabenden Stadt.“* In diesem Artikel wird die Stadt Hamburg als *„Fratze“* betitelt, *„einer Handelsmetropole, die für Kultur nichts übrig hat“* (PROBST 2009).

Die Höflichkeit der Initiative wird auch auf der Homepage der Deutschen Welle betont: *„Ein Hamburger Sommermärchen. [...] Die Besetzung des Gängeviertels verläuft ruhig und rücksichtsvoll: Man achtet darauf, bei Konzerten nicht zu laut zu sein, räumt den anfallenden Müll weg und bemalt die Hausfassaden nicht – und punktet damit bei den Offiziellen wie bei Kultursenatorin Karin von Welck:*

*"Ich hab Sympathie und Verständnis für die Besetzer. Sie sind keine Randalierer, sondern ganz vernünftige Leute"* (SCHNEIDER 2009).

Ein paar Tage nach der Besetzung wurden erste Fernseh- und Radioberichte über das Gängeviertel und die Anliegen der Initiative ausgestrahlt.<sup>49</sup> RTL Regional und die Tagesschau berichteten, ebenso wie die zahlreichen Presseartikel sehr positiv über die Besetzung.

Nachdem das Gängeviertel von der Stadt zurückgekauft wurde, schreibt die Faz: *„Künstler retten Stadt“* (RICHTER 2009) und auf der Homepage des Goethe-Instituts wird von der *„Besetzung der Herzen“* gesprochen (GOETHE-INSTITUT e.V. 2010). Ein Jahr nach der Besetzung und nach den grundlegenden Verhandlungen mit der Stadt und der Steg heißt es in 'Neues Deutschland': *„Hamburg kommt in die Gänge“* (SCHWARZ 2010) und in der Taz: *„Kampfgala statt Pflastersteine“* (MÜLLER-LOBECK 2010).

Die hohe Medienpräsenz und die überwiegend positive Berichterstattung über die Besetzung und die Initiative tragen maßgeblich dazu bei, dass sich die Bevölkerung bis in die konservative Mitte hinein mit der Initiative solidarisiert und die Stadt keine andere Möglichkeit hat, als das Viertel sozialverträglich zu entwickeln. Zumeist wird sehr stark auf den Denkmalschutzaspekt, der eine breite Bevölkerungsschicht anspricht, eingegangen. Aber auch das Vorgehen und Verhalten der Initiative wird als sehr positiv bewertet.

#### **5.4 Die Gefahr der Instrumentalisierung - Eine Sache der Perspektive**

Das Gefühl der Instrumentalisierung ist eine Sache der Perspektive, dabei kommt es auf die jeweilige subjektive Einschätzung der Akteure an. Aus der Sicht der 'Kreativen' kommt es zu einer Instrumentalisierung, wenn man das Gefühl hat, der Stadt etwas zu geben, nämlich ein 'kreatives' Stadtimage und nichts als Gegenleistung zu bekommen und sich dabei womöglich noch selber verdrängt (vgl. SITTE 2011:3, GABRIEL 2011:3; Anlage 14). Auf der anderen Seite sieht die Stadt im Falle des Gängeviertels keine Instrumentalisierung, da sie der Initiative im Rahmen ihrer Möglichkeiten entgegen kommt und den Forderungen weitgehend nachkommt (vgl. RÖSNER 2010:6; RICKERT 2010:4; Anlagen 6 u. 9).

---

<sup>49</sup> Fernsehberichte auf Hamburg 1, RTL Regional, NDR, ARD, N24, Oberpfalz TV. Im Radio auf Deutschlandfunk, NDR 90,3, Deutschlandradio

Die Befürchtung der Initiative ist es, für das 'kreative' Hamburg herzuhalten und sobald sich die Verwertung lohnt, verdrängt zu werden. Über diese Gefahr hat man sich von Anfang an Gedanken gemacht und überlegt, wie man sich dieser entziehen kann (vgl. ZIEHL 2011:2, Anlage 12). Dieses Vorhaben stellt sich als schwierig heraus, da viel Öffentlichkeit für ein breites Interesse geschaffen werden muss und so automatisch ein Stadtimage bedient wird. Es wird jedoch die Möglichkeit gesehen, zurück zu instrumentalisieren, das heißt die Stadt zum Nachdenken und zu Zugeständnissen zu bringen (vgl. ZIEHL 2011:7; SITTE 2011:3; Anlagen 12 u. 14). Es besteht eine gegenseitige Abhängigkeit, die eine einseitige Instrumentalisierung verhindern könnte. Solange Dritte nicht leiden müssen bzw. durch die Entwicklungen im Gängeviertel verdrängt werden, sieht M. ZIEHL kein Problem in einem gegenseitigen Instrumentalisieren (vgl. 2011:8, Anlage 12). Im Gängeviertel besteht zudem nicht die Gefahr, dass durch Kultur und Kunst das angrenzende Viertel aufgewertet wird und Menschen dadurch verdrängt werden. Die Nutzungskartierung hat die Annahme bestätigt, dass Hamburg Neustadt keinen weiteren Aufwertungs dynamiken unterliegen wird, da die Entwicklungen bereits weit voran geschritten sind (s. Kapitel 5.1.). J. KRATZERT sieht ebenfalls keine Gefahr der Instrumentalisierung, solange man die 'Kreativen' in der Stadt gewähren lässt und ihnen Räume zur Verfügung stellt (vgl. 2011:2, Anlage 15). Andere Mitglieder der Initiative wiederum sehen sich stark vereinnahmt durch die Stadt Hamburg und deren Marketing für ein besseres Image der Stadt. Sie haben deshalb ein ungutes Gefühl, Gelder zu beantragen, da das Gängeviertel dadurch noch stärker als Standortfaktor gelten könnte (vgl. GÄNGEVIERTEL 2009:10 in Anlage 18). Die Befürchtung der Initiative resultiert aus der Tatsache, dass das Gängeviertel besonders gut in das Profil einer 'Kreativen Stadt' und dem Leitbild 'Wachsen mit Weitsicht' passt (vgl. JÖRG 2010:6, Anlage 7). Bei der Diskussion um Instrumentalisierung muss darauf geachtet werden, dass die Balance zwischen Geben und Nehmen von Stadt und Initiative stimmt und dass das Gängeviertel nicht nur zur Imageverbesserung dient, sondern sozialverträglich in Zusammenarbeit mit der Initiative entwickelt und dabei auch die restliche Bevölkerung nicht außen vor gelassen wird.

## 5.5 Zukunft des Viertels

Während der Interviewphase im November 2010 waren die Entwicklungen des IEK bereits abgeschlossen. Zu dieser Zeit ging es noch um Uneinigkeiten über das Konzept und um die Verhandlungen der Rahmenbedingungen für die Initiative. Sie verlangt verbindliche Zusagen, um die Gewissheit zu haben, auch nach den festgeschriebenen zehn Jahren weiterhin im Viertel bleiben zu können. Wenn es zu einer Einigung gekommen wäre, hätte der Senat bereits Ende 2010/Anfang 2011 über das IEK abgestimmt. Nicht nur die Uneinigkeiten über das IEK erschwerten zu diesem Zeitpunkt den Prozess, sondern auch das Ende der Schwarz-Grünen-Regierung in Hamburg. Die weiterführenden Verhandlungen wurden auf die Zeit nach den Neuwahlen im Februar 2011 verschoben. Aus diesem Grund können die weiteren Verhandlungsergebnisse leider nicht mit in die Arbeit einfließen und müssen mit einem Fragezeichen versehen werden (s. Abb. 35).

Zu dem Zeitpunkt der Interviews war das Verhältnis zwischen städtischer Seite, der BSU, der Steg und der Initiative belastet, unter anderem durch die Pressemitteilung der Initiative vom 04.11.2010 (s. Anlage 5). Herr H. J. RÖSNER zeigte zwar Optimismus, sah die Zukunft des Viertels zu diesem Zeitpunkt jedoch kritisch. Er würde es aber schade finden, wenn die Verhandlungen nicht weiter gingen (vgl. 2010:6, Anlage 6). Wenn sich die Initiative mit dem IEK und der Vergabe der Wohnungen durch die Steg nicht einverstanden erklärt, dann werden laut Herrn W. RICKERT auch keine 20 Mio. Euro investiert (vgl. 2010:5, Anlage 9).

R. GABRIEL sieht zwei Möglichkeiten, sollte es nicht zu einer Einigung zwischen Initiative und Stadt kommen. Zum einen könnte der Senat das IEK beschließen, ohne auf die Forderungen der Initiative einzugehen. Zum anderen könnte die Initiative wieder zu einem rechtsfreien Raum werden, indem sie sich nicht auf die Einigungen einlassen und das IEK nicht akzeptieren (vgl. 2011:14f., Anlage 14). Wünschenswert wäre



Abb. 35: Zeitstrahl - Entwicklung (Quelle: eigene Darstellung 2011)

für die Initiative, dass die Genossenschaft das notwendige Geld zusammenbekommt und die Stadt sie dann bei der Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen unterstützt, so dass das Viertel nach und nach, unter anderem durch große Eigenleistung, entwickelt werden kann. Außerdem könnte man sich durchaus vorstellen, wenn sich die Stadt auf die gewünschten Veränderungen des IEK einlässt und zusätzlich in Form von Rahmenverträgen verbindliche Zusagen macht, die Entwicklung des Viertels in Zusammenarbeit mit der Steg durchzuführen (vgl. ZIEHL 2011:11, Anlage 12). Zur Zeit liegt es in den Händen der Stadt, wie es weitergehen soll (vgl. GABRIEL 2011:14, Anlage 14). Auf Grund des desolaten Zustandes der Häuser müssen die Entscheidungen jedoch schnell gefällt werden, damit mit der Sanierung begonnen werden kann (vgl. HAUPT 2011:9, Anlage 16).

Nach längerem Stillstand bei der Entwicklung des Gängeviertels, sind die Initiative und die Stadt erneut in Verhandlungen getreten. Die neue Stadtentwicklungssenatorin J. Blankau möchte mit der Initiative einen Kooperationsvertrag abschließen und über die Uneinigkeiten im IEK wird erneut diskutiert. Mitte Mai sollen Vorschläge diesbezüglich von der Stadtentwicklungsbehörde eingebracht werden. Nun gilt es schnell zu einer Einigung zu kommen (vgl. REBASCHUS 2011b). Auch die neue Kultursenatorin B. Kisseler sieht sehr gutes Entwicklungspotenzial im Nutzungskonzept der Initiative, nur könnte man das Viertel nicht komplett der Initiative überlassen, sondern es müsse eine vertraglich geregelte Nutzung aus Sicht der Stadt geben. (vgl. KEIL 2011).

## **5.6 Möglichkeiten das Vorgehen auf andere Viertel oder Städte zu übertragen**

Da der Entwicklungsprozess zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist, ist es schwierig zu sagen, ob das Verfahren und die Zusammenarbeit zwischen Initiative und Stadt überhaupt erfolgreich sein wird und nachahmenswert ist. Bis heute kann man sagen, dass Teile des Vorgehens und die Art und Weise des Auftretens der Initiative sicherlich übernommen werden können. *„Es geht nicht so sehr darum, ein Modell zu entwickeln was so übertragbar wäre, sondern Tools zu entwickeln, die auch dann andere Gruppierungen, politische Initiativen in anderen Städten nutzen können“* (TWICKEL 2010:19, Anlage 8). Dafür kann man von dem Vorgehen der Initiative lernen, z.B. aus Formen der Kampagnen, der Öffentlichkeitsarbeit, Aktionsformen oder der Art und Weise ein Konzept aufzustellen. (GABRIEL 2011:16, Anlage 14). Auch die Aneignung und Belebung von

leerstehenden Räumen ist in den meisten Fällen eine Bereicherung für die Stadt und die Menschen in der Stadt (vgl. ZIEHL 2011:14, Anlage 12). Vor allem sei es aber wichtig, Diskussionen zu führen, Gesprächsbereitschaft zu zeigen und einen kooperativen Prozess anzuregen, in dem für alle Beteiligten eine positive Lösung gefunden werden kann (vgl. KRATZERT 2011:5, Anlage 15). Die städtische Seite sieht ebenfalls die Möglichkeiten, das Vorgehen der Initiative und der Stadt auf andere Gebiete zu übertragen, wenn die Ausgangslage ähnlich ist und es zu einer gemeinsamen Lösung zwischen der Stadt und der Initiative kommt (vgl. RÖSNER 2010:7; RICKERT 2010:4, Anlage 6 u. 9).

Die in Abb. 34 zusammengefassten Aspekte, die zu einem erfolgreichen Auftreten der Initiative geführt haben, könnten auch bei anderen Initiativen zu einem erfolgreichen, sozialverträglichen Entwicklungsprozess führen. Die Ausgangslagen sind immer unterschiedlich, aber zum Teil können Elemente des Vorgehens und des Auftretens der Initiative in abgeänderter Form übernommen werden oder es kann zumindest daraus gelernt werden.

## 6 Fazit

Neben den allgemeinen veränderten Rahmenbedingungen sowie Ordnungs- und Steuerungsprinzipien (s. Abb. 2) nehmen Maßnahmen, die ergriffen werden, um den neuen städtischen Herausforderungen zu begegnen, Einfluss auf Stadterneuerungsprozesse. Durch eine veränderte Stadtentwicklungspolitik, die die Stadt zunehmend als Unternehmen begreift, verstärkt auf Leitbilder und Kultur und Kunst in der Stadt setzt sowie eine Wohnungspolitik, die intensivierend auf Segregation und Polarisierung wirkt, nehmen die Interessenkonflikte im städtischen Gefüge zu. Dabei steigt aber auch die Artikulation von Interessen der Zivilgesellschaft. Zudem wird bürgerschaftliches und kreatives Engagement auf Grund knapper werdender öffentlicher Kassen immer bedeutsamer. Die Stadt ist seit ihrem Bestehen Gegenstand von Protest, was schon häufig zu Änderungen im Vorgehen und einem Umdenken der ausführenden Instanzen geführt hat. In den letzten Jahren zeigt sich aber ein vermehrter und vielseitiger Widerstand der Bürger. In Hamburg hat sich eine multiple städtische Protestbewegung im 'Recht auf Stadt'-Netzwerk entwickelt. Als eine Art Revitalisierung des Widerstandes wurde damit der Diskurs um eine alternative Stadtentwicklungspolitik angeregt. Einzigartig *„für Hamburg ist, dass die Politik in den vergangenen zwei Jahren Lernfähigkeit bewies und dass der Widerstand, von unten und aus unterschiedlichen Bevölkerungsschichten kommend, reale und oft erstaunliche Ergebnisse auslöste“* (vgl. JOMI 2011). Neue Konzepte werden entwickelt und es wird in zunehmendem Maße versucht, nach Kompromissen zwischen den verschiedenen Interessenlagen zu suchen.

Diese Kompromisse werden zurzeit bei der Entwicklung des Gängeviertels gesucht. Das Gängeviertel ist ein geschichtliches Zeugnis der Stadt Hamburg. Die ehemaligen Arbeiterquartiere und die dort wohnende Bevölkerung in der Nähe des Hafens waren ausschlaggebend für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Durch flächendeckende Sanierungsmaßnahmen, Abriss und Neubau wurde die Bevölkerung der Gängeviertel regelrecht aus der Stadt vertrieben. Seither hat Hamburg mit dem Image der 'Freien und Abrissstadt' zu kämpfen. Um die letzten Reste der historischen Gängeviertel zu retten und auf eine lediglich auf den Profit orientierte Stadtentwicklungspolitik aufmerksam zu machen, hat sich die Initiative 'Komm in die Gänge' am 22.08.2009 in den alten Mauern und Gängen eingerichtet. Neben dem Denkmalschutz war es das Anliegen der Initiativen, einen Ort der Diskussion, Teilhabe und Bewegung zugänglich zu machen, der neue Stadt- und

Lebenswirklichkeiten zulässt. Dabei sollen gesamtgesellschaftliche Interessen, sei es durch den Denkmalschutz, Kultur und Kunst oder soziale Themen angesprochen werden und ein 'Ort für Alle' entstehen. Auf Grund des Kulturwertes, der Lage des Viertels und dank der besonderen Art der Initiative (s. Abb. 34) ist es gelungen, einen Prozess anzuregen, der mehr Sozialverträglichkeit in der Innenstadt ermöglichen könnte. Die Stadt Hamburg hat das Viertel zurück in ihren Besitz gebracht und versucht nun, in Zusammenarbeit mit der Initiative, eine denkmalgerechte und sozialverträgliche Entwicklung voran zu bringen. In diesem Sinne kann das Vorgehen der Initiative bis zum jetzigen Zeitpunkt als erfolgreich angesehen werden. Ein Prozess der von unten angestoßen wurde hat dazu geführt, dass die Interessen von Stadt und Zivilgesellschaft zusammenfinden und gemeinsam nach einer Lösung gesucht wird. Dies stellt ein wesentliches Element von Sozialverträglichkeit dar.

### **6.1 Möglichkeiten und Handlungsempfehlung für eine sozialverträgliche Stadterneuerung durch kreatives Engagement**

Der Prozess kann insbesondere als sozialverträglich verstanden werden, wenn es geschafft wird, allen Beteiligten und Betroffenen eine gleichberechtigte Mitwirkung auf Augenhöhe zu ermöglichen.

Allgemein gilt es, die Auswirkungen städtischer Prozesse im Vorfeld zu identifizieren, um geeignete Maßnahmen ergreifen zu können. Wenn bereits zu Beginn der Planungen die verschiedenen Interessen berücksichtigt und integriert werden, kann Protesten vorgebeugt oder die Forderungen in den Vorgang integriert und ein von vielen Seiten beleuchteter, kreativer Prozess in Gang gesetzt werden. So können die vorhandenen Möglichkeiten zur Steuerung einer sozialverträglichen Stadterneuerung auch frühzeitiger eingesetzt und bedarfsgerecht angewandt werden. Wenn es doch zu Protest, z.B. in Form von einer Besetzung gekommen ist, kann der Prozess rund um das Gängeviertel als Anschauungsobjekt für Möglichkeiten und Handlungsempfehlungen dienen. Zu Beginn ist es wegweisend, eine frühzeitige Kommunikation der Forderungen von Seiten der Initiative und der Möglichkeiten von Seiten der Stadt einzuleiten.

Für die Initiative ist dabei von besonderer Bedeutung, sich Gehör zu verschaffen. Wie es die Entwicklungen im Gängeviertel gezeigt haben, wirkt es vorteilhaft von der typischen Besetzungsrhetorik abzusehen, um einen breiteren Zuspruch aus

der Bevölkerung zu erlangen. Dafür ist es besonders wirksam, nicht nur Forderungen zu erheben, sondern Lösungsvorschläge, z.B. in Form eines Konzeptes zu liefern. Das Konzept dient als Grundlage für die Verhandlungen mit den anderen Akteuren, die Einfluss auf die Entwicklung haben. In diesem Konzept sollten die Vorstellungen, Forderungen und Grundsätze klar formuliert werden, damit die Gegenseite genau weiß, mit welchen Forderungen sie sich auseinandersetzen sollte. Die Motivation und Ziele sollten auch während des Prozesses wiederholt kommuniziert werden, damit es nicht zu Missverständnissen kommt.

Um eine gegenseitige Vertrauensbasis zu schaffen, ist es von Seiten der Initiative wichtig, Strukturen und Organisationsformen zu schaffen. Durch die Gründung der Genossenschaft im Gängeviertel kann die Selbstverwaltung der Gebäude überhaupt erst in Betracht gezogen werden. Eine gewisse Organisationsstruktur ist auch für die Arbeit innerhalb der Initiative erforderlich. Mit Hilfe von Arbeitsgemeinschaften und der Verteilung von Zuständigkeiten, wie durch Hauspatenschaften, wird eine effiziente Arbeitsteilung möglich (s. Abb. 33). Als besonders effektives Element gilt eine Verhandlungsgruppe, die sich mit der 'Gegenseite' an einen Tisch setzt. Basisdemokratische Strukturen, insbesondere bei einer heterogenen Gruppe, machen Entscheidungsprozesse besonders schwierig. Von vornherein sollten Grundsätze und Regeln aufgestellt werden, um die Diskussionen und Verhandlungen innerhalb der Initiative zu vereinfachen. In diesem Zusammenhang stellt das Vertrauen innerhalb der Initiative eine wichtige Komponente dar, damit sich die Mitglieder untereinander nicht selbst behindern. Das Vertrauen wächst durch umfangreiche Kommunikation und Information über die einzelnen Entwicklungsschritte, die in einer Vollversammlung stattfinden kann.

Eine heterogene Zusammensetzung birgt einerseits Gefahren, kann jedoch andererseits eine große Bereicherung darstellen. Durch verschiedene Arbeitswelten können Aufgaben besser verteilt werden und unterschiedliche Meinungen bzw. politische Standpunkte bieten breitere Anschlussmöglichkeiten. Je nach Ausgangslage ergeben sich verschiedene Elemente, die sich die Initiative zu Nutze machen kann. Durch den Bezug zum Ort, zu Kultur und Kunst oder zu sozialen Themen, werden unterschiedliche Anknüpfungspunkte für eine breite Bevölkerungsschicht gegeben. Es ist von besonderer Bedeutung, nicht nur Partikularinteressen zu vertreten, sondern verschiedene Interessen zu integrieren. Indem man sich offen, gesprächsbereit, kreativ und konstruktiv zeigt, kann eine breite Öffentlichkeit angesprochen werden. In Hamburg wurde durch den Denkmalschutzgedanken ein gesamtgesellschaftlicher Nenner gefunden, da der Stadt heutzutage

immer noch das Image der 'Freien und Abrissstadt Hamburg' anhaftet. Dieser Aspekt wurde zudem stark von den Medien aufgegriffen. Der Einfluss der Medien ist für die Initiative von besonderer Bedeutung, um immer wieder Aufmerksamkeit für ihre Belange zu erlangen. Die Medien auf der eigenen Seite zu wissen, ist bereits ein Erfolg für den weiteren Entwicklungsprozess. Durch verschiedene kreative Aktionsformen kann somit regelmäßig Öffentlichkeit geschaffen werden. Zu Zeiten der 'Kreativen Stadt' ist es zudem empfehlenswert, das Image eines 'Kreativen Ortes' anzunehmen und für seine Zwecke zu nutzen. Solange eine Balance zwischen Geben und Nehmen besteht, die Stadt ihr kreatives Image stärkt und die Initiative auch nach der Entwicklung vor Verdrängung geschützt wird, sollte die Gefahr der Instrumentalisierung eingedämmt sein.

Die Stadt Hamburg hat im Fall ihres Gängeviertels die Bereitschaft gezeigt, mit einer Initiative zusammen zu arbeiten, die Häuser besetzt hält. Es wurde zu einem frühzeitigen Zeitpunkt das Gespräch mit der Initiative gesucht und von einer Räumung der Gebäude abgesehen. Für den Verlauf und Erfolg der Verhandlungen ist es entscheidend, dass sowohl die Initiative stetig ihre Forderungen kommuniziert, als auch dass die Stadt ihre Möglichkeiten offenlegt. Die regelmäßige Kommunikation muss nicht nur zwischen der Initiative und der Stadt stimmen, sondern auch zwischen den verschiedenen Behörden und städtischen Instanzen, damit ein gesamtgesellschaftlicher wie auch -städtischer Prozess angeregt wird. Offenheit, Vertrauen und Toleranz sind für beide Seiten wichtige Aspekte, die sie in den Prozess mit einbringen sollten, um durch ständige Kommunikation eine erfolgreiche Kooperation zustande zu bringen. Bei einer erfolgreichen Zusammenarbeit auf Augenhöhe können Kreativität, Sozialkompetenz und Fachkompetenz zusammenfließen. Die Initiative sollte dabei gesamtgesellschaftliche Interessen vertreten, die ebenso von städtischer Seite in den Entwicklungsprozess integriert werden können. Durch das kreative Engagement der Initiative werden alternative Lösungswege aufgezeigt, die bei beiderseitiger Kompromissbereitschaft und Offenheit einen vielseitigen und sozialverträglichen Prozess initiieren können. Faktoren wie die Medien, die Gesellschaft und der Markt können Einfluss auf den Prozess nehmen. Die Medien entscheiden ganz wesentlich über den Unterstützungswert der Initiative und in wieweit sich die Stadt auf sie einlassen wird. Je mehr Öffentlichkeit geschaffen wird, desto größer ist der Einfluss der Gesellschaft. Für eine breite Unterstützung ist es notwendig, breite Anschlussmöglichkeiten zu bieten. Daneben spielt der Einfluss des Marktes, insbesondere des Immobilienmarktes, eine eklatante Rolle. Dessen Interessen müssen bei

dem Prozess ebenso beachtet werden. Dabei ist darauf zu achten, dass der Einfluss nicht zu groß wird und ggf. regulierend eingegriffen wird, damit preisgünstige Räume für eine sozialverträgliche Erneuerung erhalten bleiben. Die gesamtgesellschaftlichen Interessen sollten über den Profit gestellt werden (s. Abb. 36).

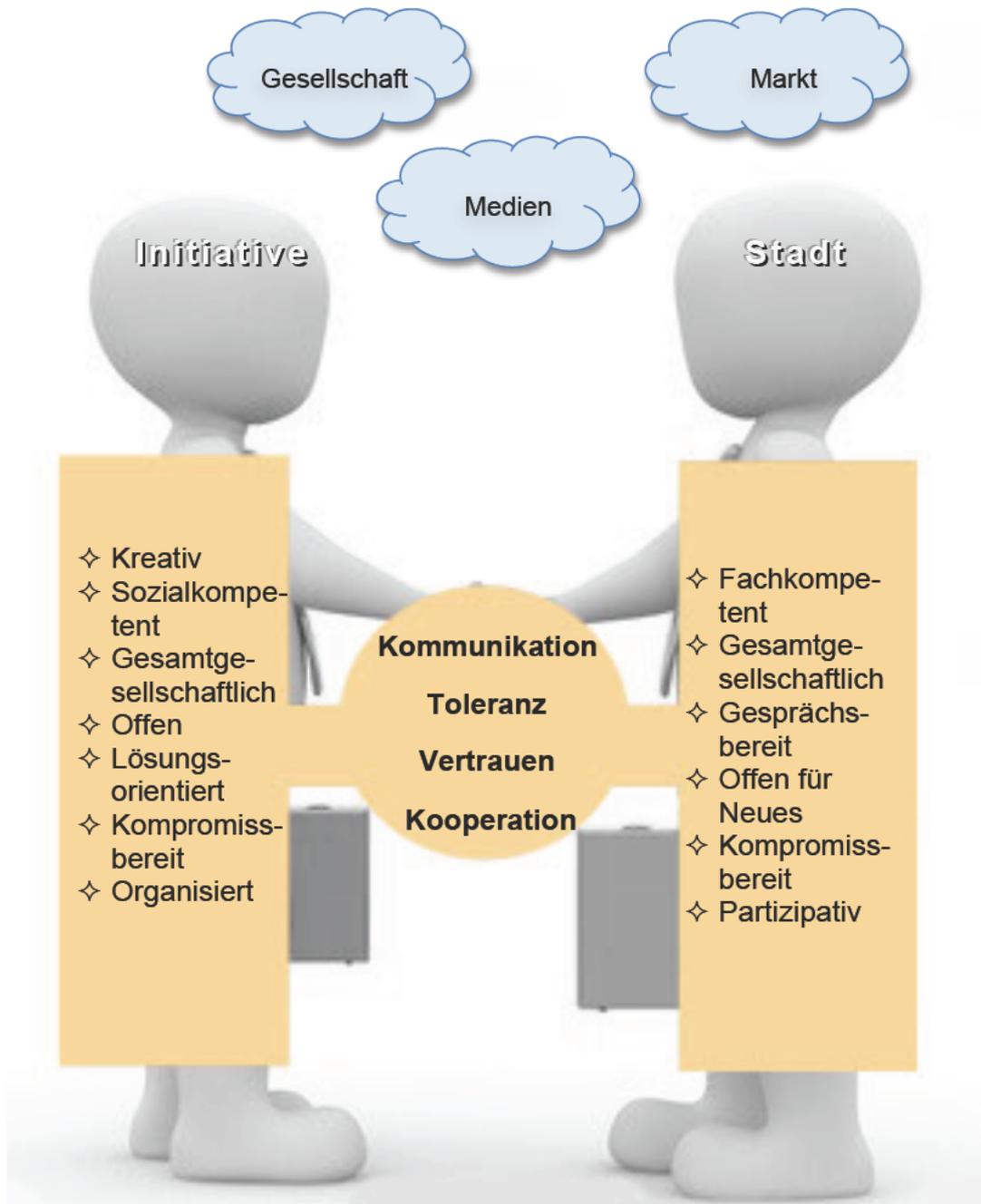


Abb. 36: Modell zur erfolgreichen Zusammenarbeit für eine sozialverträgliche Stadterneuerung (Quelle: eigene Darstellung 2011)

Ein neutraler Mediator kann zu Beginn der Verhandlungen helfen gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Toleranz zeigt sich auf Seiten von Politik und Verwaltung

dadurch, dass 'die Stadt' auch einfach mal gewähren lässt. In Bezug auf das Verständnis der basisdemokratischen Strukturen sollte sie jedoch noch deutlich mehr Toleranz bzw. Akzeptanz zeigen, die Initiative ihr Vorgehen und den Entscheidungsprozess jedoch auch verständlicher kommunizieren. So könnte Missverständnissen vorgebeugt werden und das gegenseitige, für den Gesamterfolg zwingend erforderliche Vertrauen wachsen.

Insgesamt sollte der Prozess als Chance für allgemeine Veränderungen der Stadterneuerungsprozesse hin zu einer stärker sozialverträglichen Herangehensweise verstanden werden. In einem gemeinsamen Prozess können die verschiedenen Interessenlagen zusammengeführt werden und im besten Fall neue Kooperationsformen und Entscheidungsmodelle entstehen.

## **6.2 Ausblick**

Die Entwicklungen im Gängeviertel sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Es wurde bisher noch kein Kompromiss gefunden, der alle beteiligten Akteure zufrieden stellt. Die Experten scheinen jedoch optimistisch zu sein, eine gemeinschaftliche Lösung zu finden und das Viertel in einem kollektiven Prozess sozialverträglich zu erneuern.

Nach Uneinigkeiten über das IEK, Entscheidungsschwierigkeiten und den Neuwahlen sind die Verhandlungen zwischen Initiative 'Komm in die Gänge' und der Stadt Hamburg wieder in Gang gekommen. Laut Medienberichten ist die Motivation von städtischer Seite sehr hoch und die Kooperation zwischen Initiative und Stadt soll nun auch vertraglich geregelt werden. Die Chance, die dieser 'Kreative Ort' bietet, wird nicht aufs Spiel gesetzt; die bisher als recht erfolgreich zu bezeichnende Zusammenarbeit wird fortgeführt. Inwiefern der Prozess jedoch nach Wunsch der Initiative verlaufen wird, steht noch nicht fest. Damit die Entwicklungen voran kommen, müssen von beiden Seiten Kompromisse eingegangen werden. Fraglich ist zudem, ob das Gängeviertel nach der angestoßenen Entwicklung noch ein Ort für alle sein wird. Bei der Vergabe von Wohnungen nach Sozialwohnungskriterien scheint im Bereich Wohnen keine Durchmischung möglich zu sein. Wenn jedoch das soziokulturelle Zentrum in der Fabrik, im Herzen des Gängeviertels, Anknüpfungspunkte für eine breite Bevölkerungsschicht bietet, kann dieses ein Ort für alle werden.

Die derzeitigen städtischen Protestbewegungen zeigen den Missmut einer breit aufgestellten Bevölkerung gegenüber den ausführenden Instanzen. Bei einer erfolgreichen sozialverträglichen Erneuerung des Gängeviertels kann der Prozess als beispielhaft für eine Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung und den Stadt Regierenden gesehen und in Teilen übernommen werden. Bestenfalls kann der Prozess im Gängeviertel einen Anstoß liefern für weitere kreative, positive Entwicklungen 'von unten'. Noch können keine konkreten Veränderungen im Prozess der Stadterneuerung beschrieben werden, da diese von der Ausgangslage und der Entwicklung abhängig sind. Konkrete Veränderungen hin zu einer stärker sozialverträglich ausgerichteten Stadterneuerung können möglicherweise in Zukunft erfasst werden. Diese Arbeit zeigt, welchen Einfluss kreatives Engagement ausüben kann und wie durch einen kollektiven Prozess eine gesamtgesellschaftlich sinnvolle Entwicklung verstärkt in Gang kommt. Aufgabe der städtischen Instanzen sollte es nun sein, die Anliegen der Bevölkerung durch eine engere und stärkere Zusammenarbeit in die Stadtentwicklungen zu integrieren. Die Vorgehensweise im Gängeviertel kann dafür als beeindruckendes Beispiel dienen.

*„Neues schaffen heißt Widerstand leisten. Widerstand leisten heißt Neues schaffen.“*

*Stéphane Hessel 2011*

Je nach Art und Weise, wie Widerstand geleistet wird, kann damit 'Neues' geschaffen werden. Widerstand an sich führt dazu, dass wichtige Entscheidungen im Kollektiv gefällt und Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden. Allerdings ist nicht jeder Widerstand per se aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive als positiv zu beurteilen. Widerstand allein reicht nicht aus, etwas wirklich 'Neues' in Gang zu setzen. Konstruktive Lösungsvorschläge sind erforderlich, um positive Veränderungen zu erzielen und eine breite Bevölkerungsschicht für den Widerstand zu gewinnen. Damit ein konstruktiver Prozess aus dem Widerstand heraus entstehen kann, ist es von existenzieller Bedeutung, Engagement, speziell 'kreatives Engagement' zu beweisen.

## 7 Literaturverzeichnis

AHLEMEYER, H. W. (1989): Was ist eine soziale Bewegung? Zur Distinktion und Einheit eines sozialen Phänomens. In: Zeitschrift für Soziologie 18, H. 3, S. 175-191

ALISCH, M. (1997): Soziale Stadtentwicklung – Leitlinien einer Politik für benachteiligte Quartiere. Das Beispiel Hamburg. In: HANESCH, W. (Hrsg.) (1997): Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit. Opladen, S.345-361

ALISCH, M. (2002): Soziale Stadtentwicklung. Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen. Opladen

ALISCH, M.; DANGSCHAT, J. S. (1998): Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen

ALLIN, S.; GANSER, R.; OVERHAGENBÖCK, N. (2004): Wohnungsbau als Motor der Urban Renaissance? Der Beitrag des Wohnungsbaus zu einer nachhaltigen Stadterneuerung im Großraum London. In: RaumPlanung 117/2004, S. 257-261

ARTL, P. (2007): Stadtplanung und Zwischennutzung. In: HAYDN, F.; TEMEL, R. (Hrsg.) (2006): Temporäre Räume - Konzepte zur Stadtnutzung. Basel, Boston, Berlin, S. 41-48

ATTESLANDER, P. (2008): Methoden der empirischen Sozialforschung. Berlin

BAUBEHÖRDE HAMBURG (1988): Erhalten, Bewahren, Entwickeln. Stadterneuerung in Hamburg. Hamburg

BERGER, O.; SCHMALFELD, A. (1999): Stadtentwicklung in Hamburg zwischen ‚Unternehmen Hamburg‘ und ‚Sozialer Großstadtstrategie‘. In: DANGSCHAT, J. S. (Hrsg.) (1999): Modernisierte Stadt. Gestaltende Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung. Opladen, S. 317-337

BEUST, O. VON (2007): Metropole Hamburg – Wachsende Stadt. In: KRAJEWSKI, CH.; LINDEMANN, R. (Hrsg.) (2007): Metropole Hamburg – Projekte zum Leitbild „Wachsende Stadt“. Münster, Gleitwort des ersten Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg (= AAG H. 36)

BISCHOFF, J.; JOHO, M.; SCHELLNER, A. (2008): Mehr, bessere und preiswerte Wohnungen! Eckpunkte einer sozialen Wohnungspolitik für Hamburg. Hamburg

BISCHOFF, J.; JOHO, M.; SCHELLNER, A. (2009): Wem gehören die Quartiere? Chancen & Grenzen von Sozialen Erhaltens- und Umwandlungsverordnungen. Hamburg

BLASIUS, J. (1993): Gentrification und Lebensstile. Eine empirische Untersuchung. Wiesbaden

BLASIUS, J. (1994): Verdrängung in einem gentrifizierten Gebiet. In: BLASIUS, J.; DANGSCHAT, J. (Hrsg.) (1994): Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden. Opladen, S.408-425

BLASIUS, J.; DANGSCHAT, J. S. (1990): Gentrification. Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel. Frankfurt/Main

- BMVBS (2000-2011): Bundestransferstelle Soziale Stadt. Online unter: <http://www.sozialestadt.de> (zuletzt abgerufen am 16.05.2011)
- BOLL, J; DAHLHEIMER, A.; WALTER, D. (Hrsg.) (2004): Bürger machen Stadt. Zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadterneuerung - Ein Projektbuch. Dortmund
- BRÜHL, H. (2008): Innenstadtwohnen – eine andere Sicht auf die Stadt. In: SCHMITT, G.; SELLE, K. (Hrsg.) (2008): Bestand? Perspektiven für das Wohnen in der Stadt, Dortmund, S. 63-79
- BÜRGERSCHAFT FHH (2009a): Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE). Hamburg (= Drucksache 19/3652)
- BÜRGERSCHAFT FHH (2009b): Aufbau eines Kreativwirtschaftscluster Hamburg. Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 30.06.2010. Hamburg (= Drucksache 19/3442)
- BÜRGERSCHAFT FHH (2010): Leitbild Hamburg: Wachsen mit Weitsicht. Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 23.02.2010. Hamburg (= Drucksache 19/5474)
- BÜRSCH, M. (2002): Vorwort: Für eine starke Bürgergesellschaft. In: DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.) (2002): Bericht der Enquete-Kommission: Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements. Berlin, S.2-4 (= Bundestagsdrucksache 14/8900)
- CLAY, P. (1979): Neighbourhood Renewal. Middle-class Resettlement and Incumbent Upgrading in american Neighbourhoods. Lexington
- DAHMS, G. (2010): Das Hamburger Gängeviertel. Unterwelt im Herzen der Großstadt. Berlin
- DANGSCHAT, J. S. (1988): Gentrification. Der Wandel innenstadtnaher Wohnviertel. In: FRIEDRICHS, J. (Hrsg.) (1988): Soziologische Stadtforschung. Sonderheft 29 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen, S. 272-292
- DANGSCHAT, J. S. (1992): Vertreibung aus der Stadt durch Kultur? Ursachen der Instrumentalisierung von Kultur und ihre Folgen. In: EBERT, R, GNAD, F., KUNZMANN, K. R. (Hrsg.) (1992): Partnerschaften für die Kultur: Chancen und Gefahren für die Stadt. Dortmund. S. 127-149 (= Dortmunder Beiträge zur Raumplanung Bd. 57).
- DANGSCHAT, J. S.; FRIEDRICHS, J. (1988): Gentrification in der inneren Stadt von Hamburg. Eine empirische Untersuchung des Wandels von drei Wohnvierteln. Hamburg (= Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Stadtforschung)
- DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.) (2002): Bericht der Enquete-Kommission: Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements. Berlin (= Bundestagsdrucksache 14/8900)
- DEUTSCHER STÄDTETAG (2010): Kreativität und Stadtentwicklung. Arbeitspapier der Fachkommission „Stadtentwicklungsplanung“ des Deutschen Städtetages. Stand: Juli 2010. Online unter: <http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/schwerpunkte/fachinfos/2010/12.pdf> (zuletzt abgerufen am 27.06.2011)
- DIEKMANN, A. (2007): Empirische Sozialforschung. Grundlagen. Methoden. Anwendungen. Reinbek bei Hamburg

- DREWES, S.; ENGELMANN, J. (2008): Kreative: Wirkung. Von der urbanen Universalformel zum Politikentwurf für die Wissensgesellschaft. Eine Einführung. In: HEINRICH BÖLL STIFTUNG (Hrsg.) (2008): Kreativen:Wirkung. Urbane Kultur, Wissensökonomie und Stadtpolitik. Berlin (= Schriften zu Bildung und Kultur, Bd. 2)
- EBERT, R, GNAD, F., KUNZMANN, K. R. (1992): Partnerschaften für die Kultur: Chancen und Gefahren für die Stadt. Einführung. In: EBERT, R, GNAD, F., KUNZMANN, K. R. (Hrsg.) (1992): Partnerschaften für die Kultur: Chancen und Gefahren für die Stadt. Dortmund. S. 9-29 (= Dortmunder Beiträge zur Raumplanung Bd. 57)
- EBERT, R. (2008): Kreative Räume der Kultur- und Kreativwirtschaft in der Hierarchie der Städte und Anforderungen an eine zukunftsorientierte Stadtpolitik. In: EBERT, R, GNAD, F., KUNZMANN, K. R. (Hrsg.) (1992): Partnerschaften für die Kultur: Chancen und Gefahren für die Stadt. Dortmund. S. 9-29 (= Dortmunder Beiträge zur Raumplanung Bd. 57)
- ECKHARDT, F. (2004): Soziologie der Stadt: Themen der Soziologie. Bielefeld
- EICHSTÄDT-BOHLING, F. (2010): Aufwertung ohne Verdrängung ist das Ziel. Online unter: [http://eichstaedt-bohlig.gruene-berlin.de/cms/newssingle.0.html?&tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=626&tx\\_ttnews%5BbackPid%5D=118&cHash=7f2d31d748](http://eichstaedt-bohlig.gruene-berlin.de/cms/newssingle.0.html?&tx_ttnews%5Btt_news%5D=626&tx_ttnews%5BbackPid%5D=118&cHash=7f2d31d748) (zuletzt abgerufen am 19.05.2011)
- EVERS, A. (2004): Staat und Zivilgesellschaft im Kontext neuer Formen des Regierens und Verwaltens. In: BOLL, J; DAHLHEIMER, A.; WALTER, D. (Hrsg.) (2004): Bürger machen Stadt. Zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadterneuerung - Ein Projektbuch. Dortmund, S. 13-18
- FASSMANN, H. (2009): Allgemeine Stadtgeographie I. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. Braunschweig (= Das geographische Seminar)
- FHH (2007a): Räumliches Leitbild. Entwurf. Hamburg
- FHH (2007b): Wohnlage. Online unter: <http://mietspiegel-online.hamburg.de/index.phtml?modus=3&w=wohnlage> (zuletzt abgerufen am 07.05.2011)
- FHH (2009): Hamburger Mietenspiegel 2009. Qualifizierter Mietenspiegel für nicht preisgebundenen Wohnraum in der Freien und Hansestadt Hamburg. Hamburg
- FLORIDA, R. (2002): The rise of the creative class. New York
- FRANKE, T., GRIMM, G. (2006): Quartiersmanagement als Instrument einer integrativen Stadtteilentwicklung – konzeptionelle Grundlagen und Praxiserfahrungen. In: SINNING, H. (Hrsg.) (2006): Stadtmanagement - Strategien zur Modernisierung der Stadt(-Region). Dortmund, S. 307-319
- FRAPPANT E.V. (o.J.): Frappant e.V. Online unter: <http://frappant.org/> (zuletzt abgerufen am 14.05.2011)
- FREIWALD, E. (1901): Hof Eichholz 74 „Blauer Lappen“. 1901 Sahlhäuser um einen engen Innenhof: dreistöckig + Speicherboden. Beide Hausreihen haben die charakteristischen Dreier-Türen. In: FREIWALD-KORTH, G.; FREIWALD, E. (2010): Hamburgs Neustadt im Wandel. Hamburg, S.12

- FREIWALD, E. (1904): HOF BAUERKNECHTGRABEN 31, 1904. BUDEN IM LANGEN HINTERHOF; RECHTS EIN TYPISCHES SAHLHAUS. IN: FREIWALD-KORTH, G.; FREIWALD, E. (2010): Hamburgs Neustadt im Wandel. Hamburg, S.12
- FREY, O. (2009): Die amalgame Stadt. Orte ; Netze ; Milieus. Wiesbaden
- FREYTAG, M. (2006): Zuhause in Hamburg. Vorwort. In: FHH (2006): Zuhause in Hamburg, Attraktives Wohnen für die ganze Familie. Broschüre. Hamburg
- FRIEDEL, M. (2006): Lauftaufnahme Elbinsel. IN: FHH (2006): Der »Sprung über die Elbe« bringt Bewegung: Hamburg wächst im Herzen der Stadt und entwickelt neue Orte zum Leben und Arbeiten. Broschüre. Hamburg, S. 2
- FRIEDRICHS (1998): Gentrification. In: HÄUßERMANN (Hrsg.) (1998): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen, S.57-66
- FRIEDRICHS, J. (1996): Gentrification: Forschungsstand und methodologische Problem. FRIEDRICHS, J.; KECSKES, R. (Hrsg.) (1996): Gentrification – Theorie und Forschungsergebnisse. Opladen, S. 13-40
- FRITZSCHE, S. (2010): Regulate Gentrification. Online unter: [http://regulategentrification.files.wordpress.com/2010/05/regulategentrification\\_sebastianfritzsche.pdf](http://regulategentrification.files.wordpress.com/2010/05/regulategentrification_sebastianfritzsche.pdf) (zuletzt abgerufen am 01.06.2011)
- FÜLLNER, J.; TEMPLIN, D. (2011): Stadtplanung von unten. Die >>Recht auf Stadt<<-Bewegung in Hamburg. In: HOLM, A.; GEBHARDT, D. (Hrsg.) (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung. Hamburg, S. 79-104
- GÄNGEVIERTEL E.V. (2010a): Konzept für das Gängeviertel. Online unter: [http://das-gaengeviertel.info/uploads/media/Konzept\\_Gaengeviertel\\_01.pdf](http://das-gaengeviertel.info/uploads/media/Konzept_Gaengeviertel_01.pdf) (zuletzt abgerufen am 22.03.2011)
- GÄNGEVIERTEL E.V. (O.J.): Leerstandsmelder. Online unter: <http://www.leerstandsmelder.de/> (zuletzt abgerufen am 23.03.2011)
- GÄNGEVIERTEL EG (2011): Gängeviertel-Genossenschaft gegründet. Online unter: [http://das-gaengeviertel.info/uploads/media/gvegkomplett\\_01.pdf](http://das-gaengeviertel.info/uploads/media/gvegkomplett_01.pdf) (zuletzt aufgerufen am 23.03.2011)
- GEBHARDT, D.; HOLM, A. (2011): Ein Anspruch an die Bewegungen Selbst. Zur Theorie und Praxis der internationalen Kämpfe um das Recht auf Stadt. In: Analyse & Kritik 561/2011. Online unter: [http://www.akweb.de/ak\\_s/ak561/25.htm](http://www.akweb.de/ak_s/ak561/25.htm) (zuletzt abgerufen am 28.05.2011)
- GEBHARDT, H.; REUBER, P. (2007): Wissenschaftliches Arbeiten in der Geographie. In: GEBHARDT, H.; GLASER, R.; RADTKE, U.; REUBER, P. (Hrsg.) (2007): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie. Heidelberg, S.81-93
- GLASS, R. (1964): Introduction: Aspects of Change. In: CENTRE OF URBAN STUDIES (Hrsg.) (1964): Aspects of Change. London, S. XVIII-XIX
- GNAD, F., KUNZMANN, K. R. (Hrsg.) (1992): Partnerschaften für die Kultur: Chancen und Gefahren für die Stadt. Dortmund. S. 293-304 (= Dortmunder Beiträge zur Raumplanung Bd. 57)

GÖSCHEL, A. (2008): Kreative Stadt: Modernisierung mit Folgen. In: INSTITUT FÜR KULTURPOLITIK DER KULTURPOLITISCHEN GESELLSCHAFT E.V. (Hrsg.) (2008): Kulturwirtschaft und Kreative Stadt. Bonn, Essen, S. 285-292 (= Jahrbuch für Kulturpolitik 2008 Bd.8)

GRÜßEN, CH.; POHL, I.; KUNZMANN, K. (1997): Bedeutung der Kultur für die wirtschaftliche Entwicklung von Städten. Dortmund. S.8-26 (= Berichte aus dem Institut für Raumplanung 38)

GRÜTTNER, M. (1983): Soziale Hygiene und Soziale Kontrolle. Die Sanierung der Hamburger Gängeviertel 1892-1936. In: HERZIG, A.; LANGEWIESCHE, D.; SYWOTTEK, A. (Hrsg.) (1983): Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegungen seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert. Hamburg, S. 359-371

GUALINI, E. (2010): Zivilgesellschaftliches Handeln und bürgerschaftliches Engagement aus stadtentwicklungspolitischer Perspektive: kritische Überlegungen zur Thematik. In: BECKER, E.; GUALINI, E.; RUNKEL, C.; GRAF STACHWITZ, R. (Hrsg.) (2010): Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Stuttgart, S.3-22 (= Maecenata Schriften Bd. 6)

GWA ST. PAULI E.V. (o.J.): GWA St. Pauli. Gemeinwesensarbeit – Kulturarbeit – Sozialarbeit. Online unter: <http://www.gwa-stpauli.de> (zuletzt abgerufen am 14.06.2011)

HAFENCITY HAMBURG GMBH (2011): HafenCity Hamburg Projekte. Einblicke in die aktuellen Entwicklungen. Broschüre. Hamburg

HAMBURG.DE (O.J.): Neuer Wall. Wo internationale Luxus-Marken zuhause sind. Online unter: <http://www.hamburg.de/neuer-wall/> (zuletzt abgerufen am 25.02.2011)

HAMBURGMUSIK GMBH (O.J.): Laeishalle. Ein Haus mit Geschichte. Online unter: <http://www.elbphilharmonie.de/laeishalle.de> (zuletzt abgerufen am 14.03.2011)

HAMNETT, C. (1991): The blind man and the elephant: The explanation of Gentrification. In: WEESEP, J. VAN; MUSTERD, S. (Hrsg.) (1991): Urban Housing fort he Better-Off: Gentrification in Europe. Utrecht, S. 30-51

HANNEMANN, CH.; GLASAUER, H.; POHLAN, J.; POTT, A.; KIRCHBERG, V. (Hrsg.) (2010): Jahrbuch StadtRegion 2009/2010. Stadtkultur und Kreativität. Opladen

HARTH, A.; SCHELLER, G. (2010): Stadtsoziologie und planungsbezogene Soziologie: Entwicklung und Perspektiven. In: HARTH, A.; SCHELLER, G. (Hrsg.) (2010): Soziologie in der Stadt und Freiraumplanung. Analysen, Bedeutung und Perspektiven. Wiesbaden, S. 25-50

HASPEL, J. (1987): Hamburger Hinterhäuser: Terrassen-Passagen-Wohnhöfe. Hamburg

HATER, K. (1993): ein alternatives Konzept zur Sozialverträglichkeitsprüfung. In: SEVENICH, R. GELLRICH, B. (Hrsg.) (1993): Sozial verträglich? Teil 1: Arbeitshilfen zum Thema Sozialverträglichkeit im Braunkohlenplan Ganzweiler II. Aachen. S.91-94

HÄUßERMANN H.; SIEBEL W. (1993): Die Politik der Festivalisierung und die Festivalisierung der Politik. In: HÄUßERMANN H./ SIEBEL W. (Hrsg.) (1993): Festivalisierung der Stadtpolitik - Stadtentwicklung durch große Projekte. Opladen, S.7-31

- HÄUßERMANN, H.; SIEBEL, W. (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt/Main
- HAYDN, F.; TEMEL, R. (Hrsg.) (2006): Temporäre Räume - Konzepte zur Stadtnutzung. Basel, Boston, Berlin
- HEBBORN, K. (2008): Kulturpolitik und Kulturwirtschaft aus Sicht der Städte. Kommunale Kulturpolitik und Kulturwirtschaft – kein Gegensatzpaar. In: INSTITUT FÜR KULTURPOLITIK DER KULTURPOLITISCHEN GESELLSCHAFT E.V. (Hrsg.) (2008): Kulturwirtschaft und Kreative Stadt. Bonn, Essen, S. 195-204 (= Jahrbuch für Kulturpolitik 2008 Bd.8)
- HEINEBERG, H. (2006): Stadtgeographie. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage. Paderborn, München, Wien, Zürich (= Grundriss Allgemeine Geographie)
- HEINZE, R. G. (2004): Von Sozialkapital bis Corporate Citizenship – über die Potenziale einer Bürgergesellschaft. In: BOLL, J; DAHLHEIMER, A.; WALTER, D. (Hrsg.) (2004): Bürger machen Stadt. Zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadterneuerung - Ein Projektbuch. Dortmund, S. 19-24
- HELBRECHT, I. (1996): Die Wiederkehr der Innenstädte. Zur Rolle von Kultur, Kapital und Konsum in Gentrification. In: Geographische Zeitschrift 84/1996, S. 1-14
- HENKEL, K. (2000): Gentrifizierung als Spiegel lokaler Politik. In: DISP 143/2000, S. 26-30
- HERMANN, H. (2000): Interviewen als Tätigkeit. In: FLICK, U.; KARDOFF VON, E.; STEINKE, I. (Hrsg.) (2000): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg, S. 360 - 368
- HERZIG, A.; LANGEWIESCHE, D.; SYWOTTEK, A. (Hrsg.) (1983): Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegungen seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert. Hamburg
- HESSEL, S. (2011): Empört Euch! Berlin
- HOLM, A. (2008-2011): Gentrification Blog. Nachrichten zur Stärkung von Stadtteilmobilisierung und Mieter/innenkämpfen. Online unter: <http://gentrificationblog.wordpress.com> (zuletzt abgerufen am 14.06.2010)
- HOLM, A. (2008a): Zu schlecht für die Aufwertung? In: HOLM, A. (2008-2011): Gentrification Blog. Nachrichten zur Stärkung von Stadtteilmobilisierung und Mieter/innenkämpfen. Beitrag vom 07.07.2008. Online unter: <http://gentrificationblog.wordpress.com/2008/07/07/19/> (zuletzt abgerufen am 04.04.2011)
- HOLM, A. (2008b): Die positiven Seiten der Aufwertung. In: HOLM, A. (2008-2011): Gentrification Blog. Nachrichten zur Stärkung von Stadtteilmobilisierung und Mieter/innenkämpfen. Beitrag vom 16.07.2008. Online unter: [http://gentrificationblog.wordpress.com / 2008 /07 /16/die-positiven-seiten-der-aufwertung/](http://gentrificationblog.wordpress.com/2008/07/16/die-positiven-seiten-der-aufwertung/) (zuletzt abgerufen am 04.04.2011)
- HOLM, A. (2008c): Hamburg: Aufwertungskaskaden. In: HOLM, A. (2008-2011): Gentrification Blog. Nachrichten zur Stärkung von Stadtteilmobilisierung und Mieter/innenkämpfen. Beitrag vom 27.08.2008. Online unter: <http://gentrificationblog.wordpress.com/2008/11/27/hamburg-aufwertungskaskade/> (zuletzt abgerufen am 11.05.2011)

- HOLM, A. (2008d): Hamburg Wilhelmsburg: Proteste gegen die Neue Mitte. In: HOLM, A. (2008-2011): Gentrification Blog. Nachrichten zur Stärkung von Stadteilmobilisierung und Mieter/innenkämpfen. Beitrag vom 06.07.2008. Online unter: <http://gentrificationblog.wordpress.com/2008/07/06/hamburg-wilhelmsburg-proteste-gegen-die-neue-mitte/> (zuletzt abgerufen am 14.05.2011)
- HOLM, A. (2009): Recht auf Stadt – Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt. In: ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG THÜRINGEN E.V. (Hrsg.)(2009): Die Stadt im Neoliberalismus. Erfurt, S. 27-37
- HOLM, A. (2010a): Wir bleiben Alle! Gentrifizierung – städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung. Münster
- HOLM, A. (2010b): Gentrifizierung und Kultur: Zur Logik kulturell vermittelter Aufwertungsprozesse. In: HANNEMANN, CH.; GLASAUER, H.; POHLAN, J.; POTT, A.; KIRCHBERG, V. (Hrsg.) (2010): Jahrbuch StadtRegion 2009/2010. Stadtkultur und Kreativität. Opladen, S. 64-77
- HOLM, A. (2010c): Floridarisation des Widerstands – Kultur in Anti-Gentrification Protesten. Online unter: <http://gentrificationblog.wordpress.com/2010/10/09/floridarisation-des-widerstands---kultur-in-anti-gentrification-protesten/> (zuletzt abgerufen am 06.06.2011)
- HOLM, A. (2011a): Stadtumbau und Gentrifizierung. Ein ökosoziales Paradoxon. In: OEKOM E.V. (Hrsg.) (2011): Post-Oil City. Die Stadt von morgen. München, S.45-52 (= Politische Ökologie, H.124)
- HOLM, A. (2011b): Das Recht auf die Stadt braucht vor allem Bewegung. Online unter: <http://gentrificationblog.wordpress.com/2011/03/21/das-recht-auf-die-stadt-braucht-vor-allem-bewegung/> (zuletzt abgerufen am 12.05.2011)
- HOLM, A.; GEBHARDT, D. (Hrsg.) (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung. Hamburg
- HOLZINGER, G., OBERNDORFER, P., RASCHAUER, B. (2006). Österreichische Verwaltungslehre. 2. Auflage. Wien
- IBA HAMBURG GMBH (Hrsg.) (2010): IBA Hamburg. Projekte und Konzepte. Katalog zur Zwischenpräsentation 2010. Hamburg
- IMMOWELT (2011): Immowelt-Marktbericht Hamburg. Miet- und Kaufpreise für Wohnungen. Stand: 1. Quartal 2011. Online unter: [http://www.abendblatt.de/multimedia/archive/00782/Marktbericht\\_HH\\_782006a.pdf](http://www.abendblatt.de/multimedia/archive/00782/Marktbericht_HH_782006a.pdf) (zuletzt abgerufen am 01.06.2011)
- JURT, P. (2010): Aktive Minenhunde. Interview mit Klaus Ronneberger. In: Malmoe 51/2010, S. 11
- JUST (2009): Frappant 28.11.2009. Einen Gang zulegen. Online unter: <http://just.blogspot.de/2009/11/28/frappant-281109-einen-gang-zulegen/> (zuletzt abgerufen am 25.06.2011)
- KECSKES, R. (1997): Das Individuum und der Wandel städtischer Wohnviertel. Eine handlungstheoretische Erklärung von Aufwertungsprozessen. Pfaffenweiler

- KIRCHBERG, V. (2010): Kreativität und Stadtkultur: stadtsoziologische Deutungen. In: HANNEMANN, CH.; GLASAUER, H.; POHLAN, J.; POTT, A.; KIRCHBERG, V. (Hrsg.) (2010): Jahrbuch StadtRegion 2009/2010. Stadtkultur und Kreativität. Opladen, S.19-44
- KLAGGE, B. (2006): Stadtpolitische Leitbilder und Urban Governance. Geeignete Ansatzpunkte zur Konzeptualisierung von Stadtentwicklung? Mit Fallbeispielen Wien und Hamburg. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, 80 (1), S. 17-45
- KLEIBER, W. (2010): Bestandsentwicklung und Stadterneuerung in: HENKEL, D.; VON KUCZKOWSKI, K.; LAU, P.; PAHL-WEBER, E.; STELLMACHER, F. (Hrsg.) (2010): Planen – Bauen – Umwelt: Ein Handbuch. Wiesbaden, S.78-86
- KLEIN, A. (2007): Bürgerschaftliches Engagement und zivilgesellschaftliche Reformpolitik. In: Der Bürger im Staat 57, H. 4, S. 212-217
- KRAJEWSKI, C. (2006): Urbane Transformationsprozesse in zentrumsnahen Stadtquartieren – Gentrifizierung und innere Differenzierung am Beispiel der Spandauer Vorstadt und der Rosenthaler Vorstadt in Berlin. Münster (= Münstersche Geographische Arbeiten, H. 48)
- KRAUß, A. (2000): Gutachten zum Denkmalwert des Fabrikgebäudes Valentinskamp 34a. Unveröffentlichte Berichte des Denkmalschutzamtes Hamburg. Hamburg (als digitalisierter Anhang)
- KRAUß, A. (2000A): Gutachten zum Denkmalwert der Etagenhäuser Caffamacherreihe 37/39 und 43/45/47/49. Unveröffentlichte Berichte des Denkmalschutzamtes Hamburg. Hamburg (als digitalisierter Anhang)
- KROß, E. (2003): Die Kartierung von innerstädtischen Geschäftsstraßen im Geographieunterricht. In: BISCHHOFF, C. U. KRAJEWSKI, C. (Hrsg.) (2003): Beiträge zur geographischen Stadt- und Regionalforschung. Festschrift für Heinz Heineberg. Münster, S. 209-220 (= Münstersche Geographische Arbeiten, H.46)
- KUNZMANN, K. R. (2009): Kreativwirtschaft und strategische Stadtentwicklung. In: LANGE, B. (Hrsg.) (2009): Governance der Kreativwirtschaft. Bielefeld, S. 33-46
- KUNZMANN, K. R. (2010): Die Kreative Stadt: Stadtentwicklung zwischen Euphorie und Verdrängung? In: IBA HAMBURG GMBH (Hrsg.) (2010): Kreativität trifft Stadt. Zum Verhältnis von Kunst, Kultur und Stadtentwicklung im Rahmen der IBA Hamburg. Hamburg
- LAMNEK, S. (2005): Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch. 4. Auflage. Weinheim, Basel
- LANDRY, CH. (2000): The Creative City: A Toolkit for Urban Innovators. Sterling
- LEES, L.; SLAYTER; WYLY, E. (2008): Gentrification. New York, Abington
- LEFÈBVRE, H. (1972): Die Revolution der Städte. München
- LEFÈBVRE, H. (1990): Die Revolution der Städte. Neuauflage. Frankfurt/Main
- LENFERS, E. (1999) : Flagship-Projekte im Strukturwandel von Altindustrieregionen- Das Beispiel Guggenheim Museum Bilbao, Spanien. In: BLOTEVOGEL, H. (1999): Regionalmarketing für das Ruhrgebiet: Internationale Erfahrung und Bausteine für eine Region mit Zukunft- Strukturwandel an der Ruhr im Internationalen Vergleich. Ein Projekt des Initiativkreises Ruhrgebiet. Essen, S.197-215

- LESER, H. (Hrsg.) (2005): Wörterbuch Allgemeine Geographie. Braunschweig
- LEY, D. (1980): Liberal Ideology and the Postindustrial City. In: Annals of the Association of American Geographers 70, H. 2, S. 238-258
- LINDNER, W. (2008): Jugendproteste und Jugendkonflikte. In: ROTH, R.; RUCHT, D. (Hrsg.) (2008): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/Main, S. 557-572
- LOBECK, M.; C.-C. WIEGANDT (2006): PPP - Möglichkeiten und Grenzen neuer Partnerschaften in der projektbezogenen Stadtentwicklung. In: SINNING, H. (Hrsg.) (2006): Stadtmanagement - Strategien zur Modernisierung der Stadt(-Region). Dortmund, S. 118-131
- MAIER, G. W.; MÖHRLE, M. G.; SPECHT, D. (o.J.): Kreativität. In: GABLER VERLAG (Hrsg.): Gabler Wirtschaftslexikon. Stichwort: Kreativität. Online unter: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/82522/kreativitaet-v6.html> (zuletzt abgerufen am 07.04.2011)
- MAIER, W. (2008a): Kreative Stadt – Eine Politik für Hamburg. Gekürzte und aktualisierte Fassung eines Vortrags vom November 2006. In: HEINRICH BÖLL STIFTUNG (Hrsg.) (2008): Kreativen: Wirkung. Urbane Kultur, Wissensökonomie und Stadtpolitik. Berlin, S.25-30 (= Schriften zu Bildung und Kultur, Bd. 2)
- MAIER, W. (2008b): Was passiert, wenn eine Stadt auf Kreativität setzt? Ein Vorschlag für die Entwicklung Hamburgs. In: INSTITUT FÜR KULTURPOLITIK DER KULTURPOLITISCHEN GESELLSCHAFT E.V. (Hrsg.) (2008): Kulturwirtschaft und Kreative Stadt. Bonn, Essen, S. 313-320 (= Jahrbuch für Kulturpolitik 2008 Bd.8)
- MARCUSE, P. (1992): Gentrification und die wirtschaftliche Umstrukturierung New Yorks. In: HELMS, H. G. (Hrsg.) (1992): Die Stadt als Gabentisch. Beobachtungen zwischen Manhattan und Berlin-Marzahn. Leipzig, S. 80-90
- MAYRING, P. (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zum qualitativen Denken. Weinheim
- MENZEL, J. (2010): Wie nachhaltig ist die HafenCity Hamburg? Zukunftsrat Hamburg. Online unter: [http://www.zukunftsrat.de/download/hafencity\\_kurzstudie\\_aug10.pdf?PHPSESSID=7bpmkpbjbrh26rlmduiu6c6g4](http://www.zukunftsrat.de/download/hafencity_kurzstudie_aug10.pdf?PHPSESSID=7bpmkpbjbrh26rlmduiu6c6g4) (zuletzt abgerufen am 14.05.2011)
- MISSELWITZ, P.; OSWALT, P.; OVERMEYER, K. (2007): Stadtentwicklung ohne Städtebau – Planerischer Alptraum oder gelobtes Land? In: OVERMEYER, K. i.A. von SENATSVERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG BERLIN (Hrsg.) (2007): Urban Pioneers. Stadtentwicklung durch Zwischennutzung: Berlin Experience with Temporary Urbanism. Berlin, S. 102-109
- NAGEL, F. (1995): Stadtentwicklung und Stadtplanung von Hamburg. In: DAASE, M., KLOTZHUBER, I. U. WESTERHOLT, R. (Hrsg.) (1995): Stadtentwicklung und Stadterneuerung: Hamburg-London-Singapur. Hamburg, S.11-131 (= Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in Hamburg Bd. 85)
- NOT IN OUR NAME, MARKE HAMBURG (o.J.): Not in our Name, Marke Hamburg! Online unter: <http://nionhh.wordpress.com/> (zuletzt abgerufen am 13.06.2011)

- OßENBRÜGGE, J.; VOGELPOHL, A. (2010): Entgrenzte Zeiten – begrenzte Räume: Stadt(teil)entwicklung in raum-zeitlicher Perspektive. In: LÄPPLE, D.; MÜCKENBERGER, U.; OßENBRÜGGE, J. (Hrsg.) (2010): Zeiten und Räume der Stadt. Theorie und Praxis. Opladen, S.65-90
- OTTO, H.-J. (2008): Kultur und Kreativität als urbane Ressource. Politische Herausforderung Kultur- und Kreativwirtschaft: Rahmenbedingungen und Fördermaßnahmen. In: INSTITUT FÜR KULTURPOLITIK DER KULTURPOLITISCHEN GESELLSCHAFT E.V. (Hrsg.) (2008): Kulturwirtschaft und Kreative Stadt. Bonn, Essen, S. 227-232 (= Jahrbuch für Kulturpolitik 2008 Bd.8)
- OVERMEYER, K. (2010): Kreative Milieus und offene Räume in Hamburg. Hamburg
- OVERMEYER, K. i.A. von SENATSVERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG BERLIN (Hrsg.) (2007): Urban Pioneers. Stadtentwicklung durch Zwischennutzung: Berlin Experience with Temporary Urbanism. Berlin, S. 102-109
- PECK, J. (2005): Struggling with the Creative Class. In: International Journal of Urban and Regional Research Bd. 29, H. 4, S. 740-770
- PFÄFFENBACH, C. (2007): Methoden qualitativer Feldforschung in der Geographie. In: GEBHARDT, H.; GLASER, R.; RADTKE, U.; REUBER, P. (Hrsg.) (2007): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie. Heidelberg, S.157-164
- PFÄFFENBACH, C.; REUBER, P. (2005): Methoden der empirischen Humanforschung. Braunschweig (= Das Geographische Seminar)
- RAAFLAUB, S. (2005): Stadtentwicklung und Stadtplanung von Hamburg. In: LESER, H. (Hrsg.) (2005): Umwelt- und Entwicklungsprobleme mitteleuropäischer Metropolitanregionen und ihrer Umländer: Rhein-Ruhr - Grossraum Hamburg - Berlin und Brandenburg. Bericht der Auslandsexkursion 2004 des Geographischen Instituts Basel. Basel, S. 62-78 (Materialien zur Physiogeographie H.24)
- RADA, U. (1991): Mietenreport. Alltag, Skandale und Widerstand. Berlin
- RECHT AUF STADT NETZWERK (2009-2011): Recht auf Stadt. Online unter: <http://www.rechtaufstadt.net> (zuletzt abgerufen am 17.04.2011)
- REICHWEIN, A.; TRAUTH-KOSCHNICK, M. (2010): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements – Strategien und Methoden für die kommunale Praxis. In: BECKER, E.; GUALINI, E.; RUNKEL, C.; GRAF STACHWITZ, R. (Hrsg.) (2010): Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Stuttgart, S.250-264 (= Maecenata Schriften Bd. 6)
- REIS, C. (1997): Gibt es eine Zukunft für die Wohnungsversorgung einkommensschwacher Haushalte? Zum Verhältnis staatlicher und kommunaler Wohnungspolitik. In: HANESCH, W. (Hrsg.) (1997): Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit. Opladen, S.299-318
- RIGHT TO THE CITY (o.J.): Right to the City. Online unter: <http://www.righttothecity.org> (zuletzt abgerufen am 17.04.2011)
- RINGLE, G. (1999): Cooperate Culture: In Genossenschaften „gelebte“ Werte. Hamburg (= Hamburger Beiträge zum Genossenschaftswesen H. 14)

- ROTH, R.; RUCHT, D. (2008): Einleitung. In: ROTH, R.; RUCHT, D. (Hrsg.) (2008): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/Main, S. 9-38
- ROTH, R.; RUCHT, D. (Hrsg.) (2008): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/Main
- RUCHT, D. (2003): Neue soziale Bewegungen. In: ANDERSEN, U.; WOYKE, W. (Hrsg.) (2003): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 5., aktual. Aufl. Opladen, S. 421-424
- RUCK, M. (1988): Die öffentliche Wohnungsbaufinanzierung in der Weimarer Republik. In: SCHILDT, AXEL; SYWOTTEK, ARNOLD (Hrsg.) (1988): Massenwohnung und Eigenheim. Frankfurt/Main, New York, S. 150-200
- SAGA GWG (o.J.): Saga GWG. Wohnen in Hamburg. Online unter: <http://www.saga-gwg.de> (zuletzt abgerufen am 02.05.2011)
- SCHADER STIFTUNG (2006): Praxis des Stadtumbaus - Stadtentwicklungskonzepte. Online unter: [http://www.schader-stiftung.de/wohn\\_wandel/191.php](http://www.schader-stiftung.de/wohn_wandel/191.php) (zuletzt abgerufen am 30.06.2011)
- SCHÄFER, CH.; SKENE, C. (2007): Aufruhr auf Ebene p. Park Fiction in Hamburg. In: Malmoe 38/2007. Online unter: <http://www.malmoe.org/artikel/regieren/1474> (zuletzt abgerufen am 28.05.2011)
- SCHÄFERS, B. (2010): Stadtsoziologie: Stadtentwicklung und Theorien. Grundlagen und Praxisfelder. 2. aktualisierte Aufl. Wiesbaden (= Soziologie der Architektur und der Stadt Bd. 2)
- SCHAFFER, F. (1986): Angewandte Stadtgeographie. Projektstudie Augsburg. Trier (= Forschung zur deutschen Landeskunde 226)
- SCHENDEL, R. (2001): Anforderungen an die Wohnförderung der Zukunft. Vortrag zu den 4. Hamburger Wohnprojekte-Tagen am 23.03.01. Online unter: <http://www.stattbau-hamburg.de/index.php/fachtagung-vortrag-reiner-schendel.html> (zuletzt abgerufen am 06.05.2011)
- SCHMITT, G. (2008): Die Stadt als Wohnort für alle – Bestands- und Wohnungspolitik unter neuen Vorzeichen. In: SCHMITT, G.; SELLE, K. (Hrsg.) (2008): Bestand? Perspektiven für das Wohnen in der Stadt, Dortmund, S. 237-256
- SCHUBERT, D. (1997): Stadterneuerung in London und Hamburg. Eine Stadtbaugeschichte zwischen Modernisierung und Disziplinierung. Braunschweig/Wiesbaden
- SCHUBERT, D. (2002): Revitalisierung von brachgefallenen Hafen- und Uferzonen. Transformationsprozesse an der Waterfront. In: Raumforschung und Raumordnung, Bd. 60, H.1, S. 48-60
- SCHUBERT, D. (2006): „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“: Aufbruch zu neuen Ufern? Leitbilder, Visionen, Realitäten und neue Planungskulturen. In: RaumPlanung 129, Dezember 2006, S. 237-242

SELLE, K. (2006): Von der Bürgerbeteiligung zur Kooperation und zurück. Vermittlungsarbeit bei Aufgaben der Quartiers- und Stadtentwicklung. In: SELLE, K. (Hrsg.) (1996): Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft: Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrungen. Wiesbaden/ Berlin, S. 61-78

SIEBEL, W. (2008): Was macht eine Stadt kreativ? In: INSTITUT FÜR KULTURPOLITIK DER KULTURPOLITISCHEN GESELLSCHAFT E.V. (Hrsg.) (2008): Kulturwirtschaft und Kreative Stadt. Bonn, Essen, S. 273-284 (= Jahrbuch für Kulturpolitik 2008 Bd.8)

SIEBEL, W. (2010): Planende Verwaltung und zivile Gesellschaft. In: BECKER, E.; GUALINI, E.; RUNKEL, C.; GRAF STACHWITZ, R. (Hrsg.) (2010): Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Stuttgart, S.25-38 (= Maecenata Schriften Bd. 6)

SMITH, N. (1979): Toward a Theory of Gentrification: A Back to the City Movement by Capital, not People. In: Journal of the American Planning Association, H. 45, S. 538-548

SPARS, G. (2008): Metatrends und die Wohnungsmarktentwicklung. In: SCHMITT, G.; SELLE, K. (Hrsg.) (2008): Bestand? Perspektiven für das Wohnen in der Stadt, Dortmund, S. 23-40

STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER (2011): Gebiet und Bevölkerung. Online unter: [http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de\\_jb01\\_jahrtab1.asp](http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp) (zuletzt abgerufen am 01.06.2011)

STATTBAU HAMBURG GMBH (2011): Stattdbau Hamburg. Online unter: <http://www.stattbau-hamburg.de/index.php/stattbau-ueber-uns.html> (zuletzt abgerufen am 19.05.2011)

STIFTUNG DENKMALPFLEGE HAMBURG (O.J.): Bäckerbreitergang - Dragonerstell. Online unter: <http://www.denkmalstiftung.de/html/baecker.html> (zuletzt abgerufen am 28.02.2011)

STREICH, B. (2005): Stadtplanung in der Wissensgesellschaft. Ein Handbuch. Wiesbaden

THIERSTEN, A.; FÖRSTER, A.; LÜTHI, S. (2009): Kreativwirtschaft und Metropolregionen – Konturen einer systematischen Steuerung. In: LANGE, B. (Hrsg.) (2009): Governance der Kreativwirtschaft. Bielefeld, S. 61-86

TWICKEL, CH. (2010a): Gentrifidingsbums oder eine Stadt für Alle. Hamburg

VESPER, M. (2004): Bürgerschaftliches Engagement und neues Unternehmertum in der Stadterneuerung. In: BOLL, J; DAHLHEIMER, A.; WALTER, D. (Hrsg.) (2004): Bürger machen Stadt. Zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadterneuerung - Ein Projektbuch. Dortmund, S. 9-11

VOGELPOHL, A. (2009): Die Inszenierung des Alltäglichen. Strategische Neuzuschreibungen der kreativen Stadt als Konsequenzen für zwei Quartiere in Hamburg In: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 83, H. 4, S. 349-366

WAGNER, B. (2008): Kulturwirtschaft und Kreative Stadt. Einleitung In: INSTITUT FÜR KULTURPOLITIK DER KULTURPOLITISCHEN GESELLSCHAFT E.V. (Hrsg.) (2008): Kulturwirtschaft und Kreative Stadt. Bonn, Essen, S. 15-32 (= Jahrbuch für Kulturpolitik 2008 Bd.8)

WAGNER, B. (2010): Zivilgesellschaft, Kulturpolitik und Stadtentwicklung. In: BECKER, E.; GUALINI, E.; RUNKEL, C.; GRAF STACHWITZ, R. (Hrsg.) (2010): Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Stuttgart, S.207-221 (= Maecenata Schriften Bd. 6)

WELCK, K. VON (2008): „Talentstadt Hamburg“. Hamburgs Beitrag zur Diskussion um die kreative Stadt. In: INSTITUT FÜR KULTURPOLITIK DER KULTURPOLITISCHEN GESELLSCHAFT E.V. (Hrsg.) (2008): Kulturwirtschaft und Kreative Stadt. Bonn, Essen, S. 305-311 (= Jahrbuch für Kulturpolitik 2008 Bd.8)

WOHLLEBEN, L. (1995): Betr. Valentinskamp 35, 36, 37, 38a-f, 39. Unveröffentlichte Berichte des Denkmalschutzamtes Hamburg. Hamburg (als digitalisierter Anhang)

ZUKIN, SH. (2010): Stadtkultur auf der Suche nach Authentizität. In: HANNEMANN, CH.; GLASAUER, H.; POHLAN, J.; POTT, A.; KIRCHBERG, V. (Hrsg.) (2010): Jahrbuch StadtRegion 2009/2010. Stadtkultur und Kreativität. Opladen, 45-63

ZWISCHENZEITZENTRALE BREMEN (2010): 2nd Hand Spaces. Nachhaltige Gestaltung des städtischen Wandels durch Zwischennutzung. Dokumentation der Konferenz vom 5./6. Mai 2010 in Bremen. Bremen

### **Presseartikel aus nicht wissenschaftlichen Zeitungen:**

ANDRE, T. (2011): Kampagnel: Die Stadt, in der wir kleben wollen. In: Hamburger Abendblatt vom 27.04.2011. Online unter: <http://www.abendblatt.de/kultur-live/article1868437/Kampagnel-Die-Stadt-in-der-wir-kleben-wollen.html> (zuletzt abgerufen am 14.05.2011)

BRIEGLEB, T. (2009): Stadt der Tiefgaragen. Hamburg ruiniert das urbane Gängeviertel – und nennt das „Sanierung“. In: SZ vom 25./26.04.2009, Nr.95, S.13.

COESFELD, F.; LINDNER, J.E. (2011): Linke Gruppen fordern zu Hausbesetzungen auf. In: Hamburger Abendblatt vom 28.02.2011. Online unter: <http://www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article1798815/Linke-Gruppen-fordern-zu-Hausbesetzungen-auf.html> (zuletzt abgerufen am 12.05.2011)

CORSTEN, V. (2010): Die Hamburger Kulturkrise. Noch ist der Protest bemerkenswert dezent. In: FAZ vom 13.10.2010. Online unter: <http://www.faz.net/s/Rub117C535CDF414415BB243B181B8B60AE/Doc~E0190961450394D6794EEDC0AE023F374~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (zuletzt abgerufen am 12.05.2011)

DITTMANN, O. (2010a): Risse im alten Mauerwerk. Stiftung Denkmalpflege fordert Augenmaß beim Neubau im Gängeviertel. In: Welt Online vom 28.11.2010. Online unter: <http://www.welt.de/print/wams/vermishtes/article11263692/Risse-im-alten-Mauerwerk.html> (zuletzt abgerufen am 01.06.2011)

DITTMANN, O. (2010b): Umstrittenes Projekt. Hamburger stimmen für Ikea in der Fußgängerzone. In: Welt online vom 21.01.2010. Online unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article5934804/Hamburger-stimmen-fuer-Ikea-in-der-Fussgaengerzone.html> (zuletzt abgerufen am 28.05.2011)

- FELDDHAUS, F. (2011): Jutta Blankau will Bürger stärker beteiligen. In: Immobilien Zeitung vom 28.04.2011. Online unter: <http://www.immobilien-zeitung.de/109387/utta-blankau-will-buerger-staerker-beteiligen> (zuletzt abgerufen am 20.05.2011)
- FINK, H.-J. (2010): Gängeviertel. Ghetto, Geld und Gänge - ein Lehrstück. In: Hamburger Abendblatt vom 25.09.2010. Online unter: <http://www.abendblatt.de/hamburg/article1642746/Ghetto-Geld-und-Gaenge-ein-Lehrstueck.html> (zuletzt abgerufen am 25.02.2011)
- FOLLATH, E. (2007): Eine neue Ikone. Ein Interview mit Charles Landry. In: Der Spiegel 34/2007, S. 102
- GOETHE-INSTITUT (2010): Besetzung der Herzen – die Rettung des historischen Hamburger Gängeviertels. Online unter: <http://www.goethe.de/kue/arc/dos/dos/sls/de5792392.htm> (zuletzt abgerufen am 26.05.2011)
- GRETZSCHEL, M. (2009a): Ein Kampf für kulturelle Identität. In: Hamburger Abendblatt vom 24.08.2009. Online unter: <http://www.abendblatt.de/kultur-live/article1151467/Ein-Kampf-fuer-kulturelle-Identitaet.html> (zuletzt abgerufen am 26.05.2011)
- GRETZSCHEL, M. (2009b): Architektur im Hamburger Gängeviertel. Wie eine Stadt ihre Geschichte Wegsaniert. In: Hamburger Abendblatt vom 25.08.2009. Online unter: <http://mobil.abendblatt.de/hamburg/article1153188/Wie-eine-Stadt-ihre-Geschichte-wegsaniert.html?pg=0&cid=> (zuletzt abgerufen am 26.05.2011)
- HAJDUK, A. (2010): Ein großer Gewinn für Hamburg. In: Hamburg.de (2010): Ein Jahr Gängeviertel. Online unter: <http://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/2466542/2010-08-20-ein-jahr-gaengeviertel.html> (zuletzt abgerufen am 01.06.2011)
- HASSE, E.S. (2009): 200 Künstler besetzen Häuser im Gängeviertel. In: Welt Online vom 24.08.2009. Online unter: <http://www.welt.de/die-welt/vermishtes/hamburg/article4384323/200-Kuenstler-besetzen-Haeuser-im-Gaengeviertel.html> (zuletzt abgerufen am 26.05.2011)
- HEIN, B. (2009): Rettet das Gängeviertel In: art vom 24.08.2009. Online unter: [http://www.art-magazin.de/szene/21546/hausbesetzung\\_gaengeviertel](http://www.art-magazin.de/szene/21546/hausbesetzung_gaengeviertel) (zuletzt abgerufen am 26.05.2011)
- INTERESSENGEMEINSCHAFT NOBNQ (2011): St.Pauli kaputt hauen – nicht mit uns! In: 2Prozent. Zeitung von und für Mieterinnen und Mieter, H. 4, S.2-3
- JELLEN, R. (2011): Leifestylepark für die Bionaden-Bourgeoisie. In: Teleoplis vom 30.01.2011. Online unter: <http://www.heise.de/tp/artikel/34/34009/1.html> (zuletzt abgerufen am 17.05.2011)
- JOMI (2011): Die Einmischung von unten kann sich wieder lohnen. In: Hamburger Abendblatt vom 04.06.2011. Online unter: <http://www.abendblatt.de/hamburg/article1912899/Die-Einmischung-von-unten-kann-sich-wieder-lohnen.html> (zuletzt abgerufen am 14.06.2011)
- KEIL, F. (2011): Ich bin ziemlich ungeduldig. In: Welt Online vom 13.05.2011. Online unter: [http://www.welt.de/print/die\\_welt/kultur/article13369405/Ich-bin-ziemlich-ungeduldig.html](http://www.welt.de/print/die_welt/kultur/article13369405/Ich-bin-ziemlich-ungeduldig.html) (zuletzt abgerufen am 25.05.2011)

- KNÖDLER, G. (2010a): Auf der Elbinsel steigen Mieten. In: taz.de vom 14.12.2010. Online unter: <http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=ha&dig=2010%2F12%2F14%2Fa0172&cHash=51b675de70> (zuletzt abgerufen am 14.05.2011)
- KNÖDLER, G. (2010b): Geht doch nach Jenfeld! In: taz.de vom 06.04.2010. Online unter: <http://www.taz.de/1/nord/hamburg/artikel/1/geht-doch-nach-jenfeld/> (zuletzt abgerufen am 20.05.2011)
- KNÖDLER, G. (2011): Gentrifizierung in Hamburg. In der Stadt wird es eng. In: taz.de vom 18.02.2011. Online unter: <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/in-der-stadt-wird-es-eng/?shuffled=1/> (zuletzt abgerufen am 07.05.2011)
- KREUZER, R. (2010): Halb Hamburg ist unbewohnt. In: Neues Deutschland vom 27.12.2010. Online unter: [http://www.neues-deutschland.de/artikel/187222\\_half-hamburg-ist-unbewohnt.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/187222_half-hamburg-ist-unbewohnt.html) (zuletzt abgerufen am 07.05.2011)
- MISCHKE, J. (2011): Unverblümt unverbindlich. In: Hamburger Abendblatt vom 29.01.2011. Online unter: <http://www.abendblatt.de/kultur-live/article1772034/Unverbluemt-unverbindlich.html> (zuletzt abgerufen am 12.11.2011)
- MÜLLER-LOBECK, CH. (2009): Wem gehört das Gängeviertel? In: Taz.de vom 28.10.2009. Online unter: <http://www.taz.de/1/leben/alltag/artikel/1/uneingeloest-versprechen/> (zuletzt abgerufen am 24.03.2011)
- MÜLLER-LOBECK, CH. (2010): Kampfgala statt Pflastersteine. In: Taz.de vom 24.10.2010. Online unter: <http://www.taz.de/1/leben/alltag/artikel/1/kampfgala-statt-pflastersteine/> (zuletzt abgerufen am 26.05.2011)
- MUSHOLT, E-M. (2009): Kreative besetzen leere Räume. In: Taz.de vom 23.09.2009. Online unter: <http://www.taz.de/1/nord/hamburg/artikel/1/kreative-besetzen-leere-raeume/> (zuletzt abgerufen am 26.05.2011)
- PROBST, M. (2009): Hamburger Künstler um Maler Richter. Höfliche Hausbesetzer. In: Taz.de vom 27.08.2009. Online unter: <http://www.taz.de/1/leben/kuenste/artikel/1/hoefliche-hausbesetzer/> (zuletzt abgerufen am 26.05.2011)
- REBASCHUS, M. (2007): Innenstadt: Hier entsteht Hamburgs Zukunft. In: Hamburger Abendblatt vom 24.07.2007. Online unter: <http://www.abendblatt.de/hamburg/article480909/Innenstadt-HierentstehtHamburgs-Zukunft.html> (zuletzt abgerufen am 25.02.2011)
- REBASCHUS (2010): Gängeviertel dokumentiert Leerstände in Hamburg. In: Hamburger Abendblatt vom 20.11.2010. Online unter: <http://www.abendblatt.de/hamburg/article1712975/Gaengeviertel-dokumentiert-Leerstaende-in-Hamburg.html> (zuletzt abgerufen am 23.3.2011)
- REBASCHUS (2011a): Schanzenviertel. Die Zeit für die Rote Flora läuft bald ab. In: Hamburger Abendblatt vom 19.02.2011. Online unter: <http://www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article1791746/Die-Zeit-fuer-die-Rote-Flora-laeuft-bald-ab.html> (zuletzt abgerufen am 14.05.2011)
- REBASCHUS, M. (2011b): Senatorin will neuen Vertrag mit dem Gängeviertel. In: Hamburger Abendblatt vom 29.04.2011. Online unter: <http://mobil.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article1871497/Senatorin-will-neuen-Vertrag-mit-dem-Gaengeviertel.html> (zuletzt abgerufen am 25.05.2011)

- REBASCHUS, M.; VOLKMANN-SCHLUCK, P. (2011): Enthüllt – der Vertrag zur Roten Flora. In: Hamburger Abendblatt vom 29.04.2011. Online unter: <http://www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article1871484/Enthuellt-der-Vertrag-zur-Roten-Flora.html> (zuletzt abgerufen am 14.05.2011)
- REHRMANN, M.-O. (2011): Elbphilharmonie ist noch teurer. In: NDR.de vom 04.02.2011. Online unter: <http://www.ndr.de/regional/hamburg/elbphilharmonie393.html> (zuletzt abgerufen am 14.05.2011)
- REUTHER, B. (2010): „Hey Stuth, don't make it bad“. In: Hamburger Abendblatt vom 9.10.2010. Online unter: <http://www.abendblatt.de/kultur-live/article1657350/Hey-Stuth-dont-make-it-bad.html> (zuletzt abgerufen am 12.05.2011)
- RICHTER, P. (2009): Künstler retten Stadt. In Faz.net vom 17.12.2009. Online unter: <http://www.faz.net/artikel/C30351/hamburger-gaengeviertel-kuenstler-retten-stadt-30079612.html> (zuletzt abgerufen am 26.05.2011)
- RÜHL, E. (2010): Hausbesetzungen sind ein akzeptables Mittel. Ein Interview. In: art. Das Kunstmagazin vom 28.01.2010. Online unter: [http://www.art-magazin.de/szene/25980/egbert\\_ruehl\\_interview?p=1](http://www.art-magazin.de/szene/25980/egbert_ruehl_interview?p=1) (zuletzt abgerufen am 12.05.2011)
- SCHIMMECK, T. (1988): Lachs oder Fladenbrot. Tom Schimmeck über das Hamburger „Flora“ und die „Yuppisierung“ der Großstädte. In: Spiegel 36/1988. Online unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13528875.html> (zuletzt abgerufen am 14.05.2011)
- SCHNEIDER, D. (2009): Ein Hamburger Sommermärchen. In: Deutsche Welle vom 29.08.2009. Online unter: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,4602424,00.html> (zuletzt abgerufen am 26.05.2011)
- SCHÜTTE, G. (2008): Unilever-Haus wird Emporio. In: Welt Online vom 21.11.2008. Online unter: [http://www.welt.de/welt\\_print/article2758683/Unilever-Haus-wird-Emporio.html](http://www.welt.de/welt_print/article2758683/Unilever-Haus-wird-Emporio.html) (zuletzt abgerufen am 26.05.2011)
- SCHWARZ, R. (2010): Hamburg kommt in die Gänge. In: Neues Deutschland vom 31.08.2010. Online unter: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/178561.hamburg-kommt-in-die-gaenge.html> (zuletzt abgerufen am 26.05.2011)
- STAHNKE, H. (2005): Neue Pläne für den Valentinskamp. In: Hamburger Abendblatt vom 03.09.2005. Online unter: <http://www.abendblatt.de/ratgeber/wohnen/article761637/Neue-Plaene-fuer-den-Valentinskamp.html> (zuletzt abgerufen am 25.02.2011)
- STEINBRUCH, A. (2010): Hamburger Innenstadt soll bewohnbarer werden. In: Handelsblatt vom 06.03.2011. Online unter: <http://www.handelsblatt.com/finanzen/immobilien/nachrichten/hamburger-innenstadt-soll-bewohnbarer-werden/3895108.html> (zuletzt abgerufen am 07.05.2011)
- STÜRMLINGER, D. (2009): Jet und Esso ziehen in die Hamburger City. In: Hamburger Abendblatt vom 05.06.2009, Nr. 128, S.23
- TWICKEL, CH. (2010b): Wohnraum-Initiative in Hamburg. Fröhlicher Leerstand überall... In: Spiegel Online vom 02.12.2010. Online unter: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,731691,00.html> (zuletzt abgerufen am 23.03.2011)

TWICKEL, CH. (2010c): Wohnungsprotest. Feiern gegen fette Mieten. In: Spiegel Online vom 31.08.2010. Online unter: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,714772,00.html> (zuletzt abgerufen am 12.05.2011)

WEGNER, B. (2010): Die Uhren der Genossen ticken anders. In: Szene Hamburg 10/2010, S. 31-33

WELCK, K. VON (2009): Ich bin den Künstlern dankbar. In: Welt am Sonntag vom 15.11.2009. Online unter: <http://www.welt.de/die-welt/vermischtes/hamburg/article5218966/Ich-bin-den-Kuenstlern-dankbar.htm> (zuletzt abgerufen am 24.05.2011)

## **Anhang**

### **Anlage 1: Fragenkatalog für den Interviewleitfaden**

#### **Eingangsfragen:**

1. Können Sie kurz etwas zu ihrer Person, ihrer Position und ihren Bezug zu dem Thema sagen?
2. Ich spreche mit Personen aus verschiedensten Bereichen, um möglichst einen gesamtstädtischen und gesamtgesellschaftlichen Blick auf das Thema zu werfen. (Nennung der anderen Experten). Sind Ihnen die anderen Interviewpartner bekannt?

#### **Sozialverträgliche Stadterneuerung**

3. Was verstehen Sie unter sozialverträglicher Stadterneuerung?
4. Welche Möglichkeiten sehen Sie Viertel sozialverträglich zu entwickeln?
5. Die Proteste in der Stadt sind vor allem gegen Gentrification gerichtet. Welche positiven und/oder negativen Auswirkungen von Gentrification in Hamburg fallen Ihnen spontan ein?
6. Ist Gentrification steuerbar?
7. Welche Rolle messen Sie der Immobilienwirtschaft bei? Welche Ausgleichsmechanismen bestehen bereits?
8. St.Pauli ist eines der Beispiele für Gentrification in Hamburg. Können Sie positive und/oder negative Auswirkungen von Gentrification für mich zusammenfassen?
9. Was kann getan werden, um Verdrängung zu verhindern?
10. Wie schätzen Sie die Entwicklungen in den Innenstadtquartieren (St.Pauli, Schanzenviertel) ein?
11. Sehen Sie Besonderheiten im Umgang der Stadt Hamburg mit Stadterneuerung? Gibt es ihrer Meinung nach Unterschiede zu anderen Städten?

#### **Kultur und Kunst zu Aufwertungszwecken**

12. Welchen Beitrag leistet ihrer Meinung nach Kultur/Kunst zur Stadtentwicklung?
13. Das Konfliktpotenzial in der Stadt ist v.a. zwischen der Stadt und den Kultur- und Kunstschaaffenden momentan sehr hoch. Mit Hilfe von Kultur und Kunst werden Stadträume entwickelt und aufgewertet. „Kreative“ sehen sich wieder-

- rum immer mehr zu Stadtentwicklungszwecken instrumentalisiert. Wie schätzen Sie den Konflikt ein? Wie kann man dieses Problem lösen?
14. In diesem Zusammenhang wird auch die neu gegründete Kreativagentur von Seiten der „Kreativen“ kritisiert. Diese wurde gegründet um Kreativstandort Hamburg zu stärken. Zu ihren Aufgaben zählt u.a. die Vermittlung von öffentlichen Räumen zur temporären oder dauerhaften Nutzung. Temporäre Nutzungen wiederum werden von „Kreativen“ immer kritischer gesehen, da sie Räume beleben und attraktiv machen dürfen, dann aber möglicherweise wieder gehen müssen. Welche Meinung haben Sie zur Kreativagentur? Welche Bedeutung messen Sie ihr bei?
  15. Zwischennutzungen können für beide Seiten ein Gewinn sein. Welche Möglichkeiten gibt es beide Seiten zufrieden zu stellen? Einen Kompromiss zu finden?
  16. Was halten Sie von dem geplanten Leerstandsmelder?
  17. Die IBA ist ein Instrument, um einen städtebaulichen Wandel anzuregen. Die IBA Hamburg setzt gezielt auf Kunst und Kultur als Katalysator für die Entwicklung in Wilhelmsburg und Veddel. Diese gezielte Ansiedlungspolitik wird von Kunst- und Kulturschaffenden jedoch kritisch gesehen und spiegelt den Konfliktpunkt zwischen Stadtentwicklung und „Kreativen“ wieder. Was könnte getan werden, um „Kreativen“ Skepsis zu nehmen? Wird eine langfristige Nutzung der Räume gewährleistet?

### **Initiativen/Proteste/kreatives Engagement**

18. Welchen Einfluss haben Protestbewegungen (wie die Demonstration „Leerstand zu Wohnraum, „Not in our name, Marke Hamburg oder Recht auf Stadt) auf Stadtentwicklungsprozesse?
19. Wie sollten Initiativen auftreten um erfolgreich zu sein
20. Wie sollte die städtische Seite auftreten?
21. Sehen Sie Veränderungen bei den Protestbewegungen? Vgl. Hafenstraße u Gängeviertel

### **Gängeviertel**

22. Wie schätzen Sie die Entwicklungen im Gängeviertel ein?
23. Wie bewerten Sie das Auftreten der Gängeviertel-Initiative? Was ist besonders? Warum ist sie so erfolgreich?
24. Wie würden Sie die Beziehung zwischen Stadt und Initiative beschreiben?

25. Die Gängeviertel Initiative befürchtet die Instrumentalisierung des Gängeviertels als Imagefaktor für die Stadt Hamburg. Können Sie diese Befürchtung nachvollziehen?
26. Welche Bedeutung hat das Gängeviertel für die Stadt Hamburg und wo liegen die Vorteile?
27. Ist das erarbeitete Konzept zur sozialverträglichen Aufwertung im Sinne der Gängeviertel-Initiative umsetzbar?
28. Wie sieht die Organisationstruktur aus? Wie werden Entscheidungen getroffen?
29. Sehen Sie Möglichkeiten das Vorgehen der Initiative und der Stadt auf andere Quartiere/Städte zu übertragen, wenn es zu einer gemeinsamen Lösung gekommen ist?
30. Gibt es Dinge, die man anders hätte machen sollen?
31. Es wurde ein integriertes Entwicklungskonzept als Verhandlungsgrundlage für bauliche Sanierungsmaßnahmen aufgestellt. Wie weit sind die Verhandlungen? Und in wie weit weicht es von dem Konzept der „Komm in die Gänge“ – Initiative ab?
32. Welche alternativen Entwicklungsmöglichkeiten gibt es neben dem IEK?
33. Die Skepsis gegenüber der Stadt und der Steg und die Uneinigkeiten innerhalb der Initiative scheinen zur Zeit die Entwicklungen zu bremsen. Wie sollte es nun weitergehen?
34. Wie geht es weiter wenn es nicht zu einer Einigung zwischen Stadt und Initiative kommt?

## Anlage 2: Kartierungsschlüssel

### Gebäudealter:

Gründerzeitlicher Altbau	G.A.
Anderer Altbau	A.
Nachkriegsbau	NK
Neubau nach 1990	N.

### Gebäudezustand:

Saniert/renoviert	s
Normal	n
Renovierungs-/sanierungsbedürftig	sb
zurzeit in Bau	iB

### Gebäudeteil:

Vorhaus= VH, Seitenflügel= SF; Hinterhaus= HH, Eckhaus= EH

### Geschosszahl:

Erdgeschoss= 1; 1.Obergeschoss = 2; 2. OG= 3 usw.

### Nutzungsklassifizierung allgemein:

Einzelhandel	EH
Dienstleistung	DL
Kombination EH und DL	ED
Parkmöglichkeiten	P
Leerstand	L
Leerstand wegen Neubau	LN
öffentliche Einrichtung	öE
Wohnen	W
Sonstige Nutzungen	sN

### Nutzungsklassifizierung speziell:

#### Einzelhandel:

Lebens- u. Genussmittel	LG
Bekleidung u. Textilien	BT
Körperpflege- u. Heilbedarf	KH
Arbeits- u. Betriebsmittelbedarf	AB
Wohnungseinrichtungsbedarf	WE
Schmuck- u. Zierbedarf	SZ
Unterhaltungsbedarf	UB

Fachgeschäft= FG; Spezialgeschäft: SG; Kaufhaus= KH; Warenhaus= WH;  
Supermarkt=SM

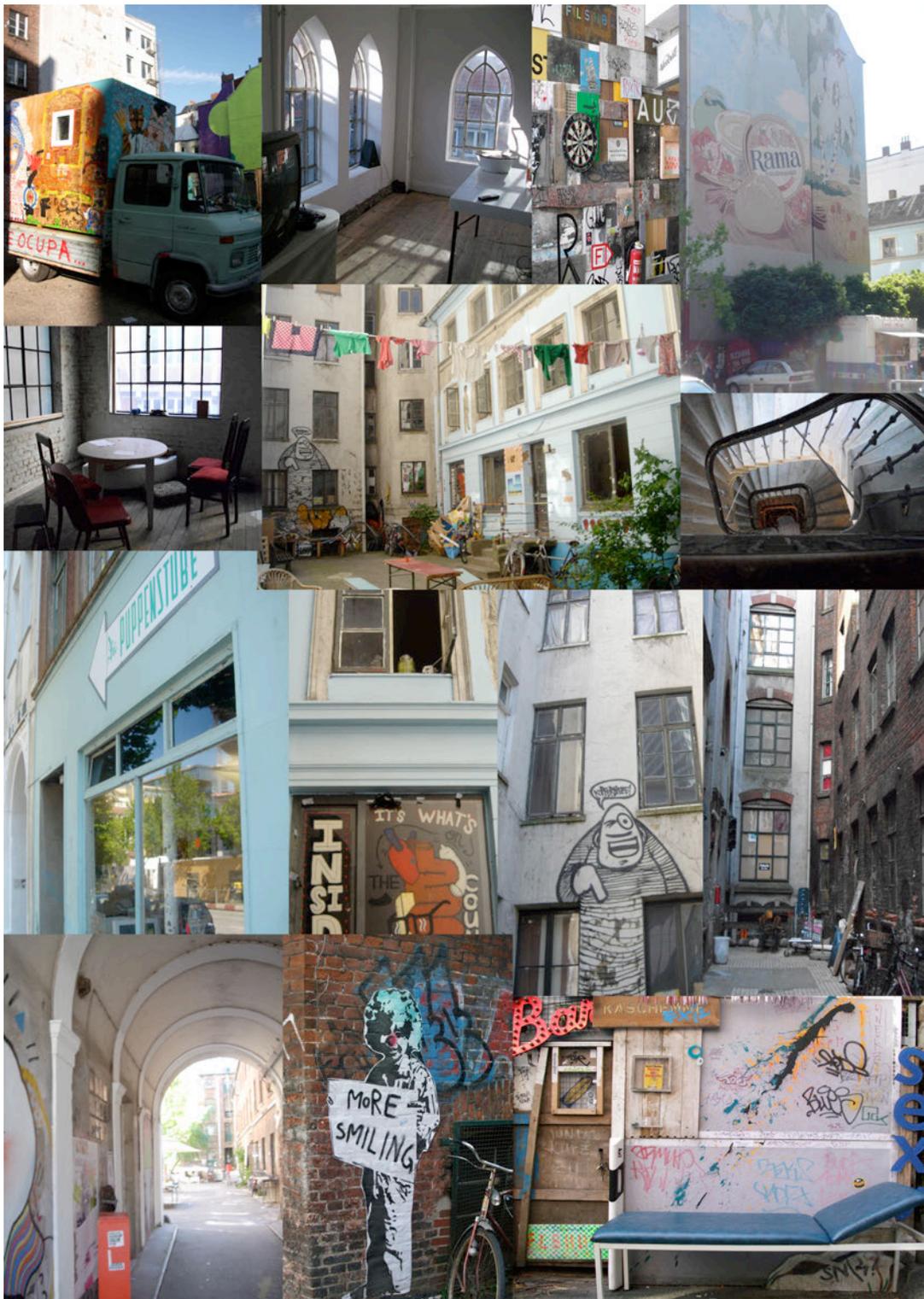
Dienstleistungen:

Versicherungs-/Immobilien- u. Bankenwesen	VB
Beherbergungswesen	BW
Gaststätten- u. Unterhaltungsgewerbe	GU
öffentliche u. private Kultureinrichtungen	KE
Rechts- u. Wirtschaftswesen	RW
öffentliche u. private Ausbildungseinrichtungen	AE
gehobene private DL	QS
Einfache Serviceleistungen u. DL des Handwerks	SL
Verwaltung anderer öffentlicher Einrichtungen	V
Gesundheitswesen	GW
Medien-/Kommunikations- /Informationsbereich	MKI
sonstige DL	sDL
Verwaltungssitz internationaler Unternehmen	VS

### **Anlage 3: Orientierungskarte**



## Anlage 4: Impressionen aus dem Gängeviertel



Quelle: eigene Fotos 2010-2011

## **Anlage 5: Pressemitteilung der Initiative 'Komm in die Gänge'**

### **„Gängeviertel bestimmt den Kurs“**

Pressemitteilung vom 4.11.2010

Die Initiative „Komm in die Gänge“ ist in eine neue Phase der Verhandlungen mit der Stadt und dem Sanierungsträger Steg eingetreten, nachdem die SAGA auf eigenen Wunsch nicht mehr an der Verwaltung des Viertels beteiligt ist. Mit einem symbolischen Akt hat die Initiative am vergangenen Dienstag der Steg während einer einstündigen Bootsfahrt veranschaulicht, wer „das Ruder in der Hand hat“ und ihr die Hauptziele für die Entwicklung des Gängeviertels erläutert. Dabei dient das jüngst von der Stadt veröffentlichte Integrierte Entwicklungskonzept (IEK) als Verhandlungsgrundlage für bauliche Sanierungsmaßnahmen, es hat jedoch keine Bedeutung für die inhaltliche Zukunft des Projekts. Die Steg hat ab sofort die Chance, als potenzieller Sanierungspartner die Initiative auf dem Weg zur Selbstverwaltung des Viertels zu begleiten. Dabei ist – anders als im IEK vorgesehen – die Trennung von Planung und Finanzierung notwendig. Eine Planungsgesellschaft muss das Vertrauen des Gängeviertels haben, um als Korrektiv und Mentor zwischen Finanzierung und Nutzung das Projekt entwickeln zu können. Gefordert wird eine eigene Planungsgesellschaft mit Architekten, die das Vertrauen der Initiative genießen. Allein durch ehrenamtliches Engagement ist das Gängeviertel zu einem innerstädtischen Freiraum für Kultur, Politik und Soziales und einem international beachteten Symbol geworden. Für die zukünftige Entwicklung des Gängeviertels hat die Initiative daher als Hauptziele: die öffentliche, nicht konsumorientierte Nutzung zu sichern und bei der anstehenden Sanierung die unersetzliche historische Bausubstanz denkmalgerecht zu erhalten. Die Stadt muss verlässlich zusichern, dass die Initiative nach Abschluss der Sanierung die Verwaltung der Häuser übernimmt und somit weiterhin Raum für eigenverantwortliches Arbeiten und Zusammenleben im Gängeviertel schaffen kann. Das ist für das Bestehen des Projekts über die Instandsetzungsphase hinaus essentiell, und diese Minimalforderung wird und darf nicht über Bord gehen. Die Zusammenarbeit mit den Institutionen der Stadt kann nur gelingen, wenn klar ist, dass nicht die Stadt das Gängeviertel gerettet hat, sondern diejenigen, die seit dem 22. August 2009 die Gebäude vor dem Abriss schützen. Für den Arbeitsprozess ist es unabdingbar, dass sich die Verhandlungspartner an Absprachen halten und also nicht, wie vergangene Woche geschehen, Dokumente wie das IEK an die Presse geben und einseitig zu ihren Gunsten bewerten. Die Initiative lässt sich nicht als vermeintlich „integrativ entwickeltes“ Vorzeigobjekt instrumentalisieren, um das wegen sozialer und kultureller Kürzungen desolate Image des Senats aufzubessern. Es gibt von Seiten der Initiative deutliche Kritikpunkte am IEK, die Verhandlungen waren nie konfliktlos und nicht alle Konflikte wurden – wie dargestellt – gelöst. Kurz: Die Verhandlungen mit der Stadt und der Steg nehmen Fahrt auf, und die Initiative wird bestimmen, wohin die Reise geht. Nicht für sich selbst – sondern für alle, denen das Gängeviertel etwas wert ist: als städtepolitisch zukunftsweisender Ort der Diskussion, der Kultur und des Miteinanders. In diesem Sinne: Leinen los! Initiative „Komm in die Gänge“